

Nr.

9

September  
1989

# Die Neue Gesellschaft

## Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Holger Börner · Walter Dirks · Günter Grass · Johannes Rau  
Carola Stern · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1989  
36. Jahrgang

*Redaktion:*  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Ulrike Ackermann (verantwortlich)  
Norbert Seitz

*Ständige Mitarbeit:*  
Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Ferdinand W. Menne  
Johano Strasser

*Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH*  
In der Raste 2  
5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 23 80 83  
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

*Anschrift der Redaktion:*  
In der Raste 20-22  
5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42  
Telex: 8 85 479 a fest d

*Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

*Redaktionsbeirat:*  
Siegfried Bangert  
Frank Benseler  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Horst von Gizycki  
Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher

Reimut Jochimsen  
Tomas Kosta  
Richard Löwenthal  
Ferdinand W. Menne  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 17  
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

# Editorial

Die Redaktion gratuliert dem Mitglied ihres Redaktionsbeirates, Peter von Oertzen, herzlich zum 65. Geburtstag am 2. 9. 89. Oertzen ist einer der theoretischen Köpfe seiner Partei: ein undogmatischer Marxist, den seine Freunde manchmal ironisch-liebenswert einen „Trotzkisten“ nennen. Das geht auf seine lebenslange Feindschaft gegen jeden Stalinismus (und jeden Bürokratismus) zurück, den er genauso vehement mit einer seltenen Treue zu bestimmten Marxschen Grundbegriffen verbindet. Im Land der Hundertprozentigen stieß diese Mischung immer auf Befremden. Wenn man Oertzen mit einem der großen Theoretiker der Vergangenheit in Verbindung bringen will, dann müßte es Karl Korsch sein.

Sein Engagement für die programmatischen Grundlagen der SPD ist bekannt: Verfasser eines Gegenentwurfs zum Godesberger Programm 1959, Vorsitzender der Kommission Orientierungsrahmen, maßgeblicher (und kritischer) Mitautor des Irseer und Bremer Entwurfs für ein neues Programm. Neben diesen intellektuellen Initiativen sollte man allerdings den Organisationspraktiker nicht vergessen: den langjährigen hannoverschen Bezirksvorsitzenden, eine der Zentralfiguren der Organisationskommission seiner Partei im letzten Jahrzehnt. Der 65jährige zieht sich nicht auf irgendwelche „Landgüter“ zurück; er arbeitet weiter – im Vorstand der SPD, an der Spitze der Parteischule, bei der Gründung eines „Wissenschaftsforums“. Wir danken und gratulieren.

In der Stunde, in der diese Notizen geschrieben werden, tickert die Nachricht über die Fernschreiber, daß in Polen Tadeusz Mazowiecki Ministerpräsident werden soll. Eine Koalition zwischen den polnischen Kommunisten und der „Solidarität“? Niemand weiß es heute. Das Ende der Nachkriegsordnung scheint gekommen. Ein Politikwechsel steht ins Haus; nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern ebenso bei uns.

Daß sich das Hauptthema unseres Septemberheftes mit Polen beschäftigt, leuchtet unmittelbar ein. Am 1. September 1939, vor 50 Jahren, hat Hitler Polen überfallen. Wenn schon die politische Führung unseres Landes nicht fähig ist, dieses Datum sensibel und sichtbar zu reflektieren, wenn also Reisen des Bundespräsidenten oder des Kanzlers gescheitert sind oder zum Scheitern gebracht wurden, dann

muß die „zivile Gesellschaft“ das ihre tun. So also diese Zeitschrift (mit Beiträgen von Hoensch, Erb, Madela und Brakemeier) oder die Stadt Frankfurt mit einem großangelegten historischen Symposium und einer polnisch-deutschen Kulturnacht – und hoffentlich weiteren Aktivitäten an allen Ecken und Enden. Es ist beschämend, wie die Bundesregierung (der Außenminister ausgenommen) jetzt aus hündischer Angst vor Schönhuber und seinem Populismus die operative Polen-Politik abschwächt und sogar wieder alte Töne (Waigel zur Westgrenze Polens) anschlägt. Regiert Franz Schönhuber schon mit?

Im September dieses Jahres 1989 jährt sich Sigmund Freuds Tod zum 50. Mal. Wilhelm Reich, Erich Fromm oder Herbert Marcuse haben versucht, seine Forschungen über die unbewußten libidinösen (und auch destruktiven) Regungen des Menschen in die Theoriearbeit der Linken einzubringen. Ohne viel Erfolg: die Arbeiterbewegung blieb lange von einem psychologiefeindlichen Rationalismus (und Ökonomismus) geprägt. Die Beiträge Hans Martin Lohmanns und Karin Flaakes schlagen in eine Kerbe, in die dieses Blatt in den letzten Jahren schon mehrfach zu treffen versuchte: die verdrängten, vergessenen, unterdrückten Traditionsströme der Linken bewußt zu machen. 1990 werden wir sechs große Portraits von halb vergessenen, toteredeten Leitfiguren linken Denkens veröffentlichen (über Darwin, Mach, Parvus/Helphand, Otto Bauer, Hilferding und Hannah Arendt).

Helmut Kohl hat seinen Generalsekretär Geißler abgesetzt. Damit ist der Versuch zu einer „zweiten Modernisierung“ der CDU gescheitert. Die ein wenig hektische Begeisterung eines Teils der neuen Linken für die „linke“ CDU (man denke an Studien von Leggewie, Gräfe und einige Kommentare in TAZ und PFLASTERSTRAND) wird jetzt versanden. Wichtiger aber ist, daß jetzt für die Union ein paar Lebenslügen unangetastet bleiben sollen: „Wir sind für die Wiedervereinigung“, „Wir sind kein Einwanderungsland“, „Deutschland in den Grenzen von xy“ usw. Den Rechtspopulismus Schönhubers wird diese Kehre der Union nicht beenden; eher wird jetzt der von Fesseln befreite Nationalkonservatismus in der Union zum Resonanzboden für die rechte Rechte. Alles keine guten Vorzeichen für die große politische Aufgabe der neunziger Jahre, die endlich fällige Selbstanerkennung der Bundesrepublik.

*Peter Glotz*

# Inhalt

Karl Grobe-Hagel	Chinas wahre Krise .....	772
Sigrun Anselm	Warum Kulturgesellschaft? .....	773
Horst Kern/ Michael Schumann	Diesseitige Vernunft. Moderne Arbeitnehmer zwischen Neokonservatismus und Sozialdemokratie .....	780
<b>Thema: Deutscher Überfall auf Polen</b>		
Jörg K. Hoensch	Die tödliche Umarmung. Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen .....	786
Władysław Sebyła	Grabgesang .....	795
Manfred Messerschmidt	Der „Kreuzzug“ nach Osten .....	796
Gottfried Erb	Änderungsbedarf in der Polenpolitik .....	803
Andrzej Madela	Die Figur des Deutschen im polnischen Spielfilm .....	807
Zbigniew Herbert	Betrachtungen zum Problem des Volkes .....	814
Heinz Brakemeier	Gewerkschaftliche Emanzipation in Osteuropa – mittels Kapital-Rentabilität? Betrachtungen am Beispiel Polen .....	815
Alexander Issajew	Der russische Wald, die Perestrojka und die globalen Umweltprobleme .....	826
Karla Hielscher	Gegen die Gigantomanie der Bürokraten. Die Ökologie-Debatte in Literatur und Publizistik der Sowjetunion .....	830
Hans-Martin Lohmann	Psychoanalyse und Arbeiterbewegung .....	837
Karin Flaake	Licht im dunklen Kontinent. Die Weiterführung psychoanalytischen Denkens aus feministischer Perspektive .....	843
Herbert Hrachovec	Seele im Speicher. Die Wiener Ausstellung „Wunderblock“ .....	851
Andrea Wettmann	Kongreß-Bericht: Freiheit – Gleichheit – Schwesterlichkeit .....	854
Klaus Bloemer	Mauersprüche .....	855
	Kritik .....	856

# Karl Grobe-Hagel Chinas wahre Krise

*Dr. Karl Grobe-Hagel, Jahrgang 1936, ist Redakteur der Frankfurter Rundschau.*

Chinas alte Garde hat am 4. Juni eine Volksbewegung niedergeschlagen, die in der Geschichte des Landes ihresgleichen sucht: Millionen Pekingener auf den Straßen, die Solidarisierung der Hauptstadt mit den Studenten aus sechzig Hochschulen; eine Demokratie-Bewegung, die wochenlang das ganze Land erfaßt hat. Die Institutionen – Regierung, Parteiinstanzen, Parlamentspräsidium – waren buchstäblich von der Bildfläche verschwunden. Aber den Kampf um die Macht hatten die Pekingener Demonstranten gar nicht aufgenommen. Sie hatten den Dialog gefordert; sie hatten darauf vertraut, daß aus der Kommunistischen Partei die Kraft zur „Fünften Modernisierung“, der Demokratisierung, wachsen würde.

Diese Illusion war ihre Schwäche. Die Partei ist eine andere als die der öffentlichen Selbstdarstellung. Die engere Führung, die Generation des Langen Marsches, kann noch immer über alle Statuten hinweg ihren Willen in Krisensituationen durchsetzen. Die engere Führung um den greisen Deng Xiaoping hat sich für den Militäreinsatz auf dem Tian'anmen-Platz entschieden, ohne Politbüro, Zentralkomitee oder Parteitag zu befragen; sie hat eingegriffen, weil im fünfköpfigen Ständigen Ausschuß eine Patt-Situation eingetreten war, und ebenso geputscht wie bei der Festsetzung der „Viererbände“ 1976, der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1978/79, der Absetzung des Parteichefs Hu Yaobang 1987 und anderen Gelegenheiten. Sie spricht jetzt von einer „konterrevolutionären Verschwörung“,

als ob eine „Handvoll von Radikalen“ Millionen mobilisieren könnte.

Die Antwort auf die tieferen Ursachen der Krise ist sie schuldig geblieben und muß sie schuldig bleiben. Sie müßte dann die Krise auf die Halbherzigkeit und Konzeptionslosigkeit ihrer eigenen Reformpolitik zurückführen. Die Massenbewegung war Massenbewegung geworden, weil sich in diesem Frühjahr 1989 mehrere, unabhängig voneinander entstandene, gesellschaftliche Krisen gebündelt hatten.

Die jungen Akademiker gingen auf die Straße, weil sie materiell unterprivilegiert sind mit Stipendien, die gerade für ein Ferngespräch monatlich ausreichen, weil sie in Massenquartieren leben und auch noch geistig arbeiten müssen, weil sie keinen Einfluß auf ihre zukünftige Beschäftigung haben und dennoch nur nach dem härtesten *numerus clausus* der Erde zum Studium zugelassen werden. Sie konnten das auch artikulieren.

Die Krise ist tiefer. Sie ist Agrarkrise: Das „Verantwortungssystem“ bringt stadtnahen Bauern gewaltige Vorteile und läßt die auf dem flachen Land zurückfallen; es schafft ein gespaltenes Preissystem zwischen staatlich subventionierten Lebensmittelpreisen und denen, die auf den freien Märkten erzielt werden. Das führt zur Abkehr von der Getreideproduktion, zu Spekulation und Schieberei.

Die überhitzte Industrie-Konjunktur schlägt sich in dynamischer Inflation nieder. Westliche Investitionen machen die immer noch bestehende Rückständigkeit des eigenen Produktionsapparats sichtbar denn je. Auslandskredite lassen Kapital abfließen. Pöstchenjägerie und Korruption machen die Mächtigen im herrschenden Apparat mächtiger und reicher. Und Autoren möchten darüber frei berichten.

Es ist eine gesellschaftliche Krise. Der Versuch, sie mit Gewalt zu beheben, vertieft sie. Die nächste Explosion folgt bestimmt.

## Freud ist schuld

*Zweifel am Marxismus-Leninismus wären in China niemals aufgekommen, wenn nicht zahlreiche Intellektuelle – unter ihnen sogar Kommunisten – sich vom Gedankengut westlicher Denker wie Freud, Sartre und Nietzsche hätten beeinflussen lassen. Diese Ansicht wird in einem Artikel der amtlichen Pekingener „Volkszeitung“ vertreten. Das Blatt verwandte für die Schmähung des „bourgeois Einflusses“ aus dem Westen unter Ex-Parteichef Zhao Ziyang eine ganze Seite.*

*Für die chinesischen Intellektuellen seien in den letzten Jahren die Schriften der deutschen Philosophen Immanuel Kant und Friedrich Nietzsche, der Franzosen Jean-Paul Sartre und Henri Bergson sowie des Vaters der Psychoanalyse, Sigmund Freud, zu „Evangelien“ geworden, klagt der Autor Gu Yuan und fügt hinzu: „Ich verstehe nicht, weshalb unsere Zeitungen alle möglichen Dinge aus bourgeois und idealistischen Konzepten abgedruckt haben.“ (AFP)*

# Sigrun Anselm

## Warum Kulturgesellschaft?

*Dr. Sigrun Anselm, Jahrgang 1941, ist Privatdozentin in Berlin.*

Seit den 50er Jahren bekommt die Gesellschaft von Zeit zu Zeit ein neues Etikett. Mit der nivellierten Mittelstandsgesellschaft fing es an, die Klassengesellschaft wollte man nicht wieder haben. Nicht daß diese Bezeichnung zur Identifikation eingeladen hätte, doch wenn die Gesellschaft gewesen wäre, was der Begriff versprach, wäre ihr mancher Konflikt erspart geblieben. Dem war aber nicht so, und die Studentenbewegung tat das ihre, damit die Diskrepanz von Begriff und Sache sichtbar wurde. Es folgte die kurze Zeit der formierten Gesellschaft, später dann die Informationsgesellschaft und schließlich die Risikogesellschaft. Auch die Soziologie, die für kurze Zeit zur Leitwissenschaft wurde, konnte diesen Namenszauber nicht stoppen. Im Gegenteil, sie beteiligt sich noch daran. Heute soll die Zeit der Identitätslosigkeit nun endlich vorbei sein, und man verspricht uns eine Kulturgesellschaft.

Ohne Zweifel, hier handelt es sich um Paradigmenwechsel in Wissenschaft und Politik, denn unterstellt man, sie hätten ein Realsubstrat, dann müßten wir gejagt von Umstürzen in den Sielen liegen. Kann und muß denn jeder neue und gesellschaftlich relevante Sachverhalt begrifflich so verallgemeinert werden, wie es der angehängte Begriff der Gesellschaft behauptet? Offensichtlich fehlen die Kriterien, das Neue mit dem Bestehenden zu vermitteln, und zuweilen ist der Verdacht schwer von der Hand zu weisen, daß es darum auch niemandem geht. Gleichwohl soll nicht unterstellt werden, daß alles, was unter den genannten Topoi und Titeln analysiert und geschrieben wurde, Unsinn oder ohne Bedeutung wäre. Aber die Wörter haben ihr eigenes Leben, werden leicht zu Schlagwörtern ideologischer Provenienz, und kaum einer ihrer Erfinder kann naiv genug sein, das nicht zu wissen. Es ist nicht schwer, den Sinn dieser Bindestrich-Gesellschaften zu ermitteln. Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, die Informations- und Risikogesellschaft, sie wollen gesellschaftliche Trends dingfest machen. Immer geht es um das Neue, das die Strukturen der Gesellschaft ergreifen und umgestalten soll. Die

Pointe der Begriffe offenbart sich schnell, wenn man ihre Gegenbegriffe betrachtet. Wie steht es nun mit der Kulturgesellschaft? Natürlich soll auch sie einen Markstein bezeichnen, doch wovon stößt sie sich ab?

Gängig spricht man heute von der westlichen, auch der kapitalistischen Kultur, und immer meint man das Ganze: die Produktionsverhältnisse, die Staatsform, die Lebensformen, und es war einmal ein Zivilisationsfortschritt, die Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen als Kultur zu betrachten. Die bürgerliche Kultur war mit dem Anspruch angetreten, das Ganze der Gesellschaft zu humanisieren, darin lag ihr kritischer wie ihr normativer Impetus. Zugleich war sie eine Kultur des Bürgertums, der sogenannten besseren Kreise, sie unterschieden Leute mit und ohne Kultur, die sich in den Umgangs- und Lebensformen manifestieren sollte. Da ging es um Grenzziehungen und um die Selbstdelung eines Standes. Diese „affirmative Kultur“ stand in Spannung zur bürgerlichen Kunst, die den Anspruch auf eine Zivilisierung des Ganzen wach hielt. Die Kultur im engeren Sinne, die kulturellen Inszenierungen und Veranstaltungen mußten sich im Spannungsfeld von Affirmation und Kritik behaupten, wenn sie ihre Funktion erfüllen wollten, der Gesellschaft zum Verständnis ihrer selbst zu verhelfen. Heute gibt es keinen substantiellen Kulturbegriff mehr, und das wäre auch gar kein Problem, wenn der gesamte Bereich der veranstalteten Kultur nicht auf dem besten Wege wäre, den alten Kulturbegriff zu besetzen, obwohl er längst durch das falsche Pathos, das ihm nachhängt, verschlissen ist. Er verspricht etwas von dem einzulösen, was die Bürger des 19. Jahrhunderts schon haben wollten und dem Anspruch nach auch hatten, denn damals „hatte“ man Kultur, heute „macht“ man sie. Was aber hat derjenige von der Kultur, der nicht als Macher am Kulturbetrieb beteiligt ist? Die Kultur des Kulturbetriebs stellt eine eigene Sphäre dar, sie fasziniert, schon bevor sie geprüft und genossen ist; man will in die Sphäre selber hinein, um dort eine Erfüllung zu finden, die das alltägliche und beschädigte Leben nicht nur transzendiert, sondern zur Nebensache macht oder gar Lügen straft. Spielt der Kulturbegriff als politisch-ideologischer nicht auch mit dem Versprechen, via Kultur einer Elite anzugehören, was einer Mehrheit qua sozialem Status selbstredend nicht gelingen kann?

Wie über Nacht war der Kulturbegriff in den 70er Jahren plötzlich in aller Munde. Vieles kam zusammen, um aus ihm ein öffentliches Geheimnis zu machen: Jedes Problem, ob allgemein oder individuell,

objektiv oder subjektiv: die Kultur sollte es lösen. Uns fehlte die politische Kultur, die Gesprächskultur, die Lesekultur, die Eßkultur; was wir schon hatten, war die Alltagskultur. Daran wird die Suggestion der Sprache so deutlich: keiner sehnt sich nach der Alltagskultur, denn sie ist eben der Alltag, aber die Eß- oder die Gesprächskultur, sie gehören nicht dazu, sie wären etwas Besseres, wenn man sie hätte. Heute will man aus dem Alltag heraus durch die Kultur. Trotzdem behält dieser Begriffsgebrauch noch einen kritischen Aspekt, er zielt auf die Mängel des privaten und öffentlichen Lebens, nur der Mängelbefund: Kulturlosigkeit – deutet an, daß Kultur als quid pro quo ganz anderer Mängel eingeklagt wurde. Heute ist Kultur eine Sinnstiftungsvokabel. Sie bezeichnet nicht nur das anspruchsvollere Leben, sondern mehr noch das imaginäre Zentrum des Lebens. Ihr kritischer Impetus ist gewichen und hat einer Fetischisierung Platz gemacht.

Die zweideutige Emanzipation vom bürgerlichen Kulturbegriff hat ihre Vorgeschichte. Gegen das Bürgertum und seine Kultur sollte in den 20er Jahren die Arbeiterkultur antreten. Hofiert von den linken Intellektuellen war ihr die Rolle zugeordnet, die authentischere Version eines kulturellen Selbstverständnisses zu liefern. Sie galt als der kulturelle Ausdruck der Arbeiterklasse, wie die Kultur des 19. Jahrhunderts als Ausdruck des Bürgertums. Der verlorenen Revolution zum Trotz sollte die kulturelle Präsenz der Arbeiterklasse der des Bürgertums überlegen sein. Doch man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Arbeiterbildungsvereine etwa kümmerten sich weniger um eine genuine Arbeiterkultur, als um die Aufbereitung der traditionellen bürgerlichen Kultur für Arbeiter. Nie speiste sich die Arbeiterkultur aus dem Selbstverständnis, der bürgerlichen Kultur den Rang abzulaufen oder ihr gleichrangig zu sein. Was sie als Begriff und Sache weder leisten konnte noch wollte, ist mit Beginn der 70er Jahre der Subkultur gelungen, und zwar soweit, daß ihre Umgangsformen und Moden in der sogenannten ersten Kultur Einzug halten konnten. Spätestens seit dem Tunix-Kongreß in Berlin sprach man von den zwei Kulturen. Damit erst war der Kulturbegriff mediatisiert und kann nun als Selbstverständigungsformel der ganzen Gesellschaft lanciert werden – nun wieder singularisch gebraucht.

Die Propagandisten der Kulturgesellschaft und Verfechter ihres Begriffs distanzieren sich streng von einem normativen Kulturbegriff, sie behaupten, allein der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die gesell-

schaftlichen Prozesse sich zunehmend „im Medium der Kultur vermitteln“. Als Medium ist Kultur eines neben anderen Medien, dem Begriff ist unter der Hand sein kritischer Impetus verlorengegangen. Oder geht es dabei weniger um das Was als das Wie, schließlich ist Politik nicht dasselbe wie politische Kultur, und auch essen kann man ohne Eßkultur? Dann wäre durch die Hintertür wieder die Norm zurückgekehrt, vielleicht auch nur die Moral, aber darum soll es ja nicht gehen. Es geht also um eine Tatsachen-Diagnose, die besagt, daß im Zuge zunehmender Industrialisierung des Lebens und der Individualisierung des einzelnen Lebenszuschnitts die kulturellen Selbstverständlichkeiten verschwinden und die „Subjekte von ihren traditionellen Ausdrucksformen“ enteignet werden. Zunächst also schwindet die Kultur als öffentliche und verbindliche Form, deshalb soll sich das Subjekt nach einem „individualisierten kulturellen Ausdruck“ (Knödler-Bunte) sehnen.

Keine Frage, es gibt ein zunehmendes Bedürfnis nach Kultur, besonders nach den kulturellen Ereignissen. Die Attraktion dieser Ereignisse läßt sich aber kaum auf die Suche nach dem eigenen Ausdruck zurückführen. Auch das Erlebnis, die 20er-Jahre-Vokabel für ein vergleichbares Phänomen, wiewohl am Subjekt festgemacht, ist nicht Ausdruck von Subjektivität, sondern der lustvolle Moment, in dem man auf das Subjektsein verzichten kann. Vielleicht läßt sich der Ereignishunger auch als Folge verfehlter Ausdrucksversuche verstehen, zunächst aber scheint es mir frivol oder gar zynisch, die Tatsache der Individualisierung in das Bedürfnis nach einer solchen umzumünzen. Die Bürger dieser Republik besuchen derzeit massenhaft Kulturveranstaltungen, darin drückt sich zwar ein Bedürfnis aus, aber kein Ausdrucksbedürfnis, sondern das nach kollektiver Teilhabe. Warum gerade Kultur- und Kunstveranstaltungen diesem Bedürfnis Befriedigung versprechen, ist die Frage.

In den 70er Jahren gab es den vielzitierten Erfahrungshunger, der das subkulturelle Selbermachen nach sich zog, das immer auch Protestkultur war und sein wollte. Die Studentenbewegung hatte sich wenig um die Künste, schon gar nicht um Kunstveranstaltungen gekümmert, dafür um so mehr um das, was später Alltagskultur hieß: um Lebensformen und Lebensstil. Sie protestierte gegen die Verkehrung von öffentlicher und privater Moral und beschleunigte damit gegen ihre Intention einen Prozeß, an dessen vorläufigem Endpunkt eine aus allen Verbindlichkeiten entlassene Privatsphäre steht. Nur

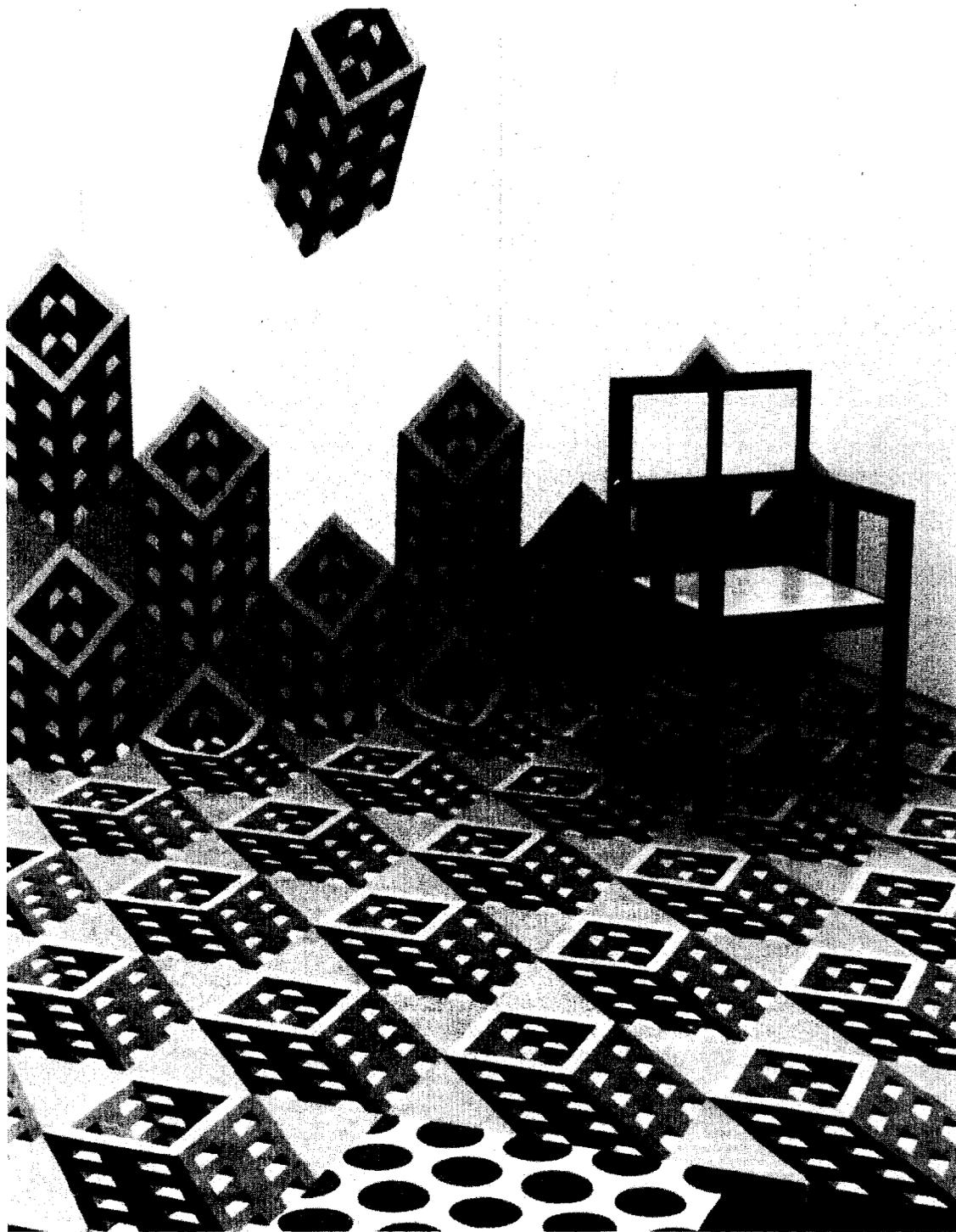


Foto: Mechthild Veil

die Off-Kunst, die mit der Subkultur verschwistert ist, versucht heute noch, die Legitimationen dieser Gesellschaft in Frage zu stellen und diesem Anspruch auch in den Darstellungsmitteln gerecht zu werden. Mit der Privatisierung aller Lebensbezüge verlieren die symbolischen Formen ihr Terrain und ihren Appellationscharakter. Der Protest, der sich neue Symbole schafft, kann kaum noch damit rechnen, an der Legitimität seines Anspruchs gemessen zu werden. Das öffentliche Bewußtsein will darin den kulturellen Ausdruck und die Spielform der protestierenden Szene erkennen. Nichts kennzeichnet diesen Zustand so deutlich wie die Rede von den zwei Kulturen. Was heißt dann aber Kultur, wenn die eine Gesellschaft, deren Mitglieder denselben in allen Poren des Lebens eindringenden staatlichen und ökonomischen Gesetzen unterworfen sind, in zwei Kulturen auseinandergelagt wird? – Es könnten auch mehr sein: die öffentliche Verbindlichkeit ist einem solchen Kulturbegriff jedenfalls ausgetrieben.

Die Perspektive eines intentions- und substanzlos gedachten Kulturbegriffs zeichnet an der Oberfläche die reale Bewegung nach. Nichts geht mehr, aber alles ist möglich, und es gibt auch alles. Soweit es um Kultur geht, scheint die Gesellschaft keine neuralgischen Punkte mehr zu haben, kein Protest und keine Kritik treffen ins Schwarze. Auch die Konsumenten und Rezipienten von Kultur scheinen sich durch nichts mehr erschüttern zu lassen; trotzdem müssen sie etwas wollen, denn den propagierten Quietismus des Jenseits von Wollen und Nicht-Wollen, den gibt es ja nicht. Gleichwohl können seine Verfechter mit der kulturellen Landschaft zufrieden sein.

Für sie soll Kultur die Mängel des Alltags kompensieren und nicht etwa kritisieren. Entlastung ist wieder ein großes Wort, wie in den 50er Jahren. Damals war sie als Aufgabe den Institutionen zugeordnet, heute der Kultur. Und Entlastung schafft der Kultur-Boom in der Tat, vielleicht nicht die der Subjekte, offensichtlich aber die der Gesellschaft vor dem möglichen Mißmut ihrer Mitglieder. Was die Gesellschaft an Kultur vermissen läßt, das sollen die kulturellen Ereignisse wettmachen. An die Stelle der Vermittlung ist das Ereignis getreten.

Ereignis ist ein großes Wort heutzutage, und obwohl es inflationär gebraucht wird wie kaum ein zweites, scheint seine Faszination eher größer als kleiner zu werden. Wann redet man normalerweise von Ereignissen? Immer sind es Einbrüche aus einer anderen Sphäre, man ist ihnen ausgeliefert. Ereignisse ziehen hinab und heben empor, was immer sie

mit einem machen, das Antriebszentrum des Geschehens liegt nicht im Subjekt, es ist nicht der Akteur, immer ereignet sich etwas mit ihm. Die Ereignisse, um die es heute geht, sind geplante Unternehmungen, warum nennt man sie Ereignisse, und warum fasziniert an ihnen, Ereignis zu sein? An dem Wort prallt alles ab, was mit dem Geist-, dem Kultur- und dem Erkenntnisbegriff verbunden ist, zuvorderst der Wahrheitsbegriff. Es ersetzt die Beschreibung, die Analyse, den Affekt und das Subjekt. Das Ereignis ist ein objektives Geschehen, dem das subjektive Urteil nichts anhaben kann. Es gibt eine ganze Ereignis-Philosophie, deren Traum, das inszenierte Ereignis, alles Material und jeden Reibungswiderstand verschlungen hätte und reine Intensität wäre. Was auch immer zuerst da war, die Theorie oder die Umgangssprache, gemeint ist das gleiche. Vom Ereignis will man ergriffen werden, und wo es sprachlich jede Analyse ersetzt, da wird es zum Kriterium „kategoriale(r) und konditionale(r) Unüberbietbarkeit“ (K. Heinrich) erhoben.

Wie sehen sie aus, diese Ereignisse. Da gibt es die Ausstellungen über Stauer, Phönizier, Nofretete, Cézanne und Degas usw. usw., und der Besucherzahl kein Ende. Da gibt es die großen Stars in der Oper, 127 Vorhänge für Pavarotti, da gibt es bald mehr Vernissagen als Maler, es gibt André Hellers Feuerwerk, es gibt, es gibt, und natürlich nicht nur die kleinen und großen Ereignisse. Neue Museen werden bereits als Ereignisräume konzipiert, die Metropolen jagen sich Touristen und industrielle Anleger mit ihren Kultur-Angeboten ab, die Kulturetats steigen. Die Rolle des Staates in diesem Karussell ist höchst prekär. Nicht erst in den 80er Jahren, auch zuvor haben sich Künstler und Kulturinstitutionen nach den staatlichen Geldern gestreckt. Kein Museum, kein großes Theater oder gar die Oper kamen jemals ohne staatliche Subventionen aus, und die Freiheit der Museumsdirektoren und Intendanten war immer begrenzt. Heute ist der Staat in Gestalt der Kulturdezernenten der Städte der größte Auftraggeber in Sachen Kunst und Kultur. Er konnte so leicht in diese Rolle schlüpfen, weil er keiner symbolischen Legitimation mehr bedarf. Niemand profitiert mehr von der Verbindlichkeit des Kulturbegriffs, als ein Kulturdezernent von heute. Der Staat als ideeller Gesamtkunstwerker?

Durch die Zerstörung herkömmlicher Strukturen und Lebensformen wurde das Terrain leergefegt, auf dem die veranstaltete Kultur nun ihr Wesen und Unwesen treibt. Da gibt es Projekte und Privatinitiativen aller Art, doch ab einer bestimmten Grö-

Jetzt auf innerdeutschen Flügen:

## Für DM 100.– mehr steigen Sie in die höchste Klasse auf.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.  
Informationen auch über Btx +50000 #.

Investieren Sie DM 100.–. Es zahlt sich aus. Denn seit dem 1. 6. 89 können Sie bei Lufthansa auf innerdeutschen Flügen ganz einfach von der Business Class in die First Class aufsteigen. Alles, was Sie einbringen müssen, sind DM 100.– mehr pro Strecke und zusätzlich die Bereitschaft, sich verwöhnen zu lassen. Z. B. mit dem separaten Check-in für First Class-

Passagiere, der komfortablen Senator Lounge auf vielen großen Flughäfen oder dem aufmerksamen Service unserer Flugbegleiter, die mit ausgewählten Menüs und Getränken Ihren Flug auch kulinarisch zu einem erstklassigen Erlebnis machen. Falls Sie unser Angebot annehmen, befinden Sie sich in bester Gesellschaft. Willkommen an Bord!



**Lufthansa**

Benordnung, und auch im Bereich der Kiez- und „Sozio“-Kultur, firmiert der Staat als Geldgeber, und er setzt seine Kriterien. Dank der Nachfrage ist Kultur ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges geworden, auch wenn es schwer zu ermitteln ist, wie hoch ihr Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbuchen ist. Im Beschäftigungssystem ganz so wie im Warenkorb der Bundesbürger hat sie sich einen beträchtlichen Platz erobert. Den „veredelten Bürger“, wie das Berliner Abgeordnetenhaus ihn nennt, lassen sich Staat und Wirtschaft etwas kosten. Um diese Entwicklung zu verstehen, ist es belanglos, ob die Nachfrage oder das Angebot zuerst da waren, ob die Bedürfnisse authentisch oder künstlich geschaffen sind. Davon unberührt bleibt die Frage, was dieses Bedürfnis denn für eines ist und wie es befriedigt wird. Es geht auch nicht darum, ob die Massen, die heute ins Museum strömen, weniger oder mehr von Kunst und Kunstgeschichte verstehen, als die ehemalige Schicht der Bildungsbürger. Aber daß es Massen sind, bleibt ein neuartiges Phänomen. Und warum liest der Staat den Bürgern seine kulturellen Wünsche vom Munde ab, während manch anderes Bürgerrecht, das vielleicht nicht für den Staat, aber für die Bürger eine viel existentiellere Bedeutung hat, ungehört bleibt?

Das 19. Jahrhundert hatte seine Kunstreligion, unser Kult um die Kunst kulminiert im kulturellen Ereignis. Um das Ereignis gruppiert sich das gesamte kulturelle Feld. Auf dieser Struktur bildet sich eine Form von Gesellschaftlichkeit, die dem Ganzen einen doppelten Boden einzieht, so daß die Kulturgesellschaft dann als ein eigenes Ganzes erscheint. Die Kulturproduzenten sind ihre Protagonisten und kaum noch die Künstler. Der pluralistische Markt verweist jeden künstlerischen Anspruch in den Rahmen einer bezugslosen „Polymythie“, die im ästhetischen Arrangement des Kulturprodukts eine Struktur eigener Ordnung bekommt. Nicht mehr das Bild, sondern die Ausstellung ist das Kunstwerk. Der Künstler mag den Gesetzen des Marktes ausgeliefert sein, der Kulturproduzent ist ihnen verpflichtet. In dieser Spannung entfaltet sich eine Dynamik, die nach eigenen Gesetzen funktioniert, wie es die Soziologen propagieren oder befürchten. Die veranstaltete Kultur setzt auf das Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit und entleert es zugleich von jeder konkreten Bestimmtheit. Deshalb vermittelt diese Kultur nichts mehr, auch nicht den allenthalben eingeklagten, weil verlorenen Sinn, vielmehr *ist* sie der Sinn, indem sie die Sinnfrage durch ihre Vielfalt verzehrt.

Die Inflation des Kulturbegriffs ändert nichts daran, daß der Begriffsgebrauch eine Intention verfolgt, die seinem herkömmlichen Assoziationsraum entstammt. Zwar soll Kultur in alle Lebensbereiche eingedrungen sein, dennoch erwartet man von ihr, daß sie ihre einstige Rolle weiterspielt und den Alltag transzendiert. Ihr Erfahrungsgehalt hat sich dabei ebenso gewandelt wie sich das Verhältnis von Kunst und Kultur verschleift. Die Philosophie der Postmoderne, den Zeitgeist radikalisierend, macht sich zum Anwalt dieses Wandels. Sie gibt dem Ereignishunger eine zeitgemäße Bedeutung und läßt einzig noch das unmittelbare ästhetische Ereignis gelten, weil sie jeden Repräsentationszusammenhang überwunden wissen will. Der Kulturbetrieb bestätigt diesen Gedanken und widerlegt ihn zugleich, beides im gleichen Vorgang. Er muß mit traditionellen Repräsentanzen arbeiten, die er nach Belieben einsetzt und im ästhetischen Arrangement zerstört. Subjektive Aneignung und ästhetische Erfahrung läßt diese Ereigniskultur nicht mehr zu, und man muß vermuten, daß das soziale Ereignis, das sie transportiert, nicht nur einer ihrer Effekte oder ihre Voraussetzung ist, sondern ihr eigentlicher Gehalt. – Hier kann man in nuce studieren, wie die *Ästhetisierung des Sozialen* funktioniert.

Die Bürger des 19. Jahrhunderts haben sich in ihrem Kult um die Kunst auch selber gefeiert. Noch immer tut etwa ein Opernpublikum das gleiche, wenn es seine Stars mit 100 Vorhängen frenetisch beklatscht; dennoch ist es nicht mehr das gleiche. Nur der gemeinsame Opernabend macht seine Besucher zu einem gleichgesinnten Publikum, sozial verbindet dieses Publikum nichts. Die Selbstbeglaubigung steht nicht mehr in Spannung zur gemeinsamen sozialen Realität, deshalb sind heute die Künstler und Kulturproduzenten zu sozialen Repräsentanten geworden. Sie gehören einer gesellschaftlichen Sphäre an, die scheinbar frei von den Alltagsverstrickungen ist, die man nicht mehr als das Eigene ernst nehmen will. Mit dem Jubel-Medium Fernsehen werden die kulturellen Ereignisse von Konstanz bis Flensburg in die Wohnstuben getragen und erscheinen dort als das lebendige Zentrum des Ganzen. Live-Sendungen sollen die Distanz überspringen, doch sie bewirken das Gegenteil. Die Fernseh-Teilhabe produziert stets aufs neue die Erfahrung der Nichterfahrung. Ständig enttäuscht erscheint sie immer wieder erfüllbar. So saugt sie die Phantasien und sozialen Bedürfnisse auf, entleert und entwertet den Alltag, und das Kulturbedürfnis bleibt als Sucht zurück. Die Ästhetisierung aller Le-

bereiche ist eine Folge davon, an die Stelle von Funktion und Bedeutung tritt flächendeckend das Design.

Die veranstaltete Kultur mit ihren Ereignissen deckt natürlich nur einen Teil der kulturellen Landschaft ab. Aber von ihr gehen die Faszinationen aus, von denen auch andere kulturelle Bereiche leben. In den 70er Jahren war es umgekehrt. Begonnen hat die Kultur ihren Weg nach oben mit der kulturellen Breitenarbeit; emanzipatorische Praxis nannte man sie, die Theorie dazu, die gab es nicht mehr. Als die Künstler Schwierigkeiten mit ihrem Sujet bekamen und alle Provokationen ausgereizt waren, wurde die Kunst zum Kulturgut gemacht, und jeder sollte eine „kulturelle Identität“ erwerben. Die Museumspädagogik der 70er Jahre war eine Antwort auf diesen Tatbestand. Sie ging den Weg aller Pädagogisierungen, die aus ihrem Stoff keine Funken mehr schlagen konnten. Seither wird uns die gesamte Kulturgeschichte in Glasvitrinen präsentiert, manchmal auch ohne, zum Anfassen, wegen der Sinnlichkeit. In den 70er Jahren, als die Schwimmbäder fertig waren, bekam jede Kleinstadt ihr Heimatmuseum, und die Stadtteilkultur hielt noch jeden rostigen Nagel für museumsreif. Die Sehnsucht nach dem konkreten Leben, nach „sinnlicher Erfahrung“, nach den Lebensräumen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit war ein Nachschlag der Studentenbewegung. Ihr war es um neue Formen des öffentlichen Lebens und um Aufklärung gegangen. Für beides hatte sie keinen Adressaten gefunden. An die Stelle öffentlicher Aufklärung ist die besagte Pädagogisierung getreten.

Etwa zur gleichen Zeit, als die CDU begann, ihre Wende vorzubereiten, fiel auch der SPD zum Fortschritt nichts mehr ein, und sie erinnerte sich der Kultur. Da wurde die „Kultur als Bürgerrecht“ und die „Kultur für alle“ proklamiert. Die SPD entdeckte ihr Herz für die Stadtteil- und Kiezkultur und den Reiz der „Industriekultur“; sie veranstaltet Tagungen über „Arbeit und Kultur“. Die Phase der Kulturarbeit und der Kulturarbeiter beginnt, auch der Kulturpädagogen – als gehörte die Pädagogik nicht selbst zur Kultur einer Gesellschaft. Und die Kultur sollte all das leisten, was der Gesellschaft bislang nicht gelungen ist. Sie soll der Humanisierung des Ganzen dienen und dem Einzelnen zur Selbstverwirklichung verhelfen, sie soll zum Sprungbrett der Vernunftkenntnis werden, in ihrem Namen soll das Neue und Unerprobte Raum und Experimentierfeld bekommen, kurz: in ihrem Namen soll die Menschheit gerettet werden. Wer sollte da kein Kulturarbeiter sein? Sicher hat die SPD mancherorts

eine erfolgreiche Kulturpolitik betrieben. Die Zeit war günstig, die Städte waren hinreichend modernisiert und ruiniert; die Studentenbewegung hatte ein Vakuum hinterlassen, und viele, die glaubten, ihren Impetus noch ein Stück weitertragen zu können, die fanden sich wieder in der Kulturarbeit.

Es ist hier nicht der Ort, die kulturelle Breitenarbeit en detail zu analysieren. Man kann an ihr vieles begrüßen: die Vermehrung von Bibliotheken und Volkshochschulkursen, die vielen Eigeninitiativen und die Chancen für den Dilettantismus, die Geselligkeit, das Engagement und die Freiheit, die sie gerade für Jugendliche bereithält. Und sie beschäftigt eine Heerschar von Kultur„arbeitern“, die vielleicht sonst arbeitslos wären. Doch sieht man einmal ab von den traditionellen Bildungs-, Kunst- und Vergnügungsangeboten, die heute alle in den flächendeckenden Programmen der staatlich organisierten Kulturarbeit eingewoben sind und betrachtet das Neue in dieser Szenerie, die Kultur zum Selbermachen, dann fällt auf, daß sie ihre Rolle in dem Moment bekommt, wo die Kunst ihre traditionelle soziale Funktion verliert und „zur ästhetischen Spielform des zum Freizeitmenschen gewordenen einstigen geschichtlichen Subjekts“ (Bohrer) wird. Gegen eine erfüllte Freizeit wäre nun gar nichts einzuwenden, wenn bloß die Crux nicht wäre, daß fast alle mehr wollen als nur das, nur der Veranstalter des Ganzen nicht: der Staat.

Mehr wollen vielleicht nicht die Zirkulationsagenten und die ganze Schicht der Organisatoren des Kulturbetriebs, doch die Pädagogen, die Projektinitiatoren, die gesamte Intelligenz, ob künstlerisch, wissenschaftlich oder journalistisch, die der Kulturarbeit ihr Selbstverständnis gibt, sie wollen den alten Kulturbegriff in der Kulturarbeit verwirklicht sehen, sonst erübrigte sich der Begriff. In den 70er Jahren setzten sie weniger auf die Kunst als auf das, was die Subkultur repräsentierte, deren sinnliche und ästhetische Ausdruckskraft der letzte Hort kultureller Authentizität zu sein schien, an der es der bürgerlichen Kultur gebrach. Subkultur war man ja eine Zeitlang selber. Auf dem Höhepunkt ihrer Attraktivität vollzog sich bei einem Teil der linken Intellektuellen die Wende zur Neuen Innerlichkeit, die Therapiekultur mit all ihren Facetten griff um sich, authentisch sollte nun alles sein. Die Zeit der Gurus brach an, die Jugendreligionen zogen scharenweise nicht nur Jugendliche an, indische Baumwollkleider sah man selbst auf dem Kurfürstendamm, Castaneda konnte ganze Bibliotheken und Lebensgeschichten aus den Köpfen und Herzen seiner Leser

verdrängen. Überall blühte ein bißchen Subkultur auf mit all ihren Exotismen und lila und rosa Cafés. Da sah man, daß der viel beschworene „Riß der Signifikantenkette“ keine Wünsche befreite, sondern zur Flucht in die Idylle trieb.

Mittlerweile ist die Faszination an der Subkultur dahin und mit ihr der ideologische Reiz des Begriffs. Die staatlich organisierte kulturelle Breitenarbeit hat sie weitgehend ersetzt. Sicher gibt es noch immer und immer wieder eine Subkultur, doch von ihr springt kein Funke mehr über, niemand will sich noch an ihr reiben und erwartet von ihr ein Freiheitsmoment für sich selbst. Schon die Rede von den zwei Kulturen hatte ihr die Spitze gebrochen. Heute kann sich die konservative Wende, deren Promotoren das linke Vokabular besetzt und umgedeutet haben, als kulturelle Erneuerung empfehlen. Man könnte glauben, daß der „postmaterialistische Wertewandel“ die Spitzen der Gesellschaft ergriffen hat. Die Verbände, die Parteien, der Staat, alle fühlen sich zu Hütern der Kultur berufen. Das eine Boot, in dem wir alle sitzen, heißt heute Kultur, und fast scheint es so, als wäre ein umfassender Kulturbegriff zurückgekehrt, doch der Schein trügt. Die Produktionsverhältnisse, die Staatsform, die Lebensformen sind nicht mehr gemeint, nicht einmal die Universitäten und das Bildungssystem tauchen in den Kulturdebatten auf. Deren Probleme erscheinen als die lästigen Reste eines gesellschaftlichen Alltags, der noch nicht ganz mitgekommen ist. Allgemein ist dieser Kulturbegriff nur in seiner Funktion als Deckadresse, hinter der jedweder Realkonflikt der Gesellschaft verschwinden oder zumindest entmächtigt werden soll. Deshalb sind Sponsoren aus der Wirtschaft mehr denn je bereit, den Kompensationsbedarf an Kultur zu befriedigen. Die Industrie schafft neue Werte in der Unternehmenskultur, Herr Bangemann schreibt aus liberaler Sicht zum Thema „Wirtschaft und Kultur“, nach den Sportlern gelten Künstler als die besten Werbeträger. Manch ein Politiker wünscht sich gar eine neue nationale Kultur; da haben es die Linken schwer, wenn sie auf derselben Welle mitreiten wollen. Da konnte man lesen, daß die Gewerkschaften „ihr kulturelles Mandat ausweiten“ sollen, vielleicht bekämen wir dann eine neue Arbeiterkultur. Die immer schon schwierige Vermittlung von Arbeit und Kultur soll nun im „Kampf für eine neue kulturelle Produktionsfähigkeit der Arbeit“\* gelingen, und die Sprache macht's möglich, wenn wir uns nur erinnern, daß „Kultur als Produktionsvorgang“\* zu begreifen ist. – Wie sehr wünschte man sich von den traditionellen Arbeit-

nehmerorganisationen manchmal mehr Widerstand, aber eine Widerstandskultur? Die Zeiten sind schlecht, es ist schwer, den konservativen Trend von links zu überholen, da versucht es die SPD einmal von der anderen Seite: Kulturgesellschaft. Warum versucht sie es nicht einmal mit Zivilisation, damit wäre den Arbeitern, den Bürgern und auch den Künstlern gedient.

---

\*) Bericht über die „Woche der Wissenschaft“ bei den Ruhrfestspielen. Aus: Der Gewerkschafter, 7/88

---

## Horst Kern/ Michael Schumann **Diesseitige Vernunft** Moderne Arbeitnehmer zwischen Neokonservatismus und Sozialdemokratie

---

*Prof. Dr. Horst Kern, Jahrgang 1940, ist Hochschul-lehrer für Soziologie an der Universität Göttingen.*

*Prof. Dr. Michael Schumann, Jahrgang 1937, ist Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) e. V. an der Universität Göttingen.*

---

### I.

Mit unserer These, daß die modernen Arbeitnehmer zu einem springenden Punkt der politischen Machtbildung geworden sind und daß die Linke die Verhältnisse nicht in ihrem Sinne gestalten kann, wenn sie diese Gruppen vernachlässigt und deren politische Bedürfnisse rechts liegen läßt statt sie links zu binden, sind wir in der Gefahr, hinter der Entwicklung herzuhinken. Der Zeitraum, in dem Erkenntnisse nicht mehr als unsinnig verdammt und noch nicht als trivial geringgeschätzt werden. ist (um Schopenhauer zu paraphrasieren) meist sehr kurz. Im Fall unseres Themas ist in den letzten Monaten die Diskussion weitergegangen, sind neue Erfahrun-

gen hinzugetreten, und was vor einiger Zeit noch höchste Priorität zu haben schien, mag heute schon als abgehakt gelten. So erscheint mittlerweile die Feststellung schon bald trivial, daß die modernen Arbeitnehmer eine relevante Fraktion der Beschäftigten bilden, die durch ihre zentrale Stellung in Produktion und Distribution erhebliche soziale Macht und beträchtliche politische Signalwirkung besitzt. Und wir brauchen uns heute wohl nicht mehr lange dabei aufzuhalten, daß die Gruppe der modernen Arbeitnehmer quantitativ und qualitativ wichtig geworden ist. Hinzugefügt sei nur, daß wir aufgrund präziser Erhebungen ihren Anteil an den Beschäftigten der Metallindustrie und der Chemie (also wichtiger Kernsektoren der Industrie) bereits heute auf zwischen 20 % bis 40 % schätzen und ihre weitere Expansion ansteht. Auch die Aussage, die modernen Arbeitnehmer paßten nicht in das traditionelle Schichtungsschema der Gesamtklasse der abhängig Beschäftigten hinein, lägen vielmehr quer dazu, umfaßten wichtige Kategorien sowohl der Angestellten wie auch der Arbeiter, ist in kurzer Zeit fast schon politisches Gemeingut. Allenfalls in einer Debatte um die Modernisierung der Organisationsstrukturen der Gewerkschaften wäre dieser Punkt noch der Betonung wert, weil die Gewerkschaften – etwa im sonst durchaus innovativen Papier „Angestelltenpolitisches Arbeitsprogramm der IGM – Solidarität 2000“ nachzulesen – Trennungen weiter festschreiben, die nicht mehr nur wir heute für überholt halten. Für die SPD ist diese Frage aber marginal – sie ist keine Arbeiterpartei mehr, die sich eine Angestelltensektion hält, sondern eine Volkspartei mit einem ausgeprägten Arbeitnehmerbezug und verwachsenen Rändern zu anderen Gruppen –, so daß wir nicht auf der schichtungsanalytischen Seite des Problems herumreiten wollen.

Worauf wir nun aber doch erhebliche Aufmerksamkeit richten müssen und wozu deshalb im folgenden einige Informationen und Gesichtspunkte dargestellt werden sollen, das sind die besonderen Schwierigkeiten, welche die Sozialdemokratie zu gewärtigen hat, wenn sie den Versuch unternimmt, die modernen Arbeitnehmer politisch zu absorbieren und zu mobilisieren. Diese Schwierigkeiten haben sich mitnichten schon dadurch erledigt, daß sich in den Entwicklungen der letzten Monate eine andere wichtige Erfahrung herauszuschälen beginnt: die nämlich, daß sich auch der konservativen Seite mit der politischen Bindung der modernen Arbeitnehmer viel mehr Probleme stellen, als sie sich selbst glauben machte. Nur sind die politischen Probleme

der Konservativen eben inhaltlich andere als die der Sozialdemokratie. Die Rechnung, die kühl kalkulierende Leute wie Geißler und Späth aufstellten, lautete bekanntlich wie folgt:

1. Die Hauptinteressen der modernen Arbeitnehmer liegen in der sozialen Anerkennung jener Leistung, die sie im Rahmen der technologischen und organisatorischen Modernisierung der Betriebe und Verwaltungen erbringen, und in der Absicherung der Chance, diese herausragende Rolle auch in der Zukunft spielen zu können.

2. Diese Interessen der modernen Arbeitnehmer sind partikular im Sinn fehlender Verknüpfungen zu den Bedürfnissen und Erwartungen der traditionellen Arbeitnehmer, d. h. zu den Hand- und Maschinenarbeitern in der Industrie, zu den Angestellten mit Routinefunktionen in den Büros und Dienstleistungsbetrieben, zu den Arbeitskräften an der Peripherie der ökonomischen Prozesse. Und diese Interessen können von der SPD, die gefesselt ist an die alten Gruppen und gehemmt ist durch deren wachsenden Technikskeptizismus und arbeitspolitischen Konservatismus, nicht offensiv aufgenommen werden.

3. Die CDU/CSU kann sich demgegenüber mit einem Appell an die Partikularität dieser Interessen als Partei der Differenzierung, Deregulierung und Mobilität, der Technikakzeptanz und High-Tech-Euphorie, des ökonomischen Fortschritts und der gesellschaftlichen Modernität gut ins rechte Licht setzen.

Der schwache Punkt dieses Kalküls war immer schon der der fragwürdigen Vermittelbarkeit dieser Politik nach rechts hin. Gegenüber dem reaktionären Segment der bundesrepublikanischen Gesellschaft also, dem viele Begleiterscheinungen selbst dieser Art von Modernisierung fremd geblieben sind und bleiben.

- Das reaktionäre Segment fürchtet die Mobilität und die mit ihr verknüpfte kulturelle und ethische Durchmischung der Gesellschaft;
- beargwöhnt die ökonomischen Verflechtungen und den mit ihnen verbundenen offeneren europäischen und weltweiten Wettbewerb;
- mißtraut der Tertiärisierung der Wirtschaft und vielleicht sogar der expansiven Verwendung moderner Technologien und steht den durch diese angestoßenen kognitiven Neuanforderungen und normativen Umorientierungen skeptisch-ängstlich gegenüber.

Auf dem CDU-Parteitag 1988 konnte Geißler

noch forsch sagen „Warum sollen denn ein Bauer oder ein Vertriebener uns eigentlich nicht mehr wählen, weil wir uns um Arbeitnehmer und moderne Technologien kümmern?“ und in der Frageformulierung die Auffassung suggerieren, daß beides möglich sei: daß sich die Unionsparteien ein Modernitätsimage zulegen und dadurch die modernen Arbeitnehmer gewinnen, und daß sie zugleich ihr Traditionsimage behalten und dadurch nach rechts hin attraktiv bleiben kann – „zukunfts offen und grundsatztreu“, wie es bei ihm heißt. Spätestens mit den Europawahlen weiß er und wissen alle, daß die Sprengkraft zwischen beiden Prinzipien wohl größer ist als der Kitt. Der Eintritt der „Republikaner“ ins politische Geschehen hat den Bedingungsrahmen für konservative Politik entscheidend verändert. Nun kann das reaktionäre Potential aktiv werden, soweit es bisher im Status der Nichtwählerschaft verharret war, und sich mit jenen Modernitätsskeptikern verbinden, die auch mangels Alternative bis dato noch für die CDU/CSU als kleineres Übel votiert hatten, obwohl diese ihnen in neokonservativer Manier schon zu „modern“ geworden waren. Die Konservativen stehen jetzt unabweisbar in dem Dilemma, daß sie ihr Modernitätsimage abstreifen und ihr Traditionsimage aufpolieren müßten, um am rechten Rand mit den „Republikanern“ konkurrieren zu können, daß sie dann aber exakt das riskieren, worauf es Geißler und Späth immer auch angekommen war: durch einen Appell an die besonderen Bedürfnisse der modernen Arbeitnehmer diese wichtigen Gruppen ins konservative Lager hineinzuziehen.

Diese Eskalation der Schwierigkeiten für die Konservativen bedeutet freilich nicht uno actu eine Minderung der Probleme, die die SPD drücken. Erstens ist keineswegs entschieden, ob das konservative Lager die modernen Arbeitnehmer tatsächlich „freigibt“. Und selbst im Fall, daß es dies täte, bliebe immer noch unklar, wie umfassend die SPD dieses freie Potential dann binden könnte. Zweitens wäre eine eindeutige Profilierung der Konservativen nach rechts hin gesamtpolitisch, jenseits wahlstrategischer Erwägungen, eine durchaus zweischneidige Sache. Die modernen Arbeitnehmer, abgestoßen vom kantigeren Rechtsprofil der Union, würden zwar vielleicht eher, wenn auch nicht automatisch zur Sozialdemokratie driften. Doch durch die Festigung des reaktionären Randes wäre der Liberalität in der Gesellschaft ein Bärendienst erwiesen. Rechte Positionen würden massiver und frecher noch als heute auftreten. Sie könnten auf einen Bandwaggon-Effekt setzen – vorurteilsbesetzte Politik mobilisiert be-

kanntermaßen ihre latenten Anhänger um so mehr, je selbstverständlicher sich das sie stützende Vorurteil zu präsentieren vermag. Nicht auszuschließen ist deswegen, daß sich ihre Gefolgschaft so sehr ausweiten könnte, daß eine Spirale nach unten in Gang gesetzt wird mit reichlich ungewissem Ende. Die Linke muß also aus ureigensten Interessen und grundsätzlichen Erwägungen bestrebt sein, die verhängnisvolle Dynamik abzufangen, die in einer Rechtsprofilierung der CDU/CSU angelegt ist.

## II.

Wir versuchen, in unseren folgenden Überlegungen beide Probleme im Auge zu haben: Daß man weiter um die modernen Arbeitnehmer kämpfen und daß dies in einer Weise geschehen sollte, die der Rechtsprofilierung so effektiv wie möglich entgegenwirkt. Eine Politik, die überpartikular ansetzt, ohne ins Unverbindlich-Visionäre abzuheben und die mehr als pragmatisch ist, aber das Prinzip diesseitiger Vernünftigkeit verfolgt: Mit einer solchen Politik, dies wollen wir im folgenden plausibel machen, besäße die SPD die besten Chancen, die modernen Arbeitnehmer politisch zu organisieren, und eben diese Politik wäre identisch mit einer historischen Position, die in the long run eine Barriere gegen den reaktionären Trend in der Gesellschaft markiert.

Diese These geht von einer bestimmten Einschätzung der Mentalität aus, die für die modernen Arbeitnehmer charakteristisch ist. Mentalität im Geigerschen Sinn verstanden, also als ein typisierbares Selbst- und Weltverständnis einer Gruppe in einer spezifischen sozioökonomischen Lage oberhalb von Einzeldarstellungen und Meinungsbildern. Wir sind auf empirische Indizien für Mentalitätsstrukturen bei den modernen Arbeitnehmern gestoßen, die wir im Sinn jener Politik – sagen wir nun in Kurzform – „diesseitiger Vernünftigkeit“ für ausbaufähig halten. Wir wollen zunächst nun an vier neueren, z. T. auch laufenden SOFI-Studien Untersuchung für Untersuchung diese Befunde kurz vortragen, um sie dann abschließend mosaikartig zu einem Gesamtbild der politischen Mentalität moderner Arbeitnehmer zusammenzufügen. Nach Klärung dieser „subjektiven“ Voraussetzungen soll erörtert werden, wie die Politik diesseitiger Vernünftigkeit sich auf diese Mentalitätsstruktur beziehen und stützen könnte.

*1. Studie: „Trendreport – Rationalisierung in der Industrie“ (M. Schumann, V. Baethge, M. Neumann,*

## Il grande Karl



von Panebarco

R. Springer): Im Anschluß an „Das Ende der Arbeitsteilung?“ fragten wir nach der Diffusion der neuen Produktionskonzepte. Dabei bestätigte sich unser Bild von den modernen Produktionsfacharbeitern, die ein wichtiges Element der modernen Arbeitnehmer darstellen. Die neuen Arbeitergruppen sind zwar einerseits vermittels weitreichender Gratifikationen in den herkömmlichen Interessenfeldern abhängig Beschäftigter zu Rationalisierungskonformisten disponiert, doch enthält ihr Interessenverständnis andererseits erweiterte Bezugspunkte, die sich mit der Realität der Betriebe nicht

ohne weiteres in Einklang bringen lassen und die dadurch auf neue Weise Begrenzungen erfahrbar machen. Höhere Qualifizierungsanforderungen, gestaltbarere, selbstkontrolliertere, eigenverantwortlichere Arbeit füllen ein anspruchsvolles Berufsverständnis aus und befriedigen gestiegene Identifikationsansprüche an Arbeit; dies schließt aber keinen Regelkreis in sich stimmiger Genügsamkeit im Rahmen einer immer noch eng gefaßten Arbeitsrolle. Im Gegenteil wird in unserer Forschung das „open end“ dieser Veränderungen sichtbar, die Sensibilisierung für neue Fragen im Sinn einer Öffnung der Perspek-

tive von der Arbeitsrolle auf das betriebliche Sozialsystem und die Gesellschaft. Der Mentalitätswechsel deutet sich vor allem in folgenden Punkten an:

- Hierarchische Verhältnisse werden entschiedener auf ihre funktionale Berechtigung abgeklopft und dann problematisiert, wenn ihnen das sachliche Fundament fehlt.
- Von betrieblichen Entscheidungen wird Durchsichtigkeit und Begründung gefordert, und wo eigene Beiträge auf Basis des beruflichen Sachverständnisses Lösungen vernünftiger machen könnten, wird selbstbewußt Berücksichtigung reklamiert.
- Partizipationsansprüche reichen über die Arbeitsrolle hinaus und richten sich auch auf betriebsstrategische Fragen.
- Das Herrschaftssystem des Betriebs gerät mit diesem erweiterten Zugriff auf betriebliches Handeln zwar nirgends prinzipiell in die Kritik, doch wächst der Rechtfertigungszwang.

Wir finden in unseren Ergebnissen zudem manche Hinweise, daß diese ausufernden Orientierungen nicht am Werkort haltmachen, sondern übergehen auf Urteile und Verhalten im außerbetrieblichen, gesellschaftlichen Umfeld. Die Denkpulse, die durch die neuen Arbeitsrollen freigesetzt werden, lassen sich nicht mehr so leicht räumlich binden und inhaltlich kanalisieren. Effekte der Ausstrahlung und Verallgemeinerung sind ihnen eigen.

2. *Studie:* „Umweltbewußtsein der Industriearbeiter“ (H. Heine/R. Mautz): Hier wurde nachgewiesen, daß die früher unterstellten arbeiterspezifischen Vorbehalte gegenüber der umweltpolitischen Diskussion nicht (mehr) gelten. Jedenfalls zeigen die modernen Facharbeiter einer Zukunftsindustrie wie der Chemie, auf die die Untersuchung zugeschnitten war, eine hohe Sensibilität für die Gefährdungen der Umwelt – eine Sensibilisierung, die nicht in Meinung stecken bleibt, sondern das eigene Alltagsverhalten zu beeinflussen begonnen hat. Die Einsicht in Umweltgefährdung wird weder dem Arbeitsplatzargument geopfert, das ökologische Rücksichtnahme zugunsten der Arbeitsplatzsicherung verrät, noch dem Bewußtsein, als industrieller Produzent selbst in die Verursachungskette der Umweltprobleme eingegliedert zu sein: Man sieht sich oft eben gerade nicht innerhalb der Wagenburg derer, die aus unmittelbarem Eigeninteresse antiökologische Politik blind verteidigen, sondern auf der anderen Frontseite.

Dabei wird die Produzentenrolle dort, wo sie sich

mit einschlägiger beruflich-fachlicher Kompetenz zur Beurteilung der Gefährdungen kombiniert, als zusätzliche Quelle ökologischer Kritik genutzt. Der Glaube in die technischen Möglichkeiten geht bei diesen Arbeitern sehr weit und schließt ökologischen Technikoptimismus ein. In technischer Modernisierung sehen sie deswegen große Lösungspotentiale, wenn sie denn nur voll entfaltet würde. Deswegen richtet sich ihr Anspruch an die betrieblichen wie politischen Instanzen, diesen Bemühungen mit allem Nachdruck die Bahn zu öffnen – auch wenn damit Opfer und Interessenverletzungen in anderen Bereichen verbunden sind. Mit dieser Haltung wird vernünftigen Lösungen das Wort geredet, auch wenn diese einzelnen wehtun sollten. Insofern drückt sich auch im Umweltbewußtsein dieser Facharbeiter eine Mentalitätsstruktur aus, die Bornierungen zurückweist.

3. *Studie:* „Umweltbewußtsein der technisch-industriellen Intelligenz“ (H. Heine/R. Mautz): In dieser gerade erst begonnenen Folgestudie deutet sich an, wie sehr der ökologische Diskurs auch bei der technisch-industriellen Intelligenz „angekommen“ ist. Umweltgefährdung und ihre Verursachung durch den technisch-industriell geprägten Stoffwechsel Mensch – Natur wird weder heruntergespielt noch gelehnet. Typisch erscheint das Eingeständnis, daß fast jede, also auch die eigene industrielle Tätigkeit, mit umweltbelastenden Emissionen verbunden ist. Der ökologische Technikoptimismus, der auch für diese Gruppe typisch ist, läßt freilich dieses Dilemma lösbar erscheinen: man fordert staatliche Auflagenverschärfungen und verspricht sich von ihnen entsprechende technische Anpassung. In der Bereitschaft zur Akzeptanz verschärfter Umweltpolitik gegenüber der Industrie und der konsequenten Einführung des Verursacherprinzips erweist sich, daß auch in dieser Gruppe der technisch-industriellen Produzenten ein beachtliches ökologisches Kritikpotential besteht. Nicht Rechtfertigung der eigenen Produzentenrolle, sondern eher Nutzung der eigenen Kompetenz zur Arbeit an auch gesellschaftlich vertretbaren Lösungen – dies ist die Mentalitätsstruktur, die hier sichtbar wird.

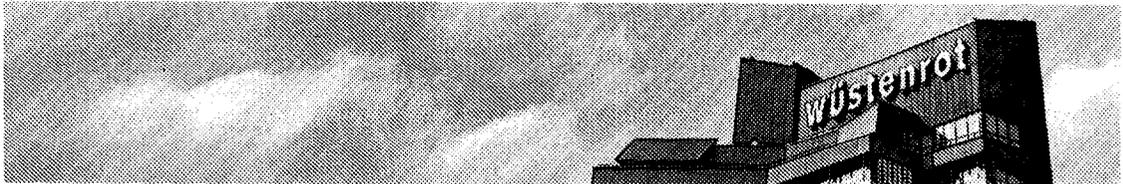
4. *Studie:* „Jugend, Arbeit und Identität“ (M. Baethge, B. Hantsche, W. Pelull, U. Voskamp). Hier sind die Lebenskonzepte von Jugendlichen, insbesondere in bezug auf den in ihnen enthaltenen Stellenwert von Arbeit und Beruf, untersucht worden. Greifen

wir uns aus dieser Studie die Befunde über junge Produktionsfacharbeiter und über junge qualifizierte Angestellte heraus, so wird gerade für sie nachgewiesen, wie sehr Lebensplanung im Medium von Arbeit vollzogen wird. Erfolgskriterien sind dabei vor allem sinnhaft-subjektbezogene, weniger materiell-reproduktionsbezogene Ansprüche an Arbeit. Auch die SOFI-Studie bestätigt zwar die „Entstrukturierung der Jugendphase“, wie Olp die Auflösung geschlechts- und/oder klassenspezifischer und subkulturell tradierter Bedeutungsmuster genannt hat. Doch in Abweichung zur allgemeinen Jugenddebatte, die daraus auf einen drohenden Absturz der Jugendlichen in die Orientierungslosigkeit schließt, erweisen sich die Jugendlichen in unseren Untersuchungen mit ihren arbeitszentrierten Lebensentwürfen durchaus als zukunftsbewußt und positions- und planungsfähig. Aber ihr Zukunftsbewußtsein ist ein gespaltenes. Es besteht bei ihnen typischerweise eine Kluft in der Wahrnehmung der individuellen und der gesellschaftlichen Zukunft. Die Planungs- und

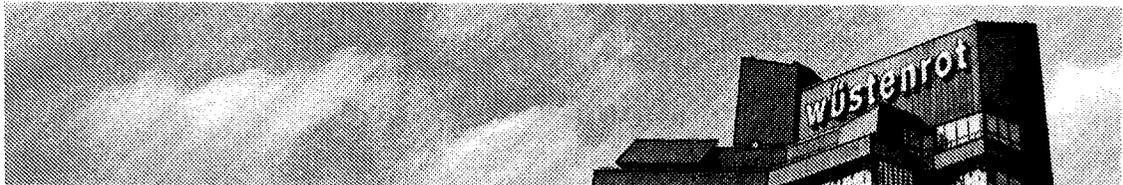
Handlungsperspektive gilt nur individuell, die gesellschaftliche Zukunft scheint ihnen eher im Ungewissen und Dunkeln. Die in diesem Widerspruch angelegte Spannung ist den Jugendlichen nur ansatzweise bewußt und läßt bisher nicht schon Zweifel bei ihnen an der Aufrechterhaltung der individuellen Perspektive aufkommen. Doch im Auseinanderfallen zwischen individueller und gesellschaftlicher Zukunftserwartung ist eine Dynamik angelegt, die die Jugendlichen aus dem Arbeits- und Berufsfeld kritisch, nicht affirmativ auf das gesellschaftliche Umfeld schauen lassen und sie hellhörig und aufnahmebereit machen für Politikangebote, die den Widerspruch nach vorne aufzulösen versprechen und ihren Sorgen um das Schicksal der Gattung Rechnung tragen. Um es vorsichtig zu formulieren: bei diesen Jugendlichen liegt zumindest eine Mentalitätsdisposition vor, die ausbaufähig ist in Richtung einer Politik, wie wir sie im Auge haben.\*

\* Der zweite Teil dieser Studie erscheint im Oktober-Heft.

## Die Bausparkasse.



**Und: Die Bank.**



**Und: Die Lebensversicherung.**



Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

# Thema: Deutscher Überfall auf Polen

## Jörg K. Hoensch Die tödliche Umarmung Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen

*Prof. Dr. Jörg K. Hoensch, Jahrgang 1935, seit 1972 Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Saarbrücken; Präsidiumsmitglied der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Jüngste Veröffentlichungen: Geschichte Polens (Stuttgart 1983); Geschichte Ungarns 1867-1983 (Stuttgart 1984); Geschichte Böhmens (München 1987); Přemysl Otakar II. von Böhmen. Der goldene König (Graz 1989).*

Die Liquidierung Polens auch unter der Gefahr einer Entfesselung eines neuen Weltkriegs bildete den einzigen Zweck der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939. Die fatalen Folgen dieser Vereinbarung prägen bis heute die Landkarte des östlichen Mitteleuropa und beeinflussen die Tagespolitik. Besonders in Polen stellen die traumatisch verfestigten Erinnerungen an den militärischen Zusammenbruch, an die Schrecken und Leiden der Besatzungszeit sowie an die nach 1945 erfolgte Einbindung des Landes in das „sozialistische Lager“ eine bestimmende Komponente des politischen Lebens dar. Die Frage, wie es zu der Katastrophe von 1939 kommen konnte, wird in der Öffentlichkeit ebenso lebhaft diskutiert wie die Forderung, endlich die „weißen Flecken“ aus der Geschichte zu tilgen und die „ganze Wahrheit“ offenzulegen.

### Die Ausgangslage

Warum ist gerade Polen im Herbst 1939 das Opfer der deutschen und sowjetischen Aggression geworden? Erst nach 123jähriger Teilungszeit hatten die Polen infolge des militärischen Zusammenbruchs der drei ostmitteleuropäischen Kaiserreiche am Ende des Ersten Weltkriegs die Eigenstaatlichkeit zurückgewonnen. Die bis 1922 in Aufständen, Plebisziten und Militäraktionen erkämpften und gegen den Willen der Alliierten durchgesetzten Grenzen

umschlossen ein Staatsgebiet von über 388 000 km<sup>2</sup> mit mehr als 27 Mill. Einwohnern, von denen sich allerdings nur knapp 19 Mill. zur polnischen Nationalität bekannten. Die Aufgabe, vier unterschiedliche Verwaltungs-, Rechts-, Finanz-, Verkehrs- und Bildungssysteme zu koordinieren, die sozialen und wirtschaftlichen Unausgewogenheiten zu beseitigen und die ethnischen Minderheiten zu integrieren, überforderte die häufig wechselnden Regierungen. Wegen wachsender Meinungsverschiedenheiten im parteipolitischen Lager, einer kaum kaschierten Mißwirtschaft mit Korruption und offenem Streit um Ämter und Würden sowie einer Verschlechterung der außenpolitischen Lage löste der Staatsgründer Marschall Józef Piłsudski am 12. Mai 1926 einen Staatsstreich mit dem Anspruch aus, eine „Sanierung“ (*sanaacja*) des politischen Lebens vorzunehmen. Unter formaler Beibehaltung der Verfassung und des demokratischen Staatsaufbaus, gestützt auf seine außerordentlich große Autorität und die Loyalität der Streitkräfte, initiierte er seine „moralische Diktatur“. Nach Piłsudskis Tod (12. 5. 1935) verfiel wegen der Mittelmäßigkeit der sich bald in Diadochenkämpfen paralysierenden Nachfolger das bisher von seiner unangefochtenen persönlichen Autorität geprägte System, wobei die Epigonen als erstes die außenpolitische Orientierung des Marschalls aufgaben und eine gefährliche, der eigenen Stärke unangemessene Schaukelpolitik betrieben.

Infolge der umstrittenen Grenzziehungen war Polen mit Ausnahme Rumäniens und Lettlands mit seinen anderen Nachbarn verfeindet. In der realistischen Einsicht, daß das wiedererstandene Polen vornehmlich mit der Gegnerschaft seiner durch Krieg und Revolution etwas geschwächten Nachbarn im Westen und Osten rechnen müsse, blieb außenpolitisch kein anderer Ausweg als die enge Anlehnung an die Westmächte. Das Bündnis mit Frankreich vom 19. Februar 1921 machte Polen zum Eckpfeiler im *cordon sanitaire* und gewährte dem Land Schutz vor einem unprovokierten Angriff. Der Auftrag jedoch, den Druck des sowjetischen Expansionismus und des unversöhnlichen deutschen Revisionismus auf Ostmitteleuropa zu neutralisieren, mußte die Kräfte Polens bei weitem überfordern, zumal die beiden Nachbarn seit dem Vertrag von Rapallo vom April 1922 enger zusammenarbeiteten. Da sich die Weimarer Republik einer von Piłsudski gewünschten

Normalisierung der Beziehungen versagte und die aktivierten deutschen Forderungen nach Grenzrevision und militärischer Gleichberechtigung die territoriale Integrität in Frage stellten, vereinbarte die Warschauer Regierung am 25. Juli 1932 überraschend einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR, der ihr eine Entlastung der Ostgrenze garantierte. Auch die von Hitler im Spätherbst 1933 signalisierte – lediglich taktische – Verständigungsbereitschaft löste in Warschau Resonanz aus: Das auf zehn Jahre befristete Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar 1934 wurde von beiden Seiten als nützlicher Waffenstillstand gewertet und leitete eine kurze Spanne der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ein. Obgleich Piłsudski in der UdSSR nach wie vor Polens gefährlichsten Gegner sah, widersetzte er sich energisch Hitlers Vorschlägen, einen gemeinsamen Feldzug gegen die Bolschewiken vorzubereiten; trotzdem führte der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz mit den westeuropäischen Demokratien Polen unfreiwillig näher an das nationalsozialistische Deutschland heran.

Danach glaubte vor allem Außenminister Beck, durch die lockere Anlehnung an Berlin rasch außenpolitische Erfolge erzielen zu können. Er rechnete mit Verständnis für seine Pläne, für Polen die Führungsrolle in einem von der Ostsee bis zur Adria reichenden „Dritten Europa“ zu gewinnen. Hitler suchte seinerseits durch ständig wiederholte Angebote eine Art deutsch-polnischen Zweckverband gegen die UdSSR zustande zu bringen, der nach außen hin zwar defensive Züge trug, insgeheim aber der Vorbereitung zur Eroberung deutschen „Lebensraums“ im Osten dienen sollte. Die Politik Hitlers war dabei von Anfang an auf ein neuerliches Zerschlagen der polnischen Eigenstaatlichkeit oder ein Hineinzingen Polens in ein Satellitensystem unter deutscher Führung ausgerichtet. Mit der Beteiligung an der Amputation der Tschechoslowakei im September/Oktober 1938 machte sich Polen zum Komplizen der reichsdeutschen Aggressionspolitik: Die polnische Führung erkannte zu spät, daß sich nach dem Münchener Abkommen, das Hitler einen gewaltigen Machtzuwachs bescherte, die strategische und politische Situation Polens besorgniserregend verschlechtert hatte.

#### Polen als Opfer des diplomatischen Tauziehens 1939

Mit der Münchener Entscheidung meinte Hitler, die Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner



*Munitionslager auf der Westerplatte in Flammen nach der Beschießung durch das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ am 2. 9. 1939*

Foto: dpa

gigantischen Osteuropa-Konzeption seien gegeben; Polen sollte als Aufmarschbasis gegen die UdSSR dienen. Zweifel sind angebracht, ob die seit dem 24. Oktober 1938 der Warschauer Regierung unterbreiteten Vorschläge einer „Globallösung“ mit der Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich und der Errichtung einer exterritorialen Verbindung durch den „Korridor“ ernst gemeint waren und bei einem Einlenken Polens vor dem deutschen Angriff bewahrt hätten. Zwar garantierte die britische Regierung unter dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Besetzung Prags (15. 3. 1939) gemacht hatte, im Falle einer direkten oder indirekten deutschen Aggression (31. 3. und 6. 4. 1939) die territoriale Integrität des Landes. Der Angriffswille Hitlers wurde dadurch jedoch nur gesteigert, weil er darin die Bestätigung für seine These einer englischen Einkreisung Deutschlands mit Polens Hilfe zu finden glaubte. Die konsequente polnische Zurückweisung aller deutschen Vorschläge mit dem Hinweis, daß jeder deutsche Griff nach Danzig den Krieg auslösen werde, nahm Hitler zum Anlaß, um am 3. April den Befehl zur Vorbereitung des Angriffs auf Polen zu

geben und am 28. April den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag mit dem fadenscheinigen Vorwand zu kündigen, daß das britisch-polnische Abkommen in Widerspruch dazu stünde. Hitler, der sich in die Vorstellung verrannt hatte, die Ehre Großdeutschlands verlange den Waffengang gegen Polen, faßte unbeschadet seiner antisowjetischen Grundhaltung die Möglichkeit ins Auge, mit der UdSSR zeitweilig zusammenzuarbeiten, um im Rahmen einer „doppelten Revision“ eine neue Teilung Polens durchzusetzen. Es kann den polnischen Politikern der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie in dieser dramatischen Phase vor der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs die Gefahr einer temporären Beilegung der als axiomatisch geltenden Gegensätze zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht erkannten. Durch größere Flexibilität und in Abstimmung mit den westlichen Bündnispartnern hätten sie vielleicht das Zusammenwirken ihrer beiden großen Nachbarn verhindern können.

Im Gegensatz zur britischen Regierung Chamberlain, die im Frühjahr 1939 – nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die polnischen Empfindlichkeiten – einer engeren Kooperationsvereinbarung mit der UdSSR auszuweichen suchte, strebte das französische Kabinett Daladier im Rahmen der sowjetischen Konzeption von „Kollektiver Sicherheit“ eine gesamteuropäische Abwehrfront gegen Hitler an. Hitler, der vorerst einen Konflikt mit den Westmächten zu vermeiden suchte, wollte auf jeden Fall „bei erster passender Gelegenheit Polen angreifen“ und hoffte bis Mitte August, Polen und seine Verbündeten „ausbluffen“ zu können. Diese Erwartung war wohl der Grund für das unmotivierte Schwanken der deutschen Politik der Sowjetunion gegenüber, weshalb der Hitler-Stalin-Pakt nicht als langfristiges Ziel deutscher Außenpolitik, sondern als kurzfristiges Mittel zum Zweck diente, als das außenpolitische Pokern um die Isolierung und Einschüchterung Polens nur noch diese Alternative offen ließ.

Während der am 15. Juni in Moskau aufgenommenen Gespräche der westlichen Botschafter mit Außenminister Molotov über einen Vertragsabschluß spielte die Frage einer gemeinsamen Garantie für die drei baltischen Republiken anfangs eine wesentlich größere Rolle als die zusätzliche Absicherung Polens. Die erst in den Militärverhandlungen nach dem 14. August erhobene sowjetische Forderung nach freiem Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien manövrierte die Gespräche in eine Sackgasse. Obwohl die Westmächte beträchtlichen

diplomatischen Druck ausübten, konnte der polnischen Regierung eine Zustimmung nicht abgepreßt werden. Auch nachdem die französische Regierung, die bereits im Mai eine Militärkonvention für den Fall eines deutschen Angriffs mit Polen vereinbart hatte, wenige Stunden vor Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes den Sowjets ihre Bereitschaft signalisierte, ihrerseits das verlangte Durchmarschrecht zu garantieren, wurden die Verhandlungen mit den Westmächten am 25. August 1939 von Molotov abgebrochen. Ihre unnachgiebige Haltung in der polnischen Frage nahm die sowjetische Seite jedoch erst zu einem Zeitpunkt ein, als deutlich geworden war, daß Hitler mit der UdSSR ein Einvernehmen um jeden Preis suchte. Der am 25. August abgeschlossene britisch-polnische Beistandspakt konnte das über Polen hereinbrechende Unheil nicht mehr verhindern. Führende polnische Politiker vertraten trotz der sich mehrenden Anzeichen, daß die Alliierten keine sofort wirksamen militärischen Entlastungsaktionen einleiten würden, bis zuletzt die Überzeugung, ihre eigene militärische Stärke und die Hilfsbereitschaft ihrer Verbündeten werde Hitler von einem Angriff abhalten.

Parallel zu den laufenden Verhandlungen mit den Westalliierten hatte die deutsch-sowjetische Annäherung entscheidende Fortschritte gemacht. Das durch diplomatische Kanäle signalisierte Interesse des Kreml an einer Verbesserung der politischen Beziehungen war in Berlin im Juni 1939 anfangs zwar nur zögernd aufgegriffen worden, doch die am 22. Juli bekanntgegebene Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen stellte den Durchbruch dar. Die Gespräche über einen Militärpakt mit Japan hatten sich nämlich zuvor zerschlagen, und somit bestand für Hitler vorerst keine Aussicht auf eine Umklammerung der UdSSR; daher schien allein ein Einvernehmen mit dem Kreml die Voraussetzung zu bieten, den ersten Schritt zur Realisierung des deutschen Lebensraumprogramms im Osten zu machen. Hitler geriet zudem unter wachsenden Zeitdruck, zumal der 1. September witterungsbedingt als spätester Termin für den Angriff auf Polen festgesetzt worden war.

Die seit Ende Juli signalisierte und Anfang August präzisierte deutsche Bereitschaft, auch sowjetische Interessen berücksichtigen zu wollen, wenn dem Reich von Polen „ein Konflikt aufgezwungen“ werden sollte, fand in Moskau eine so positive Reaktion, daß von Ribbentrop einen Schritt weiter ging und am 10. August erstmals eine Teilung Polens zur Diskussion stellte. Bei den am 15. August in Moskau



*Polens rot-weiße Grenzpfähle wurden niedrigerissen, September 1939*

Foto: dpa

aufgenommenen deutsch-sowjetischen Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag drängten Hitler und Ribbentrop ohne Rücksicht auf die noch vorhandenen sachlichen Differenzen jedoch auf eine sofortige Unterzeichnung, denn die Vorbereitungen für das Auslösen der Militäraktion gegen Polen in den letzten Augusttagen liefen bereits auf Hochtouren. Polen, um dessen Schicksal es ja letztlich ging, wurde in den Beratungen nur am Rande erwähnt. Dank einer geschickten Verzögerungstaktik konnte Molotov erreichen, daß in einem Geheimen Zusatzprotokoll die baltischen Staaten, Finnland und Bessarabien der sowjetischen Einflußsphäre zugesprochen wurden und Polen entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San geteilt werden sollte. Auch wenn nicht auszuschließen ist, daß selbst die mit den Westmächten verbündete Sowjetführung bei der Abwehr eines deutschen Angriffs auf Polen die Gelegenheit genutzt hätte, die 1921 im Frieden von Riga verlorenen „Westgebiete“ zurückzugewinnen und Einfluß auf Zusammensetzung und Politik der War-

schauer Regierung zu nehmen, so sollte doch erst der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 dem Kreml die Möglichkeit eröffnen, die Grenzen seines Hegemonialbereichs schließlich bis an die Elbe und die Adria auszuweiten.

#### **Die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Pakts auf Polen**

Trotz aller hehren Proklamationen seiner Vertragspartner blieb Polen nach dem 1. September ohne nennenswerte militärische Unterstützung. Der zahlenmäßigen und waffentechnischen Überlegenheit der deutschen Truppen hatten die Polen nur ihre Tapferkeit entgegenzusetzen. Als die von Hitler ab dem 3. September zur unmittelbaren Teilnahme an den Kampfhandlungen gedrängte Sowjetregierung am 17. September die Rote Armee in die ihr im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August zugeteilten weißrussischen und ukrainischen Gebiete einrücken ließ, traten die höchsten polnischen Staatsorgane auf rumänisches Territorium über, so daß es keine legale

Staatsgewalt auf dem bisherigen Hoheitsgebiet mehr gab. Mit diesem Faktum, das auch die Verbindlichkeit des Nichtangriffsabkommens von 1932 beendet habe, sowie mit ihrer Pflicht, den Schutz der weißruthenischen und ukrainischen Bevölkerung zu gewährleisten, suchte der Kreml die sowjetische Teilnahme zu rechtfertigen. In dem am 28. September 1939 mit dem Deutschen Reich geschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag sicherte sich die Sowjetregierung unter Aufgabe der ethnisch polnischen Gebiete zwischen Weichsel und Bug die Ausweitung ihrer Einflusssphäre auf Litauen. Der geschickt taktierende Stalin durfte hoffen, daß diese „Mäßigung“, die das gesamte Baltikum der sowjetischen Besetzung preisgab und der UdSSR im Westen immerhin das Vorrücken bis zur ehemaligen Curzon-Linie gestattete, bei einem möglicherweise später notwendig werdenden Wechsel der Allianzen auch von den Westmächten honoriert werden könnte.

Unter den rund 13 Mill. Einwohnern in den von der UdSSR annektierten und am 1./2. November 1939 der Weißrussischen bzw. der Ukrainischen Sowjetrepublik eingegliederten ostpolnischen Gebieten befanden sich etwa 5,275 Mill. Menschen mit polnischer Muttersprache, die sogleich Entpolonisierungsmaßnahmen unterworfen wurden. Die von April 1940 bis Juni 1941 in fünf Wellen vorgenommenen Deportationen ins Innere Rußlands und nach Sibirien erfaßten über 1,5 Mill. Menschen und trafen vor allem die staatlichen, kulturellen und religiösen Repräsentanten des Polentums; etwa 40 % von ihnen kamen dabei zu Tode. Auch die 1,1 Mill. Juden fanden sich harter Bedrängnis ausgesetzt. Außerdem waren an die 300 000 Polen in sowjetische Kriegsgefangenschaft gelangt, von denen gerade 82 000 überlebten. Nicht nur in dem zum Symbol gewordenen Katyń, wo 1940 im Frühjahr 4 500 Offiziere ermordet wurden, sondern auch die rund 10 000 Insassen der Lager Starobielsk und Ostaškov haben Spezialeinheiten fast vollzählig liquidiert. Die Verfolgung polnischer Patrioten ging sogar nach der Wiederbesetzung Ostpolens durch die Rote Armee im Jahr 1944 weiter, wobei auch 30 000 Soldaten der Heimatarmee (Armia Krajowa) deportiert wurden, deren Schicksal bis heute ungeklärt ist. Selbst bei der „Befreiung“ des heutigen polnischen Staatsgebiets westlich des Bug wurden 1944/45 Tausende Polen festgenommen, von denen die meisten während der Haft in der UdSSR starben.

Klare Vorstellungen über die künftige Organisation der dem Deutschen Reich zugefallenen ethnisch polnischen Gebiete westlich der Demarkationslinie

besaß Hitler nach Beendigung der Kampfhandlungen nicht, die Polen mit 66 300 Toten, 134 000 Verletzten und etwa 400 000 Gefangenen hatte bezahlen müssen. Hitler ließ seinen am 25. September erwogenen Plan, einen entmilitarisierten und ganz von Deutschland abhängigen Reststaat zu schaffen, nach dem 12. Oktober fallen, als sich die Westalliierten durch dieses „Zugeständnis“ nicht zur Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit zeigten und sich keine angesehenen Polen für die Bildung einer „Quisling“-Regierung zur Verfügung stellten. In einem Erlaß über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete wurde die westliche Hälfte Polens mit den wichtigsten Industriezentren bereits am 8. Oktober 1939 direkt dem Deutschen Reich angeschlossen, der Rest von 142 000 km<sup>2</sup> mit 10,6 Mill. überwiegend polnischen Bewohnern in einem Reichsminister H. Frank unterstehenden „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ zusammengefaßt. Dieses „Nebenland des Reiches“ wurde wirtschaftlich rücksichtslos ausgebeutet und unter Ausschaltung, bald auch physischer Vernichtung, der intellektuellen Kader zunehmend brutaleren Unterdrückungsmethoden mit dem Ziel unterworfen, die Polen auf die Stufe eines halbfreien, zur Schwerstarbeit geeigneten „Helotenvolkes“ ohne politisches Eigenbewußtsein zu degradieren. In den „Eingegliederten Ostgebieten“ setzte früh die Trennung der polnischen und jüdischen Bevölkerung von den deutschen Bewohnern und eine konsequente Germanisierungspolitik der Mischbevölkerung ein. Auch hier wurden durch Enteignung, Ausweisung, Deportation und gezielte Ausrottung die Voraussetzungen für die Ausschaltung jeder nationalpolitischen Bewegung geschaffen. Hunderttausende junger Polen wurden als Zwangsarbeiter in das Reichsgebiet verbracht.

Die maßlose und brutale deutsche Besatzungspolitik löste eine immer weitere Bevölkerungskreise erfassende Bereitschaft zum opferbereiten Widerstand im Untergrundkampf aus, der mit dem deutschen Angriff auf die UdSSR zudem von der radikalen Linken aufgenommen wurde. Auch die ab Mitte 1942 einsetzende planvolle physische Vernichtung der polnischen Staatsbürger mosaischen Glaubens, der mit mehr als 2,5 Mill. Menschen fünf Sechstel der polnischen Juden zum Opfer fielen, verstärkte diesen aus einem tiefempfundenen Patriotismus gespeisten Abwehrkampf der nationalen Résistance, zumal die ethnisch polnische Bevölkerung befürchten mußte, nach Ausrottung der Juden infolge des nationalsozialistischen Rassenwahns als „Unter-



*Leszek Hotdanowicz, 1963*

Polnisches Plakatmuseum Warschau

menschen“ selbst teilweise liquidiert zu werden. Der Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 und der Versuch der Armia Krajowa, im August 1944 die Hauptstadt freizukämpfen, demonstrierten den ungebrochenen Überlebenswillen und den Wunsch, den polnischen Staat aus eigener Kraft unter Betonung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung in den alten Grenzen wiederherzustellen. Die Opfer waren enorm: Mehr als 6 Mill. Tote, darunter der Großteil der Juden, der Intelligenz und der qualifizierten Arbeiter, waren zu beklagen; nach – wahrscheinlich zu hoch gegriffenen – Schätzungen hatte Polen 38 % des Volksvermögens verloren. Der Zerstörung der gewachsenen Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Krieg, der Westverschiebung und der damit verbundenen Vertreibung der deutschen Bevölkerung sowie der erzwungenen politischen Neuorientierung kam ähnliches Gewicht zu.

Die bereits beim Besuch des britischen Außenministers Eden im Dezember 1941 in Moskau von Stalin erhobene Forderung, die von Hitler zugestandene Westgrenze der UdSSR auch nach dem Sieg über das Deutsche Reich zu behaupten, belastete zunehmend das Verhältnis des Kreml zu der in London residierenden polnischen Exilregierung. Ihr Beharren, die Hintergründe der im April 1943 entdeckten Morde von Katyń vorbehaltlos aufzuklären, nahm Stalin zum Vorwand, die Beziehungen zu den bürgerlich-demokratischen Kräften am 25. April abzubrechen; mit dem Ziel, der zuvor weitgehend bedeutungslosen politischen Linken zur Macht zu verhelfen, unterstützte er einseitig die Kommunisten und ihre Sympathisanten. Angesichts der militärischen Bedeutung der Roten Armee stimmten Roosevelt und Churchill bereits auf der Konferenz von Teheran (28. 11. – 1. 12. 1943) den von Stalin unachgiebig verlangten territorialen Konzessionen auf Kosten Polens und einer generellen Westverschiebung des Landes zu. Als im Verlauf der Sommeroffensive von 1944 der Bug in breiter Front überschritten wurde, installierte die Sowjetführung am 22./25. Juli ein Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung („Lubliner Komitee“), das Regierungsfunktionen ausübte und Weichenstellungen vornahm, die im Nachkriegspolen den Aufbau eines sozialistischen Systems ermöglichen sollten. Obgleich die von den Westmächten unter wachsendem Druck gesetzte Londoner Exilregierung von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als einzig legitime Repräsentation der nationalen Interessen angesehen wurde, konnte das mit sowjetischer Rückendeckung zur Provisorischen Regierung erwei-

terte Lubliner Komitee im Gefolge der Roten Armee bis Ende März 1945 die Verwaltung im freigekämpften Polen übernehmen.

Auf der Konferenz von Jalta (4.–11. 2. 1945) stimmten die USA und Großbritannien grundsätzlich einer Ostgrenze Polens entlang der leicht modifizierten Curzon-Linie von 1919 zu und legten die Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße fest; eine bindende Vereinbarung über die Aufnahme von Exilpolitikern in eine „Regierung der nationalen Einheit“ und die Abhaltung freier Wahlen kam dagegen nicht zustande. Während Kommunisten und Linkssozialisten die allgemeine Instabilität, Rechtsunsicherheit sowie die große Teile des polnischen Volkes erfassende, die bisherige Sozialstruktur aufbrechende elementare Bevölkerungsverschiebung zu nutzen verstanden, ihre politische Basis zu erweitern, konnte trotz des Drucks der Westmächte eine bescheidene Beteiligung der dem westlichen Demokratieverständnis anhängenden Londoner Repräsentanten an der Regierung der nationalen Einheit erst Ende Juni 1945 sichergestellt werden. Die Potsdamer Konferenz (17. 7.– 2. 8. 1945) teilte daraufhin die ehemals ostdeutschen Gebiete bis zur Oder und der westlichen Neiße einschließlich des Territoriums der Freien Stadt Danzig und das südliche Ostpreußen, rund 103 000 km<sup>2</sup>, bis zu einer friedensvertraglichen Regelung der polnischen Verwaltung zu, so daß das um fast 150 km nach Westen verschobene Polen nur noch über ein auf 312 730 km<sup>2</sup> verkleinertes Staatsgebiet verfügte. Unter dem übermächtigen Einfluß des omnipotenten sowjetischen Nachbarn mußte Polen – wie die anderen in einer gleitenden kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa entstandenen „Volksdemokratien“ auch – seine demokratischen Traditionen aufgeben und sich in der Hochzeit des Stalinismus dem in der UdSSR entwickelten und für verbindlich erklärten sozialistischen Leitbild anpassen.

### Die politische Relevanz der „weißen Flecken“

Schon früh wurde in Polen die Frage nach der Mitverantwortung der Sowjetunion an Hitlers Überfall gestellt. Kein polnischer Patriot gab sich mit der in der Historiographie gebetsmühlenartig wiederholten Rechtfertigung Stalins (v. 3. 7. 1941) zufrieden, der Nichtangriffsvertrag habe der UdSSR für einhalb Jahre den Frieden gesichert und ihr die Möglichkeit geboten, sich „militärisch auf die Abrechnung mit dem von den Verbrechern Hitler und Ribbentrop geführten hinterhältigen deutschen Volk“

vorzubereiten. Die polnische Führung übernahm sogleich die erstmals von dem sowjetischen Chefankläger Rudenko im Nürnberger Prozeß erhobene Beschuldigung, das Polens Schicksal besiegelnde Geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 stelle eine dreiste Fälschung dar. Die in der Bevölkerung umlaufenden Gerüchte und Informationen waren damit aber nicht unter Kontrolle zu bringen. Das Zirkulieren der von Exilpolen im westlichen Ausland erarbeiteten Untersuchungen zur Rolle der Sowjetführung beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs konnte ebensowenig unterbunden werden wie Berichte über die sowjetische Verantwortung für die Morde von Katyń und über den Leidensweg der in die UdSSR verschleppten Polen. Während ein steter Fluß von – teils immer noch recht polemisch gehaltenen – Publikationen die deutschen Kriegsverbre-

chen ausschlachtet und die UdSSR als Garanten gegen die von der Bundesrepublik Deutschland ausgehenden Gefahren des „Revanchismus“ beschwört, durfte sich keine vor 1987 in Polen entstandene historische Arbeit kritisch mit dem sowjetischen Eingreifen in den Polen-Feldzug, mit der anschließenden Besatzungspolitik oder den Übergriffen der Rotarmisten befassen. Wegen der wachsenden Unzufriedenheit über diese unverständliche Tabuisierung und einseitige Informationspolitik, die insbesondere vom Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung (KSS „KOR“) und der Gewerkschaft „Solidarność“ angeprangert wurden, sah sich die polnische Staats- und Parteiführung immer häufiger gehalten, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu beschwören und auf die besonderen Empfindlichkeiten der russischen Genossen hin-



*Juden 1939 – 1945: Polen/Aufstand im Warschauer Ghetto*

*Als das Ghetto 1940 auf einer Fläche von nur 4 qkm angelegt wurde, lebte dort 1/2 Million Juden. Bis zum Beginn des Aufstandes am 19. 4. 1943 waren durch Hunger, Krankheit und systematische Ausrottung nur noch 60 000 am Leben. 40 000 starben bei den 4-wöchigen Kämpfen, 5 000 gelang die Flucht, die letzten 15 000 wurden abtransportiert und in den verschiedenen Lagern vergast.*

Foto: Süddeutscher Verlag

sichtlich der Vergangenheitsbewältigung zu verweisen.

Der neue Wind aber, der seit der Ernennung M. Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU aus Moskau weht, sowie die wegen der ökonomischen Misere unausweichliche stärkere Öffnung nach Westen veranlaßten die polnische Staats- und Parteiführung, seit 1986 eine gelenkte Diskussion um die alle Polen brennend interessierenden historischen Zusammenhänge unter Einbeziehung auch des sowjetischen Anteils am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuzulassen. Die am 21. April 1987 von Gorbatschow und General Jaruzelski in Moskau unterzeichnete Deklaration über die allseitige Zusammenarbeit, die wegen der Zusage, daß keine „weißen Flecken“ in der Historiographie geduldet werden dürfen, in Polen große Erwartungen weckte, schien dem langgehegten Wunsch entgegenzukommen, die polnisch-sowjetischen Beziehungen jetzt vorbehaltlos offenzulegen. In einem im Sommer 1987 in der parteioffiziellen Moskauer Zeitschrift „Kommunist“ erschienenen Aufsatz verwies Jaruzelski immerhin auch auf „die Fehler der sowjetischen Politik Polen gegenüber“ in den Jahren 1939–1941. Da aber Gorbatschow – wohl aus Rücksichtnahme auf seine parteiinternen Kritiker und als Reaktion auf die stürmisch anwachsende Freiheitsbewegung in den baltischen Republiken – in seiner programmatischen Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution den Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts ungeschränkt rechtfertigte und jeden Hinweis auf das Geheimabkommen sowie die sowjetische Beteiligung an der militärischen Zerschlagung Polens vermied, wurde auch in Polen die Diskussion wieder eingeschränkt. Inzwischen waren der Text der Geheimklausel und Auszüge aus dem Freundschafts- und Grenzvertrag vom 28. September 1939 aber auch in der Tagespresse und in wissenschaftlichen Werken abgedruckt worden.

Einen noch größeren Stellenwert hat für die Polen unterdessen die Aufklärung der Verbrechen von Katyń erlangt, des Symbols für die Ermordung von rund 15 000 polnischen Offizieren, die nach offizieller Lesart bis vor wenigen Wochen den „Nazifaschisten“ angelastet wurden. Groß war die Enttäuschung, als sich Gorbatschow bei seinem Polen-Besuch im Juli 1988 einer offenen Diskussion der „weißen Flecken“ durch Wiederholung der alten Standpunkte entzog. In einem Brief an polnische Intellektuelle verurteilte er im November lediglich den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 als „politischen

Fehler mit schwersten Folgen“. Unter wachsendem Druck der öffentlichen Meinung sah sich die polnische Regierung immerhin gehalten, den „sowjetischen Freunden“ am 7. März 1989 neue Unterlagen über die Morde an polnischen Offizieren und Deportierten in der UdSSR zuzuleiten; bei den Katyń-Feiern am 18. April wurde anläßlich der Beisetzung von Urnen mit Erde aus den dortigen Massengräbern am Grabmal des Unbekannten Soldaten und am Katyń-Gedenkstein des Warschauer Heldenfriedhofs der bisher obligatorische Hinweis auf die „faschistischen Naziverbrecher“ als Täter sorgfältig vermieden und die alte Inschrift getilgt.

Nicht zuletzt wegen des Festhaltens an der langjährigen Verschleierungstaktik und des Ausbleibens eines offenen Schuldbekenntnisses hat – ganz abgesehen von den konkreten Folgen – der Hitler-Stalin-Pakt für die Bewohner Polens bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Während die Verantwortung des Deutschen Reiches für den Überfall auf Polen sowie für die von Deutschen in Polen begangenen Verbrechen nicht geleugnet oder ausgemerzt werden konnte, erschweren die tabuisierten „weißen Flecken“ die Einstellung der Polen zum großen Bruder Sowjetunion weiterhin nachhaltig. Zwar sind die im Zweiten Weltkrieg geschlagenen Wunden vernarbt, aber sie haben im politischen Bewußtsein der Polen unauslöschliche Spuren hinterlassen. Zudem ist angesichts der normativen Kraft des Faktischen nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags mit der Bundesrepublik Deutschland am 7. Dezember 1970 die Furcht vor einer Gefährdung der gegenwärtigen Westgrenze weitgehend verschwunden. Daher erscheint den meisten Polen, denen inzwischen die wahren Hintergründe der historischen Ereignisse vor 50 Jahren bekannt sind und die sich dem kulturellen Erbe des christlichen Abendlandes besonders fest verpflichtet fühlen, die Aufrechterhaltung der ihrem Nationalstolz und ihren politischen Überzeugungen zuwiderlaufenden Subordination unter die Führungsmacht UdSSR unzeitgemäß. Ohne ein vorbehaltloses Eingeständnis der Mitschuld an den Leiden und Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs in Polen wird sich eine freiwillige Akzeptanz der sowjetischen Vormachtstellung und eine von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung getragene Partnerschaft zwischen den Polen und den Völkern der UdSSR nicht verwirklichen lassen.\*

\* Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags erscheint in dem Band: Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Hrsg. v. Erwin Oberländer, Frankfurt, Fischer, 1989.

## Grabgesang

Im Unvertrauten ertrunken,  
aufgesogen vom Dunkel,  
hoch in die Höhe gebracht,  
triefst du vom Plasma der Nacht,  
segelst in fremde Lande,  
fremd begraben zu werden,  
fremd bestattet zu werden,  
schneebedeckt in der Erde,  
festgetreten, zur Nacht  
vom Himmel blau überdacht,  
entmenschlicht, unvorhanden.

Schon sind die Glocken verhallt,  
schon bist du besiegt und kalt,  
entführt dem Klagegesang  
zum gültigen Untergang,  
ins unbewegliche Land,  
in nie erfahrenen Sand,  
das raunende Urgesumm;  
um deinen Sarg herum  
wachsen von allen Seiten  
Wacholderwurzeln, gescheite,  
unerkant.

Aus welchem Drang  
Bist du gegangen?  
Hat Nacht dich umhangen?  
Und welche dunkle Gewalt  
hat dich entmenschlicht, kalt,  
daß du auf ihren Wink  
zu totem Stein versinkst? . . .  
Die mitleidvolle Trage  
trägt nur noch den Kadaver,  
bei Glocken und Schalmeien,  
der Erde ihn zu weihen,  
mit Erde zu beschweren,  
der Sonne abzukehren,  
fort von der Sterne Zier  
und von dir.

*Władysław Sebyła\**

*\* Władysław Sebyła ist 1941 zusammen mit 5 000 Polen in Katyn ermordet worden.*

*Aus dem Polnischen übersetzt von Karl Dedecius.*

# Manfred Messerschmidt

## Der „Kreuzzug“ nach Osten?

*Dr. Manfred Messerschmidt, Jahrgang 1926, ist Professor für Militärgeschichte in Freiburg, leitete die Untersuchungskommission in der „Affaire Waldheim“.*

War der Zweite Weltkrieg ein Kreuzzug im Rahmen eines zweiten Dreißigjährigen Krieges zwischen 1914 und 1945? Dies ist die These eines neuen Werkes über den Krieg und die „Endlösung“. Der Princeton-Zeithistoriker Arno J. Mayer hat mit „Why did The Heavens not Darken? The ‚Final Solution‘ in History“ eines der umfangreichsten Bücher zum Thema „Endlösung“ vorgelegt. Es wird in diesem Jahr bei Rowohlt unter dem nicht ganz treffenden Titel: „Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die ‚Endlösung‘“ herauskommen.

Die europäische Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts läßt sich problemlos als eine Zeit der Krise oder des Umbruchs beschreiben, vielleicht auch als Zeit „extremer Spannungen zwischen den Kräften der Veränderung und denen der Beharrung“. In einem solchen allgemeinen Bild macht es Sinn, die Krise als Auslöser der Weltkriege zu begreifen, die ihrerseits neuen Konfliktstoff anhäufte. Mayer geht es um eine Reinterpretation des „Judeozids“. Ist dieses Vorhaben gelungen angesichts der bisherigen Interpretationsvarianten, die zwischen den Deutungsversuchen der „Intentionalisten“ und „Funktionalisten“ angesiedelt sind?

Die Kontroversen der Vertreter dieser Richtungen sind noch längst nicht im Sinne einer Lösung der Gegensätze ausgetragen, obwohl beide ausgesprochen oder unausgesprochen die „Historisierung“ der Judenvernichtung betreiben. Noltes Bürgerkriegstheorie etwa, die zu so zugespitzten Formulierungen aufuferte, Katyn sei ein deutlicheres Symbol für die Entschlossenheit zur Vernichtung eines Gegners als Auschwitz, macht deutlich, daß eine Gesamtinterpretation schief sein muß, wenn ihre Paradigmen grundfalsch sind.

Mayer sucht offensichtlich eine Perspektive jenseits der festgefahrenen Positionen der Intentionalisten und Funktionalisten, mittels eines weiten Rückgriffs in die Geschichte. Lassen sich aber der erste

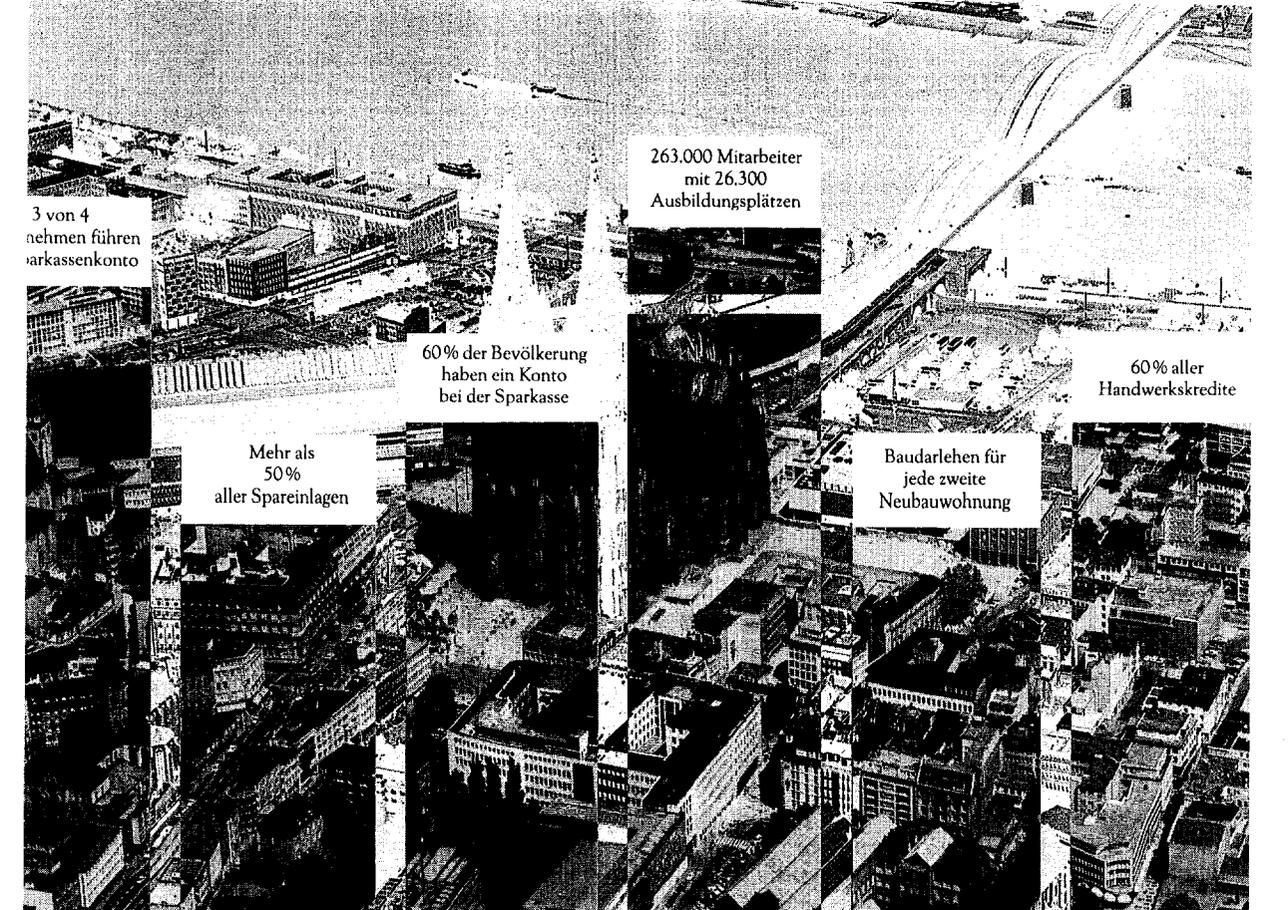
Kreuzzug und der Dreißigjährige Krieg mit den Ursachen und Methoden der Judenvernichtung während des Zweiten Weltkrieges vergleichen, Auschwitz mit Magdeburg? Kann uns ein Satz neue Erkenntnisse vermitteln, der lautet: während der Dreißigjährige Krieg die Endphase des ideologischen Ringens zwischen A und B markierte, bildete der Dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts den Höhepunkt des ideologischen Kampfes zwischen C und D?

Es gibt ebenso für die von Mayer als konstitutiv angesehenen Elemente einer Reinterpretation des Judeozids genauere und vor allem quellennähere Darstellungen. Drei Elemente sollen es gewesen sein:

- das Zusammenspiel von Antikommunismus und Antisemitismus;
- der Kontext der Zeit, nämlich der Zusammenhang „zwischen der eskalierenden Verfolgung der Juden“ und der „Wende im Wesen“ des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges;
- die Verflechtung der „drei Vorgänge“: Wandlungen des NS-Systems, Rußlandkrieg und Judeozid.

Daß die Endlösung mit der Entwicklung des NS-Systems im Kriege eng verbunden war, gehört bereits zu den grundsätzlichen Thesen der „Funktionalisten“. Martin Broszat und Hans Mommsen haben auf diese Problematik wiederholt hingewiesen, vor allem bei der Diskussion um die Frage, ob die „Endlösung“ auf einen Befehl Hitlers zurückzuführen ist oder nicht. Bekanntlich sehen die Funktionalisten hierfür keine Notwendigkeit. Kurz gesagt, ist die Vernichtung des europäischen Judentums eher eine Folge der Funktionsmängel des Systems gewesen und nicht etwa Ergebnis von zielorientierter Planung. Lokale Probleme, Überfüllung der Ghettos und schließlich das Steckenbleiben der Wehrmacht erzwangen hiernach den bekannten Gang in die Katastrophe. Diese an Hand einzelner Beispiele gewonnene Sicht bezweckt keine Entlastung der Handelnden. Im Gegenteil, Mommsens Hinweis auf die strukturellen Bedingungen der „Endlösung“, definiert als „kumulative Radikalisierung“, wirft ein greller Licht auf den Zustand der Bürokratien des Todes, als wenn lediglich auf einen Befehl Hitlers verwiesen würde, dem jeder zu folgen gezwungen war. Dennoch befriedigt diese Sicht nicht zweifelsfrei angesichts einzelner Quellen, die auf einen mündlich erteilten Hitler-Befehl hinweisen. Der allgemeine Hinweis auf das Phänomen einer kumulativen Radikalisierung bleibt jedoch treffend.

Vielfach genügte ja bereits die Andeutung der



3 von 4  
nehmen führen  
Sparkassenkonto

263.000 Mitarbeiter  
mit 26.300  
Ausbildungsplätzen

60% der Bevölkerung  
haben ein Konto  
bei der Sparkasse

Mehr als  
50%  
aller Spareinlagen

Baudarlehen für  
jede zweite  
Neubauwohnung

60% aller  
Handwerkskredite

# UNSERE LEISTUNGEN AUF EINEN BLICK

Schon ein erster Blick zeigt: Auf wesentlichen Leistungsfeldern ist die Sparkassenorganisation weiterhin die Nummer 1 im deutschen Kreditgewerbe.

Bei uns haben 60% der Bevölkerung ein Konto. Über 50% aller Spareinlagen und 40% aller von Kreditinstituten ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen entfallen auf unsere Institute.

Keine andere Bankengruppe vergibt so viele Kredite an die mittelständische Wirtschaft wie die Sparkassen und Landesbanken. Von uns stammen fast 60% aller Handwerkskredite und rund 65% aller Kommunalkredite.

Bei uns sind die meisten Mitarbeiter tätig: 263.000 Frauen und Männer, davon 26.300 Auszubildende.

Um unsere Marktposition zu sichern und die Zahlungen zu beschleunigen, setzen wir die Automation konsequent fort. Mit »electronic banking« stellen wir Firmenkunden Datenverarbeitung zur Geschäftsabwicklung und zur Unternehmensführung zur Verfügung.

Mit einem Wort: Wir nehmen unsere Marktstellung auch als Verpflichtung für die Zukunft.

**Die Sparkassen  
Landesbanken und  
Landesbausparkassen**



Möglichkeit eines derartigen Befehls, um SS und Polizei agieren zu lassen. Und ist es nicht besonders beklammend und erhellend zugleich, daß die verschiedenen Positionen in der Kontroverse um die Struktur des NS-Staates keinen Zweifel daran lassen, daß die „Endlösung“ in diesem System als Möglichkeit angelegt war? Der Nationalsozialismus als besondere Form der Durchdringung und Umklammerung einer labilen Gesellschaft entzieht sich insofern einer Deutung von gängigen Faschismustheorien her. Italienischer Faschismus und Antisemitismus stellten ein völlig anderes Kooperationsyndrom dar als Nationalsozialismus und Antisemitismus, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß Italien kein Emanzipationsproblem kannte, weil die Juden in die Gesellschaft integriert waren. Die Vernichtung der Juden machte hier keinen Sinn und wäre daher ohne jeden Mobilisierungseffekt geblieben.

Die Puristen unter den Internationalisten übersehen (gern) die mit der Frage des Mobilisierungseffektes gegebenen Schwierigkeiten auch bei der Interpretation der Entwicklung in Deutschland. Schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erlebte der rassistisch begründete Antisemitismus seine Auf- und Niedergänge. Die Niederlage 1918 und die Revolution verschafften ihm in rechtsradikalen Zirkeln, nicht zuletzt beim Militär, erheblichen Auftrieb. Das zuerst in Ostmitteleuropa entwickelte Feindbild vom „jüdischen Bolschewismus“ fand in diesen Kreisen bereitwillige Aufnahme und wurde als Ingrediens der Dolchstoßlegende zum Glaubensartikel von Rechtsparteien und Militär und zur Propagandabotschaft der Nationalsozialisten.

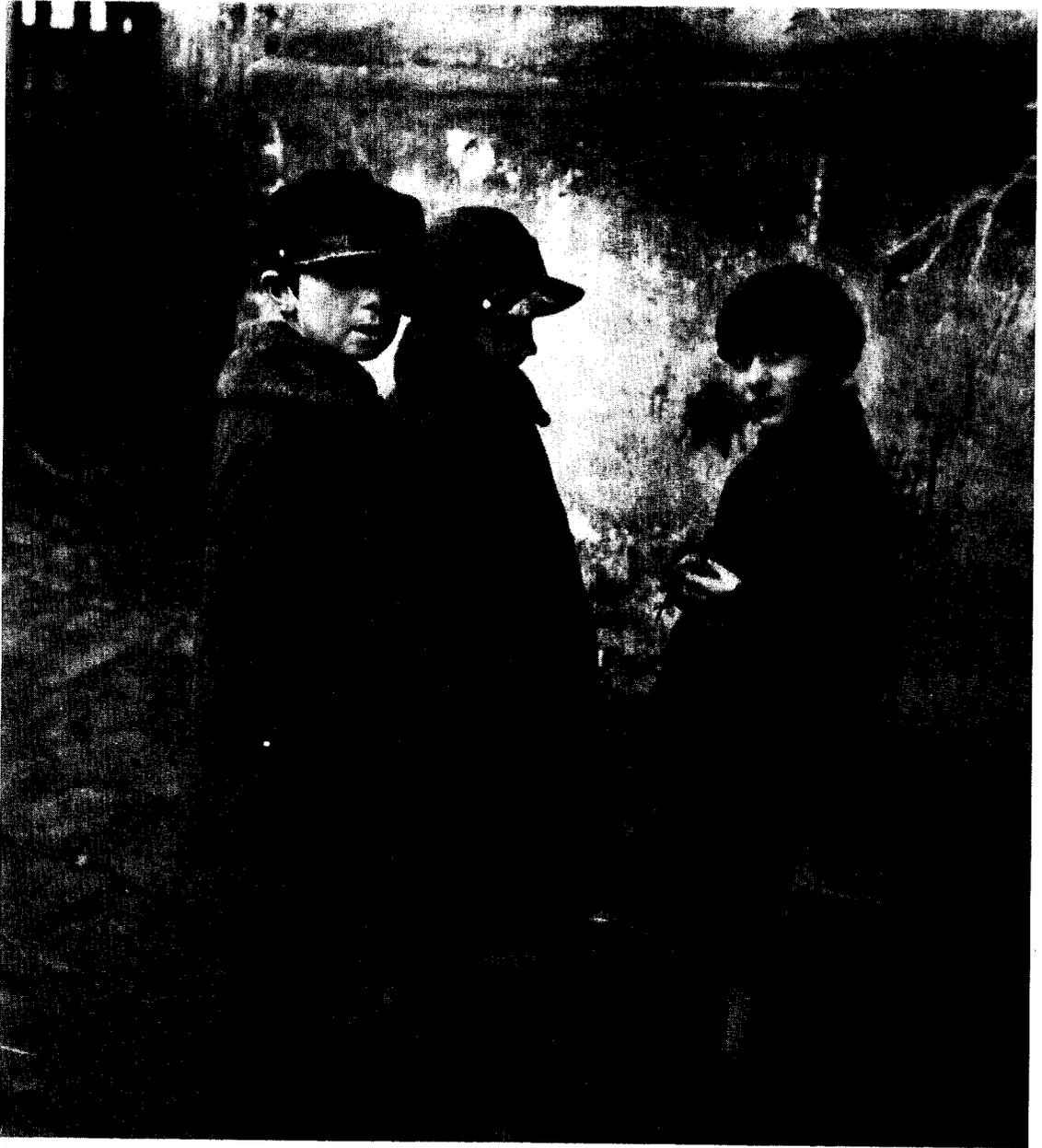
Aber der Mobilisierungseffekt war trotz antisemitischer Grundstimmungen außerhalb der Partei begrenzt. Die Erscheinungen radikaler Judenfeindschaft, Exzesse der Anfangszeit gingen auf radikale Kräfte in der Partei zurück und fanden durchaus nicht allgemeine Zustimmung. Neuere Untersuchungen weisen sogar auf einen Prestigeverlust der Partei hin. Hitler selbst mußte gelegentlich bremsen. Eine zweite Revolution paßte ihm nicht ins Konzept. Wo er aber mit einer unproblematischen Akzeptanz antijüdischer Maßnahmen rechnen konnte, sorgte er für die Realisierung der antijüdischen Forderungen des Parteiprogramms. Dies gilt insbesondere für die Nürnberger Rassengesetze. Zwar ist auch hier die Zielorientiertheit umstritten. Auf dem Parteitag sollten ursprünglich andere Gegenstände behandelt werden. Aber die rasche taktische Umschaltung war doch nur möglich, weil die Rassengesetze bereits ein längeres Diskussions- und Entschei-

dungsverfahren durchlaufen hatten. Hier lag nun ein „ordentliches“ Instrument vor, das die Masse der Deutschen kaum beunruhigte, auch nicht spätere Angehörige der Opposition. Sie waren nicht beunruhigt, aber jedenfalls auch nicht begeistert wie von anderen Entscheidungen Hitlers, wie der Remilitarisierung des Rheinlandes und der Verkündung der Wehrhoheit. Ähnlich geringen Solidarisierungseffekt erzielte das Regime mit der Inszenierung des Kristall-Pogroms im November 1938, wie immer man auch die Rollen Hitlers und Goebbels' beurteilt.

Mayers Position im Streit der Meinungen um die Einordnung der antijüdischen Maßnahmen der Vorkriegszeit ist an seiner Bewertung des Kristall-Pogroms besonders gut ablesbar: diese „Eruption“ war nicht ein Vorspiel zur systematischen „Endlösung“, sondern eher eine „Neuaufgabe der Pogrome aus der Spätphase des russischen Zarenreichs“ – ein Beispiel für die fragwürdige Methode des Vergleichs von Unvergleichbarem. Die „Eruption“ war keine Eruption, sie geschah auf Anordnung von oben. Auf die kritische Aufnahme in der Bevölkerung wurde prompt reagiert. Hitler bestellte von nun an Göring, Himmler und Heydrich als Koordinatoren für jüdische Angelegenheiten. Die SS konnte, ohne größeres Aufsehen zu erregen, agieren – nicht „eruptiv“, sondern nach Plan.

Noch dachte man nicht an die „Endlösung“, wie sie später praktiziert wurde, aber es existierte ein Gesamtzusammenhang – die „Bedingung der Möglichkeit“. Zwischen dem Ansatz des Standardwerks über die Vernichtung der europäischen Juden von Raul Hilberg und der quellengesättigten Darstellung von Gerald Fleming über Hitler und die „Endlösung“ einerseits und der Schweise Mayers liegt ein breiter Graben. Man fragt sich, ob Mayer sich die Mühe gemacht hat, die aufschlußreichen voluminösen Akten der KZ-Prozesse und die Unterlagen der Einsatzgruppen auszuwerten, was bei einer Arbeit mit seinem Anspruch unbedingt erforderlich gewesen wäre.

Aber immerhin benutzt Mayer nicht das Nolte'sche Schema vom europäischen Bürgerkrieg. Die Verbesserung der gesellschaftlichen und beruflichen Position der Juden in der Sowjetunion, wo die bolschewistische Revolution ihnen als Fortsetzung der Errungenschaften der Französischen Revolution erschien, stellte insgesamt einen von Mayer besonders betonten Emanzipationsvorgang dar, der im Grunde wenig Spielraum für die Benutzung der Bürgerkriegsversion läßt. Das Feindbild vom jüdischen



*Jüdische Jungen, Mukáčevo, 1937*

Foto: Roman Vishniac

Bolschewismus wird gerade als Fiktion entlarvt. Nicht die Juden dominierten den Bolschewismus, sondern die Revolution schuf die Basis für eine bis dahin unvorstellbare Integration, die freilich mit einem deutlichen Abbau jüdischer Traditionen verbunden war.

Mayers zentrale These lautet: der Judeozid war das Ergebnis der vom Rußlandkrieg erzwungenen Verhältnisse.

Es ist eine Binsenweisheit, daß der Krieg gegen die Sowjetunion die Voraussetzungen für die Vernichtung des Judentums in Europa wesentlich beeinflußt hat. War dieser Krieg eine Voraussetzung im Sinne eines sine qua non? Mayer hält diese Version für ausschlaggebend. Erst das Scheitern des „Blitzkrieges“ im Osten bewog die Nazis dazu, „alle Hemmungen und Rücksichten fallen zu lassen“. Solange der Siegeszug der Wehrmacht anhielt, habe es lediglich Übergriffe deutscher Sicherheitskräfte und einheimischer Kollaborateure gegeben. So zentral der Antisemitismus für die NS-Ideologie auch war, er war jedenfalls nicht ihr „Standbein“ oder ihr hauptsächliches Anliegen. Als nur ein Element einer synkretistischen Ideologie war er verwoben mit Sozialdarwinismus, Antimarkxismus und Expansionsdrang. Diese Mischung reichte nach Mayer nicht aus zur Planung eines rassenideologischen Vernichtungskrieges.

Stellt man den Ansatz Hilbergs dagegen, so wird klar, um welche Fragestellung es geht. Hilberg sieht nämlich einen intentionalen Gesamtzusammenhang der NS-Judenpolitik von der Erfassung über die Ausgrenzung bis zur Vernichtung der Juden. So gesehen bilden Deportation, Ghettoisierung und Vernichtung ein kohärentes Strategiesystem, in welchem die Zäsuren gleitende Übergänge waren. Der Pogrom vom November 1938 etwa war eine Aktion der Partei und SA innerhalb eines bereits im Gange befindlichen Vernichtungsprozesses, ein Griff nach der Macht, definiert als Teilhabekompetenz im Vernichtungswerk. Aber die wirklichen Befugnisse lagen schon bei der SS, die auf den „Volkswillen“ nicht angewiesen war. Dem Antisemitismus wird in dieser Sicht eine erheblich stärkere Energie zugeschrieben als von Mayer. Und in der Tat lassen die Vorbereitungen auf „Barbarossa“ und die Ereignisse der Anfangsphase des Rußlandkrieges jene scharfe Trennung zwischen Blitzkriegsstadium und dem „totalen“ Krieg seit 1942 nicht zu. Mancher Historiker, der einen derartigen Sprung annimmt, verweist auf die Tatsache, daß erst im Oktober 1941 der definitive Auswanderungsstopp für Juden verfügt wurde.

Andere denken an den Protest des verantwortlichen SS-Führers für das Ghetto in Lodz, der im selben Oktober 1941 der Zuführung weiterer Transporte widersprach, weil die Kapazität nicht ausreichte.

Ein derartiger Protest bei Himmler wäre nicht erfolgt, wird geschlußfolgert, wenn die „Endlösung“ schon ins Auge gefaßt worden wäre. Die Stichhaltigkeit solcher Argumente erscheint fraglich: „Ordnung“ sollte im Gesamtablauf der Judenvernichtung herrschen, und es gibt natürlich Hinweise anderer Art, die gegen eine derartige negative Beweisführung sprechen. In der Kontroverse Broszat – Brownig sind diese Fragen mehr oder weniger ausdiskutiert worden, und Saul Friedländer hat mit Recht hervorgehoben, daß der Tod durch Hunger, Kälte, schwerste Arbeit und Krankheit im Zusammenhang mit der „Endlösung“ programmimmanent war.

Der Übergang zur Politik der Vernichtung vollzog sich 1941. Der Abschub von Juden aus Baden und dem Elsaß sowie dem besetzten Frankreich nach Vichy-Frankreich stand noch unter der Devise der „Judenfreiheit“, nicht der Vernichtung, ebenso wie der Madagaskar-Plan. 1941 brachte den Wandel zur Vernichtungspolitik, die sich zunächst die Voraussetzungen ihres Funktionierens schaffen mußte, und die Vorgänge in diesem Jahr haben in der Forschung die wichtigsten Kontroversen ausgelöst.

Mayer hält hier einfache „Lösungen“ bereit: Es gibt keinen Beleg für die Auffassung, daß die Judenvernichtung das zentrale Motiv für Hitlers Entschlossenheit gewesen sei, Krieg zu führen. Nun, Hitler befand sich 1941 längst im Krieg, und sicher spielten strategische Überlegungen seit Sommer 1940 eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Weltanschauungskrieges im Osten. Für die Frage der „Endlösung“ ist es nicht besonders belangvoll, ob Hitler einzig und allein ihretwegen den Krieg vom Zaun brach. Dies scheint mir eine schiefe, im eigentlichen Sinne unhistorische Fragestellung zu sein. Wichtiger und richtiger ist die Frage, ob der Durchbruch antisemitischer Antriebskräfte im Krieg gegen „den Bolschewismus“ lediglich ein Ergebnis von Schwierigkeiten war oder begleitendes Kalkül. Mayer reduziert sein Erklärungsmodell nicht zuletzt auch auf psychologische Momente, denn neben den kriegsbedingtheiten soll die durch das Scheitern der militärischen Pläne „zwangsläufig geweckte Erbitterung“ ursächlich gewesen sein.

Was ist die Konsequenz aus der Rückführung der „Endlösung“ auf kriegsbedingte Pannen? Die SS-Gewaltigen verfrachten ohne Weisung Hitlers Hunderttausende in die polnischen Ghettos, wo Enge

und Hunger herrschen. Weiter nach Osten, wo ja ebenfalls Millionen hungern und sterben, geht es nicht, weil die Wehrmacht stecken bleibt. Man ist „gezwungen“, die Menschen umzubringen. Welches Regime aber tötet Millionen aus logistischen Gründen, nur weil es sich eben so ergibt? So sieht es Mayer nicht ganz. Antisemitismus war schon beteiligt, auch eine „weitgehende Interessenidentität und Wertekompatibilität zwischen dem Kartell aus traditionellen Konservativen und Reaktionären auf der einen sowie Hitler und der NS-Bewegung auf der anderen Seite“. Aber dies waren „Randbedingungen“. Andererseits hätte Hitlers Antisemitismus ohne sie keine Völkermord-Dimensionen annehmen können. Die Argumentation bewegt sich im Kreis. Sie vermag keine Linie zu ziehen von den Weisungen Heydrichs an die Einsatzgruppen im Mai 1941 – „vermutlich unter Berufung auf einen direkten Befehl Hitlers“, womit sie aufgefordert wurden, bolschewistische Funktionäre, Aktivisten, Juden, Zigeuner und anderes „Ungeziefer“ zu töten – zu dem systematischen Massenmord in den Vernichtungslagern der Aktion „Reinhard“. Seit September 1941 begann nach Mayer der „verletzte Stolz als Haupttriebfeder NS-deutschen Wütens an die Stelle hochmütiger Selbstsicherheit“ zu treten. Jetzt erst habe der Krieg brutalere Züge als ursprünglich geplant angenommen. Der naheliegende Gedanke, daß eine anfängliche Planung erst jetzt in ihre Phase systematischer Realisierung treten konnte, stört Mayers Konzept kaum.

In die Planung fügte sich übrigens auch die von deutschen Sicherheitskräften betriebene Organisation von Pogromen durch einheimische Radikale gleich zu Beginn des Rußlandkrieges. Auch in dieser Hinsicht sieht Mayer keinen Zusammenhang. Es handelt sich in seinen Augen um spontane Aktionen „einheimischer Heißsporne und nicht der Wehrmacht oder der Einsatzgruppen“. Überhaupt sei das Anlaufen von „Barbarossa“ nicht mit einer merklichen Verschärfung antijüdischer Maßnahmen einhergegangen.

Damit stellt der Autor des voluminösen Werkes nun wirklich die Tatsachen auf den Kopf. So läßt sich der Streit der Meinungen über die Frage, ob die Einsatzgruppen mit einem Befehl zur Vernichtung der Juden losgeschickt worden sind oder nicht, nicht auflösen.

Eine Reihe von Einsatzkommandoführern hat die Bekanntgabe des „sogenannten Führerbefehls“ zur Tötung der Juden schon vor Beginn des Rußlandkrieges bestätigt. Mitteilung davon hat Heydrich bei

Besprechungen in Berlin und Pretsch im Juni 1941 gemacht. Andere Kommandoführer bestritten dies aus m. E. sehr durchsichtigen Gründen. Daß auch die von Einheimischen inszenierten Pogrome in den Gesamtplan eingebaut waren, hat Heydrich wiederholt durchblicken lassen, z. B. in einem Schreiben an die Einsatzgruppenchefs vom 29. 6. 1941, wo es heißt, ein derartiges Vorgehen sei „aus naheliegenden Gründen nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung möglich“. Helmut Krausnick hat uns diesen Zusammenhang mit seinen Untersuchungen und Ergebnissen zweifelsfrei gemacht. Mayer schildert selbst die Ermordung von etwa 8 000 Juden und Jüdinnen in Kaunas und Umgebung zwischen dem 25. Juni und 6. Juli 1941, veranlaßt durch den Führer des Einsatzkommandos III, SS-Standartenführer Jäger. Dies alles charakterisiert Mayer als Ausnutzung eines „politischen Vakuums“ durch Freischärler.

Generalfeldmarschall v. Leeb, Oberbefehlshaber Heeresgruppe Nord, hielt sich um diese Zeit in Kowno auf. Seinen Protest gegen die Massaker richtete er an v. Brauchitsch. Hitler teilte ihm über Keitel mit, die Sache gehe ihn nichts an, es handle sich um „eine politische Bereinigungsaktion innerhalb des litauischen Volkes“. Am 8. Juli war v. Leeb klar, daß Hitler hinter diesen Maßnahmen stand. In sein Tagebuch schrieb er: „Wir haben auf diese Maßnahmen keinen Einfluß. Es bleibt nur übrig, daß man sich fernhält. Roques meinte wohl zutreffend, daß auf diese Weise die Judenfrage wohl nicht gelöst werden kann. Am sichersten wäre sie durch Sterilisierung aller männlichen Juden zu lösen.“

Haben wir es hier einerseits mit einem Beispiel resignativer Komplizenschaft des Heeres zu tun, das bald durch Exempel aktiver Komplizenschaft erweitert werden sollte – Babi Jar, Zusammenarbeit mit Einsatzkommandos der unterschiedlichsten Art – so liegt andererseits zugleich ein Zeugnis für die Unhaltbarkeit der These Mayers vor, die planvolle Vernichtung habe erst viel später eingesetzt. Die so besonders einprägsame Formulierung, der Entschluß, die Juden auszurotten, markiere „das sich abzeichnende Debakel der nationalsozialistischen Kriegsmaschine und nicht ihren bevorstehenden Triumph“, ist schief.

Andere Auffassungen betonen, die Vernichtung der sowjetischen Juden müsse nicht notwendigerweise mit der umfassenden „Endlösung“ verbunden gewesen sein. Wie auch immer, verbunden war jedenfalls die Tötung von nahezu einer Million Juden in der Sowjetunion bis Herbst 1941 mit dem Ge-



*Deutsche Truppen auf dem Vormarsch in Polen 1939*

Foto: dpa

sambefund. Die Vorbereitungen für die Vernichtungsmaschinerie der Aktion „Reinhard“ im Generalgouvernement liefen ebenfalls 1941 an.

Die schon auf den 9. Dezember 1941 angesetzte „Wannsee-Konferenz“ sollte System in das Gesamtprogramm bringen. Welche Gründe die Verschiebung auf den 20. Januar 1942 veranlaßten, kann nur vermutet werden. Irgendwann im Sommer 1941 oder sogar schon im Frühjahr – die Meinungen sind geteilt – muß Hitler die Anweisung zur Systematisierung des Genozids gegeben haben. Heydrich und Himmler und andere SS-Führer haben sich darauf berufen. Den Chefs der Einsatzgruppen wurde am 1. August 1941 befohlen, laufend Berichte für den Führer über die Arbeit der Einsatzgruppen im Osten zusammenzustellen. An Hitlers speziellem Interesse am Gesamt Ablauf des Vernichtungswerks lassen die Quellen keinen Zweifel. Globocnik, Leiter der Aktion „Reinhard“, also Chef der Vernichtungslager Belzec, Sobibor, Treblinka, hat Hitler wiederholt Bericht erstattet. Zu melden war die Effizienz der neuen Tötungsmethode mit Autoabgasen und Gas.

Auch über die Rolle der Wannseebeschlüsse im Rahmen des Vernichtungsprogramms sind Kontroversen ausgetragen worden: Waren sie stringent und eindeutig oder relativ vage? War die Deportation der europäischen Juden zweifelsfrei als Marsch in den Tod programmiert, oder besaß der Arbeitseinsatz selbständige Bedeutung? War nicht doch das Arbeitseinsatzprogramm nur fiktiv? Jedenfalls ist Vernichtung durch Arbeit in großem Stil praktiziert worden. Und Heydrichs Ausführungen am 20. Januar waren nicht gerade vage: „Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen . . . jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt . . . diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen . . .“ Dies stand sieben Monate nach Beginn „Barbarossa“ fest. Die „Wannsee-Konferenz“ widerlegt die Hauptaussage Meyers über Zeit und Ursachen der systematischen Vernichtung. Und er widerspricht sich selbst mit dem Hinweis auf den Befehl zur syste-

matischen Vernichtung der Juden in Auschwitz, der irgendwann zwischen Ende 1941 und Frühjahr 1942 erging.

Spielte der Kommissarbefehl, wie angenommen worden ist, eine Rolle auf dem Wege zur „Endlösung“? Er ist ein Teil der Gesamtplanung gewesen, nicht eine Einzelentscheidung, aus welcher sich automatisch höherdimensionierte Vernichtungsaktionen herausentwickelten. Näher läge da schon die Kombination Partisanenbekämpfung – Judenvernichtung, wobei sich ein komplikationsloses Zusammengehen von Heer und SS einstellte, gefördert von einschlägigen Befehlen einiger Armeeeoberbefehlshaber. Vielleicht lag hier eine Art Automatismus in weltanschaulichem Gehorsam vor. Hitler war bekanntlich voll des Lobes über den berüchtigten Reichenaus-Befehl. Aber auch hier spielte nicht der Kreuzzugsgedanke die Hauptrolle. Gemeint war der Partisan, dessen Gefährlichkeit mit dem Hinweis auf den Anteil der Juden unterstrichen werden sollte. Es war der Versuch, im Heer neue Kräfte zu mobilisieren mit dem wohlvertrauten Feindbild. Und zugleich erlaubte diese Beschwörung, den Fehlschlag einer als doch so unfehlbar angesehenen Planung zu kaschieren.

Die Verluste und Engpässe des Rußlandkrieges

erzwangen schon ab 1942 eine stärkere Heranziehung von Juden zum Einsatz in der Kriegswirtschaft. Organisatorischer Ausdruck hierfür wurde der Aufbau des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS als gleichrangige Stelle neben dem RSHA. Dieser Zusammenhang wird ausführlich behandelt, obwohl er wenig zu den Hauptthesen paßt.

Mayers umfangreiches Panorama hat brillante Seiten, aber es stellt keine begründete Reinterpretation der Vernichtungspolitik dar. Er hat wichtige Forschungsergebnisse wie die von Krausnick und Fleming nicht verarbeitet und die wissenschaftliche Diskussion insgesamt nur ungenügend einbezogen. Besonders schwach sind die psychologischen Erklärungen geblieben.

Die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden war nicht eine Sache von Eruptionen innerhalb eines Kreuzzuges, sondern die eiskalte Planung staatlicher und SS/polizeilicher Bürokraten, die sich in einem gehorsamsfetischistischen System bewegten, um „perfekte“ Lösungen zu erreichen. Der Kriegsverlauf hat Spielraum geschaffen, aber er ist zugleich nicht aus dem Planungsgeflecht wegzudenken als besonderer Krieg, als Weltanschauungskrieg, dem auch die Wehrmacht mit Planungsarbeit gedient hat.

## Gottfried Erb Änderungsbedarf in der Polen-Politik

*Prof. Dr. Gottfried Erb, Jahrgang 1931, lehrt an der Justus-Liebig-Universität Gießen Politikwissenschaft; er war Mitherausgeber der Frankfurter Hefte und in deren Redaktion tätig.*

Wann hat es je eine solche Wahl gegeben? Zum ersten Mal konnte sich die Opposition überhaupt einem Wählervotum stellen. Sie hatte von der offiziellen Zulassung ihrer Organisation bis zum ersten Wahltermin nicht einmal 7 Wochen für den Wahlkampf und gewann in der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, also da, wo wirklich frei gewählt

wurde, fast 100 %. In der ersten Kammer, dem Sejm, konnte ein so hochprozentiger Sieg nur durch eine auferlegte Maximalquote (35 % der Sitze) verhindert werden. Bei freier Wahl auch dort wäre die absolute Herrschaft der kommunistischen Partei durch eine absolute Herrschaft der Opposition, freilich nur erst in den obersten Staatsorganen, noch nicht in der ganzen Substruktur des Staates, abgelöst worden. Ein dreiviertel Jahr vorher, als die Verhandlungen an dem berühmten „Runden Tisch“ zwischen der Solidarność und dem kommunistischen Establishment begannen, hätte man ein abseitiger Phantast sein müssen, um das vorauszusagen. So unerhört der Wandel jetzt schon eingeschätzt werden muß: Es ist erst der Anfang. Man kann gar nicht dringlich genug eben das hervorheben, wenn über die gegenwärtigen und die zukünftigen Aufgaben deutscher Polen-Politik nachgedacht wird.

Phantasieren wir die mögliche Entwicklung weiter: die Solidarność etabliert sich als Gewerkschaft fest in der polnischen Gesellschaft. Sie hatte einmal 9,5 Millionen Mitglieder. Jetzt sind es erst ca. 2 Millionen. Auch das ist bei 37 Millionen Einwohnern eine enorme Zahl. Damit ist sie bereits eine entscheidende politische Kraft, deren Macht noch nachwachsen kann. Über kurz oder lang wird sie im politischen System nicht mehr wie bisher über Bürger-Komitees zu repräsentieren sein. Parteien werden sich bilden. Allesamt werden aber auf weitere Demokratisierung drängen, auf eine Föderierung des politischen Systems – Selbstverwaltung in den Regionen und Kommunen – ebenso wie auf freie Wahlen zu den diversen Parlamenten. Gemeinsam haben diese politischen Kräfte auch das Interesse, die Macht der Nomenklatura, also den Einfluß der kommunistischen Parteihierarchie auf allen Ebenen und in allen Dingen des gesellschaftlichen Lebens einschließlich im Militär und in der Polizei, zu brechen. Nehmen wir an, die Chancen dafür seien da, dann sind sie um so größer, je eher es mindestens unter maßgeblicher Mitbestimmung eben dieser Kräfte gelingt, die miserable wirtschaftliche Lage zu überwinden.

Und noch weiter vorausgedacht: Ändert sich tatsächlich und auf Dauer das politische System Polens in dieser Weise und geschieht das auch in den anderen Ländern Osteuropas – Ungarn ist schon auf dem besten Wege dazu –, dann ändert sich mehr als nur dieser Teil der Welt, dann ändert sich eine die Weltpolitik grundlegend bestimmende Struktur. Der Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt würde verschwinden und mit ihm die offizielle Legitimation des Rüstungswahnsinns und der Militärallianzen.

In so weltumspannende Dimensionen muß das polnisch-deutsche Verhältnis als teilbestimmend eingeordnet werden. Die Politik der jetzigen Regierung in der Bundesrepublik indessen läßt davon nicht viel erkennen. Sie hat erst einmal schlimme Affären in die Welt gesetzt. Gäbe es bei ihr auch nur ein wenig Gespür, wie man mit den deutschen Verbrechen in der Vergangenheit umzugehen hat, und würde man nur annähernd begreifen, wie wichtig genau dieser Umgang für alle Polen ist, dann hätte es dieses Gezerre um deutsche Reisen zum 1. September nach Polen nicht geben können. Kohl sollte vorher fahren, damit dann der Bundespräsident hätte dabeisein können, wenn in Polen nach 50 Jahren des deutschen Überfalls auf ihr Land gedacht würde. Nun fährt der Bundeskanzler später, so daß der Bundespräsident dies nicht mehr schaffen konnte.

Warum gab es überhaupt dieses Junktim? Der Bundespräsident hätte unabhängig von allen anderen mit Polen zu vereinbarenden Terminen seine Reise fest zum 1. September 1989 festlegen können. Nun war wenigstens eine Delegation des Bundestages in Polen. Zunächst hatte der CSU-Generalsekretär Erwin Huber eine Beteiligung seiner Partei an der Delegation abgelehnt. In der Begründung hieß es unter anderem: „Wenn Einzelereignisse des Zweiten Weltkrieges in den nächsten Jahren am Ort des Geschehens jeweils durch Gedächtnisveranstaltungen herausgehoben werden, ist das auch ein Potential für Rechtsextremisten und Nationalisten. Das sollte man in einem Zusammenhang sehen.“ Der Überfall auf Polen, ein „Einzelereignis des Zweiten Weltkrieges“ und Polen als „der Ort des Geschehens“, die beide „herausgehoben werden“? Im Brei einer Gesamtgeschichte, da verschwinden die „Einzelereignisse“ deutscher Schande besser. Wir kennen diese Art der Abschwächung und partiellen Verdrängung zur Genüge, zuletzt aus dem Historikerstreit. Der Umgang mit der belastenden Vergangenheit verkommt zu einer Gegenwarts„bewältigung“. zur Wahltaktik der billigsten Sorte. Die Angst vor den „Republikanern“, die der CSU bei der Europawahl so viele Stimmen genommen haben, diktiert das Verhalten. Eine Art Koalition mit den Rechtsextremisten gibt es also bereits. Der CSU-Vorsitzende Waigel hat die Absage zwar rückgängig gemacht. Der Schaden ist jedoch kaum noch reparabel, zumal hinter der Verschiebung der Kohl-Reise die gleichen Motive stecken dürften. Die vorgegebenen Gründe sind jedenfalls fadenscheinig genug: Die Verhandlung über eine Kredithilfe sei nicht weit genug gediehen, und man wisse noch nicht, wer in Polen künftig regiere. Würde Kohl das Datum des 1. Septembers richtig einschätzen, zählte das alles nicht.

Da die CSU im nächsten Jahr auch noch eine Landtagswahl zu bestehen hat, die sie wegen der Republikaner die absolute Mehrheit kosten kann, hat ihr Vorsitzender das, was hier angerichtet worden ist, durch weiteren Schaden vermehrt. In seiner Rede vor der schlesischen Landsmannschaft hat er erneut die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens in Frage gestellt. Sein Regierungs- und Parteikollege Zimmermann gab vor den Bundestagswahlen 1983 Ähnliches von sich. Was damals als politische Eintagsfliege ignoriert werden konnte, wird heute zu einem Politikum mit einiger Schwerkraft. Diesmal ist es der Parteivorsitzende der CSU, diesmal stützen Parteifreunde die Äußerung, und dieses Mal handelt es sich um eine viel relevantere Wahlspekulation als

damals. Kohl und Genscher mußten infolgedessen sofort agieren, um den Schaden wenigstens zu begrenzen. Sie hatten große Mühe damit. Jede Reklamation der Oder-Neiße-Gebiete als immer noch zum nicht verschwundenen Deutschland des Jahres 1937 zählend, muß nicht nur die in den Jahren seit Abschluß des Warschauer Vertrages mühsam aufgebauten Beziehungen zwischen Polen und unserem Land zerstören, sondern die Position der Bundesrepublik Deutschland in Ost und West schwächen. Wer das alles um einen Rückgewinn rechter Wähler riskiert und, man muß es anscheinend heute immer noch betonen, die Rechte der in den ehemals deutschen Gebieten wohnenden Polen übergeht, und wer Heimatvertriebenen auch heute noch falsche Hoffnungen macht, der sollte in diesem Land nicht regieren dürfen. Rechte Wähler werden vermutlich auf diese Weise nicht zurückgeholt, dagegen die Fortentwicklung der Polen-Politik erheblich erschwert.

In Polen setzt man viele Hoffnungen auf eine Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland. Unser Land wirkt dort wie ein Modell funktionierender Demokratie und Wirtschaft. Sicher sind die Erwartungen zu hoch, und das „Modell Deutschland“ ist nicht das Schlaraffenland, das man sich in Polen zurechtphantasiert. Aber unser Land muß sich, will es nicht erstklassige historische Chancen verpassen, soweit wie möglich auf eine Kooperation mit Polen einlassen. Vor allem könnte auf wirtschaftlichem Gebiet viel geschehen. Eine Kredithilfe wird schon verhandelt. Immer wieder hört man gerade aus der Solidarność, daß Auslandshilfe, ein „Marshall-Plan“, unerlässlich sei, um zunächst den ökonomischen Niedergang zu stoppen und dann eine Sanierung in Gang zu setzen. Angesichts der immensen Verschuldung Polens von annähernd 40 Milliarden Dollar könnte eine weitere Kreditvergabe allerdings das Desaster erst richtig bewirken. Man kennt das von Ländern der Dritten Welt. Wenn die jetzige Verschuldung nicht so umstrukturiert werden kann, daß mindestens teilweise Schulden erlassen, Zinsen gesenkt und Rückzahlungen gestundet werden, dienen neue Kredite womöglich nur dazu, den Schuldendienst der alten zu bedienen, so daß Polen in immer größere Schwierigkeiten geriete. Aus anderen Umschuldungsaktionen kennt man auch, daß dabei ehemals günstigere Zinsen hochgesetzt werden, so daß zwar eine Prolongation der Kredite herauskommt, aber ebenso eine Vertueuerung. Mexiko etwa hat einen Durchschnittszins von 10 % für seine Schulden zu zahlen. Polen, das sich in den Hochzinszeiten verschuldet hat, dürfte ähnlich teure

Kreditkonditionen zu verkraften haben. Die westlichen Länder, die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle, werden erhebliche Konzessionen machen müssen, um Polens drückende Last zu verringern. Die Notwendigkeit, aus der maroden Wirtschaft immer noch Erhebliches für den Schuldendienst herauszupressen, kann die Bedingungen dafür, daß überhaupt noch Schulden zurückgezahlt werden können, nur verschlechtern. Es muß jetzt um Investitionen gehen, die den wirtschaftlichen Aufschwung stimulieren, auf diese Weise die Versorgungslage verbessern und auch Märkte für den Westen entfalten. Die viel beschworenen Joint-Ventures, also die Bildung polnisch-deutscher Gemeinschaftsunternehmen, die deutsches Kapital ins Land holen, bedürfen auch einer Verbesserung der Gesamtlage, um überhaupt gedeihen zu können.

Eine staatliche Kapitalhilfe müßte langfristig und zu günstigen Zinsen gegeben werden, wenn sie wirklich helfen soll. Warum wird solche Hilfe nicht auch als hochkarätige Sicherheitspolitik verstanden und betrieben? Bislang wurde die Verzahnung von Interessen, die Kooperation auf möglichst vielen Gebieten und in möglichst hoher Intensität als Schaffung von Friedensstrukturen verstanden. Jetzt kommt noch hinzu, daß die Hilfe zur Demokratisierung der osteuropäischen politischen Systeme und damit zum Abbau des Systemkonflikts beitragen kann. Kann Sicherheitspolitik Besseres bewirken? Es wäre infolgedessen an der Zeit, den Verteidigungsetat ostentativ um einen Betrag zu kürzen, um diesen für die Ost-West-Kooperation einzusetzen. Könnte nicht etwa der so umstrittene Jäger 90 eingespart werden, der schon in der Entwicklung mehrere Milliarden kosten soll? Ja, man kann weitergehen: Da Rüstungsausgaben finanzpolitisch die gleiche Wirkung haben wie Geschenke, sollte ein Teil der so freigemachten Staatsausgaben für Projekte geschenkt werden, die den Ost-West-Beziehungen besonders dienlich sind. Polen etwa könnte angeboten werden, dessen Post zu sanieren, um die Kommunikation innerhalb des Landes und mit dem Ausland zu erleichtern. Welch ein Friedenssignal wäre solche Politik!

Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, Bürgschaften für Kapitalien zu übernehmen, die in polnisch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen investiert werden. Das ist ein nützliches Vorhaben. Solche Kooperation könnte helfen, alte Betriebe in Polen zu modernisieren, die Leistungskraft zu stärken und neue Kapazitäten aufzubauen. Das liegt durchaus im Interesse deutscher Unternehmen. Sie können sich auf diese Weise sehr viel leichter im pol-



*Weil die junge Frau in einem pommerschen Dorf einen polnischen Arbeiter zum Geliebten hatte, wird sie, bevor sie ins KZ gebracht wird, auf dem Marktplatz vom NS-Amtswalter beschimpft.*

Foto aus: Kurt Zentner, Der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, Lingens Verlag/Südwest Verlag

nischen Markt etablieren als mit Exporten, bei denen große Devisenprobleme entstehen. Allzuviel ausländischer Kapitalimport in Form von Unternehmensbeteiligungen oder Direktinvestitionen wird sich aber Polen nicht leisten können, will es nicht in prekäre Abhängigkeit von multinationalen Konzernen geraten. Vielleicht ließen sich da auch Fristen vereinbaren, nach denen polnische Unternehmen eine Kaufoption für die Auslandsanteile erhalten.

Große Probleme haften auch an den direkten staatlichen oder staatlich vermittelten bzw. verbürgten Kapitalhilfen. In der Tat können solche Kapitalien im Marasmus der funktionsuntüchtigen Staatswirtschaft versacken. Das kennt man zur Genüge aus der Vergangenheit. Darin sind sich auch deut-

sche Kritiker und Repräsentanten der Solidarność einig. Die polnische Opposition fordert geradezu ausländische Kontrolle, um im Verbund mit ihr einen effizienten Einsatz der Mittel durchsetzen zu können. Ein Ausschuß des Senats, sprich ein Gremium von Solidarność-Vertretern, soll über die Verwendung bestimmen können. Man will an der Nomenklatura vorbei operieren. Janusz Beksiak, ein Wirtschaftsberater der Solidarność, hat Weitergehendes vorgeschlagen („Die Zeit“ vom 14. Juli 1989): Eine Finanz-Institution, vom Parlament (also nicht ausschließlich vom Senat) bestellt und kontrolliert, soll künftig das Nationalvermögen verwalten, d. h. über die Eigentumsform der Betriebe, über deren Gewinne und über die internationale Wirtschaftshilfe verfügen können. Dazu, so hört man

ebenfalls aus Oppositionskreisen, soll der Internationale Währungsfonds und die Weltbank mit Krediten und Kontrollen in Polen eingreifen. Da ist also bereits vieles in Gang und kann weiter in Bewegung geraten, wenn die Bundesrepublik Deutschland und der Westen sich rühren und mehr als Kleingeld bereitstellen.

Eine denkbar miserable Regelung hat die Regierung eingeführt, um den Besucherstrom aus Polen, genauer, die Zahlen von Schwarzarbeiterinnen und Schwarzarbeitern einzuschränken. Pro Aufenthaltstag müssen 50,- DM vorgewiesen werden. Für die Cleveren ist das wirklich kein Problem. Es haben gerade die darunter zu leiden, die nicht so pfiffig sind und über keine so guten Beziehungen verfügen. Das müßte schleunigst wieder abgeschafft werden. Dann aber sollte in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine Regelung für die zeitweise hier Arbeitenden getroffen werden, die ihnen einen vernünftigen Lohn einträgt und sie in die Sozialversicherung einbezieht.

Auch die GRÜNEN und die SPD haben wichtige Funktionen, zumal sie womöglich Ende 1990 die Regierung zu bilden haben. Die ersteren sind seit langem sehr rührig und haben zu polnischen Gruppen ihrer Couleur und zur Solidarność intensive Kontakte. Die SPD tut sich wesentlich schwerer. Noch bis ins Frühjahr hinein galt ihre ostpolitische Doktrin, in Zeiten der sozialliberalen Koalition entstanden, nach der ausgiebige Kontakte zu den Regierungsstellen offizielle und intensive Beziehungen zu oppositionellen Kräften ausschließen. Das lag nicht nur daran, daß die kommunistischen Regenten bei solcher Doppelstrategie ärgerlich reagiert hätten, sondern an der Auffassung, daß nichts zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse getan werden dürfe, weil sonst die Entspannungspolitik in Gefahr geraten könne. Die eigentlichen Destabilisatoren, das hat sich in den letzten Jahren ja nun deutlich herausgestellt, waren und sind die kommunistischen Regierungen selbst. Es war also allerhöchste Zeit, die alte Doktrin aufzugeben. Seit Juni dieses Jahres gibt es nun endlich offizielle Verbindungen zwischen der Solidarność und der SPD. Eine Parteidelegation unter der Leitung von Hans Koschnick war auf Einladung des Bürgerkomitees Solidarność in Warschau; Johannes Rau u. a. fahren zum 1. September nach Polen. Hans Koschnick hatte übrigens schon länger gute Beziehungen nach Polen. Die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Danzig hat ihm das eingetragen. Dieser offizielle Besuch sollte, so ist zu wünschen, nur der Auftakt zu sehr viel intensiveren

Beziehungen sein. Aufseiten der Solidarność besteht großes Interesse daran.

Die Zeit ist knapp. In Polen verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage weiter. Schon hat es wieder Streiks gegeben. Es könnte auch zu viel massiveren sozialen Unruhen kommen, wenn nicht Entscheidendes geschieht, was mindestens Hoffnung auf Verbesserung macht. Das westliche Ausland sollte aus vielfältigem Eigeninteresse diesem in so vielen Jahrhunderten durch Fremdherrschaft geplagten Land schnell und intensiv helfen, mit seinen Problemen fertig zu werden. Der Bundesrepublik Deutschland kommt bei dieser Hilfe eine Schlüsselrolle zu. Wenn aber in allzu behäbiger Ruhe verfahren wird und die Angebote an Polen allzu knauserig ausfallen, werden die Chancen verpaßt.

## Andrzej Madela Die Figur des Deutschen im polnischen Spielfilm von 1946 bis heute

---

*Dr. Andrzej Madela ist polnischer Staatsbürger und z. Zt. Mitarbeiter des Polnischen Kulturzentrums in Ost-Berlin.*

---

Sind in den letzten 40 Jahren Vorurteile und Vorurteilsgenommenheiten gegenüber den Deutschen abgebaut (oder ausgebaut), ein Verständnis für die jeweilige Andersartigkeit anvisiert und Nähe erreicht (oder nicht erreicht) worden, mit anderen Worten also: In welchem Maße haben die polnischen Filmschaffenden die Chance der Nachbarschaft wahrgenommen, die Abgründe von Haß und Blindheit, Verslossenheit und Fremdheit, Verletzung und Abneigung zu überwinden und zu neuen Einsichten zu gelangen?

Meine Analyse setzt notwendigerweise bei den ersten polnischen Nachkriegsfilmen an, in denen das bloße Erscheinungsbild des (der) Deutschen in jeder Hinsicht bezeichnend ist. In den betreffenden Szenen aus „Die verbotenen Lieder“ (1947) Leonard Buczkowskis tauchen entweder geschlossene Wehrmachtseinheiten zu Klängen nationalsozialistischer Lieder auf oder es sind einzelne uniformierte Figu-

ren, furchteinflößend durch ihre unbegründete Grausamkeit. Die Deutschen brechen als Naturkatastrophe über ein unschuldig-ahnungsloses Volk herein, beide Seiten existieren nahezu ohne Vorgeschichte. Die weitgehende Ausblendung des historisch-sozialen Umfeldes des Krieges in den Nachkriegsfilmen verhinderte eine feinfühlig Auseinandersetzung mit der sehr widersprüchlichen polnischen Problematik.

Es stellt sich die Frage, ob das künstlerische Niveau in Polen im ersten Jahrzehnt nach 1945 so gesunken war, daß eine genauere Analyse der Kriegserfahrung durch den Film ausgeblieben ist. Wahrscheinlich muß aber diese Frage verneint werden: Sowohl Leonard Buczkowski als auch Wanda Jakubowska als auch Aleksander Ford waren Filmschöpfer mit Vorkriegserfahrung und prononciertem theoretischem Selbstverständnis. Die potentielle Kraft zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem betreffenden Problem war also vorhanden. Wenn sie dennoch ungenutzt blieb, so lag dies weniger an der geistigen Verwirrung der ersten Nachkriegsjahre, der fehlenden Distanz zum soeben Geschehenen oder gar nur an der zwingend gesetzten ideologischen Funktion von Kunst (wenn diese auch nicht verkannt werden darf), sondern an einer „bedarfsgerechten“ Anpassung des im Film der Jahre 1946–1956 vertretenen Denkniveaus an die durchschnittlichen (und das heißt immer: anspruchlosen) Erwartungen des vom Krieg betroffenen Zuschauers, seine Erfahrung in Form leicht verständlicher Pauschalurteile verallgemeinert zu finden.

Bei Wanda Jakubowska, etwa in „Die letzte Etappe“ (1948) sind es perverse deutsche Lageraufseherinnen, bei Aleksander Ford („Grenzstraße“) erscheinen die Deutschen als enteelte Judenverfolger im Warschauer Ghetto, das gleiche ließe sich mühelos für Jerzy Zarzyckis „Unbeugsame Stadt“ (1950) nachweisen, wo die Rücksichtslosigkeit der Deutschen bei der endgültigen Vernichtung Warschaws nach dem Aufstand 1944 im Mittelpunkt steht, oder auf Antoni Bohdziewicz „Euch folgen die anderen“ (1949), der den Widerstandskampf einer linken Gruppe in Warschau der Jahre 1941–1942 zum Thema hat.

Das Mitte der 50er Jahre im polnischen Film einsetzende Besinnen auf eine dem sozialistischen Realismus nicht verwandte Poetik der Darstellung unbequemer, heikler, bisher übergangener oder links liegengelassener Kapitel jüngster nationaler Vergangenheit hat eine Orientierung zutage gefördert, die als „Polnische Filmschule“ in die Filmgeschichte

eingegangen ist. Hervorzuheben ist hier nicht nur die Übernahme der Rolle des nationalen Gewissens durch das Medium Film, sondern – und zwar im Zusammenhang mit der radikalen Neubewertung der polnischen Geschichte – auch der Antritt einer neuen Generation von Regisseuren, deren Werden und Wachsen in wesentlichem Maße bereits mit den politisch-sozialen Umständen der Nachkriegszeit verbunden ist. Andrzej Wajdas „Sie liebten das Leben“ (1957), „Eine Generation“ (1955) sowie „Asche und Diamant“ (1958), Andrzej Munks „Der Mann auf den Schienen“ (1957) und „Eroica“ (1958), Jerzy Kawalerowicz „Das echte Ende des großen Krieges“ (1957) und „Der Nachtzug“ (1959), Jerzy Passendorfers „Das Attentat“ (1958) und „Rückkehr“ (1960), Kazimierz Kutz' „Niemand ruft“ (1960), „Menschen aus dem Zug“ (1961) behandeln die Zeit des Krieges oder die unmittelbar nachfolgende. Es fehlt also keineswegs die schwerwiegende Erfahrung, die auch im vergangenen Jahrzehnt die Grundlage bildete, und auch Handlungen und Denkweisen der Figuren sind in hohem Grade von der deutsch-polnischen Auseinandersetzung geprägt. Mitunter wird noch in modifizierter Weise das Opfer-und-Henker-Motiv verwendet. Gemeinsamkeiten sind also vorhanden, und trotzdem unterscheidet sich das in den Werken der „Polnischen Filmschule“ vermittelte Bild des Deutschen wesentlich von jenem, das im Zeitraum 1946–1956 forciert worden ist.

Die in diesen Filmen dargestellte Vergangenheit wird nicht mehr nur als Feld der einfachen Konfrontation zwischen Gut und Böse, zwischen unschuldigem Opfer und grausamem Henker empfunden, sondern erhält eine geschichtsphilosophische Dimension, die in der naturalistischen Tendenz zur Darstellung der deutsch-polnischen Problematik notwendigerweise ausbleiben mußte. Die Deutschen in den Werken der „Polnischen Filmschule“ sind nicht nur – oder erst in zweiter Linie – Feinde: viel wichtiger scheint die Feststellung, sie sind zum allgemeingültigen Symbol eines historischen Endspiels für die Angehörigen der polnischen Nation geworden, deren politische und moralische Optionen mit den Wertesystemen verbunden waren, die bis 1944 noch ihre Verbindlichkeit für die Mehrheit besaßen.

Diese allgemeine Formel bedarf natürlich einer näheren Erläuterung. Der Zweite Weltkrieg hat in Polen nicht nur auf die radikalste Art und Weise mit einer erst 20 Jahre früher geschaffenen Staatsform aufgeräumt, mit der sich – trotz vielfacher Widersprüche und Bedenken – die meisten Staatsbürger identifiziert haben. Er hat auch bewirkt, daß sich po-

litisch eine Orientierung durchgesetzt hat, die ja bis 1939 und auch noch darüber hinaus als absolute Minderheitsmeinung gegolten hat. Mit grober Vereinfachung kann also gesagt werden, die überwiegende Mehrheit der Polen habe sich bei der Einschätzung der möglichen Zukunft und des denkbaren Ausganges der europäischen Verwicklungen fundamental geirrt; ihre mit England und Frankreich verflochtenen Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen, und die riesengroße Energie der jüngeren Generationen, deren Elan beim Widerstandskampf, zeitigten nicht die erhofften Ergebnisse: Angesichts einer aus dem Osten gekommenen Befreiung erhob sich für die Soldaten der mit London verbundenen Armia Krajowa die Frage, ob die gesamte fünfjährige Anstrengung nicht nutzlos und die Erwartungen nicht blind gewesen seien. Das Gefühl für unvorhergesehene Wege der Geschichte, für deren kaum kontrollierbaren Lauf und für die dem menschlichen Willen oft entgegengesetzten Resultate mußte sich insbesondere bei denen einstellen, die nicht das bloße passive Überleben anstrebten, sondern aktiv, mit der Waffe in der Hand, für ein anderes kämpften, um – infolge einer Paradoxie der Geschichte – nach einem mitgewonnenen Krieg den Verdacht einer inneren Niederlage nicht mehr loszuwerden.

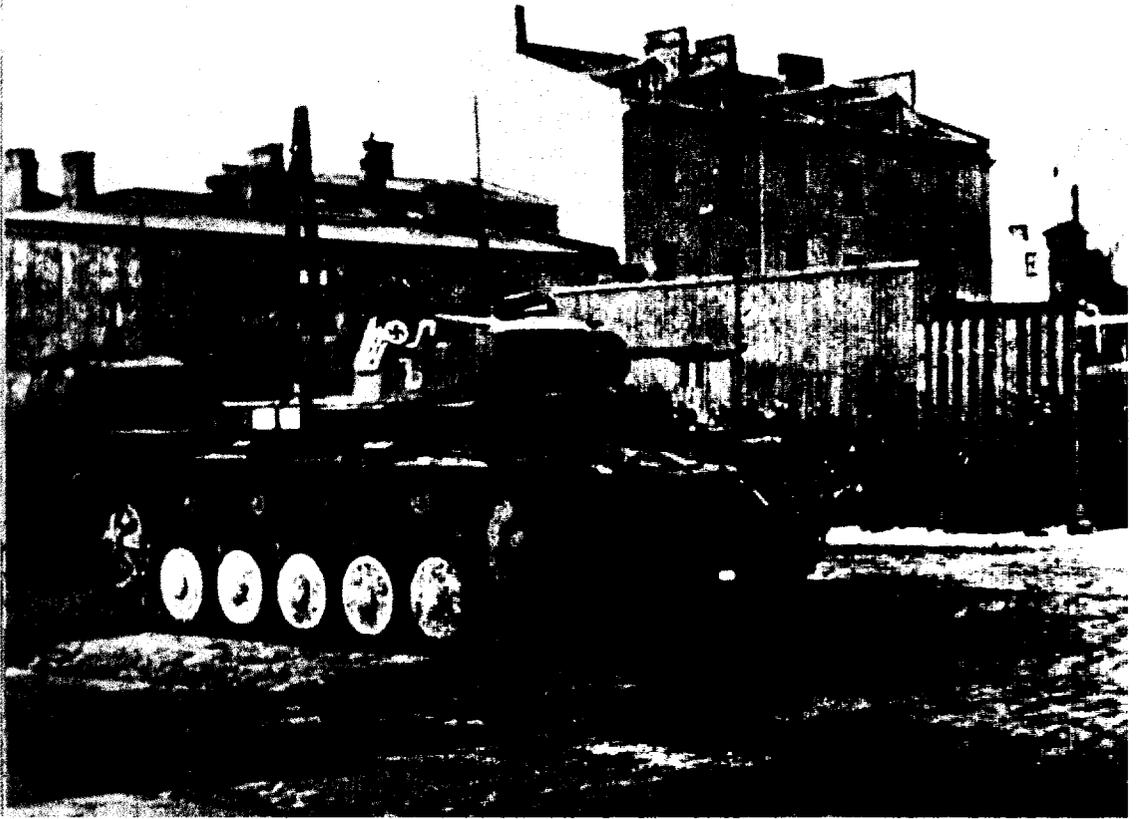
Die philosophische Deutung der „Polnischen Filmschule“ läuft hierin auf die Einsicht in die Ungestaltbarkeit der Geschichte hinaus, auf das vergebliche Bemühen des einzelnen Individuums, sie nach der eigenen Vorstellung zu lenken und ihr einen immanenten Sinn abzugewinnen. Die Figur des Deutschen steht in den besagten Filmen dort, wo ein sinnvolles Weiterkommen nicht mehr möglich ist, wo sich ein Kreis schließt, wo nur noch eine Rückkehr zum bereits Dagewesenen in Betracht kommt. Bezeichnenderweise geben aber die Hauptfiguren nicht auf, sie verfallen nicht in Passivität, sondern sie nehmen die Herausforderung an – obwohl sie die Wirkungslosigkeit ihres Tuns absehen können. Das verbissene und wider besseres Wissen gerichtete Trotz-Alledem verleiht den Filmen eine romantische Atmosphäre mit einer Spur von Heldentum.

In Andrzej Wajdas „Sie liebten das Leben“ erfüllt sich vor den Augen des Zuschauers das Schicksal einer Abteilung Aufständischer während der Flucht durch die Kanäle der Stadt Warschau. Das Häufchen der Übriggebliebenen hofft, nach stundenlangem Suchen endlich einen Ausweg gefunden zu haben, und kriecht aus dem Kanal direkt vor die Stiefel eines deutschen Grenadiers, während die Hoffnung des Zuschauers auf eine Rettung für die Unseligen

auf einen Tiefpunkt sinkt. In Jerzy Passendorfers „Attentat“ erscheint die Ambivalenz des bewaffneten Kampfes: Das von einer Untergrundorganisation ausgeführte Attentat auf einen hohen SS-Offizier gelingt; auf der Flucht aber vor den Verfolgern kommen fast alle Attentäter ums Leben. In Andrzej Munks „Eroica“ sind die Deutschen jene Übermacht, gegen die ein Warschauer Taugenichts einen vergeblichen, heldenhaft-tragikomischen Widerstand leistet.

Aber auch dort, wo der Deutsche als Handlungsfigur nicht sichtbar und sinnlich erfassbar ist, läßt sich seine latente Anwesenheit in den Werken der „Polnischen Filmschule“ nicht verleugnen. Am wirkungsvollsten ergibt sich dies aus Handlungen, in denen die Figuren im Krieg eine Umwertung aller Werte erleben, wonach ein Wiederaufbau der alten heilen Welt ausgeschlossen bleibt, weil nichts mehr unversehrt davongekommen ist. Das Gefühl des Verlusts der Orientierungshilfe erfaßt vor allem jene, die als Lagerinsassen, Zwangsarbeiter, Außenseiter oder Zuspätgekommene in die entsetzlichsten Abgründe des Unmenschlichen hineinschauen konnten. Die Begegnung mit den Deutschen hinterläßt bei diesen Menschen eine Illusionslosigkeit. Die Deutschen sind in diesem Zusammenhang ein Gleichnis für das Ende eines bestimmten Kulturmodells, das Ende des Traumes von einer nicht-aggressiven Zivilisation in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Diese Tendenz macht sich bemerkbar in Jerzy Kawalerowicz's „Das echte Ende des großen Krieges“ – einer psychologischen Studie über die Konsequenzen der Rückkehr eines ehemaligen Lagerhäftlings zu seiner Frau, die inzwischen einen anderen liebt, dergleichen in „Rückkehr“ Jerzy Passendorfers – der Geschichte eines ehemaligen Soldaten der Armia Krajowa, der auf der Suche nach alten Kampfgefährten mit Entsetzen feststellt, er ist der einzige, der völlig in seiner Vergangenheit lebt und den tragischen Riß zwischen sich und der Welt nicht wahrnimmt. Auf eine Formel gebracht: Die „Polnische Filmschule“ sucht Aussagen über den Zustand der gegenwärtigen Zivilisation zu treffen und die Befindlichkeit der Zeitgenossen nach einer zivilisatorischen Katastrophe zu befragen. Der negative Befund und das auflehrende Trotzdem stehen im engen Zusammenhang mit dem Erlebnis des deutsch-polnischen Gegeneinander, welches wiederum aufgefaßt wird als verallgemeinerungswürdiges Beispiel für die geringe Wirksamkeit des individuellen Strebens nach geschichtlicher Sinnoffenbarung.

Wie eben dargelegt, konnten sich weder die erste



*Deutsche Panzer bahnen der Infanterie in Warschau den Weg*

Foto aus: Kurt Zentner, *Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches*, Bd. 2, Lingen Verlag/Südwest Verlag

noch die zweite Welle der Auseinandersetzung mit den Deutschen im polnischen Film von einer gewissen Legendenbildung befreien. Ein solcher Wurf gelang erst 1963 mit dem Film „Die Passagierin“, der von Andrzej Munk konzipiert und angefangen und – nach dessen vorzeitigem Tod – von dessen Mitarbeiter Witold Lesiewicz fertiggestellt worden ist. Das Werk ist in vielfacher Hinsicht ein Produkt der „Polnischen Filmschule“, weist aber im vorgestellten Menschenbild und dem Bemühen um Rationalität über deren poetologische Ansätze hinaus. Zunächst einmal ist es die Eigenartigkeit der erzählerischen Optik, die uns in Erstaunen versetzt: Das Alltagsleben im Konzentrationslager wird nicht mit den Augen eines Opfers, sondern mit denen eines Henkers wahrgenommen. Und es ist dies ein völlig illusionsloser, aller tradierten Werte beraubter, nackter Raum, in dem es nur noch um das Überdauern gehen kann. Die gesamte Atmosphäre des Lagerge-

schehens wird – entgegen den bisher verbindlichen Prinzipien – mit nahezu dokumentarischen Mitteln erzeugt, was den Eindruck äußerer Gleichgültigkeit gegenüber den dargestellten Schicksalen noch zusätzlich verstärkt. Der Henker ist eine Frau. Sie überlebt die Winteroffensive 1945, heiratet nach dem Krieg, übernimmt Pflichten als Mutter und Frau. Und erst Jahre später, unter ganz anderen, harmlosen Umständen, bei einer Auslandsreise, erkennt sie ihr gehaßt-geliebtes Opfer wieder, das sich genauso auf der Flucht vor der Vergangenheit befindet wie sie selbst. Doch nicht die Begegnung der zwei Frauen an sich ist hier wichtig, sondern deren Art und Weise, mit dem Ballast des Gewesenen umzugehen. Dargestellt wird nämlich der zutiefst vielschichtige und nicht bis in seine letzte Verästelung erforschte Verdrängungsprozeß; bei dem nicht nur eine Abwälzung der Verantwortung auf nicht näher identifizierbare Mächte stattfindet, sondern auch

eine bis dahin im polnischen Film nie dagewesene Aufspaltung der Persönlichkeit vor sich geht, ein Zerfall in einen rationalen und irrationalen Teil, die einander keineswegs entgegengesetzt fungieren, sondern eine – freilich nur schwer erklärbare – Ergänzung in ein und derselben Person finden. Ein ganz moderner Zug der Menschengestaltung wird da durch Munk in die Diskussion gebracht – der Mensch nicht als feste, berechenbare Persönlichkeit, sondern als ein Etwas, das seine gestrige Struktur, beweglich wie sie ist, den jeweiligen Umständen anpaßt und sowohl zum Bösen als auch zum Guten fähig ist.

Die Filmproduktion der 60er Jahre zeichnet sich durch eine geradezu explosive Zunahme von Werken mit besagter Thematik aus, hat jedoch nach 1963 eine wesentliche Differenzierung erfahren, nämlich eine Auseinanderentwicklung in zwei einander ergänzende Strömungen: in eine wesentlich von der Poetik der „Polnischen Filmschule“ beeinflusste, deren eisernes Interesse dem kleinen Mann in den existentiellen Irrungen und Wirrungen als den grundlegenden Folgeerscheinungen der Kriegserfahrung verpflichtet blieb (wir geben dafür noch einmal das Stichwort „der unsichtbare Deutsche“ zu bedenken), und in eine hauptsächlich auf historische Dokumente gestützte und auf die Schicksale einzelner polnischer Soldaten regulärer Kampfverbände im letzten Kriegsjahr konzentrierte, die insbesondere Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ihren quantitativen Höhepunkt erreichte.

Den Nachfolgern der „Polnischen Filmschule“ war eine Tendenz zur Psychologisierung der Figuren eigen. In den besten Werken dieser Strömung wird die Möglichkeit einer Integration des Individuums in seine neue, veränderte Umwelt in Zweifel gezogen, die aufgrund der zurückliegenden alptraumhaften Erlebnisse nicht möglich sei. „Der unsichtbare Deutsche“ ist in diesen Filmen Anlaß, über die Grenzen eigener Widerstandsfähigkeit, die Relativität von scheinbar festgefühten Moralbegriffen und den beschränkten Glauben an eine humane Welt nachzudenken. „Das Echo“ (1964) von Stanisław Różewicz erzählt das moralische Drama eines Mannes, der aus Angst eine Kollaborationsliste unterschrieb, der „Verpflichtung“ jedoch nie nachkam. Jan Rybkowskis „Rassenschande“ (1968) beschreibt die Geschichte einer verbotenen Liebe zwischen einer Deutschen und einem Zwangsarbeiter. Ein anderes Beispiel ist Andrzej Wajdas kunstvolle Novelle „Landschaft nach der Schlacht“ (1970) nach Motiven einiger Erzählungen des Tadeusz Borowskis.

Die zweite Strömung manifestierte sich zwischen 1965 und Anfang der 70er Jahre. Sie hatten einen ausgesprochen militärischen Charakter: Der Deutsche erscheint nun, entdämonisiert, als bloßer Gegner auf dem Schlachtfeld, den man möglichst perfekt zu vernichten hat, und dem – da er kaum individualisiert erscheint – differenziertes Verhalten oder gar Denken nicht eigen ist. Bezeichnend ist auch die nicht zufällige Wahl der Handlungszeit: Die Hinwendung zum Kriegsende bringt den Sieg über den Faschismus in die Werkaufnahme ein, ganz gleich, ob er als hinzuzudenkendes Moment fungiert oder in den Schlußszenen festgehalten wird. Der Deutsche begegnet uns dort nicht mehr als „Welteroberer“, sondern als willkommenes Objekt (toll)kühner Operationen polnischer Kampfseinheiten, er erweist sich als besiegt (womit die Überlegenheit der Polen eine eindrucksvolle Bestätigung findet), er ist tückisch, feige, als Besiegter kleinlaut und lächerlich, mit einem Wort, er vereint alle negativen Eigenschaften von Figuren, die – in ein Schwarzweiß-Schema gezwängt – für eine ganz und gar kunstlose Verflachung der Wirklichkeit erhalten müssen.

Ohne Zweifel steckt in der gemeinten Strömung eine gehörige Portion Auseinandersetzung mit der „Polnischen Filmschule“: Die Welt erscheint hier trotz aller Widerstände als kontrollierbar und vernünftig, der Sinn der individuellen Bemühung um ein rationales Antlitz der Geschichte wird nicht in Frage gestellt, das Individuum erlebt seine Nöte nicht mehr außerhalb aller Gemeinschaft, sondern bleibt fest in dieser verankert, die Grenzen von Gut und Böse sind eindeutig, existentielle Bewußtseinspaltungen finden nicht statt und dergleichen mehr . . .

Da die Filme auf einen Sieg der guten Polen konzipiert sind, regen sie nicht zur kritischen Auseinandersetzung an, sondern – indem sie die nationale Eitelkeit kitzeln – lenken sie die Aufmerksamkeit auf Drittrangiges: technische Perfektion bei Kampfhandlungen und gekonnte Gewaltanwendung (Janusz Morgensterns und Andrzej Konić „Sekunden entscheiden“ [1969], Konrad Nałckis „Die vier Panzersoldaten und der Hund“ [1968], Ewa und Czesław Petelskis „Die rote Eberesche“ [1970], Jerzy Passendorfers „Richtung Berlin“ [1969]).

Mit der Öffnung der polnischen Kulturpolitik und dem Ende 1970 unterzeichneten Grundlagenvertrag mit der BRD änderte sich auch die Filmproduktion. Konfrontation sollte durch Friedensbereitschaft ersetzt werden, und der einsetzende Dialog machte um die Kunst keinen Bogen.



2. Weltkrieg/Polenfeldzug 1939: am 27. 9. 1939 kapituliert Warschau

Foto: Süddeutscher Verlag

Anfang der 70er Jahre entstanden drei bedeutende Filme, in denen das deutsch-polnische Erlebnis, in differenzierter Weise in einen behutsam und gefühlvoll rekonstruierten geschichtlichen Raum verlegt, zwar nicht die Hauptsache der Handlung darstellte, doch sehr wohl deren wesentlicher Bestandteil war, an dem sich denn auch eine neue Qualität ablesen ließ: „Salz der schwarzen Erde“ (1970) und „Eine Perle in der Krone“ (1972) von Kazimierz Kutz sowie „Das gelobte Land“ (1975) von Andrzej Wajda. Der 1929 geborene Kutz hat die poesievolle schlesische Landschaft der Zwischenkriegszeit in den Blick genommen, nicht nur die Zeit der Kämpfe um ein polnisches Schlesien 1919–1921, auch nicht nur die der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den 30er Jahren. Dem Regisseur ging es hierbei nicht allein um eine möglichst getreue Wiedergabe der vergangenen Atmosphäre, die ja aus dem engen Miteinander von Polen und Deutschen, dem gemeinsamen Alltag im Industriegebiet, erwuchs und wodurch eindeutige nationale Grenzziehungen mit-

unter undenkbar waren. Ohne die Widersprüche jener Zeitabschnitte zu leugnen, zeigt Kutz zugleich, daß vieles im damaligen Schlesien aus dem Geist des Pluralismus lebte und das Spektrum der Möglichkeiten vom bewaffneten Kampf bis zur Liebesbeziehung reichte.

Für Andrzej Wajda war es das ausgehende 19. Jahrhundert im damaligen Zentrum der Textilindustrie Łódź, das – von Władysław Reymont im Roman festgehalten – sein Interesse erweckte. Auch hier wurde viel Mühe auf die Stimmigkeit des geschichtlichen Details verwandt, doch die Absicht war, Ansätze der Herausbildung einer modernen kapitalistischen Welt zu zeigen, die entstehen konnte, weil sich Menschen – unter bewußter Preisgabe ihrer jugendlichen Ideale – bereitfanden, den rücksichtslosen Kampf um Profit unter Absehung von Menschenwürde zu führen. Wajda zeigt eine Welt, in der Polen, Juden und Deutsche eine unauflösliche Verbindung eingehen, und in der Fragen der Herkunft und nationale Identität notwendigerweise

zurücktreten müssen hinter die Kapitalinteressen der kosmopolitischen Industriegemeinschaften. Wajdas Film zeigte ein bedeutendes Stück gemeinsame europäische Geschichte.

Mitte der 70er Jahre tritt die deutsch-polnische Problematik im Film zurück. Das junge Kino (den Begriff verdanke ich Czesław Dondzillo) konzentriert sich eindeutig auf die Gegenwart, bevorzugt dabei die Nachkriegsintelligenz mit ihren Identitäts- und Integrationsschwierigkeiten, diagnostiziert die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen auf die Freiräume zur Selbstverwirklichung hin: Ein Denken in die Vergangenheit hinein findet darin nicht statt. Die Filme der Zanussi, Kieślowski, Holland, Szulkin, Kijowski und Falk in den 70er Jahren widmen sich angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Probleme Polens stärker einer Neudeutung der jüngeren eigenen Geschichte (etwa der 50er Jahre).

In den 80er Jahren sind es hauptsächlich zwei Regisseure, die – aufgrund familiärer Bindungen und persönlicher Interessen – das betreffende Feld untersuchen. Für den 1931 geborenen Janusz Kidawa ist es – wie früher für Kazimierz Kutz – der schlesische Raum der Zwischenkriegszeit, der Gegenstand einer balladesken Retrospektive wird. In „Das sündenvolle Leben des Franciszek Buła“ (1980) und „Das Ultimatum“ (1984) sind es die sozialen und politischen Konflikte der 20er und 30er Jahre. In „Das Ultimatum“ – der Geschichte einer deutsch-polnischen Fußballmannschaft in Katowice des Sommers 1939 – konnten Vereinfachungen nicht vermieden werden, die in „Berühmt wie Sarajevo“ (1988) leider auch vertreten sind, so daß Kidawas Schaffen zur Zeit für uns kaum von Interesse sein dürfte.

Wirklich repräsentationsfähig und diskussionswürdig scheint in den 80er Jahren auf dem gemeinten Gebiet die Arbeit von Filip Bajon, der einen gewichtigen Teil seiner Beiträge dem deutsch-polnischen Grenzraum in Großpolen und Schlesien gewidmet hat. Allerdings ist Bajon kaum an einer Rekonstruktion interessiert, wie sie von Kutz, Kidawa oder Munk angestrebt wurde. Die Deutschen und

Polen sind in Bajons Filmen eingeschrieben in eine weitläufige antiromantische Geschichtskonzeption, gemäß derer die Anfänge einer modernen Gesellschaft nicht im Versiegen der Freiheitskämpfe, sondern im Zerfall positivistischer und liberaler Illusionen von „Fortschritt“, „Wohlstand“ und „Demokratie“ Ende des 19., Anfang des 20. Jh. gesehen werden. Bajons Überzeugung manifestiert sich nicht zuletzt in der Auswahl der Stoffe für seine Filme: „Die grüne Erde“ (1980), „Arie für einen Athleten“ (1979), „Lokaltermin 1901“ (1980) und „Der Magnat“ (1986). In diesen Zusammenhang gehört ebenfalls, wenn auch nicht der Handlungszeit wegen, „Die Daimler-Benz-Limousine“ (1981). Bajons Figurenwelt ist von Grund auf kosmopolitisch, und das Ausscheren aus bisher scheinbar festen Bindungen ist in ihr ein bedeutendes Moment (insoweit erfaßt der Regisseur einen auch heute wichtigen Prozeß der allmählichen Auflösung alter Integrationsgemeinschaften unter dem Druck moderner Staatsinteressen). Der große philosophische Atem ist auch in „Der Magnat“ spürbar, in dem die Figuren der Handlung (also hauptsächlich die Mitglieder der deutschen Familie von Pless zwischen 1900 und 1945) nicht eigentlich ihr nationales, sondern ein lebensphilosophisch motiviertes Interesse verfolgen. Es ist dies im Grunde die Auseinandersetzung um die Möglichkeit einer rationalen Gestaltung des eigenen Schicksals, die im Leben der so verschiedenen Menschen, wie des ganz auf Objektivität und Vernunft eingestellten Franz und des um die irrationalen Bereiche im Menschen wissenden Bolko (der ja eine karnevalistische Ansicht à la Bachtin vertritt), ihre differenzierte Ausprägung findet. Diese Aufforderung zur Lebensvielfalt ist bereits erkannt und gewürdigt worden. Nur darf man nicht vergessen, daß Bajon zur Zeit keinen Mitstreiter hat, der das gleiche künstlerische und philosophische Niveau verkörpern würde. Es wird sich erst mit der Zeit zeigen, inwieweit dieses „Alleinsein“ in der Breitenwirkung produktiv werden konnte.

## Betrachtungen zum Problem des Volkes

Aus der tatsache daß wir die gleichen flüche  
und ähnliche liebesschwüre gebrauchen  
werden zu dreiste schlüsse gezogen  
auch die gemeinsame schullektüre  
reicht als prämissen nicht aus  
um zu töten  
ähnlich verhält es sich mit dem land  
(weiden sandweg weizenacker himmel plus wolkengefieder)

ich möchte endlich erfahren  
wo die verblendung endet  
und die verbindung beginnt  
ob wir infolge erlebter geschichte  
nicht seelisch verstümmelt wurden  
und nun auf fakten mit der gesetzmäßigkeit von hysterikern reagieren  
sind wir denn immer noch ein barbarischer stamm  
zwischen den künstlichen seen und den elektrischen wäldern  
offen gesagt ich weiß nicht  
ich stelle nur fest  
daß dieser zusammenhang da ist  
der sich zeigt im erblassen  
in der plötzlichen röte  
im gebrüll und im auswurf der hände  
und ich weiß wo das hinführen kann –  
in ein eilig gegrabenes loch

also zum schluß noch testamentarisch  
damit man es wisse:  
ich habe auch rebelliert  
aber ich meine daß dieser blutige knoten  
der letzte sein sollte welchen  
der sich befreiende  
zerreißt

*Zbigniew Herbert*

---

*Aus dem Polnischen übersetzt von Karl Dedecius.*

# Heinz Brakemeier Gewerkschaftliche Emanzipation in Osteuropa – mittels Kapital-Rentabilität? Betrachtungen am Beispiel Polen

*Dr. Heinz Brakemeier, Jahrgang 1925, ist Hochschullehrer an der Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: politische Systeme in Osteuropa, Geschichte der Arbeiterbewegung und der Staatslehre.*

Der Warschauer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat einen „Geburtsfehler“ der polnischen Emanzipationsbewegung entdeckt (FAZ 4. 7. 1989): Am runden Tisch der Regierung und der Gewerkschaft(en) „fühlten“ sich alle „als Vertreter der arbeitenden Massen . . . Engagierte Streiter für Marktwirtschaft waren hoffnungslos im Hintertreffen“. Er plädiert nach den polnischen Wahlen dafür, daß die Bürger-Komitees, gegründet von der „Solidarität“ für ihren Wahlkampf, also politischer Ausdruck dieser Emanzipationsbewegung, sich von der „Solidarność“ emanzipieren, mindestens jene Gewählten, welche „Konservative und Rechtsliberale“ sind. Was sind für eine Allgemeine Zeitung diese Parlamentarier? Bourgeois oder Citoyen? Und was sollen die Gewählten für die „Solidarität“ darstellen? Am zweihundertsten Geburtstag der Französischen Revolution muß die Frage erlaubt sein. Um so mehr, als noch vor einem Jahr Stefan Dietrich von der FAZ in einem geradezu jakobinischen Eifer dieser Bewegung huldigte, welche alle Verhältnisse der eigenen Unmündigkeit und des Elends umzustürzen strebe. Unter den drei „S“ der „Solidarität“, nämlich *Selbstverwaltung, Selbständigkeit und Selbstfinanzierung*, hatte die neue Gewerkschaftsbewegung schon 1981 zusammengefaßt, welche Substanz die geforderte Freiheit und Solidarität haben sollten. In der Tat ließ sich speziell die verlangte Selbstfinanzierung der Wirtschaftseinheiten als „Marktwirtschaft“ lesen. Westliche Medien und renommierte polnische Wirtschaftswissenschaftler, emigrierte und im Lande verbliebene, spendeten Beifall. Für solche Fach-Wissenschaftler wie W. Brus, jetzt in Großbritannien, reduziert sich offensichtlich sinn-

voll gesamtwirtschaftliche Planung auf eine indikative Steuerung mittels Geld- und Kredit-Politik und „fiscal policy“. Oberstes Erfolgskriterium der Betriebe kann dann nur maximaler Gewinn sein. Jedoch lagen dem Programm der „Solidarność“ die 21 Danziger Forderungen von 1980 zugrunde. Darin war auch fixiert worden, was dem Prinzip der Marktwirtschaft widerspricht: sozialpolitisch begründete höhere Löhne für bestimmte Gruppen, Zuschläge für Mütter mit Kleinkindern, besondere Rentenerhöhungen und unterschiedliche Herabsetzungen der Rentenalter für Frauen und Männer, überhaupt spezifische Förderung bestimmter sozialer Gruppen, staatliche Rationierung und Preisregulierung – besonders für die wichtigsten Lebensmittel usw. Unerörtert blieb dabei, was generell Selbständigkeit und Selbstverwaltung wirtschaftlicher Einheiten innerhalb der Bewegungsgesetze des prozessierenden Kapitals problematisch macht. Oder „Selbstfinanzierung“, wenn Kredite und Darlehen notwendig werden!

Polens Nachkriegsgeschichte begann mit einem kriegszerstörten Land bzw. damit, daß alte Eliten und avantgardistische Gruppen weitgehend ausgerottet oder vertrieben worden waren. Aber auch alte, krisenträchtige ökonomische und soziale Strukturen standen am Beginn der Nachkriegsplanung. Die alternativen Konzepte zu der direktiven Planung der obersten Parteiführung und der bürokratischen Struktur wurden zwar zunächst diskutiert, dementsprechende erste praktische Versuche mußten aber bald dem despotischen Konzept Stalins weichen. (Entgegen den Entwürfen der alten fachkompetenten GOSPLAN-Leitung, entgegen den methodischen Vorstellungen der Bucharin-Fraktion wie denen der Linken – Preobraschenski, Trotzki – zeichnete sich Stalins Planungspraxis auch dadurch aus, daß die makroökonomische Gesamtplanung und die operative Planung mit despotischen Direktiven an die Wirtschaftseinheiten ständig unvermittelt ineinander übergingen, auch ohne systematische Rücksicht auf Interdependenzen, „Proportionen“ und „bottle-necks“. Insgesamt war es anfangs weniger ein durchdachtes Konzept als ein despotisches Krisenmanagement – entstanden in immer neuem Stolpern über unerwartete Hemmnisse in der Landwirtschaft und im Außenhandel während der Weltwirtschaftskrise).

Das war bei allem industriellen Wachstum von der ersten Stunde an extrem unwirtschaftlich. Diese Unwirtschaftlichkeit potenzierte sich mit der erweiterten Reproduktion. Die zentralen direktiven Kennziffern, Normativen, Normen nötigen die

Wirtschaftseinheiten zu einer Erfolgsmessung nach zentralen bürokratischen Kriterien. Formal erfüllt und übererfüllt, sind diese nur in dieser exekutiven Hierarchie rational. Weder sind bedarfsgerechte Gebrauchswerte für die Abnehmer/Konsumenten oberstes Interesse eines Betriebes noch dessen Kapital-Rentabilität (vergleichsweises Verhältnis von eingesetztem Kapital und Gewinn) noch eine Wirtschaftlichkeit als komparativ betrachtetes Verhältnis von Aufwand/Ertrag bzw. Kosten/Leistung. Nicht einmal periodisch wiederkehrende Verluste in den betrieblichen Jahresrechnungen sind ein entscheidendes Kriterium. Rationalisierung, technischer Fortschritt, Prozeß- und Produkt-Innovationen können eher hinderlich als förderlich sein, wo es gilt, einer formalen Rationalität bürokratischer Hierarchie zu folgen. Zwar hat die DDR-Machtelite insofern daraus gelernt, als sie mit einem immer weiter ausdifferenzierten System von Wirkungs- und Gegenwirkungsmechanismen formal gebotene, aber material irrationale Resultate zu begrenzen sucht. Doch wie ausgeklügelt auch immer: der strukturelle Mangel an materialer Rationalität ist damit nicht aus der Welt zu schaffen.

Der Stalinismus in der Wirtschaftsplanung brachte Polen nicht nur eine neue gesamtwirtschaftliche Disproportionalität – und schließlich neues Elend und neue Stagnation. Er schleppte auch wichtige Momente der alten Misere mit sich fort. Um beidem entgegenzuwirken, verfolgten nicht nur in Polen die Machthabenden in den 70er Jahren eine Wirtschaftsstrategie – aber in Polen besonders intensiv –, die die alten und neuen Mißstände nun erst recht auf erweiterter Stufenleiter reproduzierte.

Nun soll Marktwirtschaft dieses Elend abschaffen. Aber ein Markt, der umfassendste, hat der Misere nicht unerheblich auf die Sprünge geholfen: der Weltmarkt. Entgegen allem stalinistischen Verständnis vom sogenannten „Außenhandels-Monopol“ des Staates, verbunden mit Autarkie – jedenfalls gegenüber dem kapitalistischen Teil des Weltmarktes –, müssen sich auch die nationalen Ökonomien Osteuropas immer mehr dem Gesetz der komparativen Vorteile eines integralen weltwirtschaftlichen Zusammenhanges beugen. Das wird seit einigen Jahren auch in der DDR unverhüllt thematisiert. Der „Weltmarkt“ erscheint (so ein Buchtitel von E. Altwater) als „Sachzwang“. Doch wo die Massen an verfügbarem Kapital beziehungsweise realisiertem Profit nicht annähernd so groß sind wie in der Ökonomie einer Hegemonialmacht oder dieser nahe kommenden nationalen Wirtschaft, sind der

gewollten Selbstfinanzierung sehr enge Grenzen gezogen. Überall, nicht nur im Ostblock, lassen sich dann Beispiele finden, welche einen Zusammenhang von Verschuldungskrise, blockierter Industrialisierung und rapide wachsenden ökologischen Gefahren zeigen; zum Beispiel Brasilien. Der Weltmarkt diktierte auch dort jenes global als gültig geltende „akkumulationsmodell“, wie es sich in dem Weltmarktzyklus zwischen den Krisen der dreißiger Jahre und denen der achtziger Jahre herausgebildet hatte. So erklärt es u. a. Altwater. Nur: gegen Ende jenes Zyklus traten die sinnlich spürbaren Widersprüche und Grenzen dieses Modells hervor.

Von diesen Bewegungen der Endphase in den siebziger und achtziger Jahren war auch Polen betroffen: Vor allem mit westlichem Leih-Kapital sollten die industriellen Kapazitäten Polens weiter ausgebaut und komplettiert werden. Die dadurch möglich erscheinende Veränderung der Außenwirtschaftsstruktur sollte nicht nur gestatten, den Zinsen- und Tilgungsdienst für das westliche Kapital zu leisten. U. a. sollten auch die besseren Angebote auf dem Konsumgütermarkt helfen, endlich im entscheidenden ideologischen Wettstreit der Systeme – „Ost“ gegen „West“ – besser zu bestehen. Aber am Ende sah sich diese „polnische Wirtschaft“ gezwungen, ihrem dürftigen Konsumgütermarkt eher mehr als weniger Produkte für jenes Minimum an notwendigem (West-)Export zu entziehen, um wenigstens einigermaßen Zinsen zahlen zu können. Und nicht einmal das gelang ausreichend. Es war dies die Zeit, in der die manifeste Opposition über kleine Zirkel hinaus zur großen Solidaritätsbewegung der Arbeiterschaft anwuchs. Seit dieser Zeit hat sich aber die Mehrheit der städtischen Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterklasse immer wieder gegen die sogenannten „marktwirtschaftlich gebotenen“ Preiserhöhungen für Waren des täglichen Bedarfs zur Wehr gesetzt. Die „untragbaren Lebensmittelsubventionen“ (St. Dietrich, s. o.) sollen beibehalten werden – will die Bewegung für die drei „S“. Andererseits ist nun seit mehr als einem Jahr nicht nur in Polen offen davon die Rede, man brauche einen heimischen „Thatcherismus“. (Strenger Monetarismus, gepaart mit dem Stop aller staatlichen Subventionen für defizitäre Betriebe, Kredite nur noch für rentabel arbeitende Betriebe, also Schließung von Betrieben). Margret Thatcher huldigte unisono Vertreter der polnischen Regierung und Arbeiter auf der Danziger Lenin-Werft.

Dieser Thatcherismus in Polen muß im derzeitigen weltwirtschaftlichen Kontext zu beträchtlicher

Arbeitslosigkeit, zu Realeinkommens-Senkungen und darüber hinaus zu einem ganz ungewohnten und kaum gewollten Anstieg der Arbeitsintensität und der Arbeitsdisziplin führen – ohne daß die dann noch Beschäftigten damit rechnen können, bald den Lebensstandard ihrer westlichen Kollegen zu erreichen. Es muß auf der Danziger Werft, die geschlossen werden soll, Verblüffung gegeben haben, als wenige Wochen nach dem Thatcher-Besuch Repräsentanten britischen Kapitals zwar am Kauf der besten Teile des Unternehmens interessiert waren, aber darauf bestanden, daß in dem übernommenen Betrieb gewerkschaftliche Aktivität unterbleibe und die Löhne sich eher auf das Niveau der „Schwellenländer“ der „dritten Welt“ als in Richtung des Niveaus der „ersten“ zu bewegen hätten – „Freistellungen“ von Beschäftigten wohl ohnehin nach dem anglo-amerikanischen Prinzip: we hire and fire! Trotz aller von den Generalsekretären stalinistischer Parteien beanspruchten Kompetenz, mittels ihres „Marxismus-Leninismus“ Einsicht in die und Handhabe der sozialen Bewegungsgesetze zu besitzen, zeigten sich einige Autoren des „Marxismus-Leninismus“ schon nach den polnischen Ereignissen von 1980/81 von einer sehr eigenwilligen Dialektik dahingehend belehrt, daß auch im „realen Sozialismus“ weiße Schimmel erscheinen könnten, nämlich „antagonistische Widersprüche“. Die galten bis dahin jenem Sozialismus als wesensfremd.

Einst wurde die zügige Rücknahme des Staates in die Gesellschaft erwartet und versprochen. Lenin definierte den neuen, den proletarischen Staat als einen schon absterbenden. Nach Lenins Tod wurde dann der Tod des Staates „marxistisch-leninistisch“ in die immer fernere und ungewissere Zukunft verwiesen – zusammen mit jener „höheren Phase“ des „Kommunismus“. Zwischen dieser Phase und der „niederen“ erfanden die Autoren des „M.-L.“ in den Parteitags-Dokumenten und Lehrbüchern immer neue Zwischenstufen; zuletzt vor allem „die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Nicht diskutiert wurde an diesem Punkte allerdings, ob (dialektisch) nicht in sein Gegenteil übergeht, was entwickelt ist – wenn es weiter gestaltet wird! Solche Dialektik paukt jetzt die Wirklichkeit ein. Denn die herrschende Bürokratie muß gegenwärtig fortschreitend ihrem legitimatorischen Anspruch entsagen, ihr „demokratischer Zentralismus“ sei die verwirklichte Planung und Leitung eines Gemeinwesens, in dem die Produzenten „Subjekte“ seien, also mit Willen und Bewußtsein vereinigte Produzenten, die nicht mehr unter die Bewe-

gungsgesetze des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses subsumiert seien, sondern diesen ihrerseits unter ihren – vereinigten – Willen subsumiert hätten. Die „Werkstätigen“ sollen sich jetzt nicht länger von der Natur ihrer Gesellschaft falsche Begriffe machen.

Wenn auch eine Phase des „Kommunismus“, so sei die Produktion von Gebrauchswerten im „Sozialismus“ doch „Waren“-Produktion. Daraus seien endlich alle Konsequenzen zu ziehen, ist jetzt sogar von autorisierten Fachökonomien in der DDR zu hören. Andererseits heißt es auch im Protokoll des XI., also des letzten Parteitages der SED, daß die Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben ausgeweitet werden sollen – in einem Prozeß fortschreitender Demokratisierung der Planung und Leitung. Die vergangenen Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg haben den osteuropäischen Machteliten auch genügend Anlaß geboten, den Gewerkschaften wieder größere Kompetenzen zuzuschreiben. Allerdings führte das dann zu der widersprüchlichen Rede in der Legitimationssphäre, daß bei der „weiteren Gestaltung der entwickelten ... usw.“ die „führende Rolle der Partei“ gesetzmäßig wachse, während es andererseits hieß, die Rolle der „Gewerkschaften“ und anderer „gesellschaftlicher Organisationen“ sei eine wachsende.

In solchen Stereotypen schlug etwas von dem antagonistischen Prozeß der osteuropäischen Gesellschaften durch. Innerhalb der realen Verhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten, Verwalteten und Verwalteten haben Maulwürfe mutmaßlich Aus-Gänge in alternative Richtungen gebahnt. Einerseits in eine, die auf eine moderne bürgerliche Gesellschaft gerichtet ist. Andererseits vielleicht in die, welche über die bürgerliche Emanzipation hinausführen kann. Ist in Polen etwa von „Rationalisierung des Preissystems“ die Rede, dann ist das jene *erweiterte* „formale Rationalität des Geldes“ und damit ein Stück bürgerlicher Emanzipation von der „formalen Rationalität der Bürokratie“. Aber gleichzeitig regt sich gegen diese Emanzipation überall massenhafter Widerstand in dem so vom „M.-L.“ definierten „Staat des gesamten Volkes“. Darin zeigt sich also ein Gegensatz von Staat und Volk. Wie wird sich dieser Gegensatz entwickeln?

Mit Adornos „negativer Dialektik“ ist auch in bezug auf Osteuropa davon zu reden, daß die gesellschaftlichen Erscheinungen dort Sozialwissenschaft(en) unvermeidlich zu dialektischem Denken nötigen. Vielleicht kann darin zudem mittels der

dialektischen Kategorien einer materialistischen „Kritik der politischen Ökonomie“ über jene Eindimensionalität im Denken Max Webers hinausgedacht werden, nach der im geschichtlichen Prozeß der „Rationalisierung“ die Bürokratie unser Schicksal ist. Und im Rückblick ist jetzt eine nur scheinbar stillgestellte gesellschaftliche Dialektik in Osteuropa auszumachen. So mag zum Beispiel der Wille, die (alte Leninsche Forderung nach) „wirtschaftliche(r) Rechnungsführung“ zu radikalisieren, dahin führen, daß selbst in der DDR die makroökonomischen Ziele mittels indikativer Steuerung der Wirtschaftseinheiten erreicht werden sollen, obwohl die letzten diesbezüglichen Reden Günter Mittag solche Vorstellungen abzuwehren suchen. Die Kombinate als neue Hauptinstanzen der Planungstätigkeit und Leitungsfunktion können sich als Übergang beim Rückzug der staatlichen Bürokratie aus der Ökonomie erweisen. Überall wird den unmittelbaren Produzenten auch versprochen, sie sollen mehr und direkter an dieser Planung und Leitung teilhaben. Der Rückzug der staatlichen Ministerialbürokratie ist offensichtlich den Zwängen ökonomischer Rationalität ebenso geschuldet wie den Bemühungen von Parteiführungen in Osteuropa, mehr Legitimation zu gewinnen und neue Leistungsmotive in den Gemütern der „Werkstätigen“ zu wecken. „Triebkräfte“ war in den letzten Jahren schon der besonders strapazierte Begriff in der M.-L.-Literatur. In diesem Kontext soll – auch in der DDR – das „sozialistische Leistungsprinzip“ noch stärker als bisher an den betrieblichen Erfolg gekoppelt werden, letztendlich dann an den Gewinn. Aber wenn die individuellen Einkommen stärker als bisher vom realisierten Gewinn abhängen sollen, sind konsequenterweise auch die administrierten Preise durch reine Marktpreise zu ersetzen. Dann müssen die Wirtschaftseinheiten aber ihre Produktpalette, ihre Sortiments- und Mengenplanungen, selbständig am Markt orientieren können. Überhaupt müssen sie in der Wahl ihrer Märkte frei sein. Auch frei, (Rationalisierungs-)Investitionen, Produkt- und Prozeß-Innovationen zu tätigen oder zu unterlassen. Letzten Endes muß ein freier Arbeitsmarkt entstehen – mit möglichst schwachen Gewerkschaften – am besten ohne solche. Zwar kokettiert der neue polnische Industrieminister gegenüber westlichen Journalisten mit der billigen polnischen Arbeitskraft, die auszunutzen dem westlichen Kapital Weltmarktvorteile verschaffe. Daß aber legale gewerkschaftliche Aktivität nach „Solidarność“ auf das Niveau etwa südkoreanischer gedrückt werden kann, ist unwahrscheinlich. Mit je-

nen „kleinen asiatischen Tigern“ und untereinander haben aber solche reformierten Ökonomien wie die der UdSSR, Polen und Ungarn gegenwärtig auf dem westlichen Teil des Weltmarktes zu konkurrieren. Vermutlich können die nationalen Ökonomien Osteuropas zur Zeit weder so noch so jene Wachstumsraten ihrer Außenwirtschaft auf den westlichen Märkten erreichen, die Jugoslawien und Ungarn, aber auch die DDR, in den sechziger und siebziger Jahren erzielen konnten. Fraglich ist überhaupt, wie weit dieses Wachstum von solchen marktwirtschaftlichen Schritten abhängig war, wie sie Jugoslawien und Ungarn in jener Zeit taten. (Siehe dazu z. B. W. Brus 1986: Bund-Verlag: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa.)

Faßt der kritische Beobachter solche und weitere Momente zusammen, kann er vermuten, daß die (welt)marktkonforme Politik nicht nur in Polen auf weiteren gesellschaftlichen Widerstand, auf Proteste, auf den Ausdruck von Leiden am alten Mangel und an „neuer Armut“ stoßen wird; insbesondere dort, wo diese Politik sich mit der Bewältigung der entstandenen Dollar- oder DM-Schulden verbinden muß. (Solcher Druck bzw. der des Internationalen Währungsfonds hat schon im vergangenen Jahr zu den Massenunruhen in Jugoslawien erheblich beigetragen.)

In einer Industriegesellschaft ohne Bürgertum regt sich der Unmut der Produzenten erst recht in – alter oder neuer – gewerkschaftlicher Form. Die Bewegung mag diese Form dann mit basidemokratischen Räte-Organisationen verbinden oder nicht. (Sogar die privatwirtschaftlich tätigen polnischen Bauern trachteten 1981, eine „Gewerkschaft“ zu gründen.) Wollen Gewerkschaften die Forderungen ihrer Mitglieder vertreten, geraten sie allerdings alsbald an die Grenzen, die gegenwärtig dem Konsum gezogen sind: Wo nicht schnell zu modernisieren und dann rentabel einsetzbar, müssen alte Produktionseinheiten liquidiert werden – auch in der Verteilungsorganisation ist vieles abzuschreiben. Neue Kapazitäten und Ressourcen müssen andererseits finanziert bzw. realisiert werden. Produktion und Handel sollen dabei stärker als bisher auf die Möglichkeiten orientiert werden, welche der Weltmarkt – vielleicht – bietet. Die vernachlässigten Verkehrseinrichtungen sind auszubauen.

Andererseits wird es zur Frage von Leben oder Tod, eher die äußere Natur und die Gesundheit der Menschen zu retten als das industrielle Wachstum und das des Verkehrs. Solange ein dringend notwendiges „Mehr“ an Konsum nicht „umwelt“verträglich

„Kunst  
bleibt  
Kunst.“

Johann Wolfgang von Goethe



DAIMLERBENZ



*General Jaruzelski bei den Wahlen in Polen*

Foto: dpa

licher als bisher von der Produktion her möglich ist, müßten die Massen entweder freiwillig darauf verzichten oder mit einer Gewalt daran gehindert werden, mit der des Staates oder/und der des Marktes. Erfolgreich und legitim kann gewerkschaftliche Politik dann offenbar nur sein, wenn sie nicht nur in den Betrieben an der Planung und Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses teilhat oder diese Funktionen einer „Selbstverwaltung“ der Produzenten zuordnet, sondern wenn die Gewerkschaften auch dort partizipieren, wo gesamtwirtschaftlich in gesellschaftlichem Konsens entschieden werden soll. Davon ist jetzt insbesondere in Polen die Rede. In der Situation des allgemein empfundenen und zur Sprache gebrachten Mangels und der Armseligkeit wird aber ein Konsens immer wieder brüchig werden, der nicht solidarisch Arbeit und Verzicht verteilen will. Arbeit in einer relativ langen Reformphase (auch wenn Polens Industrieminister meint,

Polens industrielle Kapazitäten brauchten nur eine relativ kurze Phase zu durchlaufen, um insbesondere für den westlichen Markt chancenreich produzieren zu können – wenn westliche Kapitalgeber nur in ausreichendem Maße bereit seien, zu diesem Zweck in Polen zu investieren. Davon hänge auch die gesamte Entwicklung in Polen ab) und Verzicht auf „westlichen“ Konsum.

Dem widerspricht aber die marktwirtschaftliche Richtung der Veränderungen. Diese Richtung ist unvermeidlich mit dem verknüpft, was heute schon in China, in der UdSSR, aber auch in Polen, Ungarn und in Jugoslawien der Polemik von unten ausgesetzt ist: „neuer Reichtum“ und „neue Armut“. Wird es in den nächsten Jahren insbesondere in den osteuropäischen Gewerkschaften Lernprozesse geben, die schließlich in einem alternativen Reformprogramm münden – alternativ sowohl zur alten despotisch-bürokratischen Direktiv-Planung wie zu den gegenwärtigen „Marktwirtschafts“-Konzepten?

Direktive Zentral-Planung und -Leitung der gesellschaftlichen Re-Produktion macht die unmittelbaren Produzenten – mittels bürokratischer Hierarchie – zu Subalternen, zu Objekten von Verwaltungshandeln, als solche den Strategien von oben untergeordnet. „Marktwirtschaft“, also „Waren“-Produktion, macht sie zu „Personifikationen“ von Formen des prozessierenden „Kapitals“ (Marx), zu Struktur-Funktionären, zu Ausführenden von sozialen Gesetzen, welche notwendig auf der Unbewußtheit beruhen, sich so über die Köpfe hinweg oder hinter dem Rücken der Beteiligten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durchsetzen; dem „Kapital“ als dem scheinbar „automatischen Subjekt“ ausgeliefert.

Eine Opposition gegen die privilegierten Verwalter der alten Misere und gleichzeitig gegen die pauperisierenden Resultate der neuen Verhältnisse kann dahin gelangen, Verhältnisse zu fordern, in denen die Produzenten vereinigte solidarische und autonome Subjekte sein können. Möglicherweise ist der oben genannte „Geburtsfehler“ dadurch besser zu begreifen, daß man gewerkschaftliches Handeln in Osteuropa als eines darstellt, welches sich „mitten im Dünge der Widersprüche“ (Hegel) bewegt. Darin mag die Einsicht wachsen, die Adorno sagen ließ, daß „Freiheit“ und „Solidarität“ aufeinander verweisen, weil in dem gesellschaftlichen Lebenszusammenhang heute mehr denn je nur solidarische Individuen frei und nur autonome Menschen solidarisch sein können. Ist das „Kapital“ das quasi-„automatische Subjekt“ der Gesellschaft, dann ist – ge-

mäß Adorno – die Gesellschaft das verselbständigte Allgemeine, welches das Besondere (der Individuen) sich identisch zu machen strebt. Das Allgemeine ist danach nur dann nicht länger eine verselbständigte Macht, wenn es nichts als der Inbegriff der besonderen Interessen sein kann. Denkbar ist, daß dieser Gedanke nach neuen Frustrationen wieder in einen „naiven Volksboden“ (Marx) einschlagen kann; besonders in Polen, wo eine spezifische Religiosität Opposition gegen eine alte Machtelite stabilisiert hat. Hierarchisch-bürokratisch ausgeübte Herrschaft hält die Subjekt-Entwicklung der Unterworfenen zwar einerseits zwanghaft auf einer regressiven Stufe, scheint aber weniger als die moderne Herrschaft des Kapitals fähig zu sein, Herrschaft so sehr in den Menschen psychisch anzusiedeln, daß diese sich selbst antun, was ihnen angetan wird.

Wie auch immer geschichtlich vermittelt, besonders in Polen können religiöse Massenveranstaltungen noch immer besonders erfolgreich mit Angeboten der „Kulturindustrie“ konkurrieren. Möglicherweise stärkt das viele widerständige Gemüter. In dem „Dünger der Widersprüche“ kann vielleicht neu daran erinnert werden, daß – entgegen dem „Marxismus-Leninismus“ – Marx darauf bestand, es könne in einer Assoziation freier Produzenten nur darum gehen, Sachen, aber keine Menschen, zu verwalten. Die „Selbstverwaltungs“-Parole der katholischen „Solidarität“ ist vielleicht der eingeschlagene Blitz, dessen Feuer unter der Decke des andauernden Elends den neuen Funken der „Kritik der politischen Ökonomie“ vorbereitet – zugleich Kritik von ökonomischer, überhaupt sozialwissenschaftlicher Theorie und von entsprechender Praxis. Offenkundig kann dann auch von einer erneuerten Kritik der kapitalistischen Produktionsweise her – als fundamentale Kritik der „Tausch-Gesellschaft“ (Adorno) – gesamtwirtschaftliche Planung nur als eine indikative für die Betriebswirtschaften gelten. (Aber nicht Geld- und Kreditpolitik und Finanzpolitik, sondern Bilanzen für Rohstoffe, Energie und Arbeitskräfte böten wesentliche Orientierungsdaten.) Und nur kooperativ könnten solche gesamtwirtschaftlichen Planvorgaben ermittelt und dann auf die wirtschaftenden Einheiten als – autonom korrigierbare – Planziele aufgeteilt werden. Nur ausreichende geschichtliche Erfahrung könnte lehren, ob in einem solchen (inter)nationalen Kooperationszusammenhang autonomer Betriebswirtschaften von solidarisch füreinander wirtschaftenden Produzenten moderne bürgerliche Zweckrationalität einerseits eingeholt oder gar übertroffen werden kann – so in der

„Wirtschaftlichkeits-Rechnung“ –, andererseits in einer humanen, versöhnenden Vernunft des Handelns aufzuheben ist. Könnte das allgemeine und das je besondere Interesse versöhnt in die Praxis der einzelnen Produzenten und in die gewollten Zwecke ihrer Betriebe eingehen, dann könnten solche Wirtschaftseinheiten jedenfalls materiale ökonomische Rationalität und die genannte „Wirtschaftlichkeit“ besser als unter bürokratisch-direktiver Planung und Erfolgskontrolle realisieren. Kalkulationsprinzipien, die nicht staatlich oktroyiert, sondern solidarisch verabredet werden, könnten auch dem allgemeinen Schema folgen, daß die Erträge die Aufwendungen bzw. Kosten zu decken haben – und daß eine allgemein geltende Gewinnrate als Aufschlag hinzukommt.

Da die bisher in Osteuropa übergeordnete Bürokratie als solche nicht mehr existierte, hätte sie auch nicht länger Gratifikationen oder negative Sanktionen nach ihrem Erfolgsmaß zu erteilen. Ebenso verstummte ihre traditionelle Klage: die über die Neigung der ihr unterworfenen Wirtschaftseinheiten und einzelnen Produzenten zur „Tonnen-Ideologie“ und zu „weichen Plänen“, die bequem formal zu erfüllen seien. (Als ob es sich nur um „Ideologie“, also falsches Bewußtsein, gehandelt habe, die sich die von dieser Bürokratie Traktierten bloß aus dem Kopf zu schlagen hätten.) Die wirtschaftliche Produktion nützlicher Gebrauchswerte hätte nicht länger hinter dem Vorzug der formalen Erfüllung von Kennziffern, Normativen etc. zurückzustehen.

Alternativ zur gegenwärtig dominierenden Absicht, Stücklöhne, Prämienlöhne oder sonstige neue Lohnformen noch stärker an den betrieblichen Gewinn zu koppeln, könnte mutmaßlich unter den Arbeitenden eine alte gewerkschaftliche Forderung nach reinen „Zeitlöhnen“ wieder aktuell werden – soweit auch eine kritische Sicht der „Tausch-Gesellschaft“ (noch) hinnehmen muß, daß die Produkte „Waren“ und damit „Preise“ und „Löhne“ in Funktion bleiben. (Hier wie beim Staat kann nichts „abgeschafft“, sondern nur „aufgehoben“ werden. „Waren“-Form und „Staats“-Form der Gesellschaft könnten höchstens „absterben“/Engels.) „Akkord ist Mord“ lautete früher eine berühmte gewerkschaftliche Losung. Deshalb gingen auch in der DDR nach der Niederlage des Nazi-Staates die sich zunächst selbstverwaltenden Arbeiter spontan zu reinen „Zeitlöhnen“ über – und folgten nur widerwillig und sehr zögerlich der Polemik und den Dekreten der sowjetischen Militär-Administration, es bei den Akkord-Löhnen zu belassen.



*Anhänger der Solidarność nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse*

Foto: dpa

Auch unter solidarischen Verhältnissen wird der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß von Ungleichgewichten nicht völlig frei sein, selbst wenn eine bestimmte Gesetzmäßigkeit aufgehoben werden kann. Keine ex ante-Planung kann alle Ungleichgewichte zwischen Produktion und Konsumtion ausschließen. Eine fortgesetzte Solidaritätsbewegung, welche die Massen ergreift, kann aber darauf vertrauen, daß solidarisch kooperierende Wirtschaftseinheiten sich deshalb nicht wieder den Gesetzen des prozessierenden Kapitals oder zentralstaatlicher Gewalt unterwerfen müssen. Nicht in der Bewegung der Marktpreise und Profitraten ist dann vornehmlich das Gleichgewicht herzustellen. Hingegen mögen ex ante geplante – optimale – „Lagerhaltung“ und ähnliche Reserven einerseits, andererseits möglicherweise solche „Beschäftigungs-Gesellschaften“ ein Mittel zur Lösung sein, wie sie die IG Metall jüngst im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit vorgeschlagen hat.

Der bürgerliche „Besitz-Individualismus“ (MacPherson) ist geschichtlich mit der Ausbreitung der Warenform der Produktion entstanden. Diese Form vor allem setzt strukturell die Produktion von Gebrauchswerten für andere Menschen zum bloßen Mittel für die Produzenten herab, die Produkte anderer Produzenten zu erwerben. Kants praktischer Imperativ, den anderen Menschen immer auch als Zweck und nie nur als Mittel zu behandeln, ist darin nicht zu realisieren. Sollte eine Solidaritätsbewegung dagegen diese Form – allmählich – aufheben können, wären die Subjekte mehr und mehr nicht nur über ihre gesamtwirtschaftliche Planung ex ante als unmittelbar gesellschaftlich Produzierende vereint, sondern sie träten sich auch in den – sinnlichen – Qualitäten der füreinander produzierenden Menschen als unvermittelt Gebende und Nehmende gegenüber. Ohne die vom – sinnlichen – Gebrauchswert abstrahierende Tauschhandlung, Zusammen mit dem möglichen Absterben der „reellen Subsum-



„Ein Mensch denkt nach: Auch ich als Frau  
dem Schutz vom Staat allein nicht trau’.

Versichert sich, nicht nur das Leben –  
sorgt auch noch vor, für später eben.

Die Volksfürsorge mit Vertrauen  
wählt sie – und das Programm für Frauen.„

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen  
oder Reise-Krankenversicherung,  
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.

Keine Sorge –  
 **Volksfürsorge**  
Versicherungen

tion“ der Arbeitenden unter den industriellen Produktionsprozeß des Kapitals könnte die Produktion füreinander, die Interaktion, fortschreitend den rechenhaft dinglichen Charakter der Ware-Geld-Ware-Bewegung verlieren, die sich immer notwendig weiterentwickeln und zur Geld-Ware-Geld-Bewegung des Kapitals verkehren muß. Darin läge die Möglichkeit, daß jeder Produzent dem anderen Mittel und Zweck zugleich wäre. (Und die Chance einer größeren materialen Rationalität der Produktion.) In der „Waren-Tausch“-Handlung hingegen hat jede Art von Gebrauch oder Verbrauch der übereigneten Gebrauchswerte stillzustehen. Erst nach diesem abstrakten Vergesellschaftungsakt der Produkte füreinander interessiert – je privat – die Ware wieder als Gebrauchswert. Eine Bewegung, welche Freiheit und Solidarität verwirklichen will, wird notwendig darauf bedacht sein, die Arbeitszeit zu verkürzen, vor allem aber die abstumpfende und nur ausführende Routinetätigkeit, die darüber hinaus heute mehr und mehr einen bloß technisch-überwachenden Charakter annehmen kann, ausgeführt von auch wissenschaftlich qualifizierten Produzenten.

Ist die Vorstellung eines solchen Gemeinwesens Utopie? Gewiß! Ist eine solche Utopie realisierbar? Welche Alternative gibt es dazu nach dem hier Gesagten? Nicht umsonst wird heute überall außerhalb des konservativen Denkens auf die Notwendigkeit einer Wende zu dem hingewiesen, was nicht wirklich ist, aber möglich sein könnte. Wenn sogar in der jüngsten bürgerlichen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der Versuch gemacht wird, diese Disziplin wieder an die Ethik heranzuführen, wenn sogar davon die Rede ist, daß diese Disziplin alle wirklichen Motive wirtschaftlichen Handelns systematisch in die Theorie (einer „politischen Ökonomie“) aufzunehmen habe, sollte die idealtypische Kunstfigur des „homo oeconomicus“ reif zum Abschied werden. Doch schon der Webersche „Idealtypus“ schlechthin ist nicht freie Erfindung. Erst recht ist jene grundlegende Figur der ökonomischen Theorie nicht pure Fiktion. Die Verhältnisse der Individuen haben sich ihr in der Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft fortschreitend angenähert, wenn auch mit pathologisch relevanten Resultaten.

Unwahr ist an dieser Figur vor allem die ungeschichtliche Anthropologie, sie als Begriff des ewig natürlichen Wesens des Menschen zu nehmen. Adam Smith, Begründer der modernen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, glaubte diesbezüglich seine Theorie moralphilosophisch nur dadurch rechtfertigen zu können, daß er dem Altruismus

mindestens die gleiche Macht wie dem Egoismus im Gefühlshaushalt der Individuen zuschrieb und den – gesamtwirtschaftlich – sinnvollen Egoismus in der Sphäre des engeren ökonomischen Handelns durch die „unsichtbare Hand“ im Dienste eines übergreifenden Gemeinwohls sah, welches sich hinter dem Rücken der – insoweit – egoistisch motivierten Produzenten und Tauschenden durchsetze. Smith dachte dabei mit seinem Freunde Hume und seinem Lehrer Hutcheson in der philosophischen Schule von Shaftesbury (harmonisches Verhältnis der selbstischen und geselligen Neigungen im Individuum), die sich gegen ein bloß naturmechanistisches Verständnis der individuellen Handlungsmotive richtete. Daran war vor allem Thomas Hobbes' Anthropologie orientiert. Die heutige marktwirtschaftliche Dogmatik geht hier im Grunde über Hobbes nicht hinaus (will allerdings auch nicht dahinter zurtück – etwa zu einem katholischen Menschenbild, wie es noch der Utopie von Thomas Morus zugrunde lag).

Hobbes Anthropologie wird dagegen heute vielfach seitens der „Sozialisationstheorie“ kritisiert. In einer Zeitschrift für eine „Neue Gesellschaft“, welche auch den Titel „Frankfurter Hefte“ führt, ist es gestattet, darauf zu verweisen, daß sich in Frankfurt vor allem M.R., Vogel in jüngerer Zeit mit bürgerlichen und proletarischen Subjektivitätsformen befaßt hat. (Vogel, M. R., Gesellschaftliche Subjektivitätsformen. Historische Voraussetzungen und theoretische Konzepte, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1983.) Und A. Lorenzer geht in seiner „materialistischen Sozialisationstheorie“ von der Frage aus, ob Handeln, Denken, Fühlen, Wahrnehmen vom „Trieb“ oder von der Auseinandersetzung mit der äußeren Natur in der einen oder anderen gesellschaftlichen Form (sozialen Verhältnissen) abhängig sind? Oder ob es Vermittlungen zwischen diesen beiden Ursachen von „Erleben“ gibt? (A. Lorenzer, Zur Begründung einer materialistischen Sozialisationstheorie, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1981.) Individuen werden erst in einer je spezifischen Lebensgeschichte – mögliche – Subjekte. Im frühen Wechselspiel von Befriedigung und Versagung zwischen Mutter und Kind, in einer „Mutter-Kind-Dyade“, kann sich ein beiderseits hinnehmbares und befriedigendes Verhalten herausbilden, eine geglückte „Interaktionsform“; wenn auch immer nur relativ glücklich.

Vielleicht verdient hierzu gegenwärtig in Osteuropa eine Untersuchung von Huch besonderes Interesse, auf die Lorenzer ebenfalls hinweist: Zur primä-

ren Sozialisation von Kindern aus Unterschichten heißt es da: Oft „bildet diese Sozialisation ein Interaktions-Profil, das jene affektiv verankerten Interaktionsformen enthält, die solidarische Aktivität benötigt. . . . Solidarisches Handeln meint in diesem Spannungsbogen gesehen notwendig mehr als nur familialen oder Kleingruppen-Zusammenhalt, es ist vielmehr auf gesamtgesellschaftliche Interessen des ‚Gesamtarbeiters‘ ausgerichtete Aktivität“ (S. 151).

Hierarchisch-bürokratisch beherrschte Gesellschaften und Gesellschaften, in denen der „Waren-Tausch“ die allgemeine Form der Gebrauchswerte ist, welche die Arbeitenden füreinander herstellen, lassen solche solidarische Aktivität nur in der Opposition der Leidenden erleben. Jedenfalls werden die solidaritätsträchtigen Interaktionsformen aus der primären Sozialisation in ihrer Wirkmöglichkeit gebrochen, soweit sich die Menschen den zwanghaften Verhältnissen der genannten Gesellschaftsformen unterwerfen müssen. Hier darf vielleicht an eine berühmte Stelle im immer noch hochaktuellen „Fetisch“-Kapitel des Marxschen Hauptwerkes erinnert werden: Im „Waren-Tausch“ gelten die Arbeiten der füreinander Produzierenden zunächst als Privatarbeiten. Den Produzenten „erscheinen daher die Privatarbeiten als das was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“ Der „Solipsismus“ (ein Begriff, den Sohn-Rethel von Kant übernommen und materialistisch gewendet hat) der Waren Tauschenden und – prima facie – privat Produzierenden verträgt sich nicht mit Solidarität. Aber ebensowenig hat sich die gewordene Herrschaftsform in Osteuropa damit vertragen können.

Alle Reformstrategien zielen gegenwärtig auf mehr „Markt“. Wohl unvermeidlich! Eine nicht nur am Schreibtisch ausgedachte, sondern praktische Alternative kann nur in einer praktischen sozialen

Bewegung großer Teile jener „Werk tätigen“ rezipiert oder formuliert werden. Und das kann nur in einem widersprüchlichen Prozeß von Lern- und Kampf-Zyklen geschehen. Die Anzeichen dafür sind erkennbar, aber wohl noch schwächer als während des „Prager Frühlings“ 1968. Soviel könnte immerhin von der „Frankfurter Schule“ bald gelernt werden: Die Reform-Strategien, welche auf mehr „Waren“-Förmigkeit der gesellschaftlichen Produktion zielen, stehen im Widerspruch zu dem emanzipatorischen Ziel einer – integralen – Selbstverwaltung solidarischer Produzenten in selbständigen Wirtschaftseinheiten. Und eine Selbstverwaltung, die nicht gesamtgesellschaftlich ist, läßt Selbständigkeit erst recht nicht zu.

Trotzdem: Wenn die gegenwärtigen Reformversuche ohne schreckliches Leiden an „neuer Armut“ – aber ist das möglich? – zunächst dazu führen sollten, daß die Märkte voller bedarfsgerechter(er) Waren sind, und nicht mehr voller kaufhungriger Konsumenten, kann das eine humane Entlastung sein. Nicht zuletzt im täglichen Zeitbudget der einzelnen, besonders noch immer der Frauen in Osteuropa. Wenn das damit einhergeht, daß mehr „Glasnost“ und mehr politische und ökonomische Teilhaberechte für die große Masse der einzelnen realisiert wird, ist das ein Fortschritt. Damit vielleicht eine unvermeidliche Etappe aus der neuen „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) heraus. Für mich aber darüber hinaus vor allem human und neuen Mut für emanzipatorische Hoffnungen machend, weil scheinbar „versteinerte Verhältnisse zu tanzen“ beginnen (Marx) oder nach einem in „Frankfurt“ geläufigen Ausdruck: eine – scheinbar – stillgestellte Dialektik gerät in – unverstellte – Bewegung. Manchmal gelangen solche Bewegungen unvorstellbar schnell dahin, wohin sie nach dem Willen der Akteure nicht gelangen sollen. An einem solchen Punkte kann es wieder einmal heißen: hic Rhodus, hic salta!

Am 14. Juni ist Klaus von Schubert, ein langjähriger Autor dieser Zeitschrift, mit 48 Jahren seiner schweren Krankheit, Krebs der Bauchspeicheldrüse, erlegen. Ein konzentrierter, ausgleichender, nachdenklicher Mann von eminenter Bildung, aber gleichzeitig mit einem selten ausgeprägten Sinn fürs Praktische. Bevor er einen Ruf an die Hochschule der Bundeswehr in München erhielt, war er Berufssoldat gewesen; als Sekretär der Bildungskommission der Bundeswehr hat er das Konzept des Hochschulstudiums für Offi-

ziere entscheidend geprägt. Vor allem war er ein wichtiger Theoretiker der modernen Sicherheitspolitik. Der Begriff der „Gemeinsamen Sicherheit“, den Bahr, Schmidt und Palme politisch durchsetzten, ist wesentlich von ihm formuliert worden. Sein jäher, früher Tod reißt eine schreckliche Lücke und ist ein nachhaltiger Schmerz für seine Freunde in der SPD, der Evangelischen Kirche und der Bundeswehr. Im Novemberheft wird der letzte Essay Klaus von Schuberts erscheinen. *Peter Glotz*

# Alexander Issajew Der russische Wald, die Perestrojka und die globalen Umweltprobleme

*Alexander Issajew ist einer der bedeutendsten Fachleute der UdSSR auf dem Arbeitsfeld des Waldökosystems. Er stand bis 1988 an der Spitze des Instituts für Forst- und Holzwirtschaft an der sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und ist jetzt Vorsitzender des neu gegründeten Staatskomitees für die Forstwirtschaft der UdSSR. Diese Staatskomitees sind unseren Bundesministerien vergleichbar.*

*Die Publikation von Issajews Artikel ist ein „Joint venture“; gleichzeitig wird in der UdSSR ein Beitrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Müller zum Problem der Klimaveränderung veröffentlicht. Für Leser, die sich fragen, warum die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte sich plötzlich mit einem forstwirtschaftlichen Thema ausführlich beschäftigt, sei gesagt: damit klargemacht wird, wie konkret (und beschwerlich) die Perestrojka in einem riesigen Vielvölkerstaat wie der Sowjetunion ist. Issajew enthüllt schonungslos die Mißstände der bisherigen und die Hoffnungen auf eine neue Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Man kann nur hoffen, daß Zeitschriften der Bundesrepublik noch öfter die Gelegenheit haben werden, solche Bilanzen zu publizieren.*

Die Sowjetunion verfügt über fast ein Viertel der Waldvorräte der Welt. Die sibirische Taiga wird, ebenso wie die Regenwälder des Amazonas, eine Lunge des Planeten genannt. Man könnte viel vom Wald als wichtigster Bestandteil der Erdbiosphäre sprechen, von seiner Rolle bei der Erhaltung der Gasbalance der Atmosphäre, bei der chemischen und bakteriellen Zusammensetzung der fließenden Gewässer und des Bodens, von seinen staubbindernden, sanitären und Antistrahlungseigenschaften, nicht zuletzt von der emotionalen Einwirkung, die der Mensch im Wald durch den Umgang mit der lebendigen Natur spürt. Holz ist zugleich ein gefragter Industrirohstoff; der Bedarf steigt.

Während weniger Dutzend Jahre hat sich die Forstfläche unseres Planeten beinahe um die Hälfte vermindert. In der UdSSR sind die einst umfangrei-

chen Nadelwälder Zentralrußlands so gut wie verschwunden. Längst ist es an der Zeit, sich vom Mythos der grenzenlosen sibirischen Taiga zu verabschieden; dort sind als Ergebnis „menschlichen Wirtschaftens“ riesige Breschen geschlagen worden. Der Wald in Sibirien wächst sehr langsam, für seine Wiederherstellung wären 120 bis 140 Jahre nötig. Bei dem wachsenden Tempo des Holzverbrauchs müßten wir innerhalb der nächsten 50 bis 60 Jahre fast alle unsere Waldbestände erschöpfen. Der Forstschutz gehört folgerichtig zu den wichtigsten Aufgaben der Perestrojka. Die staatliche Forstpolitik muß grundlegend geändert werden. Vor allen Dingen müssen unsere Wälder einen „fürsorglichen Eigentümer“ bekommen.

Der Wald gehört in der UdSSR zum Gemeingut des Volkes, aber in Wirklichkeit ist er niemandes Eigentum. Abgeholzt wurde von Betrieben, die ihrerseits Dutzenden von verschiedenen Behörden unterstellt waren. Für sie kam es darauf an, den Wald abzuholzen und das Holz abzufahren, um sich selbst mit Rohstoffen zu versorgen. Für die Aufforstung sorgten sie wenig, da ihre Tätigkeit hauptsächlich nach Kubikmetern und der Größe der Holzeinschlagflächen beurteilt wurde. In diese Jagd nach höheren Volumenziffern sahen sich sogar die Förstereien einbezogen, die an sich den Wald schützen und pflegen sollen. Die zentralen Planungsorgane verlangten von ihnen Holz in einer Menge, die 40 Millionen Kubikmeter pro Jahr überstieg. Gegen die Regeln der vernünftigen Forstnutzung wurde auf Schritt und Tritt im Sinne partikularer Interessen gehandelt. Gerade verschiedene Behörden profitieren von der verbreiteten Vorstellung vom unerschöpflichen Waldreichtum, von der fehlenden präzisen Information über die Forstressourcen des Landes. Es muß hier offen ausgesprochen werden, daß solches Verhalten kein Ergebnis von Kurzsichtigkeit oder ökologischer Unwissenheit war. Die Verschwendung von Ressourcen war für unsere ganze Ökonomie charakteristisch, die sich erst jetzt von der extensiven Entwicklung zu lösen beginnt.

Ausgehend von den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Wachstums, haben die Planungsorgane den Holzproduzenten immer höhere Planaufgaben aufgedrückt, ohne Möglichkeiten und Erneuerungsrhythmen des Waldes zu berücksichtigen. Mit der Ausschöpfung von Ressourcen drang die Holzgewinnung immer weiter in den Norden und in den Osten des Landes vor und löste sich dadurch räumlich von den Verarbeitungsindustrien. Die Länge der Holztransporte mit der Bahn beträgt zur Zeit im Durch-

schnitt 1 700 km. Die Verwertung von Holz schlechterer Qualität, von Ästen und Zweigen, rentierte sich nicht mehr. Großräumige Luftaufnahmen zeigen, daß die Verluste im Bereich der Holzbeschaffung in den Forsten des europäischen Nordens der UdSSR und im Ural 10 – 15 Prozent erreichen, in Sibirien sind es 15 – 20 Prozent, im Fernen Osten 20 – 25 Prozent. Zur gleichen Zeit wird erstklassiges Kiefern- und Fichtenrundholz zu Spanplatten verarbeitet.

### Was tun?

Grundlage der modernen Forstwirtschaft ist das Prinzip der Unteilbarkeit des Waldbestandes. Das Staatskomitee der UdSSR für Forstwirtschaft wurde gegründet, das als „einheitlicher Besitzer“ des ganzen Waldbestandes auftritt und dessen Zustand wie auch seine Nutzung und Wiederherstellung kontrolliert. Im Namen des Staates wird dieses Komitee Forstflächen an einzelne Betriebe langfristig (10 bis 15 Jahre) verpachten. Der Pachtvertrag wird verbindlich die wissenschaftlich begründeten Vorschriften zum Forstbetrieb im konkreten Revier enthalten. Nach dem Vorbild anderer Länder wird die Gründung eines Forstversicherungsfonds geplant sowie eines Förderungsfonds für diejenigen Betriebe, die zukunftsorientiert arbeiten. Die Einnahmen aus der Verpachtung der Wälder werden für staatliche Umweltprogramme verwendet.

Durch die neue Forstnutzungsordnung werden die Betriebe gezwungen, große Mittel in die Wiederaufforstung zu investieren. Wenn das Tempo des Holzverbrauchs vermindert wird, ist zu erwarten, daß einige Branchen der Volkswirtschaft in Schwierigkeiten geraten werden. Aber was ist gefährlicher – der Mangel an Holz oder klimatische Anomalien, das Versiegen der Flüsse und Bodenerosion? Kein Zweifel, das letztere. Darüber hinaus: Ist für die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Gesellschaft wirklich so viel Holz nötig, wie wir es jetzt verbrauchen? Wir fällen jährlich etwa 380 Millionen Kubikmeter Wald! Das ist soviel wie in den USA; aber wir produzieren im Vergleich zu den USA aus diesem Holz viel weniger Waren. In der Produktion von Furnierholz, von Zellulose, von Spanplatten aus einem Kubikmeter Rohholz bleiben wir, gemessen an den in dieser Beziehung entwickelten Ländern, um das Vier- bis Fünffache zurück. Der gefälltte Baum wird bei uns nicht mehr als zu 60 Prozent genutzt.

Zur Zeit ist es für uns äußerst wichtig, diesen Rückstand zu überwinden. Große Hoffnungen set-

zen wir in die Entwicklung von komplexen Forstindustriebetrieben, die das Rohholz beschaffen, es vor Ort zu Fertigwaren verarbeiten und mit Hilfe der erarbeiteten Gewinne wiederaufforsten. Diese Betriebe müssen erstens ökonomisch selbständig sein und zweitens den Wald unter den Bedingungen eines langfristigen Pachtvertrages nutzen. Das behutsame Verhalten dem Wald gegenüber, die ständige Sorge um die Erhaltung seines gesunden, nutzungsgünstigen Zustandes, muß zu einer Voraussetzung ihres Wohlergehens und ihrer Existenz werden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen sie mit der entsprechenden umweltfreundlichen Technik ausgestattet werden, darunter auch mit Kleingeräten, die den Jung- und Niederwald unbeschädigt stehen lassen und die Waldumwelt schonen. Solche Technik wird von unserer Industrie bisher nicht hergestellt.

Ein anderes Problem schaffen die zu niedrig angesetzten Holzpreise. Auf dem Weltmarkt kostet eine Tonne aufgeschnittenes Holz soviel wie eine Tonne Erdöl. In der UdSSR ist die Forstwirtschaft verlustbringend und fordert bedeutende staatliche Zuschüsse. Die Holzpreise auf dem Binnenmarkt decken nur zu 70 Prozent die Aufwendungen für die Forstkulturarbeit. Diese Tatsache hemmt die Entwicklung der industriemäßig angelegten Forstpflanzungen, führt zu unangebrachtem Aushieb der Naturwälder, erschwert den Übergang zu Pachtverhältnissen und zur ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe. Die steigenden Holzpreise – wenn es unter den Bedingungen des modernen Preisbildungssystems dazu kommt – werden gewiß die Verteuerung vieler Arten von Massenbedarfsartikeln zur Konsequenz haben, was sich auf den Lebensstandard des Volkes im allgemeinen auswirken wird. Kann man das in der Zukunft vermeiden? Auf diese Frage haben unsere Wirtschaftswissenschaftler vorläufig keine fertige Antwort. Das eine aber ist offensichtlich: Wir haben zu lange auf Kosten der Natur gelebt. Die Schulden müssen nun beglichen werden.

Ein wichtiges Prinzip der rationalen Naturnutzung besteht in der maximalen Ausnutzung des gewaltigen Regenerationspotentials der Biosphäre. Wenn man sich von diesem Prinzip leiten läßt, muß der Holzeinschlag in einem Land, wo die Wälder ein Drittel der Gesamtfläche einnehmen, gleichmäßig über das ganze Territorium verteilt werden.

Rechnet man im Maßstab des ganzen Landes, so wird es klar, daß wir nicht einmal die Hälfte des natürlichen Zuwachses abholzen. Jedoch wurde der Holzeinschlag im Laufe eines längeren Zeitraumes

in denselben Regionen vorgenommen – dort, wo sich die Holzfäller bereits in den sechziger Jahren eingelebt hatten. Das investierte Kapital für die Forstwirtschaft war knapp bemessen. Neue Betriebe entstanden kaum. Die Steigerung des Holzbeschaffungsvolumens erreichte man durch übermäßige Ausbeutung einzelner Forstreviere bis zu ihrer vollständigen Verwüstung.

Zur Zeit ist es notwendig, möglichst schnell *neue* Wälder in den Wirtschaftskreislauf einzubeziehen. Das wird teuer kommen; dazu muß man Straßen und Siedlungen bauen. Es ist sehr wichtig, daß die Erschließung neuer Forstreviere von Anfang an auf Grund von Pachtverträgen erfolgt. Selbstverständlich rechnen wir nicht damit, daß mit der Einführung der Pacht alles glattgehen wird. Für uns ist sie neu, und Schwierigkeiten werden nicht ausbleiben. Die Mentalität der Menschen und ihr Verhalten dem Wald gegenüber müssen sich verändern. Dazu braucht man Zeit.

Einige Fachleute schlagen vor, die Holzgewinnung auf industrieller Basis im europäischen Teil des Landes wieder aufzunehmen, was bereits in den sechziger Jahren eingeschränkt wurde. Nach Überschlagsrechnungen haben sich hier in den letzten 25 Jahren die Holzvorräte um 30 Prozent vergrößert. Natürlich ist es äußerst verlockend, die Holzaufarbeitung näher an die Hauptnutzer heranzubringen. Aber ich bin zutiefst überzeugt, daß wir kein Recht haben, den Waldbestand des europäischen Teils der UdSSR zu vermindern, wo über 70 Prozent der gesamten Bevölkerung leben. Ich glaube, daß das auch unsere Öffentlichkeit nicht zulassen würde, ebenso wie die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, die durch die Reform des politischen Systems mit allen Befugnissen ausgestattet werden. Hier darf ausschließlich pflegend ausgeforstet werden. Übrigens kann das bei guter Forstwirtschaft bis zu 60 Millionen Kubikmeter Holz pro Jahr einbringen. Die These „in natürliche Kreisläufe darf nicht eingegriffen werden“ spiegelt einen primitiven Stand ökologischen Denkens wider. Die rationale Forstnutzung erlaubt einen wirtschaftlichen Effekt mit mehreren Handlungsebenen, ohne natürliche Umweltsysteme zu zerstören.

Zur Zeit wird am übergreifenden Allunionsprogramm „Der Wald“ gearbeitet, das bis zum Jahre 2005 ausgelegt ist. Ein solches Dokument wird zum ersten Mal angenommen. Sein Hauptziel besteht darin, eine einheitliche Staatspolitik der Forstnutzung zu entwickeln, den Holzverbrauch zu vermindern und dadurch die Umstellung auf moderne res-

sourcensparende Technologien zu ermöglichen.

Das Schicksal des russischen Waldes (95 Prozent der Wälder liegen auf dem Territorium der Russischen Föderation) ist entscheidend vom Erfolg der gesamten Perestrojka abhängig. Man kann neue Gesetze verabschieden und die Strafen erhöhen, aber dadurch werden die Probleme des Waldes und der Natur nicht gelöst. Schon heute werden 30 Prozent der für die Entwicklung der Betriebe bereitgestellten Mittel für den Bau von Kläranlagen sowie für umweltpolitische Maßnahmen verbraucht. Nichtsdestoweniger verschlechtert sich die ökologische Situation weiterhin. Es ist absolut klar, daß wir den von hohem Ressourcenaufwand gekennzeichneten Wirtschaftsmechanismus verändern und unsere Wirtschaft auf einen neuen Entwicklungsweg bringen müssen. Das ist gerade eines der wichtigsten, wenn nicht überhaupt das wichtigste Ziel der Perestrojka. Die UdSSR nimmt ein Sechstel des bewohnten Festlandes unseres Planeten ein. Deswegen ist die Perestrojka auch von globaler Bedeutung. Die wachsende Erkenntnis dieser großen Verantwortung ist ein wichtiger vorwärtstreibender Faktor unserer Gesellschaft.

Ökonomie und Ökologie sind eng miteinander verbunden, ihre Probleme schürzen sich zu einem Knoten. In der ganzen Welt ist diese Abhängigkeit voneinander deutlich zu sehen: je tiefer das Niveau der sozialökonomischen Entwicklung ist, desto größerer Schaden wird der Umwelt durch die Wirtschaftstätigkeit des Menschen zugefügt. So ist einer der Gründe für die rasche Reduzierung der Waldflächen in den Entwicklungsländern die Tatsache, daß 70 Prozent ihrer Bevölkerung Holz als Brennstoff für die Zubereitung von Nahrung und für Heizung nutzen.

Durch verschiedene internationale Einrichtungen, staatliche und nichtstaatliche, wird eine Vielzahl von Naturschutzprojekten realisiert. Ihre Schwäche besteht aber darin, daß sie auf Beseitigung der Konsequenzen und nicht der Ursachen des ansteigenden Druckes ausgerichtet sind, den der Mensch auf die Umwelt ausübt. Was die Aufrufe zur Einschränkung des Wachstumstempos angeht, so sind die meisten Entwicklungsländer wegen des niedrigen Lebensstandards ihrer Bevölkerung einfach nicht imstande, ihnen zu folgen. Ihr ökonomisches, finanzielles, wissenschaftlich-technisches Potential gestattet ihnen nicht, in absehbarer Zukunft auf den traditionellen Entwicklungsweg zu verzichten. In seiner Rede auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat Michail Gorbatschow den

Vorschlag eingebracht, die Entwicklungsländer von der unerträglichen Bürde der äußeren Verschuldung zu befreien. Das wäre gerecht. Die Industrieländer haben ja ihre Erfolge zum Teil dem Umstand zu verdanken, daß sie als erste den größeren Teil des ökologischen Kapitals unseres Planeten genutzt haben.

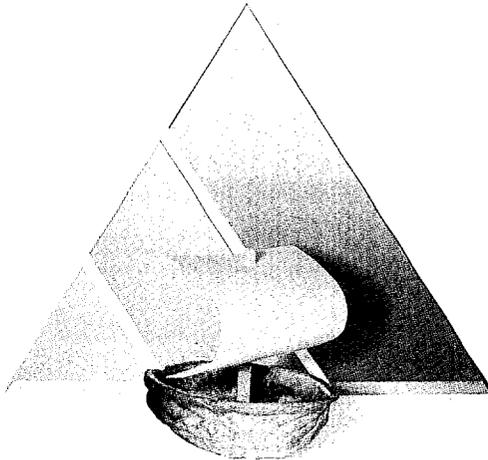
Die Welt befindet sich an der Schwelle zu einem internationalen Umweltrecht. Die Erkenntnis einer globalen Abhängigkeit der Völker voneinander wächst. Positive politische Veränderungen, die sich in den internationalen Beziehungen vollziehen, eröffnen nie dagewesene Möglichkeiten für die Bündelung der Anstrengungen der Staaten bei der Lösung gemeinsamer Probleme. Man darf aber nicht verschweigen, daß nicht *nur* politische Hürden bis vor kurzem die Entwicklung der Zusammenarbeit der UdSSR mit den führenden westlichen Ländern im Bereich des Umweltschutzes gehemmt haben. Wir haben längst die unbestreitbaren Leistungen der ressourcensparenden Politik des Westens registriert. Aber diese Erfahrungen blieben unverwendbar unter den Bedingungen des noch funktionierenden Mechanismus einer stagnierenden Kommandowirtschaft. Erst heute, nachdem in der sowjetischen Wirtschaft die Perestrojka eingesetzt hat, beginnen

unsere Kontakte zum Westen durch gegenseitiges Interesse fruchtbarer zu werden, entstehen immer mehr Berührungspunkte.

Im vergangenen Jahr wurde während des Besuches von Helmut Kohl in Moskau das sowjetisch-westdeutsche Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes unterzeichnet. Die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit sind festgelegt; jetzt müssen sie mit konkreten Inhalten gefüllt werden.

Die Bedeutung des Dokuments übersteigt den Rahmen normaler bilateraler Beziehungen. Der qualitativ *neue* ressourcensparende Entwicklungsweg stellt die Länder, die ihn einschlagen, vor früher unbekannte ökologische Probleme. Die Entfaltung moderner Technologien schafft zusätzliche Verschmutzungsformen, ruft Organismen ins Leben, die es früher nicht gab. Die ökologischen Risiken neuer Technologien vorauszusehen – diese Aufgabe enthält jetzt erste Priorität. Die Bündelung des intellektuellen Potentials solcher Länder wie der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR kann der Menschheit helfen, schreckliche Folgen der ökologischen Zerstörung zu bekämpfen oder sogar zu vermeiden.

ABC



## Den Kurs halten

Auf dem Weg zum Wohneigentum muß man auch mit Gegenwind rechnen. Doch mit der BHW-Gruppe als Partner bleiben Sie in Richtung eigenes Heim immer auf sicherem Kurs. Ob beim Bausparen, bei der Immobilienvermittlung, Finanzierung oder Versicherung. Seit 60 Jahren ein erfahrener Lotse.

**BHWA**  
Ideen für mehr Lebensqualität.

Karla Hielscher  
**Gegen die Gigantomanie  
der Bürokraten**  
Die Ökologie-Debatte in  
Literatur und Publizistik  
der Sowjetunion

---

*Dr. Karla Hielscher, Jahrgang 1938, ist Slawistin/Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Publizistin und Funkautorin, zahlreiche Publikationen zur russischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts.*

---

„Wenn unsere Regierung und der Sozialismus insgesamt in den nächsten drei bis vier Jahren nicht irgendwie seine ökologische Fähigkeit und Zuständigkeit unter Beweis stellt, wird es keinerlei andere Beweise für die Notwendigkeit unserer Existenz auf dieser Welt mehr geben.“ Mit dieser zugespitzten Formulierung brachte der bekannte Schriftsteller und Chefredakteur der Literaturzeitschrift „Nowyj mir“ Sergej Salygin die ökologische Situation in der Sowjetunion auf den Punkt. Er sprach diese beschwörenden Worte im Januar dieses Jahres auf dem Plenum des Schriftstellerverbandsvorstands in Moskau, wo sich viele der bekanntesten Autoren aus allen Sowjetrepubliken zum Thema „Erde – Ökologie – Perestrojka“ zusammengefunden hatten. Die in der „Literaturnaja gaseta“ (4/1989) abgedruckten Protokolle der Referate und Diskussionsbeiträge mit ihren zahllosen Beispielen für ökologische Mißstände, verbrecherische Fehlplanungen und weiterlaufende Projekte gigantomanischer Naturzerstörung ergeben das erschreckende Bild einer landesweiten Existenzbedrohung für Mensch und Natur. Und sie fließen zusammen in einen einzigen Aufruf zum gemeinsamen „Bürgerkrieg“ für die Bewahrung der Natur gegen den Widerstand der Bürokratie, vor dem alle sonstigen ideologischen Kämpfe, die die sowjetische Intelligenz in diesen Perestrojka-Zeiten tief spalten, für einen Moment verstummt sind.

Dieses Schriftstellerplenum sieht die Probleme der Ökologie und das weitere Schicksal der Perestrojka der Gesellschaft in einem untrennbaren Zusammenhang und demonstriert – gerade auch in der Katastrophenstimmung, die den Mut der Verzweiflung zeugt – jenen neuen Grad von Glasnost, der erst

in den allerletzten Monaten alle Barrieren durchbrochen hat.

Gleichzeitig zog dieser Kongreß eine Bilanz des Verhältnisses von Literatur und Ökologie in der Sowjetunion. Es darf schließlich nicht vergessen werden, daß es Literaten und Schriftsteller waren, die jahrzehntelang, getragen vom optimistischen Fortschrittstaumel des sozialistischen Realismus, in Tausenden von Büchern die Beherrschung und Unterwerfung der Natur propagiert und emphatisch von der gewaltigen Allmacht des Menschen, von der Stalinschen Umgestaltung der Natur geschwärmt haben. Der Publizist Jurij Tschernitschenko erinnert in seinem Einleitungsreferat ausdrücklich an diese „schwarzen Seiten“ der sowjetischen Literaturgeschichte bis hin zu jenem berüchtigten Prunkband über den von Sträflingen gebauten Weißmeerkanal, in dem eine ganze Gruppe von berühmten Schriftstellern unter der Führung Maxim Gorkijs ein „Halleluja auf den GULAG“ gesungen haben.

Aber es waren auch die Schriftsteller, die lange vor Beginn der Perestrojka in den Zeiten der Stagnation unter Breschnew, als noch die offizielle Ideologie der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ mit ihrer verstiegenen Zukunftsutopie die Medien überschwemmte, in ihren Büchern längst ganz andere Töne anschlugen. Während die Presse noch in Weltraumphantastik und Wissenschaftseuphorie schwelgte, begann in der Literatur etwa seit Beginn der 70er Jahre der Siegeszug der sogenannten „Dorfprosa“, die mit ihrer Rückkehr zu den bäuerlichen Traditionen und geistigen Werten des russischen Dorfes als erste auch die ökologische Problematik ins Bewußtsein der Öffentlichkeit trug. Während man in den von der Partei kontrollierten Medien die konkreten ökologischen Probleme noch totschwieg, wurden – wie so häufig in der russischen Literaturgeschichte – die Romane zu „Eisbrechern, die verbotene Themen ins Zeitungsleben einbrachten“ (Tschernitschenko). Es war die sehr verbreitete und populäre „grüne“ Literatur der Dorfprosaiker, die in den 70er und frühen 80er Jahren ein tiefgreifendes Umdenken, die Abkehr vom sozialistischen Fortschrittsglauben in Gang setzte. Nur ein paar der viel diskutierten Bücher seien als Marksteine dieser Entwicklung ins Gedächtnis gerufen: Tschingis Aitmatows erschütternde Erzählung „Der weiße Dampfer“ (1970), in der die rücksichtslose Zerstörung des Waldes und die sinnbildhafte Ausrottung der Maralhirse ein Kind in den Selbstmord treiben (U: Suhrkamp-Taschenbuch). Valentin Rasputins Roman „Abschied von Matjora“ (1976), die elegische Schil-

derung des Untergangs der patriarchalischen bäuerlichen Welt im Tod eines Dorfes, das im riesigen Stausee eines Elektrokraftwerks versinkt (Ü: rororo-Taschenbuch). Viktor Astafjews Buch „Der Königsfisch“ aus dem gleichen Jahr, ein Zyklus von naturphilosophischen Erzählungen über die Zerstörung der sibirischen Heimat des Autors durch Raubbau, Wilddieberei und industrielle Großprojekte. Wassilij Belows nostalgisches Kultbuch „Harmonie“ (1982), in dem in schwelgerischen Buntfotos von verzierten Holzhäusern, bestickten Trachten und formschönen Gebrauchsgegenständen die untergehende russische „Volksästhetik“ beschworen wird.

Aber auch Daniil Granins Roman „Das Gemälde“ (1980; Ü: Pahl-Rugenstein 1988), in dem es dem Leningrader Schriftsteller, der lange Jahre mit seinen Romanen aus dem Wissenschaftlermilieu als Verfechter eines ungebrochenen technischen Fortschritts galt, um die Bewahrung und Erhaltung der gewachsenen traditionsreichen Stadtlandschaft geht. Beim Ringen um den Erhalt einer alten Kaufmannsvilla am Fluß in einer mittleren Provinzstadt, die einem Computerwerk Platz machen soll, wird ein ganz neues Verhältnis zur Geschichte offenbar. Im Gegensatz zu dem antiurbanistischen, radikal zivilisationskritischen Denken der Dorfschriftsteller, denen die gesamte Moderne suspekt ist, knüpft Granin gerade an die Errungenschaften der Stadtkultur unseres Jahrhunderts an. Bezeichnenderweise kommt der Anstoß zum Kampf gegen den Abriß des idyllischen Hauses von einem modernen „formalistischen“ Gemälde eines in die Emigration getriebenen Künstlers aus den 30er Jahren.

Und auch in den drei Romanen, die die Debatten im ersten und zweiten Jahr der Perestrojka ganz wesentlich bestimmt haben, Aitmatows „Der Richtplatz“, Rasputins „Der Brand“ und Astafjews „Der traurige Detektiv“, die alle in Übersetzungen im Buchhandel zu erhalten sind, spielt die ökologische Problematik eine Schlüsselrolle. Entstanden 1985 und 1986, noch vor der Zeit also, in der Glasnost auch die Massenmedien erreichte, haben sie bei der Öffnung der sowjetischen Gesellschaft und dem Fallen lange geltender Tabus entscheidend mitgewirkt.

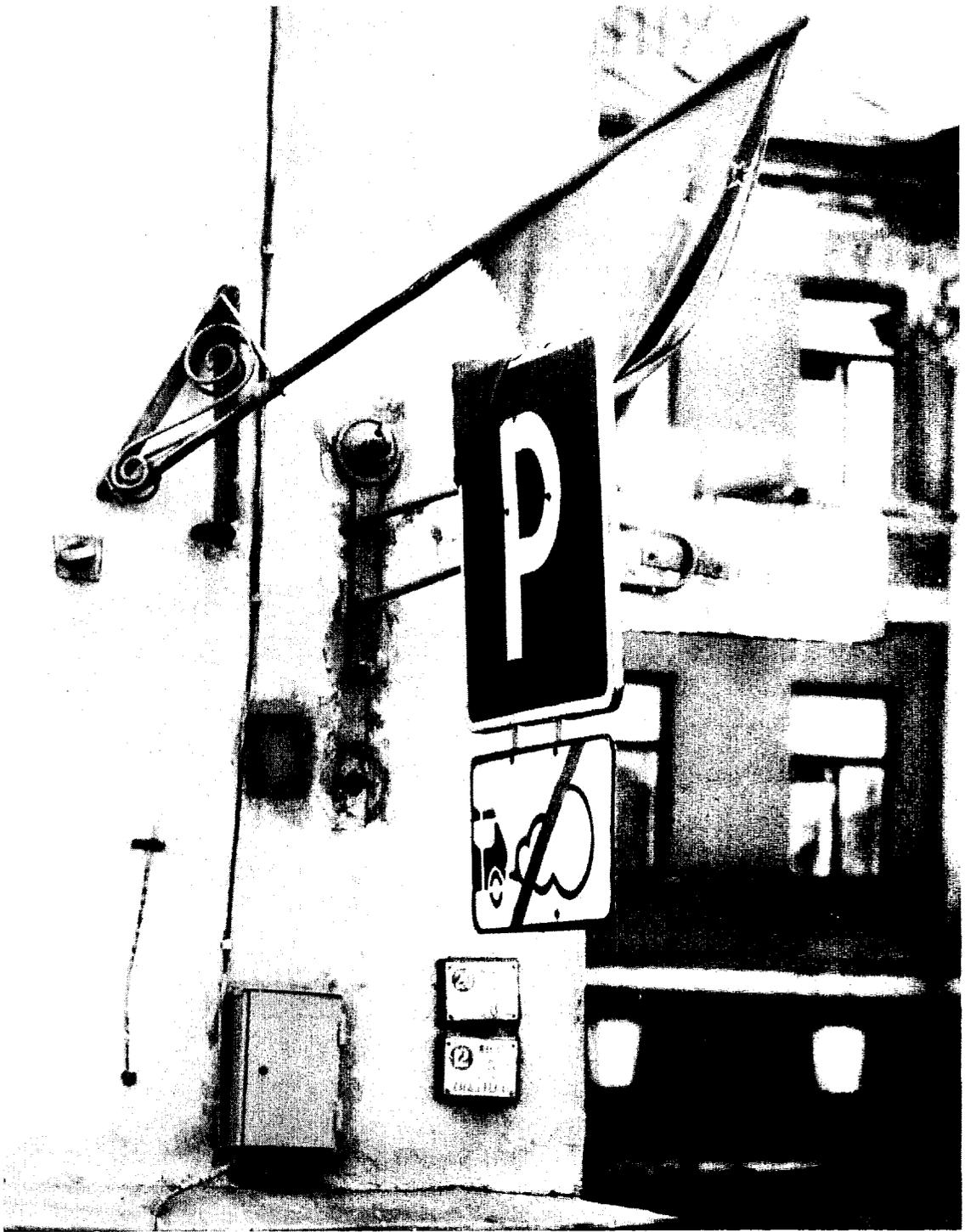
Charakteristisch für diese Bücher ist die Verknüpfung der ökologischen Fragestellungen mit moralisch-ethischen. All diese Prosatexte, die die schrecklichen Wunden der sowjetischen Wirklichkeit unverhüllt vorzeigen, haben eines gemeinsam: die Absage an rein materialistische, soziologische Erklärungsmuster, an die „Soziologie“, wie es die sowjetischen Literaten häufig ausdrücken. Man geht

mit Dostojewskij von der Schuld und Verantwortung jedes einzelnen aus und richtet den Appell zur Umkehr, den Aufruf zu mehr „Geistigkeit“ an das Gewissen des Lesers. Die Verbindung von Ökologie und Ethik ist für die russischen Schriftsteller eine unumstrittene Grundvoraussetzung.

Die Autoren selbst haben sich in diesen Jahren fast alle auch persönlich intensiv an den Schmerzpunkten der ökologischen Zerstörung – im Kampf um die Reinhaltung des Baikalsees gegen gigantische Zellulose-Kombinate, vor allem aber gegen die wahnwitzigen Umleitungsprojekte der nordrussischen und sibirischen Flüsse von Norden nach Süden u. v. a. – engagiert. Die breite Öffentlichkeit hat allerdings von diesem arbeitsaufwendigen, zähen Einsatz der Schriftsteller damals nicht viel erfahren, denn die überregionale Presse schwieg weiter über die großen Probleme.

Der Schriftstellerkongreß der RSFSR, der russischen Teilrepublik, widmete sich im Dezemer 1985 zum ersten Mal ausführlich ökologischen Fragen und drückte auch in der damals noch im hölzernen Parteijargon verfaßten Resolution seine große Beunruhigung über die Bedrohung der natürlichen Umwelt aus. Nicht der Amtsantritt Gorbatschows war es jedoch, der im tabuisierten Umgang mit diesen Problemen einen wirklichen Wandel in Gang brachte – es war die Katastrophe von Tschernobyl im April 1986. Erst nachdem sich in den ersten Wochen nach dem Unglück mit der menschenverachtenden Informationspolitik der Behörden noch einmal in ganzer Schärfe das System der offiziellen Lüge selbst entlarvt hatte, kam es mit der Empörung darüber zu jenem wellenartig anschwellenden Durchbruch von Glasnost, der bis heute die eigentliche Errungenschaft der Perestrojka darstellt. Im Frühsommer des Jahres 1986 beginnt die immer offener werdende Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Tabuthemen, die schrittweise nun auch die großen ökologischen Probleme des Landes betrifft. Einschneidendes Ereignis sind die Debatten auf dem 8. Schriftstellerkongreß im Juni 1986, auf dem die Ökologie zum übergreifenden Thema wird. Insbesondere der großenwahnsinnige Flußumleitungsplan, das „Jahrhundertprojekt“, wird nun offensiv und mit Namensnennung der schuldigen Ministerien und verantwortlichen wissenschaftlichen Gutachter vor der Öffentlichkeit attackiert. Aber auch das Thema Tschernobyl ist allgegenwärtig, wenn auch noch deutlich von einer Schranke von Tabu umstellt.

Durch ZK-Beschluß wurden dann im August des



*Leningrad 1988*

Foto: Hinrich Schultze

Jahres die Arbeiten an den Flußumleitungen eingestellt, ein Sieg, der von den Schriftstellern als großer Erfolg ihres jahrelangen Engagements gefeiert wurde. Von nun an begann sich auch in einer breiteren Öffentlichkeit langsam ein ökologisches Bewußtsein und der Keim einer ökologischen Bürgerbewegung herauszubilden. Und es zeigte sich ein interessantes Phänomen: Die Schriftsteller, die bis dahin die ökologischen Probleme in den erdachten Handlungsstrukturen und fiktionalen Personenkonstellationen ihrer Romane behandelt hatten, nutzten nun die sich ihnen bietenden Möglichkeiten einer offenen und angriffslustigen Publizistik mit ihren konkreten Daten und Fakten. Die erregende Umbruchsperiode der Perestrojka wurde zu einer Hochzeit qualifiziertester engagierter Publizistik, für die einige der bekanntesten Autoren – wenn auch manchmal schweren Herzens – ihre künstlerische Arbeit liegenließen. Sie nutzten ihre in langem Kleinkrieg mit den Behörden gesammelte fachliche Kompetenz und stellten sich mit ihren alarmierenden Artikeln an die Spitze der sich formierenden „grünen“ Bewegung. Sergej Salygin, selbst ausgebildeter Hydrologe, zog in einem sensationellen Artikel unter dem Titel „Die Wende“ (Nowyj mir 1/1987) die Bilanz des Kampfes gegen die Flußumleitungen, verbunden mit einer genau belegten Analyse der im bürokratischen System begründeten Ursachen, und fordert nun endlich einen „prinzipiellen Wandel“.

Valentin Rasputin berichtete auf einem deutsch-sowjetischen Ökologie-Treffen in Dortmund im März 1987 über die ökologische Situation in der Sowjetunion und den Widerstand der Schriftsteller. Er sieht, wie er dort ausführte, als Grundgegensatz unserer Epoche nicht mehr den zwischen Sozialismus und Kapitalismus an, sondern den „zwischen einem technokratischen und einem humanistischen Bewußtsein“, und fordert die Erarbeitung einer Ideologie „für unsere Bewegung“. Im August des gleichen Jahres riefen Rasputin und seine Dorfprosa-Kollegen Viktor Astafjew, Wassilij Below und Wladimir Krupin auf einem Treffen in Irkutsk gemeinsam mit japanischen Schriftstellern die sogenannte „Baikal-Bewegung“ zum Schutz der bedrohten Flüsse, Seen und Meere, zur Bewahrung der Reinheit des Trinkwassers ins Leben. Hier formulierte Astafjew noch einmal die Selbstverpflichtung der Schriftsteller: „Alle Literaten, die Literatur selbst, die literarischen Periodika sind verpflichtet, sei es auch zum Schaden anderer Themen, Alarm zu schlagen im Namen der Rettung der Natur“ (Literaturnaja gaseta 34/1987).

In den folgenden Monaten nahmen die aufrütteln-

den Berichte und Fotoreportagen über die ökologischen Katastrophen – den Baikalsee, die Tragödie des ausgetrockneten Aralsees, dessen Wasserspiegel wegen riesiger, aus seinen Zuflüssen gespeister Bewässerungsprojekte soweit gesunken ist, daß sein Bestand gefährdet ist und schon jetzt die Landkarten geändert werden müßten; über die zahllosen Großprojekte von Kanälen und gewaltigen Stauseen u. v. a. – immer breiteren Raum in den Massenmedien ein. Und immer häufiger gibt es nun auch Nachrichten über Demonstrationen und Proteste der Bevölkerung.

Die Literaturzeitschrift „Nowyj mir“ und die Zeitschrift „Pamir“ richteten eine Expedition „Aral-88“ aus, bei der Schriftsteller und Wissenschaftler unabhängig von den Ministerien und Behörden die Möglichkeiten der Rettung des Aral erforschten. Denn inzwischen wird es immer augenfälliger: Alle Proteste, alle Bemühungen einer engagierten Öffentlichkeit, alle Kritik in den Massenmedien prallt an den verantwortlichen Ministerien, dem bürokratischen Apparat ab. „Schrecklicher als alle Pestizide . . . , unheilvoller als alle Chemikalien ist die Bürokratie“ heißt es in einem Diskussionsbeitrag auf dem Ökologie-Plenum im Januar (Literaturnaja gaseta 4/1989). Aus fast allen Reden dieses Kongresses klingt die ohnmächtige Empörung darüber, daß sich im Verhalten der bürokratischen Apparate trotz breitester öffentlicher Kritik, trotz aller lautstarken Proteste von Bürgerinitiativen nichts geändert habe, daß sie unkontrolliert und dickfellig weiter administrieren und sich um die Reaktion der Öffentlichkeit überhaupt nicht scheren. Hier nun wird der Zusammenhang des Themas Ökologie mit der Perestrojka ganz evident. Rasputin macht in seiner Kritik des bürokratischen Apparats nicht einmal vor Gorbatschow halt. Er bezieht sich auf dessen Rede vor der UNO, in der Gorbatschow die Gründung globaler ökologischer Institutionen vorgeschlagen hatte, und stichelt: „Um aber die Macht der Ministerien für Wasserwirtschaft und Energie einzuschränken, braucht er sich wahrlich nicht an die UNO um Hilfe zu wenden.“ Sergej Salygin griff vor kurzem noch einmal in einem aufrüttelnden Artikel gegen die ökologisch gefährlichen Großprojekte die „professionellen Gigantomane“ an (Literaturnaja gaseta 6/1989). Die Gigantomanie sei zu einer „weltanschaulichen Kategorie“ des Sozialismus geworden, die über den gesunden ökonomischen Menschenverstand dominiere. Die Gigantomanie „das ist die Überlebensmethode der sozialistischen Gesellschaft in kritischen Momenten ihrer Existenz“. „Und wenn

wir diese Methode Jahr für Jahr weiter anwenden, dann heißt das, unsere Gesellschaft ist noch nicht aus dem kritischen Zustand herausgekommen, sei es nun der Kriegskommunismus, das Jahr des großen Umbruchs, die 30er Jahre der Stoßbauten, der Industrialisierung und Kollektivierung, oder der Nachkriegsperiode der Wiederherstellung der Volkswirtschaft oder der Periode der Stagnation mit ihren BAMs und mit der Epopöe des Aralsees.“ (Die BAM, die Baikal-Amur-Magistrale, das Prestige-Objekt der Breschnew-Ära, hat sich inzwischen als riesiges nutzloses Verlustunternehmen erwiesen [vgl. Ogonjok 5/1989].) Und Salygin spottet in seinem Artikel voll Bitterkeit darüber, daß diese Gigantomanie ausgerechnet die ruhebedürftigen, verantwortungsscheuen, durchaus nicht risikofreudigen bürokratischen Behörden für ihr Überleben brauchen. So wurde etwa der Wolga-Tschograj-Kanal, der Teil des nun seit Jahren eingestellten Flußumleitungsprojekts war, unbeirrt und stur weiter gebaut und Milliarden Rubel verschleudert, ehe nun kürzlich auch dieser Bau – nach Massenprotesten zur Rettung der Wolga im Februar dieses Jahres – gestoppt wurde.

Ein Thema, das, wie Salygin es ausdrückt, „gemäß den Instruktionen des Ministerrats noch außerhalb der Zone der Glasnost liegt“, ist die Atomenergie. Trotz oder gerade wegen Tschernobyl ist dies immer noch ein Tabu-Thema. Auch wenn die „grünen“ Schriftsteller in Interviews im Ausland (z. B. Rasputin in „Kommune“ 5/1987) seit langem offen ihre Ablehnung der Atomenergie zu Protokoll geben, wurde eine Diskussion darüber in der sowjetischen Presse bis vor kurzem noch unterdrückt. In den ersten Reportagen über Tschernobyl, auch den sehr offenen und kritischen, wurde das heikle Thema umgangen. Und das schnell produzierte und auch im Westen viel gespielte Erfolgsstück von Wladimir Gubarjow „Der Sarkophag“ über die Katastrophe ist nicht mehr als ein schwacher Beitrag zur „Fehlerdiskussion“, das die Grundfrage nach der Atomkraft überhaupt nicht stellt.

Erst im letzten Jahr wurde wiederum in der Zeitschrift „Nowyj mir“ (9/1988) ein Tabu gebrochen. Der weißrussische Schriftsteller Alex Adamowitsch, der schon mehrfach durch seinen konsequenten Pazifismus und sein mutiges Aufdecken stalinistischer Verbrechen – er schrieb als erster über die Massengräber der GPU in Kuropaty bei Minsk – aufgefallen ist, geht auch dieses Thema frontal an. In einem breitangelegten Artikel mit dem Titel „Ehrenwort –

es wird nicht mehr explodieren oder die Meinung eines Nichtspezialisten“ bringt er massive Beschuldigungen gegen die verantwortlichen Behörden seiner Republik vor, gegen die Atomenergie-, die Landwirtschafts- und die Gesundheitsministerien. Sie alle hätten nach der Katastrophe von Tschernobyl nicht die Interessen der bedrohten Bevölkerung Weißrußlands vertreten, sondern das falsch verstandene Prestige des Staates. Um die Atomenergie als solche zu retten, seien alle Anstrengungen unternommen worden, das wirkliche Ausmaß des Unglücks zu verschleiern und herunterzuspielen. Adamowitschs beunruhigender Artikel bekommt besonderes Gewicht durch ein Interview, das der Schriftsteller mit dem Atomphysiker und Akademiemitglied Walerij Legassow geführt hat, der als Angehöriger der Regierungskommission einer der ersten Spezialisten am Katastrophenort war und zwei Jahre danach im Alter von zweiundfünfzig Jahren in den Freitod ging.

Den erschreckenden Daten und Fakten sowie den Vorwürfen des Nichtspezialisten Adamowitsch folgen dann in der gleichen Nummer der Zeitschrift die beschwichtigenden Meinungen der Spezialisten aus den attackierten Ministerien. Diese bekommen eine besonders aufschlußreiche Note durch die am Schluß ausgesprochene Empfehlung, Adamowitschs Artikel doch besser nicht zu publizieren. Und wenn auf der Plenarsitzung der Schriftsteller im Januar lauthals Alarm geschlagen wird wegen der Zensur eines Dokumentarfilms über die Katastrophe und des Verbots einer Tschernobyl-Erzählung, dann zeigt das am besten, daß die alten Methoden des Verschweigens und Vertuschens heute nicht mehr glatt funktionieren. Übrigens trat auf diesem Ökologie-Plenum kein einziger Redner für die Atomkraft ein, denn „der Begriff ‚friedliches Atom‘ kann heute niemanden mehr hinters Licht führen“. Man fordert die Erforschung alternativer Energie und ein allgemeines Referendum über die Atomenergie. Der ukrainische Arzt und Schriftsteller Jurij Stscherbak, der Tschernobyl hautnah erlebt und darüber erschütternde Reportagen geschrieben hat (Protokolle einer Katastrophe, Artemis 1988), empört sich über die „Eisenbeton-Sturheit der Atom-Apparatschiks“ und klagt die Offenlegung aller bis heute nicht zugänglichen Daten über Grad und Ausmaß der atomaren Verstrahlung ein. Und es ist sicher auch ein Ergebnis des hartnäckigen Einsatzes der Schriftsteller, daß in der „Prawda“ vom 20. März dieses Jahres nun erstmals Karten der radioaktiv verseuchten Gebiete veröffentlicht wurden.

---

## **VEW BILANZ**

---

Sie zählen zu den größten Ressourcen, über die unsere Welt verfügt. Ideen lösen Probleme, beleben, motivieren, schaffen Zukunft. Ideen sind Antworten auf die Fragen von morgen. Wir, die VEW, setzen auf das unverzichtbare innovative Potential von Idee und Kreativität. Eines ist gewiß: Die Energieversorgung gehört zu unseren kardinalen Aufgaben. Begrenzte Rohstoffe, eine sensible Natur und die Probleme im eigenen Lande sind eine Herausforderung für sich. Wir werden sie nur bestehen, wenn wir in neuen Kategorien denken. Wenn wir forschen, um beizeiten handeln zu können.

# I D E E N

Forschung heute ist Wohlstand und Arbeit von morgen. Wir engagieren uns auf vielfältigen technologischen Feldern: für effizientere Kohletechniken, fortschrittliche Reaktorkonzepte wie die Hochtemperaturreakorteknik, eine umweltfreundliche und rationelle Energieanwendung im Wärmemarkt – „Fernwärme per Draht“, wirtschaftliche Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung, aber auch Müllentsorgung; Ingenieurleistungen für angewandte Netz- und Informationstechniken, Versorgungs- und Entsorgungskonzepte.

Unsere Ideen helfen, Ihre Zukunft zu verwirklichen.

---

**Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG**

**VEW**



*Dammbau in Leningrad*

Foto: Hinrich Schultze

Ende Februar 1989 ist in Moskau auf einer All-unioniskonferenz der unterschiedlichsten schon bestehenden Bürgerinitiativen und Organisationen die Gesellschaft „Grüne Bewegung“ gegründet worden, die es sich zum Ziel gesetzt hat – wie es in der Gründungsresolution heißt –, „als neue Form eines konstruktiven Dialogs der ökologischen Öffentlichkeit mit dem Staat ein ‚grünes Parlament‘ zu schaffen“. Unter den vielen bei der Gründung beteiligten Initiativgruppen und Institutionen stehen der Schriftstellerverband, der Verband der Filmschaffenden, das Gorkij-Institut für Weltliteratur der Akademie der Wissenschaften und einige literarische Zeitschriften an vorderster Stelle.

Es gibt übrigens schon seit einiger Zeit eine Zusammenarbeit deutscher Umweltschützer mit sowjetischen Kollegen, zu der bekannte Schriftsteller den Anstoß gegeben haben. Im März 1987 fand in Dortmund eine gemeinsame Ökologie-Tagung statt, an der so namhafte Autoren wie Valentin Rasputin und Wassilij Below von sowjetischer und Carl Amery von deutscher Seite teilnahmen. Im Oktober 1988 organisierte die Umweltschutzorganisation Robin Wood eine Reise an ökologische Schmerzpunkte der Sowjetunion, an den Baikalsee, nach Leningrad und nach Tschernobyl. Auf dem internationalen Rundtisch-Gespräch, das sich damals an-

schloß, forderte Sergej Salygin, daß eine grüne Internationale zum Schutz der Natur aufgebaut werden müsse. Ein erster wichtiger Schritt in dieser Richtung ist gerade getan worden: Anläßlich von Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik sind Computer für die Installation einer sowjetischen Öko-Datenbank in Moskau übergeben worden, mit deren Hilfe Informationen aus dem Bereich des Umweltschutzes gesammelt und publiziert werden sollen. Vertragspartner sind das Gorkij-Institut für Weltliteratur und die Zeitschrift „Landjugend“ mit ihrem Chefredakteur Jewgenij Popzow in Moskau und Robin Wood sowie das Öko-Institut Freiburg aus der Bundesrepublik.

Die Verdienste, die sich die russischen Schriftsteller in ihrem zähen und unbeirrten Kampf um die Bewahrung der Natur erworben haben, sind groß. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß gerade einige der bekanntesten und engagiertesten Autoren der „grünen“ Literatur mit ihrer wertkonservativen Grundhaltung der Ideologie der Gruppe „Pamjat“ sehr nahestehen und äußerst fragwürdige nationalistische und fremdenfeindliche Tendenzen vertreten. Das ist aber schon wieder ein anderes Thema, über das in einem der nächsten Hefte berichtet werden wird.

# Hans-Martin Lohmann Psychoanalyse und Arbeiterbewegung Eine Marginalie anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Todestages von Sigmund Freud

*Hans-Martin Lohmann, Jahrgang 1944, lebt als freier Publizist in Heidelberg.*

Vor achtzig Jahren, am Vorabend der großen Schlächtereier, war die Welt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung noch in Ordnung. Unbeirrt und scheinbar unaufhaltsam entwickelte sich die Sozialdemokratie zur mächtigsten und einflussreichsten politischen Kraft im wilhelminischen Deutschland, und es schien nur noch eine Frage der Zeit, daß die SPD, mit gleichsam naturwüchsiger Notwendigkeit, an die Schalthebel der staatlichen Macht gelangen werde. Der hohe Organisationsgrad der deutschen Arbeiterklasse, ihre in Jahrzehnten eingeübte politische und gewerkschaftliche Disziplin, ihre parlamentarische Präsenz (mit dem geschickten Tribun August Bebel an der Spitze), kurzum, die „Reife“ der Arbeitermassen und ihrer Führer – langfristig sprach alles für die Ablösung der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland durch die Partei des Proletariats. In seiner Schrift *Die Arbeiterbewegung*, 1910 veröffentlicht, notierte Eduard Bernstein, einer der maßgeblichen Theoretiker der SPD, zwar nüchtern, aber mit unverkennbarem Stolz:

„Das Parteileben der Sozialdemokratie beschränkt sich . . . nicht auf die Politik und die Agitation. Fast jeder Ortsverein der Partei hat heute seine eigene Bücherei, die neben Werken und Schriften politischen Inhalts auch solche allgemeinen Wissens und der schönen Literatur führt . . . Ferner sorgen Bildungsausschüsse für Veranstaltung von Bildungskursen und Entgegennahme von Wandervorträgen belehrenden Inhalts. Als Zentralstelle dafür besteht ein Bildungsausschuß der Partei, der im Jahre 1908/09 mit 124 örtlichen Bildungsausschüssen, 101 sozialdemokratischen Vereinen, 70 Gewerkschaftskartellen und einer Reihe anderer Organisationen in regelmäßiger Verbindung stand. Die Kurse und Vorträge dienen vorwiegend dem Unter-

richt in Volkswirtschaft, Kultur und Allgemeine Geschichte, Naturwissenschaft. Daneben wird aber die Pflege der Kunst nicht vernachlässigt . . . Den Gesang pflegen Arbeitersängervereine, deren nationale Verbindung, der deutsche Arbeitersängerbund, zusammen gegen hunderttausend Mitglieder umfaßt. Der Ausbildung des Körpers und der Körpergewandtheit dienen Arbeiterturn-, Radfahrer- und Schwimmvereine, die ebenfalls nationale Verbindungen haben und zusammen mehrere hunderttausend Mitglieder haben. Auf immer mehr Gebieten der Lebensbetätigung macht sich der Einfluß der Partei organisatorisch und erzieherisch geltend.“<sup>1</sup>

Dieser hochorganisierten Kraft – so sollte man es wohl verstehen – vermag auf Dauer nichts und niemand zu widerstehen. Ähnlich optimistisch wie Bernstein äußerte sich Karl Kautsky, der im Jahr nach Bebels Tod (1913) von „siegreich bestandenen schweren Prüfungen“ und von der Aussicht auf „die Eroberung der politischen Macht“ sprach.<sup>2</sup> Im Nachwort zum dritten Band von Bebels *Aus meinem Leben* verglich Kautsky den verstorbenen Vorsitzenden der SPD mit Napoleon: Bebel habe, so Kautsky, „manches Jena und Austerlitz“ erlebt, „aber nie hat er sich und seine Partei nach einem Moskau oder Waterloo geführt“.<sup>3</sup>

Als im August 1914 in Europa die Lichter ausgingen, wie es der britische Außenminister Sir Edward Grey formulierte, bedeutete dies ein Waterloo für die deutsche Arbeiterbewegung. Angesichts des fanatischen Nationalismus, der sich der europäischen Völker bemächtigte, erwiesen sich die hochgemuten Parolen von der internationalen Solidarität des Proletariats als brüchige Ideologie, die wie ein Kartenhaus in sich zusammenstürzte. Statt den Endsieg im Klassenkampf wollte man jetzt den Endsieg auf dem Schlachtfeld. So wie prominente Künstler und Mandarine – von Thomas Mann bis Werner Sombart – dem großdeutschen Chauvinismus Tribut zollten, so ließen sich die deutschen Arbeitermassen ohne Widerstand an die Kriegsfrenten führen, um für Volk und Vaterland zu sterben. Was sie in den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen an Disziplin und Opferbereitschaft gelernt hatten, konnte jetzt problemlos für die Zwecke der Kriegsführung instrumentalisiert werden. Aus sozialdemokratischen Arbeitern, die in Turn-, Radfahrer- und Bildungsvereinen auf die Aufgaben des Klassenkampfes vorbereitet worden waren, wurden willige Soldaten in Infanterie- und Radfahrerkompanien, die mit einem Lied auf den Lippen und mit Goethe im Tornister ins Feuer von Langemarck und



*Sigmund Freud 1931*

Foto: Sigmund Freud Copyrights Ltd., Colchester®

Verdun gingen. Daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit der Ausnahme Karl Liebknechts, den Kriegskrediten ihre Zustimmung gab, rundet das Bild von jenem Waterloo ab, das die deutsche Arbeiterbewegung 1914 erlitt. Es war ein vollständiges Desaster.

Die großen historischen Niederlagen der Sozialdemokratie – 1914 blieb ja nicht die einzige – haben (gewiß nicht nur, aber auch) mit Verkennungen zu tun, die für die Arbeiterbewegung insgesamt charak-

teristisch sind. Schon bei Marx und Engels, den geistigen Vätern der modernen Arbeiterbewegung, stößt man auf einen psychologiefeindlichen Rationalismus, der nicht mit der individuellen und kollektiven psychischen Verfaßtheit der Individuen rechnet, vielmehr mit deren Bewußtheit und Einsichtsfähigkeit in ihre objektive Klassenlage. Marx und Engels (wie ihre Söhne und Enkel) glaubten, es bedürfe nur der klaren Erkenntnis einer ökonomischen Situation, des ökonomisch determinierten Gegensatzes zweier sozialer Klassen, um beim Proletariat das „richtige Bewußtsein“ zu erzeugen. Einmal im Besitz dieses richtigen Bewußtseins, sei der klassenbewußte Arbeiter immun gegen die mannigfachen Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft, gegen Vaterlandsliebe und Nationalismus, nicht zuletzt gegen die falschen Versprechungen und Verlockungen der Religion.

Dieser extreme Rationalismus, der die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt hat (und bis heute prägt, sofern noch von einer Arbeiterbewegung gesprochen werden kann), hat sich als höchst fatal erwiesen. Sowohl die sozialdemokratische wie die kommunistische Arbeiterbewegung haben für ihren Rationalismus einen Preis zahlen müssen, der die sozialen und politischen Ziele, denen sie sich verschrieben haben, zutiefst diskreditiert hat. Die gegenwärtige Situation der Sowjetunion – die gewaltsam aufbrechenden Konflikte zwischen den Nationalitäten (die nach den Maßstäben des klassischen Marxismus anachronistisch sind), die Gegensätze zwischen religiösen Gruppen, die politische und ökonomische Apathie der Massen, der verbreitete Alkoholismus und viele andere soziale Probleme – ist vielleicht das eindringlichste und tragischste Beispiel dafür, wohin ein rationalistisch begründetes Fortschrittsmodell führt, das jeden Irrationalismus aus seinem Kalkül ausschließt.

Spätestens seit den bahnbrechenden Forschungen Sigmund Freuds wissen wir, auf welch unsicherem Grund die menschliche Ratio steht. Es ist nicht ohne Ironie, daß Freud bereits 1930 im Blick auf das „große Kulturexperiment“ in der Sowjetunion (das er mit zurückhaltender Sympathie verfolgte) besorgt fragte, „was die Sowjets anfangen werden, nachdem sie ihre Bourgeois ausgerottet haben“.<sup>4</sup> Freud teilte nämlich keineswegs die rationalistische Illusion, mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln hätten sich die Hauptursachen für gesellschaftliche Konflikte erledigt. In der Schrift *Das Unbehagen in der Kultur* heißt es:

„Die Kommunisten glauben den Weg zur Erlö-

sung vom Übel gefunden zu haben. Der Mensch ist eindeutig gut, seinem Nächsten wohlgesinnt, aber die Einrichtung des privaten Eigentums hat seine Natur verdorben. Besitz an privaten Gütern gibt dem einen die Macht und damit die Versuchung, den Nächsten zu mißhandeln; der vom Besitz Ausgeschlossene muß sich in Feindseligkeit gegen den Unterdrücker auflehnen. Wenn man das Privateigentum aufhebt, alle Güter gemeinsam macht und alle Menschen an deren Genuß teilnehmen läßt, werden Übelwollen und Feindseligkeit unter den Menschen verschwinden. Da alle Bedürfnisse befriedigt sind, wird keiner Grund haben, in dem anderen seinen Feind zu sehen; der notwendigen Arbeit werden sich alle bereitwillig unterziehen. Ich habe nichts mit der wirtschaftlichen Kritik des kommunistischen Systems zu tun, ich kann nicht untersuchen, ob die Abschaffung des privaten Eigentums zweckdienlich und vorteilhaft ist. Aber seine psychologischen Voraussetzungen vermag ich als haltlose Illusion zu erkennen. Mit der Aufhebung des Privateigentums entzieht man der menschlichen Aggressionslust eines ihrer Werkzeuge, gewiß ein starkes, und gewiß nicht das stärkste.“<sup>5</sup>

Es ist hier nicht der Ort, auf Freuds Aggressionstheorie und auf seine Lehre vom Todestrieb, die er in seinen späten Publikationen entfaltete, näher einzugehen. Wichtig an Freud, dessen Todestag sich am 23. September zum fünfzigsten Mal jährt, ist seine Entdeckung, daß der Glaube an die Herrschaft der Vernunft eine Schimäre ist, die es rücksichtslos zu destruieren gilt. Gewiß war Freud nicht der erste, der erkannte, daß die Reichweite der Ratio, auf die der Homo sapiens so stolz ist, beschränkt ist – zu den großen Wegbereitern dieser Erkenntnis zählt nicht zuletzt die pessimistische Philosophie Schopenhauers. Aber Freud war der erste, der den Hinter- und Untergrund aller menschlichen „Rationalisierungen“ systematisch ausleuchtete und auf diesem Weg ein „Unbewußtes“ postulieren konnte, das sich vernünftiger Kontrolle hartnäckig verweigert. In den Träumen, im Witz, in den zahlreichen alltäglichen sprachlichen und außersprachlichen Fehlhandlungen entdeckte er ein subversives, irrationales Potential, das auf die Existenz eines „Anderen der Vernunft“ hinweist und die Ratio ihrer realen Ohnmacht überführt.

Freuds Theorie der Kultur ist deshalb inkompatibel mit Gesellschaftstheorien, für welche die Siege der instrumentellen Vernunft gleichbedeutend sind mit sozialem und kulturellem Fortschritt. Während die moderne Arbeiterbewegung in den letzten hun-

dert Jahren dem Fetisch industriellen Wachstums opferte und die sich immer schneller drehende Spirale wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung in eins setzte mit einem Fortschrittsbegriff, der die Entwicklung der „großen Industrie“ (Marx) und den sozialen und politischen Emanzipationsprozeß der Arbeiterklasse eng miteinander verknüpft, machte Freuds vernunftskleptische Psychoanalyse die Gegenrechnung auf. Der rational induzierte Fortschritt, so Freud, bringe keine Sieger hervor, sondern Opfer. Die Kehrseite dessen nämlich, was üblicherweise als „Kultur“ und „Zivilisation“ gefeiert wird, sei ein Individuum, das nur unter größtem – und oft mißlingendem – psychischen Aufwand in der Lage ist, den Kulturanforderungen zu genügen.

Freud hat diesen alarmierenden Sachverhalt, der so gar nicht zu den zukunftsfrohen Aussichten eines Bernstein oder Kautsky paßt, während des Ersten Weltkriegs in einer kleinen Schrift präzisiert. *Zeitgemäßes über Krieg und Tod* (1915) ist Freuds erster Versuch einer Antwort auf das psychologische Rätsel des Kriegs, auf die Tatsache kollektiver nationaler Ausbrüche, sinnloser Massenschlächtereien und ungehemmter Aggressionshandlungen. In seiner Schrift restimiert Freud die „Enttäuschung“, die der Krieg beim zivilisierten Menschen unvermeidlich hervorruft. „Er ist nicht nur blutiger und verlustreicher als einer der Kriege vorher, infolge der mächtig vervollkommenen Waffen des Angriffs und der Verteidigung, sondern mindestens ebenso grausam, erbittert, schonungslos wie irgend ein früherer . . . Er zerreißt alte Bande der Gemeinschaft unter den miteinander ringenden Völkern und droht eine Erbitterung zu hinterlassen, welche eine Wiederanknüpfung derselben für lange Zeit unmöglich machen wird.“<sup>6</sup> Das Enttäuschende und Beunruhigende am Krieg sei, daß er die Tötungshemmung, die die Kultur vom einzelnen in normalen Zeiten verlangt, aufhebe, daß der moderne Staat, der das Gewaltmonopol an sich gerissen hat und kraft dessen den Individuen Gewaltanwendung untersagt, jetzt zur Gewalt aufrufe.

Freilich, Freud relativiert jene Enttäuschung sofort. Strenggenommen sei die Enttäuschung des „Kulturweltbürgers“ im Angesicht des Krieges und der in ihm verübten Grausamkeiten grundlos, da sie auf der illusionären Annahme basiere, der zivilisierte Mensch sei gegen Rückfälle in die Barbarei gefeit. „Illusionen empfehlen sich uns dadurch, daß sie Unlustgefühle ersparen und uns an ihrer Statt Befriedigung genießen lassen.“<sup>7</sup> Eine Illusion sei es zu glau-



*Sigmund Freud, Kohlezeichnung von F. Schmutzler*

Foto: Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin

ben, „daß die bösen Neigungen des Menschen in ihm ausgerottet und unter dem Einflusse von Erziehung und Kulturumgebung durch Neigungen zum Guten ersetzt werden“.<sup>8</sup> In Wirklichkeit aber, behauptet der Psychologe des Unbewußten, ist das Böse in uns nicht aus der Welt zu schaffen, da es elementarer Natur sei und allenfalls durch Hemmung, d. h. durch Umbildung in sozial geforderte oder anerkannte Gestalten, gebändigt werden könne.

Charakteristisch für Freuds Denken ist, daß er den Aggressions- und Grausamkeitsexzessen des Krieges nicht mit moralischer Empörung und Verurteilung oder mit gutgemeinten humanitären Parolen entgegentritt, sondern, wenn man so will, mit Verständnis. Wenn sich die bestehende Kultur nur dadurch erhalten kann, daß sie die Individuen zu Triebverzicht und Triebunterdrückung, etwa zur Verleugnung ihrer aggressiven Strebungen – und somit, wie Freud sich ausdrückt, zur „Kulturheuchelei“ – zwingt, dann ist diese Kultur auf Sand gebaut. Denn „die primitiven, wilden und bösen Impulse der Menschheit (sind) bei keinem Einzelnen verschwunden“, sondern bestehen fort, „wenngleich

verdrängt, im Unterbewußten“.<sup>9</sup> Sie können deshalb jederzeit wiederkehren und das kunstvoll errichtete Gebäude dessen, was Kultur heißt, zum Einsturz bringen. „Seitdem wir auch tolle und verworrene Träume zu übersetzen verstehen, wissen wir, daß wir mit jedem Einschlafen unsere mühsam erworbene Sittlichkeit wie ein Gewand von uns werfen – um es am Morgen wieder anzuziehen.“<sup>10</sup> Den Krieg deutet Freud, analog dem Traumvorgang, als Regression auf eine psychisch primitivere Stufe oder auch: als Wiederkehr des Verdrängten.

Im Licht dieser Überlegungen wird vielleicht ein wenig besser verständlich, warum der rational begründete Fortschritt der deutschen und der europäischen Arbeiterbewegung so häufig in Katastrophen endete. Statt psychologisch mit jenem „alten Adam“ zu rechnen, der auch im klassenbewußtesten Proletariat steckt, kaprizierten sich die offiziellen Führer und Theoretiker der Arbeiterbewegung auf ein gewissermaßen entsubjektiviertes Individuum, das allein seinen als vernünftig definierten politischen und ökonomischen Interessen folgt. Wie unhaltbar dieser trieb- und subjektferne Rationalismus war, zeigte sich immer dann, wenn es politisch zum Schwur kam.

Die beiden großen Strömungen der modernen Arbeiterbewegung – die sozialdemokratische wie die kommunistische – haben es von Beginn an versäumt, in einen konstruktiven Dialog mit der Freudischen Psychoanalyse einzutreten. Das Mißtrauen gegen eine Psychologie, die die Dialektik des zivilisatorischen Prozesses betont und sich, aus guten Gründen, resistent zeigt gegen einen eindimensionalen, rationalistisch verengten Fortschrittsbegriff, überwog bei weitem mögliche Gemeinsamkeiten. In den Augen der maßgeblichen Theoretiker und Planer der Arbeiterbewegung schrumpfte die Psychoanalyse zu einer reaktionären Anthropologie zusammen, die letztlich nur zur Legitimation der bestehenden sozialen Verhältnisse taugt. Lediglich marginale Linksintellektuelle wie Wilhelm Reich, Otto Fenichel, Erich Fromm, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Helmut Dahmer haben zwischen 1920 und 1980 versucht, Einsichten des Historischen Materialismus mit solchen des Freudianismus zu vermitteln – mit geringem Erfolg, wie bekannt.

Fünzig Jahre nach Freuds Tod ist noch einmal die Frage zu stellen, welche Erkenntnisse eine Theorie verspricht, deren Einsatzpunkt das (individuelle und kollektive) Unbewußte ist. Wenn man von der – nicht abwegigen – Hypothese ausgeht, daß die gegenwärtige technische Zivilisation mehr denn je von

„Arbeitszwang und Triebverzicht“ geprägt ist<sup>11</sup> (denn paradoxerweise haben die Errungenschaften der technisch-wissenschaftlichen Revolutionen des 20. Jahrhunderts die Individuen keineswegs befreit, sie vielmehr unerbittlicher denn je dem autonomen Rhythmus des „Fortschritts“ unterworfen), dann ist die Erwartung naheliegend, daß die Menschen, psychologisch gesehen, in immer radikalere Opposition zur herrschenden Kultur treten. Freud hat den Fortschritt in der Kultur mit einem wachsenden Unbehagen an der Kultur zusammengedacht, weil er erkannte, daß die Versagungen und Verbote, die die moderne Zivilisation zwangsläufig ihren Mitgliedern abverlangt, letztere hoffnungslos überfordern. Unter dem dünnen Mäntelchen zivilisierten, sozial angepaßten Verhaltens entdeckte Freud „eine intensive Feindseligkeit gegen die Kultur“,<sup>12</sup> d. h. die latente psychische Bereitschaft bei vielen Individuen,

die immer komplexer und abstrakter werdenden Normen einer technisch hochgerüsteten Gesellschaft aggressiv in Frage zu stellen. Das Aufkommen einer Neuen Rechten („Republikaner“) in der Bundesrepublik hat wohl ebenso viel mit dieser „Kulturfeindschaft“ zu tun wie die extrem ausgeprägte Reisesewut der Deutschen und ihre äffische Liebe zum Automobil. In einem Land, in welchem ein Großteil seiner Bewohner zwei- oder dreimal pro Jahr über die Grenzen flieht, um wenigstens in der Fremde den „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ zu spüren, und in dem schon die vorsichtige Forderung nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen kollektive Aggressionen mobilisiert, muß die Feindschaft gegen die Kultur besonders stark ausgeprägt sein.

Freuds Psychologie rechnet mit Individuen, die weniger rationaler Einsicht folgen als vielmehr unbewußten libidinösen und destruktiven Regungen. Darin liegt die unbestreitbare Realitätshaltigkeit der psychoanalytischen Theorie, und darin zeigt sie sich allen (Gesellschafts-)Theorien, die den Fortschritt rational konstruieren, weit überlegen. Die Erinnerung an die wechselvolle Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, die *auch* eine Geschichte der Verkennung und der Ignoranz ist, sollte Anlaß genug sein, das Freudsche Erbe nicht noch einmal leichtfertig zu verschleiern, sondern mit diesem Pfund zu wuchern.

# Das Ich und das Es

von

Sigm. Freud

1.—8. Tausend



1923

Internationaler Psychoanalytischer Verlag  
Leipzig                      Wien                      Zürich

## Anmerkungen

- 1 Eduard Bernstein, Die Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1910, S. 93 f.
- 2 Karl Kautsky, Vorwort zu: August Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 3, Stuttgart 1914, S. VIII
- 3 Karl Kautsky, Nachwort zu: August Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 3, a.a.O., S. 257
- 4 Sigmund Freud, Gesammelte Werke (G. W.), Bd. XIV, S. 474
- 5 Ebenda, S. 472 f.
- 6 G. W. X, S. 328 f.
- 7 Ebenda, S. 331
- 8 Ebenda
- 9 Brief an Dr. van Edden, zit. nach Ernest Jones, Das Leben und Werk von Sigmund Freud, Bd. 2, Bern/Stuttgart/Wien 1962, S. 434
- 10 G. W. X, S. 338
- 11 G. W. XIV, S. 331
- 12 Ebenda, S. 333



*Sigmund Freud vor dem Londoner Hotel Esplanade 1938*

Foto: Sigmund Freud Copyrights Ltd., Colechester®

Karin Flaake  
**Licht im dunklen  
Kontinent**  
Die Weiterführung  
psychoanalytischen  
Denkens aus  
feministischer Perspektive

*Dr. Karin Flaake, Jahrgang 1944, Soziologin und Privatdozentin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt, Mitarbeit an der Frauenschule in Frankfurt, Veröffentlichungen zu Problemen weiblicher und männlicher Identität und zum Geschlechterverhältnis.*

Auch psychoanalytische Theoriebildung ist nicht frei von jenen Begrenzungen und Verzerrungen, die für die wissenschaftliche Aneignung von Welt in vielen Bereichen kennzeichnend sind; unausgesprochen gehen männliche Sichtweisen, für Männer spezifische Phantasien, Perspektiven und Bewertungen in die erkenntnisleitenden Interessen und Kategorien ein. Für Freuds Theorie der weiblichen und männlichen Entwicklung gilt das in besonderem Maße. Sie kann gelesen werden als Vergewisserung männlicher Überlegenheit, als Festschreibung der Entwertung des Weiblichen auf der Ebene wissenschaftlicher Theoriebildung. (Christa Rohde-Dachser [1989] hat auf überzeugende Weise die unbewußten Phantasien herausgearbeitet, die mit Freuds Theorie der Weiblichkeit verbunden sind und die Funktion haben, die Vorstellung von männlicher Einzigartigkeit und Überlegenheit zu stützen.) Zwar war sich Freud seiner unzulänglichen Kenntnisse über die weibliche Sexualität bewußt – 1926 sprach er diesbezüglich von einem „dark continent“ und 1933 von dem „Rätsel der Weiblichkeit“ – dennoch formulierte er eine Theorie der weiblichen Entwicklung, die keinen Zweifel lassen sollte an der unabwendbaren, weil körperlich festgelegten „Minderwertigkeit“ der Frau. (Freud 1931, S. 522, 524) Normativer Bezugspunkt war für ihn der männliche Körper und die männliche Sexualität, Weiblichkeit wurde daran gemessen und dementsprechend definiert über ein Defizit, einen organischen „Defekt“ (S. 526); über den fehlenden Penis, die „Tatsache der Kastration“ (S. 522). Die „Entdeckung seiner organi-

schen Minderwertigkeit“ (S. 524) ist nach Freud für das kleine Mädchen Auslöser für jene Prozesse, die es hinführen zu einer Weiblichkeit, die sich bestimmt über die Anerkennung der „Überlegenheit des Mannes“ (S. 522) und der entsprechenden „Entwertung“ des eigenen Geschlechts (S. 526), über Passivität und das Angewiesensein auf narzißtische Bestätigung durch den Mann. Diese Kennzeichnungen weiblicher Identität spiegeln zentrale Merkmale der Lebenssituation vieler bürgerlicher Frauen zur Zeit Freuds wider – sie schreiben diese demütigenden Verhältnisse jedoch zugleich fest über ihre Ableitung aus körperlichen Merkmalen, aus organischen Defiziten. (Carol Hagemann-White [1979] hat darauf hingewiesen, daß die psychoanalytischen Interpretationen der weiblichen psycho-sexuellen Entwicklung gesehen werden können als konservative, der Erhaltung bestehender Geschlechterverhältnisse dienende Antworten auf das durch die Frauenbewegung erstarkende Selbstbewußtsein der Frauen. Solche Tendenzen haben sowohl in den zwanziger als auch in den sechziger Jahren eine Rolle gespielt.)

Schon in den zwanziger und dreißiger Jahren stießen Freuds Annahmen zur weiblichen Sexualität insbesondere bei Psychoanalytikerinnen – wie Karen Horney und Melanie Klein – auf Widerspruch (vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung bei Janine Chasseguet-Smirgel [1974]. Dieser Sammelband kritischer Aufsätze zu Freuds Theorie der weiblichen Sexualität gab Mitte der siebziger Jahre erste Anstöße zu einer feministischen Diskussion psychoanalytischer Ansätze), eine systematischere Neuformulierung von weiblichen und männlichen Entwicklungsverläufen aus psychoanalytischer und zugleich frauenbezogener Sicht erfolgte jedoch erst im Kontext feministischer Diskussionen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Entscheidende Anstöße dazu gaben bei uns insbesondere die Überlegungen von Psychoanalytikerinnen wie Margarete Mitscherlich und Marina Gambaroff und die Rezeption der von den amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen Nancy Chodorow und Dorothy Dinnerstein entwickelten theoretischen Ansätze zu weiblicher und männlicher Identität. In den letzten Jahren hat bei uns zudem die Diskussion der feministischen Weiterentwicklung strukturalistischer Ansätze, der Lacanschen Psychoanalyse und der Semiotik durch französische Theoretikerinnen – etwa Luce Irigaray, Hélène Cixous und Julia Kristeva – an Bedeutung gewonnen. Anders als traditionell Freudianische Konzeptionen zeichnen sich diese Studien durch folgende Interessen und Sichtweisen aus:

- Differenz- statt Defizitperspektive:  
Es werden Unterschiede zwischen den Geschlechtern herausgearbeitet, ohne dabei eine Seite als defizitär oder überlegen bewerten zu wollen. Für Frauen typische Entwicklungen und damit verbundene Orientierungs- und Verhaltensmuster werden nicht mehr – wie es in vielen psychoanalytischen Studien der Fall war – an denen der Männer gemessen und vor diesem Hintergrund als abweichend charakterisiert, sondern in ihrer Andersartigkeit, ihren eigenen Bedeutungsgehalten und Regelmäßigkeiten beschrieben.
- Systematische Berücksichtigung präödipler Entwicklungen für beide Geschlechter:  
Die frühe Mutter-Kind-Beziehung ist in den letzten Jahrzehnten generell stärker in den Mittelpunkt psychoanalytischer Interessen gerückt. Bei der Untersuchung geschlechtsspezifischer Differenzen unter diesem Blick wird deutlich, daß die von Freud und den in seiner Tradition sich verstehenden Theoretikerinnen und Theoretikern postulierte größere Stabilität und Kontinuität der männlichen Entwicklung und Identitätsbildung (zum Beispiel Freud 1931, S. 517, 522) kaum aufrechtzuerhalten ist: die für sie spezifischen Probleme werden deutlich, wenn frühe Entwicklungen miteinbezogen werden.
- Komplementaritätsperspektive:  
Für Frauen und für Männer typische Orientierungs- und Verhaltensmuster werden nicht als voneinander unabhängig gesehen, sondern als systematisch aufeinander bezogen und miteinander verwoben. Sie werden verstanden als Ausdruck eines Geschlechterarrangements, in dem Zusammengehöriges auseinandergerissen und auf unterschiedliche Geschlechter verteilt wird, und beide Geschlechter auf diese Weise aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind.
- Sozialer Bezug:  
Für Frauen und für Männer typische Entwicklungsverläufe und Muster von Identität werden verstanden als Ergebnis konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse, die Resultat historischer Entwicklungen und damit auch veränderbar sind.

Die ausgeführteste psychoanalytische Studie zu geschlechtsspezifischen Entwicklungsverläufen und Mustern von Identität wurde von Nancy Chodorow (1985) vorgelegt. Ihr Interesse ist es zu zeigen, über welche Prozesse sich die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung immer wieder reproduziert: Warum immer wieder Frauen zuständig sind

für die Betreuung der Kinder und generell für „Gefühlsarbeit“, für Versorgung, Fürsorge und Zuwendung auch außerhalb der Familie, während Männern vermeintlich von Rationalität dominierte Bereiche – wie der der öffentlich sichtbaren Einflußnahme – zugeordnet bleiben. Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist nach Nancy Chodorow so stabil, weil sie tief in den psychischen Strukturen von Frauen und Männern verankert ist. Die gesellschaftlichen und historischen Bedingungen für die Aufspaltung der Aufgaben- und Lebensbereiche von Frauen und Männern, ihre Entwicklung im Zuge der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise, bilden den Rahmen, innerhalb dessen Nancy Chodorow die Bedeutung ihrer Analysen sieht: zu zeigen, wie eine historisch und gesellschaftlich bedingte Form von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen und Mustern von Identität führt, die wiederum die Übernahme der für Frauen und für Männer vorgesehenen Aufgaben nahelegen und so die bestehende Form geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung stabilisieren. (Nancy Chodorow folgt den Annahmen der „Objektbeziehungstheorie“, eines Ansatzes innerhalb der Psychoanalyse, dessen Vertreterinnen und Vertreter – zu denen zum Beispiel Alice und Michael Balint gehören – davon ausgehen, daß auch die frühesten kindlichen Erfahrungen schon geprägt sind durch die Art und Qualität von Beziehungen. Diese Sichtweise ermöglicht es, die sich wesentlich auf die triebhafte Seite der kindlichen Entwicklung stützende klassische freudianische Psychoanalyse zu ergänzen durch Aspekte der gesellschaftlichen und sozialen Situation, in der ein Kind aufwächst.) Von zentraler Bedeutung ist dabei für sie die Tatsache, daß unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen die erste wichtige Bezugsperson für Kinder beiderlei Geschlechts eine Frau – meist die Mutter – ist. Die damit verbundene Gleichgeschlechtlichkeit zwischen Mutter und Tochter und unterschiedliche Geschlechtlichkeit zwischen Mutter und Sohn wird als Auslöser für strukturelle Differenzen in den Entwicklungsverläufen von Mädchen und Jungen gesehen.

Ausgehend von Berichten aus Analysen mit Erwachsenen und aus Kindertherapien sowie Materialien anthropologischer Untersuchungen beschreibt Nancy Chodorow, daß schon die frühesten Beziehungserfahrungen für Mädchen andere sind als für Jungen: Aufgrund der geschlechtlichen Gleichheit können Mütter ihre Töchter in stärkerem Maße als sich selber ähnlich, als Verlängerung ihres eigenen

Selbst erleben. Dagegen sehen sie ihre Söhne schon früh als von sich Getrennte, als „männliche Gegenstücke“. Jungen werden dementsprechend früher aus der präödpalen Symbiose mit der Mutter entlassen als Mädchen, die länger in einem Zustand von Verschmolzenheit mit der Mutter verbleiben. Damit haben Mädchen nach Nancy Chodorow einerseits die Möglichkeit, die Basis für ein grundlegendes Selbstvertrauen zu erwerben, zum anderen ist es für sie jedoch schwieriger, ein Gefühl von Separatheit und Unabhängigkeit von der Mutter zu entwickeln. Die frühere Trennung und Abgrenzung der Jungen von der Mutter ist dagegen mit der Gefahr verbunden, daß die Basis für ein grundlegendes Selbstvertrauen labil bleibt. Diesen Annahmen von Nancy Chodorow entsprechen empirische Untersuchungen zum geschlechtsspezifischen Verhalten im Kleinkindalter. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß das Ich von Jungen in der Altersphase zwischen drei und fünf Jahren fragiler ist als das von Mädchen, die oft – häufig bis zur Pubertät – selbstbewußter, ausgeglichener und stabiler wirken (Hagemann-White 1984, S. 91 f.; Schmauch 1987).

Die Tatsache, daß die erste wichtige Bezugsperson für Kinder beiderlei Geschlechts unter den bestehenden Bedingungen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung eine Frau ist, hat nach Nancy Chodorow nicht nur Konsequenzen für Prozesse der Individuierung und Differenzierung des Kindes von der Mutter, sondern führt auch zu strukturellen Unterschieden beim Erwerb der Geschlechtsidentität. Diese Unterschiede sind unabhängig von der inneren Haltung der Mutter zum Geschlechterverhältnis, davon, ob sie es akzeptiert oder ablehnt, sondern sind ebenfalls gegeben durch die Tatsache der Gleichgeschlechtlichkeit von Mutter und Tochter und unterschiedlichen Geschlechtlichkeit von Mutter und Sohn. Das Mädchen erwirbt seine Geschlechtsidentität im Kontext einer bestehenden Beziehung – der primären Identifikation mit der Mutter –, der Junge muß jedoch, um männlich zu werden, seine primäre Identifikation mit der Mutter aufgeben. Männliche Identität basiert auf Abwendung von der Mutter und ist entsprechend bedroht durch Wünsche nach Verschmelzung mit ihr. Dadurch ist männliche Identität labiler als weibliche und auf rigidere Stabilisierungsmechanismen angewiesen, die zunächst auf einer Distanzierung von der Mutter und dann prinzipieller vom Weiblichen generell beruhen. Weibliche Identität ist dagegen nicht auf eine Abgrenzung vom anderen Geschlecht angewiesen, sie bezieht ihre Stabilität aus der Möglich-

keit, die primäre Identifikation mit der Mutter beibehalten zu können.

Diese unterschiedlichen Entwicklungsverläufe von Jungen und Mädchen schaffen die Basis für differierende Muster von Identität, die geschlechtsspezifischen Sozialcharakteren vergleichbar sind. Mädchen und Frauen bleiben nach Nancy Chodorow in stärkerem Maße innerlich mit frühen Bezugspersonen verbunden. Ihre Persönlichkeit basiert weniger auf Verdrängung innerer Objekte und der Verleugnung von Abhängigkeiten, sondern stärker auf Verbundenheit mit anderen. Psychische Strukturen von Männern beruhen dagegen – entsprechend der Verdrängung präödpaler und auch ödpaler Wünsche an die Mutter – häufig auf einer Leugnung des Gefühls der Verbundenheit mit anderen und der Bedeutung von Beziehungen generell, einem rigiden Festhalten an Ichgrenzen und Separatheit sowie einer Verleugnung eigener als weiblich angesehener Anteile. Zentral für eine solche Identität ist die einseitige Betonung von Autonomie und die Abwehr von Gefühlen, die als Schwäche, Hilflosigkeit und Abhängigkeit interpretiert werden.

Diese geschlechtsspezifischen Muster von Identität – weibliche, die auf Verbundenheit mit anderen beruht und männliche, die dagegen auf Trennung, Abgrenzung und Distanzierung basiert – legen für Frauen und für Männer die Übernahme jener Aufgaben und Funktionen nahe, die im traditionellen Arrangement der Geschlechter für sie vorgesehen sind: für Frauen betreuende, versorgende und emotional unterstützende Tätigkeiten – sowohl im Privaten, zu Kindern und zum Partner, als auch im Beruf –, für Männer dagegen Funktionen, die distanzierenden, objektivierenden Charakter haben, die nach Kriterien von Rationalität und Effizienz organisiert sind und in denen emotionale Beziehungen keinen offiziellen Platz haben. Um diesen Kreisprozeß der Stabilisierung bestehender Verhältnisse aufzulösen, sieht Nancy Chodorow nur einen Ausweg: Männer und Frauen müssen sich gleichermaßen an der frühen Betreuung und Versorgung ihrer Kinder beteiligen, so daß Mädchen und Jungen ihre ersten Beziehungserfahrungen ebenso mit Personen männlichen wie weiblichen Geschlechts machen. Erst dann wird die Möglichkeit als gegeben gesehen, die Polarisierung der Geschlechtscharaktere – die Verkörperung von Nähebedürfnissen und Abhängigkeitswünschen in den Frauen und die von Wünschen nach Distanz und Autonomie in den Männern – aufzuheben und beiden Geschlechtern weniger vereinseitigende Entwicklungen zu eröffnen.



Salvador Dalí: Die brennende Giraffe, 1936/37

Foto: Fackelträger Verlag, Hannover

Nancy Chodorows Analysen waren wichtig für feministische Diskussionen, weil sie den theoretischen Hintergrund formuliert haben, vor dem es Frauen möglich wurde, selbstbewußt zu den für sie spezifischen Orientierungen – wie zum Beispiel der großen Bedeutung von Beziehungen zu anderen – zu stehen: Denn es wurde deutlich, daß es sich dabei um für viele Frauen Typisches, und für weibliche Identität generell Kennzeichnendes handelt. Zu einer solchen Sichtweise haben auch die sich auf Nancy Chodorows Untersuchungen stützenden Studien von Carol Gilligan (1984) über Unterschiede in den Kriterien für moralische Urteile und von Evelyn Fox Keller (1986) über Differenzen in den wissenschaftlichen Formen der Aneignung von Welt beigetragen. Diese Untersuchungen haben deutlich gemacht, daß es keine für alle Menschen maßgebliche Weise der Aneignung und Gestaltung von sozialer Realität gibt, sondern für Frauen und für Männer unterschiedliche Formen, die Resultat differierender Muster von Identität sind. Damit wurde für Frauen Spezifisches sichtbar und seine Eigenständigkeit deutlich gemacht: War in bisher vorherrschenden Argumentationen oft das zur Norm erhobene Männliche Bezugspunkt von Bewertungen, so konnte nun das andere weiblicher Lebensverläufe und damit verbundener Orientierungs- und Verhaltensmuster in den Blick geraten und zum Ausgangspunkt werden für die Entwicklung eigener, von denen der Männer und der männlich dominierten Kultur unabhängiger Kriterien für eine sinnvolle Aneignung und Gestaltung der Realität.

Trotz solcher produktiven Momente birgt eine das Eigenständige und andere weiblichen Denkens und Handelns betonende Sichtweise die Gefahr in sich, daß die aufgrund bestimmter Sozialisationsbedingungen häufiger bei Frauen anzutreffenden Orientierungen stilisiert werden zum Weiblichen schlechthin und implizit ihre Überlegenheit gegenüber dem eher bei Männern Feststellbaren nahegelegt wird. Differenzen zwischen Frauen, aber auch die für weibliche Identität problematischen Seiten geraten damit aus dem Blick. So bewertet Nancy Chodorow die von ihr beschriebenen Kennzeichen weiblicher Identität – trotz einschränkender Bemerkungen – prinzipiell positiv, so daß kritische Momente – etwa die Schwierigkeiten, die mit Trennungen und Abgrenzungen verbunden sind – zu kurz kommen.<sup>1</sup> Ähnliches gilt für Margarete Mitscherlichs Analysen zur „Aggression der Geschlechter“ (1985). Margarete Mitscherlich beschreibt sehr differenziert die Problematik des männlichen Entwick-

lungsprozesses – die zu frühe Vertreibung des Jungen aus der präödiptalen Beziehung zur Mutter und den Zwang zur „Entidentifizierung“ ihr gegenüber – und versucht zugleich, die in traditionell freudianschen Ansätzen als defizitär angesehenen Verlaufsformen weiblicher Entwicklung positiv zu wenden, nämlich als Chance zu sehen zur Herausbildung anderer als der gesellschaftlich dominierenden Orientierungs- und Verhaltensmuster. So ist für sie die positive Kehrseite des für Frauen in diesen Ansätzen angenommenen und als defizitär gekennzeichneten „schwachen Überichs“ die geringere Bereitschaft zur Projektion eigener unerwünschter Impulse auf „Outgroups“. Antisemitismus wird damit zur „Männerkrankheit“ (S. 148 ff.). Vorurteilsbereitschaft und entsprechende Aggressionen sieht Margarete Mitscherlich bei Frauen weniger als Ausdruck psychischer Konflikte und Projektionen – wie es für Männer angenommen wird – sondern wesentlich als Resultat einer Angst vor Liebesverlust, die zur Anpassung an männliche Orientierungen führt. Damit bleiben die dunklen Seiten – die destruktiven Potentiale und archaischen Aggressionen, die es in Frauen auch gibt – aus den Analysen ausgespart, es dominiert das Bild der „friedfertigen Frau“, dem Sophnette Becker und Cordelia Stillke (1987) in ihren kritischen Anmerkungen die „Bosheit der Frau“ gegenüberstellen, die es bewußt zu erleben und durchzuarbeiten gilt, um die in ihr gebundenen Veränderungspotentiale freizusetzen.

Marina Gambaroff (1984) hat in ihren Analysen insbesondere auf die problematischen Aspekte jener Seiten weiblicher Identität hingewiesen, die von Nancy Chodorow prinzipiell positiv bewertet werden. Die Kehrseite der starken Einbindung in Beziehungen zu anderen, die Nancy Chodorow beschreibt, ist eine unvollständig vollzogene Trennung von der Mutter, die es Frauen schwermachen kann, sich als abgegrenzte, von anderen unabhängige Personen zu begreifen. Tendenzen zur Regression, zum Aufgehen in anderen, bedrohen dann immer wieder unabhängiges Eigenes.<sup>2</sup> Marina Gambaroff hat sehr anschaulich anhand von Fallbeispielen die Angst von Frauen vor Emanzipation, vor Selbständigkeit und Unabhängigkeit beschrieben, die häufig ihren Ausdruck findet in der Schwierigkeit, selbstbewußt zu Leistungen im Beruf zu stehen. Frauen erleben beruflichen Erfolg oft als Trennung und Abwendung von der Mutter und damit als unerlaubt. Sie verbinden starke Schuldgefühle mit solchen aktiven Streben und können kaum Befriedigung daraus beziehen. Damit tragen sie bei zur Aufrechterhaltung



Foto: Mechthild Veil

von Geschlechterarrangements, in denen Zusammgehöriges auseinandergerissen und auf unterschiedliche Geschlechter verteilt wird: Wünsche nach Nähe und Distanz, Abhängigkeit und Unabhängigkeit, nach emotionaler Verbundenheit und aktiver Interessendurchsetzung.

Eine solche Aufspaltung zusammgehöriger Wünsche, Strebungen und Möglichkeiten auf unterschiedliche Geschlechter legt zugleich Beziehungen zwischen den Geschlechtern nahe, in denen ein Geschlecht über das andere die ihm fehlende Hälfte menschlicher Bedürfnisse lebt, oder aber im anderen eine Seite menschlicher Wünsche abwehrt und unterdrückt. So ist die männliche Form von einseitiger Autonomie nur möglich, wenn Frauen emotional unterstützende Funktionen im Hintergrund übernehmen, sie – wie es im Modell der bürgerlichen Ehe vorgesehen war – die Kälte des öffentlichen Lebens, der einseitigen Betonung von Autonomie und Rationalität mildern durch die Wärme ihrer Zuneigung. Zugleich müssen Männer sich auf diese Weise ihre Wünsche nach Nähe, Passivität und Abhängigkeit nicht zugestehen, denn die Frauen erfüllen sie vor jeder aktiven Inanspruchnahme und tragen auf diese Weise bei zur Illusion männlicher Stärke, die ihre zusätzliche Bestätigung darin finden kann, passive und abhängige Tendenzen in den Frauen zu entwerthen. Frauen können in einem solchen Arrangement der Geschlechter dagegen ihre leistungs- und konkurrenzbezogenen Strebungen, ihre ehrgeizigen und machtorientierten Seiten über die Männer leben, ohne sich selbst den damit verbundenen Belastungen – dem Leistungs- und Erfolgsdruck und den Kränkungen und Verletzungen bei Mißerfolgen – aussetzen zu müssen. Damit ist ein Geschlecht vom anderen abhängig, so daß gleichgewichtige, auf wechselseitiger Anerkennung und Autonomie beruhende Beziehungen, in denen jeder und jede abhängig und unabhängig, schwach und stark, passiv und aktiv sein kann, kaum möglich sind.

Dorothy Dinnerstein (1979) hat in ihren Analysen auf beeindruckende Weise die Phantasien aufgezeigt, die solchen Geschlechterarrangements zugrunde liegen und zur inneren Bindung von Frauen und Männern an diese Verhältnisse beitragen können. Sie zeigt, daß die meist unbewußten Phantasien, die mit Frauen als Geschlecht verbunden sind, ihren Ursprung haben in den Vorstellungen, Wünschen und Ängsten des kleinen Kindes gegenüber der Mutter. Auf sie ist das Kind in den ersten Lebensmonaten existentiell angewiesen, von ihr hängen Bedürfnisbefriedigung, Geborgenheit und Zu-

friedenheit ab, zugleich ist sie – da ihre Zuwendung nie vollkommen sein kann – Anlaß für Gefühle grenzenloser Verlassenheit, für Angst und Schrecken, Enttäuschung und Schmerz. In diesem Zustand großer Hilflosigkeit und Abhängigkeit wird die Mutter vom Kind als allmächtig erlebt, als Instanz, die nur sehr begrenzt dem eigenen Willen, der eigenen Kontrolle unterworfen werden kann. Das führt zu einer starken Ambivalenz der Gefühle: Destruktive Wut und Liebe prägen das Verhältnis zur Mutter gleichermaßen. Spuren dieser Ambivalenz bleiben nach Dorothy Dinnerstein lebenslang erhalten und beeinflussen die Einstellung zu Frauen generell: sie sind ebenso Objekte großer Verehrung und Idealisierung wie der Verachtung und des Hasses, sie stehen für das grenzenlos Gute, die Verheißung des Glücks, aber auch für das grenzenlos Böse, für schmerzliche Enttäuschungen und die Unerfüllbarkeit von Wünschen. Männliche Herrschaft über Frauen, patriarchalische Strukturen, von Dominanz und Unterordnung geprägte Beziehungsarrangements sind nach Dorothy Dinnerstein Inszenierungen der Abwehr gegen eine solche als übermächtig und bedrohlich erlebte Mütterlichkeit, die von Männern aktiv betrieben, aber auch von Frauen unterstützt wird. Denn ein Element der – als Resultat einer nicht ganz vollzogenen Ablösung von der Mutter – auf Verbundenheit mit anderen beruhenden weiblichen Identität (wie sie auch Nancy Chodorow beschrieben hat) ist die Identifikation mit archaischen Mutterimages: Frauen tragen das Bild der mächtigen Mutter – der Herrscherin über Leben und Tod, der Repräsentantin des grenzenlos Guten und Bösen zugleich – in sich. Sie ordnen sich dem, was Männer aktiv betreiben, um ihre Geschlechtsidentität zu sichern, nämlich der Kontrolle und Entwertung des Weiblichen unter, um die Bedrohung, die auch für sie mit dieser phantasierten Macht verbunden ist, einzuschränken. Dorothy Dinnersteins Analysen machen deutlich, daß in patriarchalischen Geschlechterarrangements beides zusammengehört: die Idealisierung des Weiblichen und seine Entwertung. Beides ist begründet in der Phantasie von der Allmacht der Frauen, die dem kindlichen Erleben gegenüber der Mutter entspricht und von beiden Geschlechtern geteilt wird. Diese Phantasie über die Macht der Frauen hat nichts zu tun mit realen Einflußmöglichkeiten – im Gegenteil: je ausgeprägter diese Phantasien sind, desto größer wird die Notwendigkeit, die reale Bedeutung der Frauen zu reduzieren, um ihre Bedrohlichkeit in Grenzen zu halten. So beleuchten die Analysen von Dorothy Dinner-

stein die Seiten geschlechtsspezifischer Muster von Identität, die ihre Bindung an das auf Ungleichheit basierende Arrangement der Geschlechter deutlich machen: Die für weibliche Identität kennzeichnende Verbundenheit mit anderen legt die Identifikation mit allmächtigen Mutterimagines nahe, die für männliche Identität kennzeichnende Abgrenzung von anderen hat dagegen die Funktion, eben jene phantasierte Macht des Weiblichen zu kontrollieren, zu begrenzen und durch Entwertung in Schach zu halten.

So haben psychoanalytische Studien zu weiblicher und männlicher Identität und zum Geschlechtsverhältnis deutlich machen können, daß es zwei gleichermaßen bedeutsame Perspektiven für die Aneignung von Welt und den Blick auf die Realität gibt – eine eher für Frauen und eine eher für Männer kennzeichnende – und zugleich jene Motive aufzeigt, die auch für Frauen eine Verführung schaffen können, um an bestehenden Geschlechterarrangements festzuhalten. Die Identifikation mit Bildern von mütterlicher Allmacht kann Frauen dazu verführen, Männern den Bereich von öffentlich sichtbarer Einflußnahme und Gestaltungsmöglichkeiten zu überlassen und sich selbst auf emotional unterstützende Funktionen im Hintergrund zu beschränken, auf Funktionen, die – weil Grenzen weniger eindeutig erfahrbar sind – zwar mit der Phantasie einer großen Macht im Verborgenen verbunden sein können, die jedoch lediglich den Männern öffentliche Bedeutung verleihen, den Frauen selbst aber kaum Anerkennung bringen. Solche Muster bewußt und damit einer kritischen Reflexion zugänglich zu machen, ist Voraussetzung für ihre Veränderung. In diesem Rahmen hat die Weiterführung psychoanalytischen Denkens aus feministischer Perspektive eine große Bedeutung für die Veränderung bestehender Geschlechterarrangements.

#### Anmerkungen

1 Eine prinzipiell andere Sichtweise von weiblicher Identität hat die französische Psychoanalytikerin Christiane Olivier (1987) formuliert. Sie mißt dem Begehren in ihren Analysen eine zentrale Bedeutung bei und geht davon aus, daß die Mutter-Tochter-Beziehung primär durch einen Mangel gekennzeichnet ist. Die Kraft des sexuellen Begehrens läßt nur den Sohn für die Mutter zum narzißtisch hochgeschätzten Objekt werden, die Tochter dagegen erfährt eine „orale Zurücksetzung“ (Olivier 1987, S. 96 f.). Die Mutter kann ihr kein Lustempfinden gegenüber ihrem Körper vermitteln, und vom Vater gehen ebenfalls keine entsprechenden Impulse aus, da er nicht an der frühen Versorgung und Betreuung seiner Tochter beteiligt ist, und sie deshalb ohne sein Begehren bleibt. Die Folge ist für Christiane Olivier ein Ge-

fühl der Leere und der unstillbare Hunger nach Liebe, der Frauen lebenslang davon abhängig macht, für Männer ein begehrtes Objekt zu sein. Empirische Untersuchungen wie die von Ulrike Schmauch (1987) machen jedoch deutlich, daß die Mutter-Tochter-Beziehung durchaus von sinnlich-erotischen Qualitäten geprägt sein kann, in der die positive Besetzung des weiblichen Körpers – sowohl des eigenen als auch des der Tochter – zum Ausdruck kommt und beim Mädchen zur Basis für ein weibliches Körpergefühl werden kann, das nicht auf Wertschätzung durch Männer angewiesen ist. Wahrscheinlich sind die von Christiane Olivier und Nancy Chodorow sowie Ulrike Schmauch beschriebenen Muster der frühen Mutter-Tochter-Beziehung jeweils für unterschiedliche Typen von Frauen kennzeichnend: die von Christiane Olivier dargestellten Strukturen für Mütter, die ihre eigene Weiblichkeit und ihren Körper nicht positiv besetzen können und für die Bestätigung ihrer Weiblichkeit auf die Wertschätzung ihres Körpers durch Männer angewiesen sind, die von Nancy Chodorow und Ulrike Schmauch geschilderten Muster dagegen für Mütter, die ein von äußeren Bestätigungen – insbesondere von seiten der Männer – unabhängiges positives Verhältnis zur eigenen Weiblichkeit und ihrem Körper haben. Der von Christiane Olivier beschriebene Frauentyp entspricht dem einer sich bruchlos der Idealisierung des Männlichen und Entwertung des Weiblichen anschließenden Form von Weiblichkeit, die sich nur über die Wertschätzung durch Männer mit eigenem Wert zu füllen vermag.

2 Die Untersuchung von Margrit Brückner (1982) über die Phantasien mißhandelter Frauen über ihre eigene Bedeutung in der Beziehung zum Partner zeigen sehr anschaulich die extreme Ausprägung eines solchen Identitätsentwurfs. Im Mittelpunkt steht das Dasein für den Mann, in dem es unabhängiges Eigenes nicht zu geben scheint, eine völlige Selbstaufgabe für den Partner, die das Ertragen der körperlichen Mißhandlung bis an die Grenzen der physischen Vernichtung einschließt. Auch wenn diese Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt zu einem eignen Leben gefunden haben, so sind sie sich doch selbst dessen Labilität bewußt. Unabhängiges Eigenes kann nur ohne Beziehung zu einem Mann aufrechterhalten werden, in einer Beziehung droht es dagegen wieder verloren zu gehen (Brückner 1987).

#### Literatur

- Becker, Sophinette/Stilke, Cordelia 1987: Von der Bosheit der Frau, in: Karola Brede u. a. (Hg.), Befreiung zum Widerstand, Frankfurt/Main
- Brückner, Margrit 1982: Die Liebe der Frauen. Über Weiblichkeit und Mißhandlung, Frankfurt/Main
- Brückner, Margrit 1987: Die janusköpfige Frau. Lebensstärken und Beziehungsschwächen, Frankfurt/Main
- Chasseguet-Smirgel, Janine 1974: Freud widersprechende psychoanalytische Ansichten der weiblichen Sexualität, in: dies., Psychoanalyse der weiblichen Sexualität, Frankfurt/Main, S. 46 ff.
- Chodorow, Nancy 1985: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter, München
- Dinnerstein, Dorothy 1979: Das Arrangement der Geschlechter, Stuttgart
- Fox Keller, Evelyn 1986: Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft?, München
- Freud, Sigmund 1926: Die Frage der Laicananalyse, in: Gesammelte Werke, Bd. 14, London, S. 297 ff.
- Freud, Sigmund 1931: Über die weibliche Sexualität, in: Gesammelte Werke, Bd. 14, London, S. 515 ff.
- Freud, Sigmund 1933: Neue Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, in: Gesammelte Werke, Bd. 15, London

Gambaroff, Marina 1984: Utopic der Treue. Aufsatzsammlung, Reinbek bei Hamburg  
 Gilligan, Carol 1984: Die andere Stimme, Lebenskonflikte und Moral der Frau, München  
 Hagemann-White, Carol 1979: Frauenbewegung und Psychoanalyse, Basel/Frankfurt/Main  
 Hagemann-White, Carol 1984: Sozialisation: weiblich – männlich?, Opladen  
 Mitscherlich, Margarete 1985: Die friedfertige Frau. Eine psycho-

analytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter, Aufsatzsammlung, Frankfurt/Main  
 Olivier, Christiane 1987: Jokastes Kinder. Die Psyche der Frau im Schatten der Mutter, Düsseldorf  
 Rohde-Dachser, Christa 1989: Unbewußte Phantasie und Mythenbildung in psychoanalytischen Theorien über die Differenz der Geschlechter, in: Psyche 3/1989, S. 193–218  
 Schmauch, Ulrike 1987: Anatomie und Schicksal. Zur Psychoanalyse der frühen Geschlechtersozialisation, Frankfurt/Main

## Herbert Hrachovec Seele im Speicher Die Wiener Ausstellung „Wunderblock“

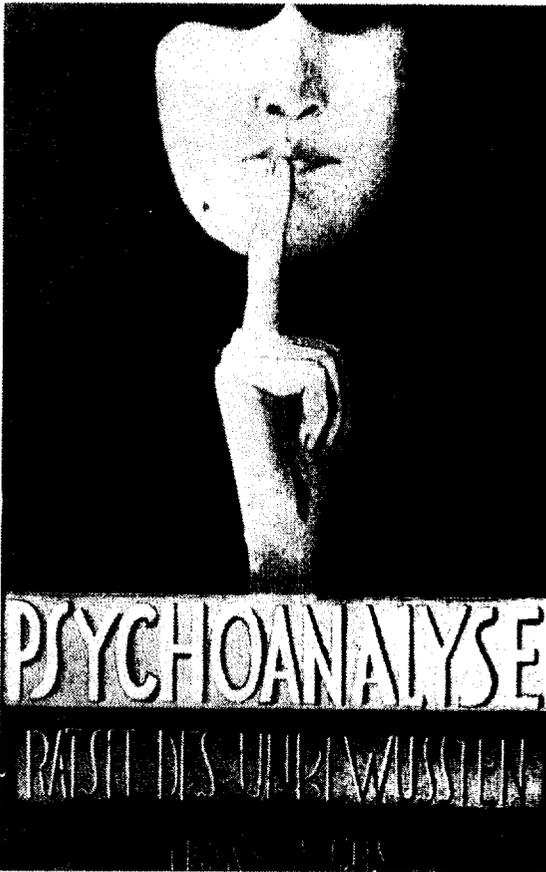
*Dr. Herbert Hrachovec, Jahrgang 1947, lehrt Philosophie an der Universität Wien. Seine Arbeitsgebiete sind analytische Philosophie und Ästhetik. Zuletzt erschien von ihm „Vermessen. Studien über Subjektivität“, Frankfurt/M. 1989. Eine Publikation über Filmtheorie ist in Vorbereitung.*

Die „Reithalle in den ehemaligen Hofstallungen“, die der Katalog mit antiquarischem Gusto als Veranstaltungsort angibt, ist ein Container, den jemand im Hof des Messepalastes abgestellt hat, eine riesige, ungegliederte Kiste mit dem Grundriß eines langgezogenen Rechtecks. In den letzten Jahren war sie ein Aufführungsort der Wiener Festwochen. Unter einer Passage neben ihr vorbei nach hinten erreichte man einen großzügigen Vorraum und von ihm aus die Eingänge in den dunklen Schlauch. Der Raum hat den doppelten Charakter der camera obscura, Technik und Flair, die lange Gerade für den Galopp der Pferde und den Stuck für ihre Durchlaucht. Er bietet ein Volumen, in das man Ausstellungsstücke hineinkippt und wartet, wie sie sich verteilen. Die Seele selbst ist oft so dargestellt worden: als Leerraum, in dem sich Repräsentationen organisieren. Das Gebäude ist Teil einer Versuchsanordnung, die „Geschichte der modernen Seele“ darzustellen.

Gebrauchsarchitektur für Kunstzwecke erzeugt Spannung. Ein Referenzpunkt für den Architekten Hermann Czech ist offenbar das Pariser Musée d'Orsay, die Bahnhofshalle als Museum des 19. Jahrhunderts. Feudale Organisation, die sich im Grundriß der Kulturpaläste erhalten hat, in denen

dem Volk der Glanz der Fürsten dargeboten wird, ist durch den undifferenzierten Baukörper ersetzt, der alles gleich betont und gleich verschwinden läßt. Dem Nihilismus hat sich auf die Isometrie geschlagen, Ausstellungen müssen ihm durch sekundäre Gestaltung widerstehen. Amüsanterweise diente die Kiste in Paris der Eisenbahn, diejenige in Wien der Reitkunst, als ob die Seele das gemächlichere Tempo, vor allem aber die Hofloge nötiger hätte. Das Rufzeichen hingegen, das beide Male an den Anfang der Präsentation gesetzt wird, ist gleich: der Besucher betritt die Halle an der Schmalseite und von oben, der erste Eindruck ist Überblick über ein Gewirr von Daten. Die Stiegen, die zu dem erhöhten Blickpunkt führen, markieren die Distanz zum vergangenen Jahrhundert. Im Louvre oder im Kunsthistorischen Museum sind sie ein Mittel der Einschüchterung vor den Prunkräumen. Das Holzgestell, das links an der Außenseite der Reithalle bis unter ihren Plafond hinaufführt, setzt den Geisteszustand des Besuchers in eine Ortsbestimmung um. Wir lassen uns dazu herab, genauer anzusehen, was sich so angesammelt hat.

Das ist nun nicht so bunt durcheinandergewürfelt, wie es von oben her den Anschein hat, eine stimmige „Geschichte der modernen Seele“ ist es freilich auch nicht. Großausstellungen verlangen griffige Titel, und das steht sichtbar im Widerspruch zur Kleinteiligkeit, in welche die Organisatoren (Jean Clair, Cathrin Pichler und Wolfgang Pircher) das Material zerlegt haben. Das Ergebnis ist ein Zwiespalt zwischen globaler Orientierung und Episoden. Die Längsachse der Halle ist einfach die Erstreckung in der Zeit, die man nach hinten, in die Vergangenheit, und dann zurück nach vorne, in die Gegenwart, durchschreitet. Es ist schwer zu verleugnen, daß sich das 19. Jahrhundert linear entwickelt hat. Die Kunstgeschichte folgt dem Ablauf: zuerst die Prophezeiungen, dann die Romantiker, die Realisten, Symbolisten und so weiter. Die Wissenschaftsge-



schichte ist zwischen den markanten Energieboxen Mesmers und Reichs einquartiert. Aber das ist nur die halbe Geschichte, besser gesagt: diese Geschichte ist nur halb. Es gibt kein anspruchsvolles Thema, dessen Entfaltung im 19. Jahrhundert sich geradlinig darstellen ließe. Das Hin und Zurück ist schon ein Hinweis darauf, daß Fortschritt und Reaktion ineinanderspielen, und das ist erst ein grobschlächtiger Ansatz. Ein Beispiel für die nötige Vielschichtigkeit bietet die romantische Naturphilosophie. Nach den Standards des Wissenschaftsbetriebs rettungslos veraltet, ist sie nach aktuellen, sanfteren Einschätzungen gerade heute neu zu entdecken. Wo liegt sie dann auf der Zeitskala? Wie lassen sich die Wirbelströme, Rückkoppelungen und Fulgurationen im Verlauf der Zeit darstellen, ohne die Geschichte kein Interesse hätte? In das Raster Länge mal Breite passen sie nicht.

Damit nicht genug. Das Thema steuert eine weitere Schwierigkeit bei. An der Seele scheiden sich die

Geister. Ihre Manifestationen finden sich in keinem Nachschlagewerk. Um an sie heranzukommen, braucht man selber eine Theorie, und die enthält – trotz der beruhigenden Termini „Geschichte“ und „modern“ – Metaphysik. Also stört ein zweiter Faktor den Geschichtsablauf. Die Seele steht quer zu dessen Linearität. Das mindeste, das man der Schaulust zugestehen muß, die man mit diesem großen Wort in eine Halle lockt, ist, daß die Seele überall anwesend ist. Was wird dann mit der Arbeitshypothese, daß sie entdeckt, erforscht und ausgebeutet wurde? Die Ausstellung versucht sich zwischen beidem: dem Weg der Entwicklungsdynamik und dem Schlendern zwischen beseltem bric-a-brac. Für den einen ist das Offenheit, für den anderen Ausflucht. Im Bogen zwischen Überheblichkeit und Untertauchen, den das Ausstellungsdesign vorgibt, versuchen die in Gruppen geordneten Exponate Erscheinungsweisen der Seele wachzurufen. Die Theorie, nach der sie auftreten, ist kaum ersichtlich. Deutlicher sind die Theorien, von denen sie Zeugnis geben. Die Ausstellung verläßt sich auf die Assoziationsräume, die die zusammengetragenen Stücke um sich herum erzeugen. Die sporadischen Erläuterungen zu den experimentalphysiologischen Exponaten (von denen die meisten wie Folterwerkzeuge aussehen) und die ausdruckseligen Untertitel für die Gliederung der Gemälde und Zeichnungen („Metaphern des Inneren“, „Gewalten der Seele“ . . .) helfen da kaum.

Sigmund Freud hat ein Separée, das ist ein guter Gedanke. Inmitten der Seelenwanderung, an ihrer Vorderfront, gehört ihm ein Feldherrenzelt, mit Fotos, Originalpublikationen und einer Dokumentation der Kontroverse, die er heraufbeschworen hat. An dieser Stelle ringt sich die Ausstellung zu einer Theorie durch, die man sehen kann. Freud in Wien muß durch etwas Authentisches vertreten sein, nicht bloß durch Abbildung und Buchdruck. Dazu dienen 57 Kleinplastiken aus der Antikensammlung, die er in seinem Arbeitszimmer aufgestellt hatte. Der Einfall, sie als Schutzgottheiten den Raum abgrenzen zu lassen, führt die versprengten Motive durch eine Mitte. Archäologie, Mythologie, Sammlerleidenschaft und das Ausstellungswesen werden auf einen Punkt gebracht. Wittgenstein sagt einmal, der Mensch sei das beste Bild der menschlichen Seele, d. h. die Darstellungsordnung ist umzukehren. Die greifbare Ganzheit einer Person ist der Maßstab, an den man sich zu halten hat, um das Geheimnis ihres Lebens anschaulich zu machen. Für die Geschichte der Seele gibt es in dieser Ausstellung kein solches Bild. Es wäre auch mit Sicherheit ein Fehlgriff. Aber

für die Tätigkeit Freuds ist ein Sinnbild gefunden worden, seine Aufmerksamkeit für Gestalten, die seit urdenklicher Zeit unsere Sehnsüchte repräsentieren. Gewöhnlich ist die Seele der Jolly Joker, eine

Karte, deren Bedeutung sich nach Belieben wandelt. Manchmal ist sie auch etwas anderes, der Inbegriff des Zusammenhaltes im Reichtum der Zerstreuung.

## Ausstellung

### **„Sclavin oder Bürgerin“?** Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760 – 1830

Am 5. 10. 1789 setzten die Pariser Marktfrauen mit ihrem „Marsch nach Versailles“ die Anerkennung der „Menschenrechte“ durch Ludwig XVI. durch. Dieses Jubiläum ist für das Historische Museum Anlaß, mit einer Ausstellung an den vergessenen Beitrag der Frauen zur Revolution zu erinnern und einige Fragen „an die Geschichte“ zu stellen: Warum blieben den Frauen die „Menschenrechte“ vorenthalten, die sie im Namen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ erkämpft hatten? Welches Bild der Revolutionärin und der Bürgerin des 3. Standes entstand damals? Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem politischen „Haupt- und Staatsereignis“ der Revolution und der kulturellen Erfindung einer „neuen Weiblichkeit“ für die bürgerliche Gesellschaft?

Zu der Ausstellung erscheint ein Katalog, ca. 600 Seiten, 300 Abbildungen, zum Teil farbig, ca. 38,- DM.

Historisches Museum Frankfurt, Saalgasse 19, 6000 Frankfurt am Main, vom 4. 10. – 4. 12. 1989  
Öffnungszeiten: Di bis So 10 – 17, Mi 10 – 20 Uhr  
Führungen: Mi 18 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung (0 69/2 12 33 71)

## Kongreßbericht: Freiheit – Gleichheit – Schwesterlichkeit

Zu Recht wird in diesem Jahr der 200. Jahrestag der Französischen Revolution als der Beginn eines Kampfes um Menschen- und Bürgerrechte in Europa gefeiert. Als der Beginn eines Kampfes, der unter der universellen Forderung nach „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ bis heute gültige Maßstäbe gesetzt hat. Männer und Frauen haben gemeinsam für die Durchsetzung dieser Ziele gekämpft, doch für die „andere Hälfte der Menschheit“, die Frauen, sind sie in vielen Bereichen bis heute nicht verwirklicht. Wie konnte es dazu kommen?

Die Frage nach den Lebensverhältnissen von Männern und Frauen während der Revolution, ihre Ideen und Ziele und deren Rezeption in Frankreich und Deutschland war Thema einer Marburger Tagung „*Freiheit – Gleichheit – Schwesterlichkeit. Männer und Frauen zur Zeit der Französischen Revolution*“ vom 14. bis 16. Juni 1989. Die insgesamt vierzehn Beiträge reichten von „Frauenrechte/Menschenrechte 1789“ von Ute Gerhard über „Des deutschen Hausvaters Furcht vor der Emanzipation der Weiber“, vorgestellt von Karin Hausen, bis hin zu Ingeborg Weber-Kellermanns Vortrag über „Die Französische Revolution als Wendepunkt in der Europäischen Kostümgeschichte“. Die verschiedenen Themen dieser interdisziplinären Tagung muteten zunächst sehr unterschiedlich an. Mit ihrem Vortrag „Was geschah eigentlich vor 200 Jahren? Ein Überblick auch aus weiblicher Sicht“ konnte Frauke Stübig jedoch einen Rahmen vorgeben, in dem sich die Beiträge bald mosaikartig zu einem Ganzen zusammenfügten: Frauen haben während der Französischen Revolution in vorderster Front gekämpft. Sie sorgten nicht nur für das tägliche Überleben, sondern haben aktiv in den Revolutionsprozeß eingegriffen: Wie Olympe de Gouges, vorgestellt von Ruth Jung, haben sie für ihre Rechte und die der Männer gefochten – in politischen Versammlungen ebenso wie in Pamphleten und Zeitungsartikeln. Aber auch vor dem bewaffneten Kampf schreckten sie nicht zurück. Der Beitrag von Claudia Opitz zeigte die Frauen als Straßenkämpferinnen wie als Kriegerinnen im Kampf um die Rettung der Nation vor der ausländischen Intervention. Ohne die Frauen hätte die Revolution wohl kaum Aussicht auf Erfolg gehabt. Um so folgenreicher war es, daß die Frauen in den 1789 erklärten Menschenrechten

nicht mitgedacht waren. Die Menschen- und Bürgerrechte waren als Männerrechte gemeint. Während die Emanzipation ethnischer und kultureller Minderheiten, wie Wolfram Schäfer am Beispiel der Sinti und Roma belegen konnte, zumindest nur sehr zögerlich voranging, setzte in bezug auf die Frauen bald eine „patriarchalische Reaktion“ (U. Gerhard) ein, die in Frankreich wie in Deutschland zu einer um so schärferen Unterordnung der Frauen führte. Ulrike Prokop konnte in ihrem Vortrag nachweisen, daß an die Stelle der Bürgerin die Frau trat, die sich als Mutter mit der Nation identifizieren sollte. Auf der Grundlage einer „weiblichen Sonderanthropologie“, wie sie sich Claudia Honegger zufolge in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausgebildet hatte, wurde der Frau aufgrund ihres naturhaften Wesensunterschiedes ausschließlich die Rolle der Mutter und Ehefrau auferlegt, die dann von der Frau selbst verinnerlicht wurde. Diese Patriarchalisierung der Gesellschaft zeigt sich außer in der Bildenden Kunst, wie Viktoria Schmidt-Linsenhoff ausführte, auch besonders deutlich im Theater der Revolution. Annette Graczyk konnte in ihrem Beitrag belegen, wie auch im Theater Emanzipationsbestrebungen zurückgedrängt und Alltagspflichten wie „Liebe und Kinderkriegen“ zur ersten Bürgerinnenpflicht der heroisierten Mutter hochstilisiert wurden.

Auch die Bildung der Mädchen orientierte sich ausschließlich an ihren Familienpflichten: Wie Pia Schmid ausführte, manifestierten die restriktiven Mädchenbildungstheorien der Zeit, im Rekurs auf die Natur der Frau, ihre zweitrangige Stellung. Die Zeiten, in denen es als eine Sensation galt, daß eine Frau eine Gruppe von Jungen unterrichtete, wie Hanno Schmitt am Beispiel der Tochter des Spätaufklärers Salzmann belegen konnte, sind heute glücklicherweise vorbei. Annedore Prengel wies jedoch darauf hin, daß Mädchen und Frauen noch heute – auch und besonders im Klassenzimmer – um ihre Gleichstellung kämpfen müssen, daß Erziehung zur Gleichheit auch heute noch häufig die Aneignung männlicher Kompetenzen statt Anerkennung weiblicher Werte bedeutet.

So gelang es den ReferentInnen dieser gut besuchten Tagung, die Bedeutung des Themas „Frauen in der Französischen Revolution“ auch für die Gegenwart herauszustellen. Die Ergebnisse wie die „schwesterliche Stimmung“, die die TeilnehmerInnen über diese drei Tage begleitete, lassen auf weitere Veranstaltungen dieser Art und Thematik hoffen.

*Andrea Wettmann, Marburg*

# Mauersprüche

Trügerische Traum- und Alpträumphantasien umwuchern das unsägliche Befestigungswerk der als DDR-Kapitale ausgewiesenen Osthälfte Berlins. Soeben ist es 28 Jahre her, daß jene klotzige Scheidemauer (optisch erträglich geworden nur durch Graffiti am Kreuzberger Winkel) als letzte Konsequenz einer im politischen Permafrost zerbröckelten – bei kleinem Gebietsaustausch allemal noch verfügbaren – Alliierten Kommandantura im Akkord erstellt wurde. Kennedy hatte zuvor in Wien gegenüber Chruschtschow Einverständnis signalisiert, wenn der sich zu Maßnahmen veranlaßt sähe, um einer krisenhaften Entwicklung in und um Berlin, wie sie vor allem durch massenhaften Exodus in die westlichen Bezirke drohte, drastisch zu begegnen. Wie immer solches Unternehmen realisiert würde, durften doch keinesfalls die sektoralen „Besitzstände“ angetastet werden, jedwede Gefahr militärischer Verwicklungen galt es unbedingt zu vermeiden. Der territoriale Status also sollte um jeden Preis vor destabilisierenden Erschütterungen bewahrt bleiben. Daß diese Vorgaben wesentlich erfüllt wurden und technisch – unter viel familiärem und nachbarlichem Leid für die Schutzbefohlenen – gegriffen haben, bestätigten sich ein Jahrzehnt danach die Vier Mächte in ihrem Berlin-Abkommen: *Die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat, so stimmten sie überein, solle nicht einseitig verändert werden!* Auf dem Fuße folgte dann auch in Bonn lebhaft Hauptstadtplanung, praktisch wurde die ehemalige Reichsmetropole durch linksrheinische Bautätigkeit aus dem formalen Wartestand entlassen. Nur im Schöneberger Rathaus ertönt noch regelmäßig die Schildbürgerballade, in der „unbeugsamer Wille“ bekundet wird, „daß die Mauer fallen und Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß“. Daß mit solchen Anschlüssen eher Stahlbeton in die Mauerritzen gegossen werden könnte, fiel bisher wohl nur der Alternativen Vizepräsidentin Schramm auf.

In populistischer Unbekümmtheit hatte anlässlich des 750. Wiegenfestes von Spree-Athen der stets zu einem Knalleffekt aufgelegte Kommunikator Reagan, den Rücken zu Ulbrichts „antifaschistischem Schutzwall“ gekehrt, dem Moskauer Vertragsgenossen die Niederreißung desselben anempfohlen. Seinen fixen Ghostwritern, den wahren Windmachern zwischen Quadriga und Siegestsäule, hätte die Zweischneidigkeit des Sempel-Slogans „Macht das Tor auf!“ bewußt sein müssen. Hätten sie dabei das jahrzehntealte Kalkül im Hinterkopf, den Russen die Alleinverantwortung für stadt- und staatliche Teilung anzulasten, so traten sie hier zwar keinen Stein aus der Mauer, dafür aber – zu denkbar ungeeignetem Zeitpunkt – eine Lawine emotionsgeladenen Palavers los. Schon die reine Spiegelfechtereie um unvermittelte Demontage der Monster-Barriere ist faktisch unseriös und läuft auf ein Aufzäumen des deutschen Zweiergespanns vom Schwanz her hinaus. Da half es

auch nichts, daß Reagan seine Mauertirade mit ein paar hübschen Ideen von gemeinschaftlichem Luftkreuz, Olympia und UN-Veranstaltungen paraphrasierte – das Reizthema war plötzlich in Mode, und allzu viele fühlten sich bemüßigt, ihr Schärfflein mit politischem Falschgeld beizutragen. So auch Bush bei seinem Mainzer Auftritt („Die Mauer muß fallen“), und ein etwas verlegener Gorbatschow in Bonn: er sähe hier „eigentlich kein großes Problem“ für den Bau eines europäischen Hauses. Um so lautstarker echotete es vom Bonner Verteilerkreis her, wo die Dreggers, Todenhöfers und Waigels gesamtdeutsche Morgenluft witterten, nachdem ihnen Kohl in naßforscher BILD-Manier den Abriß der Mauer als „abstoßendes Symbol der Trennung“ vorbuchstabierte hatte.

Die totale Realitätsferne solcher Windmühlenattacken wird deutlich, wenn man die wahren Verhältnisse und Europaperspektiven der Souveräne in Berlin beleuchtet. Ganz besonders den Amerikanern sichert eine turbulenzfreie Dominanz in den westlichen Stadtteilen mehr denn je das essentielle Unterpfand ihres aktiven Mitwirkens am europäischen Emanzipationsprozeß, bei dem der deutsche Faktor eine Schlüsselrolle einnimmt. Ohne politische Präsenz vor Ort, wo Kennedy 1962 sein „Ich bin ein Berliner“ proklamierte, kämen sich die Amerikaner bald als Kaiser ohne Kleider vor. Überhaupt hat bisher niemand eine technisch machbare Alternative für eine innerstädtische Grenzeinrichtung vorzuschlagen vermocht, die – noch so denkbar liberal gehandhabt – Europas territoriale Integrität an diesem sensiblen Punkt zu erhalten verspräche. – Sinngemäß hat der britische ECONOMIST auch amerikanisches und französisches Denken mit der Deutschlandformel ausgedrückt, wonach sich ein Rückfall in die Instabilität am ehesten durch rechtsverbindliche Festschreibung der Trennlinie verhindern ließe, wenn damit auch eine Generalüberholung des DDR-Systems nach Vorgabe freiheitlicher Strukturen verbunden wäre. Jedenfalls sprechen Äußerungen des Kissinger-Schülers, Staatssekretär Eagleburger, vor dem Europa-Unterausschuß des Senats ebenso dafür wie Mitterrands Einstellung im Gespräch mit Gorbatschow. (Wobei auch beider Unterstreichung der 4-Mächte-Verantwortung auffiel, die in Berlin ihren signifikantesten Ausdruck findet.) Der Hinweis von Teltschik, daß eine territoriale Restauration Deutschlands im Falle gesicherter Menschenrechte, echter Gewaltenteilung, Pluralität und Freizügigkeit in beiden Staaten obsolet werden könnte, deutet auf wachsende Einsicht auch in Bonn hin, daß sich nach gesamt-europäischer Maßgabe, aber auch zum Selbstschutz der Nation – vor Isolierung und teutonischem Furor bei einer gemeinsamen Grenze zu Polen etwa –, hier eine politische Zielprojektion anbahnt. So könnte zu guter Letzt auch auf Großberliner Pflaster eine Zwilling-Metropole kosmopolitischen Zuschnitts gedeihen, wenn sich erst die aufgetürmte Grenze sui generis mit Abbau des Freiheits- und Wohlstandsgefälles als sinnleert erwiesen haben sollte.

Klaus Bloemer

## Im Prozeß der Aufklärung

Jürgen Habermas hat allen Grund zur Freude. Als Geburtstagsgeschenk zu seinem Sechzigsten präsentiert der Suhrkamp Verlag eine groß angelegte Studie über das vielfältige Wirkungsspektrum seines theoretischen Gesamtwerks. Nach der Devise „nicht kleckern, sondern klotzen“ versucht auf über siebenhundert Seiten die beinahe komplett versammelte Elite der Habermasschüler, -kritiker und -apologeten in Form von eigenständigen Beiträgen den „Diskurs über das unvollendete Projekt der Moderne“ voranzutreiben. Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Aufsätzen, deren Bandbreite sich von der Sprachtheorie und Subjektphilosophie bis hin zur Ästhetik und zur Krisenanalyse der Geisteswissenschaften aus theologischer Sicht erstreckt, ergibt sich aus der themenübergreifenden Frage, wie denn der Prozeß der Aufklärung unter den gegenwärtigen Bedingungen theoretisch und begrifflich angemessen zu bestimmen und vor allem, wie er produktiv fortzusetzen ist.

Es geht also nicht, wie auch durch den Titel „Zwischenbetrachtungen“ schon angedeutet, um die feierliche Würdigung eines „Klassikers“, sondern beabsichtigt ist vielmehr die kritische Reflexion und Fortschreibung einer innovativen, im Sinne von Habermas sich prinzipiell als unabhängig begreifenden Philosophie und Gesellschaftstheorie.

So erläutert beispielsweise Apel in seinem „Versuch mit Habermas gegen Habermas zu denken“ u. a. die Unterschiede zwischen Transzendental- und Universalpragmatik. Eine seiner Thesen ist, daß Habermas mit seinen die menschliche Rede betreffenden universalen Geltungsansprüchen (Wahrheits-, Wahrhaftigkeits- und normativer Richtigkeitsanspruch) transzendente Letztbegründungen, die er für

sich und seine Philosophie ablehnt, sozusagen durch die Hintertür wieder „einschmuggelt“.

Dieter Henrich untersucht die historische Genese der Theorie des Subjekts. Deren philosophische Geburtsstunde sieht er in der klassischen Periode der deutschen Philosophie nach Kant, in der Subjektivität zum ersten Mal zentrales Thema wurde. Hauke Brunkhorst dagegen schreibt über den sich wandelnden Kulturbegriff traditionaler, moderner und nachmoderner Gesellschaften, als dessen gemeinsamer Nenner die Utopie einer Einheit von Kultur und Gesellschaft und das gleichzeitige Wissen gelten kann, daß Kultur immer noch Entzweiung, nämlich Entmythologisierung und Entzauberung bedeutet.

Es fehlen natürlich auch nicht die Reflexionen zu zwei Themen, die, zumindest in den letzten Jahren, über die eigentlichen Fachgrenzen hinaus diskutiert wurden: Herbert Schnädelbach befaßt sich mit Foucaults vermeintlich antihumanistischem Diktum vom „Tod des Menschen“, Hans Ulrich Wehler mit der nicht zuletzt durch die „Historikerdebatte“ provozierten Frage nach den erkenntnisleitenden Interessen der Geschichtswissenschaft, die er als politische, bewußt Partei nehmende Wissenschaft in den Traditionen der Aufklärung verankert sehen will. Er plädiert entschieden sowohl gegen die ausschließliche Konzentration auf Detailfragen einer sich selbst genügenden Quellenforschung als auch gegen den Rückzug auf eine „Mentalitätengeschichte“, für Wehler gleichbedeutend dem „apolitisch-sympathisierenden Nachempfinden authentischer Gefühle und Lebenssituationen“.

Die hier von mir herausgegriffenen Texte vermitteln natürlich nur ein sehr oberflächliches Bild von der Vielzahl der Themen, die in diesem Band diskutiert werden.

Aber auch unterstellt, die Bedingungen für das kontrafaktische Modell einer idealen Lesesituation wären zumindest annähernd erfüllt, also Zeit, Neugier und vor allem Lust am Rezipieren im Sinne eines sich auf den Text Einlassens seien in ausreichendem Maße vorhanden, selbst dann ist der

erste Eindruck, den dieser Band vermittelt, buchstäblich erschlagend.

Das liegt nun nicht an seiner Dickleibigkeit, sondern daran, daß über das Inhaltsverzeichnis und die Allgemeinheiten der Vorbemerkung hinausgehende Informationen, etwa nach welchen Kriterien die Aufsätze ausgewählt und angeordnet wurden und welche Verweisungszusammenhänge untereinander und nicht zuletzt zur Theorie von Habermas bestehen, vergeblich gesucht werden. Das darf aber erwartet werden von einem Werk, das offensichtlich den nicht gerade unbescheidenen Anspruch verfolgt, als eine Art Diskussionsforum möglichst umfassend Strömungen und Tendenzen zeitgenössischer Philosophie und Gesellschaftstheorie zu Wort kommen zu lassen. So hat es fast den Anschein, als sei hier ein Band entstanden, der, geschmückt mit vielen bekannten Namen, es allen recht machen will und deshalb Vielfalt mit Beliebigkeit verwechselt.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, warum nicht ein einziger der zahlreichen englischsprachigen Aufsätze ins Deutsche übertragen wurde, obwohl es doch genug kompetente Übersetzer gibt? Ausweis von Internationalität oder schlicht zu viel Aufwand?

Ein Strukturierungsmerkmal innerhalb des Bandes gibt es gleichwohl, und das soll hier auch keinesfalls unterschlagen werden: die Unterteilung in die drei übergeordneten Themenkomplexe „Philosophische Analysen“, „Probleme und Elemente der Gesellschaftstheorie“ und „Zeitdiagnostische Perspektiven“. Innerhalb dieser Schwerpunkte folgt die Anordnung der Aufsätze dann aber keiner inhaltlichen Linie. Es wird kein thematischer Zusammenhang hergestellt, sondern Kriterium ist die alphabetische Rangordnung der Autoren, also Apel unter A, Wellner unter W usw., gedacht vielleicht als eine Art Aufwärmübung für das Abstraktionsvermögen des Lesers.

Alles in allem gibt es, so glaube ich, nur eine Möglichkeit der „paradiesischen Fülle“ der Texte Herr zu werden: durch eine Lektüre mit dem „Mut zur Lücke“, mithin durch die subjek-

Axel Honneth, Thomas McCarthy, Klaus Offe und Albrecht Wellmer (Hrsg.): *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, 1989, 339 S., Ln., DM 98,-

tive Auswahl von Texten, entsprechend der eigenen Interessenlage. So verfahrens, möchte ich auf die folgenden Aufsätze etwas näher eingehen, unter dem Aspekt, welche Defizite eine einseitig verstandene Rationalisierung (die Hypostasierung kognitiv-instrumenteller Rationalität) zu gegenwärtigen hat.

Peter Bürger untersucht das Verhältnis von Kunst und Rationalität anhand der Dialektik des künstlerischen Formbegriffs (konkretisiert am Beispiel von Symbol und Allegorie), in dem sich in der Bearbeitung des Materials und im mimetischen Impuls Rationalität und Irrationalität verschränken. Die Versuche, Kunst vollends dem „modernen Handlungsparadigma der Rationalität“ unterzuordnen, betrachtet Bürger aber als gescheitert. Brecht und Benjamin, beides Autoren, die durch eine konsequente Negation des kultischen und auratischen Charakters der Kunst deren Rationalisierung weitertreiben wollten, konnten ihre Vorstellungen, so Bürger, nicht widerspruchsfrei durchsetzen. Brecht, weil er mit seinen Stücken und Erzählungen eben nicht nur die pädagogisch motivierte Illustration politischer Theorie vorführte, sondern, paradigmatisch in den „Geschichten von Herrn Keuner“, die Widersprüche im Prozeß des Lehrens selbst, der dann seinerseits interpretiert wird, darstellt. Benjamin, weil er den Möglichkeiten der technischen Reproduzierbarkeit des Kunstwerks, und dem damit einhergehenden Verlust seiner Aura, ambivalent gegenüber stand.

Die neuen technischen Möglichkeiten implizierten beides: Emanzipation vom Ritual und Zerstörung einer spezifischen ästhetischen Erfahrung. Wenn, wie Benjamin in den Baudelaire-Studien schreibt, „Die Aura einer Erscheinung erfahren, heißt, sie mit dem Vermögen beehren, den Blick

aufzuschlagen“, dann ist damit gemeint, durch das Sich-Verlieren in der Objektivität des Kunstwerks dieses zum Sprechen bringen zu wollen. Das wäre das unverzichtbare mimetisch-intuitive Element im Prozeß des Kunstverstehens, jenseits von rational-kalkulierender Vernunft. In diesem Sinne und in der Tradition von Adornos „Ästhetischer Theorie“ (der die Möglichkeiten der technischen Reproduzierbarkeit übrigens skeptischer einschätzte als Benjamin) geht auch Bürger davon aus, „daß ästhetische Erfahrung des auratischen Moments nicht völlig entraten kann“.

Einem ganz anderen Thema widmet sich Ernst Tugendhat: Er stellt aus der Perspektive der analytischen Philosophie die interessante Frage, ob die Philosophie, der es, im Gegensatz zu den meist generalisierenden Aussagen der Wissenschaften, um Begriffsklärungen und um die Totalität des menschlichen Verstehens geht, eine Methode hat. Während die „forschende“ Wissenschaft die Welt mit logisch-empirischen Regeln zu erklären versucht, hat sich die Philosophie mit Begriffen herumzuschlagen, die „zur Bedingung der Möglichkeit der Erfahrung gehören“ und somit für unsere Lebenswelt konstitutiv sind.

Konkret gemeint sind damit jene Begriffe, die wir zwar immer schon mehr oder weniger intuitiv verstehen und anwenden, nicht aber angemessen zu erklären oder zu rechtfertigen vermögen. Als anschauliches Beispiel hierfür nennt Tugendhat den Begriff der Zeit, der zwar allgemein verstanden und in der Regel auch richtig verwandt, aber auf Nachfrage nur schwer zu definieren ist. Die einzig sinnvolle Methode einer sich als kommunikativ verstehenden Philosophie sieht Tugendhat in der auf Wittgenstein basierenden Sprachanalyse, die davon ausgeht, „daß jeder Begriff in der Verwendungsweise eines sprachlichen Ausdrucks besteht“, Begriffe also durch die Erklärung der Verwendungsweise von Worten zu klären sind. Nur indem ich einen Ausdruck richtig anwenden kann und dessen Verwendungsweise jemandem, der dieses Wort noch nicht kennt, plausibel erklären kann, so daß er es danach regelgerecht anzuwenden

weiß, vermag ich die bisher intuitive in eine mir und den anderen gegenüber rational gerechtfertigte Verfügungsweise über diesen Ausdruck zu verwandeln. Tugendhat kann alle der von ihm selbst angeführten Einwände gegen die sprachanalytische Methode, sie biete zu einfache Lösungen, verstecke sich hinter dem sprachlich Vorgegebenen und reduziere die Philosophie zu einer Hilfsdisziplin der Linguistik, theorieimmanent schlüssig widerlegen. Trotzdem bleibt die allerdings eher grundsätzliche Frage, ob bei der streng logisch und rational vorgehenden Sprachanalyse nicht ein Aspekt von Philosophie, das „Denken gegen den Strich“, das Denken in Brüchen und Widersprüchen, auf der Strecke bleibt. Die „andere Seite“ von Philosophie: das wäre dann der zwar mit Begriffen, aber gleichzeitig qua unreglementierter subjektiver Erfahrungsoffenheit über diese hinausgehende Versuch, Möglichkeiten des nicht-identifizierenden und nicht-klassifizierenden Denkens auszuprobieren. Das antizipierende Moment einer auf Erfahrung sich stützenden Erkenntnis wäre nicht diffuse Irrationalität, sondern das dialektische Verwiesensein des Begriffs auf sein Gegenüber, auf den sinnlich-materiellen Ausdruck von Philosophie. Habermas selbst hat in einem Interview das Ziel dieses Philosophierens folgendermaßen charakterisiert: „das Besondere als das Verletzte, Ungreifbare, als das Opfer, das aus jedem diskursiven, identifizierenden Zugriff des Denkens herausfallen muß“, retten zu wollen.

Hans-Georg Gadamer's Beitrag über das Verhältnis zwischen Kultur und Medien knüpft an die Diagnose von der zunehmenden Unfähigkeit, Unkalkulierbares und Fremdes verstehen und erfahren zu wollen, an und diskutiert die politisch-kulturellen Folgen. Die sehr allgemeine und nicht gerade neue Erkenntnis, daß in einer Welt der Medien und des mehrheitlich ungebrochenen Technikoptimismus der Wunsch nach Spontaneität und Unmittelbarkeit immer größer und gleichzeitig immer unerfüllbarer wird, konkretisiert Gadamer dahingehend, daß er kaum noch Möglichkeiten sieht, unzensierte und unberechenbare

Erfahrungen machen zu können, die sich dadurch auszeichnen hätten, daß sie Andersartigkeit und Fremdheit nicht als primär bedrohlich zwanghaft ausgrenzen müßten.

Die Dominanz instrumentellen und zweckrationalen Denkens auch in kommunikativ strukturierten Lebensbereichen und die Apotheose des Messens, Zählens und Abwägens als einzig legitime wissenschaftliche Methoden hat zu einer totalen Bürokratisierung und Normierung kulturellen und sozialen Lebens geführt. Kultur als bürokratische Einrichtung muß aber logischerweise das Beharren auf der Subjektivität des Wahrnehmens und Erlebens, die beunruhigende Emanzipation von normenregulierten Handlungsschemata zugunsten selbstbestimmter Identitätswürfe oder allgemein die Unwägbarkeiten gegenkultureller Strömungen verneinen. Sie wird zum Erfüllungsgehilfen neokonservativer Strategien: Kultur als Kompensator für die Sinn- und Legitimationsverluste einer allumfassenden ökonomischen und administrativen Rationalisierung, durch den Rekurs auf Tradition, Autorität oder, wenn es sein muß, auf eine religiös verankerte Sittlichkeit. Nichts anderes will der konservative Populismus, der der Kultur wohlwollend gegenübersteht, solange sie „Orientierungen“ liefert und sich um die „Schadensbegrenzung“ einer sinnentleerten Wirtschaftsdynamik kümmert. Das Schwergewicht dieser Definition von Kultur liegt auf ihrer ausschließlich gesellschafts- und sozialintegrativen Rolle, mit der sie selbst zum Büttel politischer Herrschaft wird.

Die Eindimensionalität einer Kultur, die zweckrationales Funktionieren zum konkurrenzlosen Prinzip erhebt und Vernunft nur unter dem Blickwinkel instrumenteller Verfügung über Natur und andere Menschen sehen kann, verfällt selber wieder der Natur, die sie zu beherrschen glaubt.

Notwendig wäre es, die verdrängten und vergessenen „die verloren gegangenen“ Anteile der neuzeitlichen Vernunftgeschichte „ins richtige Licht“ zu rücken. Dieses „Andere der Vernunft, das ist inhaltlich die Natur, der menschliche Leib, die Phantasie, das

Begehren, die Gefühle – oder besser: all dieses, insoweit es sich die Vernunft nicht hat aneignen können“ (Hartmut Böhme/Gernot Böhme, *Das Andere der Vernunft*, Frankfurt a. M., 1983).

Daß „Aufklärung über Aufklärung“ keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des Vernunftbegriffs impliziert, müßte immer wieder von neuem klargemacht werden. Dazu hat dieser Band, trotz aller Mängel, beigetragen.

*Stefan Zarges*

## Laboratorium der Moderne

Karl Schlögels Buch darf zu den beeindruckendsten Studien des vorrevolutionären Rußland gezählt werden. Der Titel deutet an, daß hier ein Blick über die Zäsur des Jahres 1917 hinweg geworfen wird, zurück auf ein dynamisches Jahrzehnt bürgerlicher Entwicklung und Kraftentfaltung, ein Jahrzehnt ungestümen, experimentierenden kulturellen und zivilisatorischen Fortschreitens, das mit der Machtergreifung der Bolschewiki sein jähes, gewaltsames Ende fand.

Das alte Rußland war nicht nur morsch, unbeweglich und zum Untergang verurteilt. Dies gilt für die Staatsform und die anachronistische Gutsbesitzerklasse vor allem. Doch unter der bleiernen Decke der zaristischen Selbstherrschaft war eine moderne Gesellschaft im Entstehen begriffen, eine zivile Gesellschaft. Darunter versteht Schlögel die Herausbildung einer vom Staat unabhängigen Sphäre wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens, die Entstehung autonomer Vertretungsorgane und besonders eines öffentlichen Raums der Meinungsbildung und Selbstreflexion.

Diese Modernisierungsbewegung konzentrierte sich auf die Hauptstadt St. Petersburg. Ein reges geistiges und kulturelles Leben sowie eine imponierende Stadtplanung ließen Petersburg nach 1905 in die Reihe der interessantesten Metropolen des Kontinents aufrücken. Doch die Blüte währte nur kurz: Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg, dazu die Verlegung der

Hauptstadt Sowjetrußlands nach Moskau gleich 1918, unterbrachen den Aufstieg der Stadt zu einem Kristallisationsort bürgerlich-ziviler Kultur. Entscheidender jedoch als die zerstörerischen Einwirkungen von außen, durch Revolution und Bürgerkrieg, durch Plünderung und Entvölkerung, war die Ausschaltung derjenigen gesellschaftlichen Schichten, die die Modernisierung Petersburgs getragen hatten. Indem die neue Macht nicht nur die Klasse der Industriellen und Kaufleute eliminierte, die materielle Produktivität und Arbeitskultur vorangetrieben hatten; indem sie auch die Autonomie der Intelligencija zerstörte, zerschnitt sie den Lebensnerv der Stadt.

„Wer den Prozeß der russischen Revolution studiert, wird zum Zeugen nicht nur einer großen Befreiungs- und Aufstiegsbewegung der Massen, sondern er sieht zugleich, daß in dieser Bewegung (...) die Resultate einer jahrhundertelangen kulturellen und zivilisatorischen Arbeit eliminiert werden. (...) Das Neue wurde nicht nur um den Preis der Zerstörung des Alten erkaufte, sondern – weit wichtiger – um den Preis eines anderen Neuen: den Anfänge einer modernen, bürgerlich-zivilen Gesellschaftsbildung“ (S. 391). Der Aufbau der Sowjetunion ist in Schlögels Worten eine „Modernisierung ohne Moderne“, eine „Zivilisierung ohne die Elemente einer zivilen Gesellschaft“ (S. 11).

Die Revolution verwandelte – und die Folgen dessen wirken bis heute nach – einen Gesellschaftskörper, der sich gerade zu differenzieren begann, zurück in ein nivelliertes „Volk“, in eine „Masse“. „Sie zerstört die gesellschaftlichen Mechanismen der Vermittlung, die Organisationsformen, in denen sich gesellschaftliche Gruppen artikulieren und somit überhaupt erst zu einem Konsens finden können; sie zerstört die gesellschaftspolitische Infrastruktur“ (S. 422).

Petersburgs rasante Entwicklung zu einer Zweimillionenstadt ist am ehesten mit der Expansion Berlins zu vergleichen. Die Zuwanderung von anderthalb Millionen Menschen innerhalb von vierzig Jahren drohte die Stadt schier zu ersticken und ihre

Funktionsfähigkeit zu überlasten. Das Hineinströmen so vieler neuer Einwohner vom Land zu den neuen Arbeitsstätten, die Industrie und Gewerbe boten, führte auch zu einer Veränderung des Charakters von Petersburg: es wurde aus einer Residenzstadt, aus einer Stadt der Beamten und Militärs, zu einer Wirtschafts-, Verkehrs- und Zivilistenstadt; Banken, Warenhäuser, Hotels waren die neuen „Paläste“, die den Prozeß der Verbürgerlichung im Stadtbild dokumentierten. Schlögel hält es nicht für zufällig, daß dabei ein neoklassizistischer Baustil vorherrschend wurde, nämlich als Ausdruck des Bestrebens, das Gesicht des damals vor sich gehenden Modernisierungsschubs „kraftvoll zu gestalten, indem man ihm die Züge einer glanzvollen Epoche (der Vergangenheit) aufprägt. Der Neoklassizismus ist kein bürgerlicher Stil, sondern der Stil einer aristokratischen Welt, die bürgerlich *wird*, oder einer Welt, die sich ein aristokratisches Gesicht geben muß, weil sie *noch nicht bürgerlich genug geworden ist*“ (S. 53).

---

Karl Schlögel: *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne – Petersburg 1909 – 1921*, Berlin: Siedler, 1988, 542 S., DM 58,-

---

Es waren die Bolschewiki, denen der Umstand zugute kam, daß diese Welt noch nicht bürgerlich genug geworden war, daß der Boden demokratischer Kultur immer noch dünn war, und vor allem, daß das zaristische Regime jegliche grundlegenden Reformen blockierte. In solchen Situationen ist eine reformerische Mitte naturgemäß schwach und obendrein beiden Extremen suspekt. Die Mehrheit des Volkes und der Intelligencija, die den ideologisch-aufklärerischen Motor der antizaristischen Bewegung darstellte, zählte sich zum Lager der Revolution, weil nur der Sturz eines reformunfähigen Systems eine Deblockierung von Fortschritt und Entwicklung in Rußland einleiten konnte. Doch problematisch und folgenreich wurde die Polarisierung von intransigentem Macht und radikaler Opposition in der Hinsicht, daß diese Opposition sich spie-

gelbildlich zu dem von ihr bekämpften System formte. Der Sturheit der Macht entsprach der Maximalismus und Rigorismus der Revolutionäre, die Opposition war im wesentlichen negativ bestimmt; Befreiung erschien zuallererst als Akt der Zerstörung der alten Ordnung. Von weitsichtigen Zeitgenossen wurde die darin angelegte Gefahr erkannt: „Die Feinde des Absolutismus sind selber vom Absolutismus durchtränkt und in seinem Geist erzogen. Sie haben die Gewalttätigkeit und die Willkür jenes Regimes, das sie bekämpfen, in ihre Psyche aufgenommen“, warnte der Liberale Alexander Izgoev. Und Semen Frank mahnte: „Literatur, Kunst, Wissenschaft, Religion degenerieren, wenn der Kampf gegen fremde Ansichten die selbständige schöpferische Erarbeitung neuer Ideen verdrängt“ (S. 403, 80).

Dies war eine Warnung vor dem Absolutsetzen der oppositionellen Haltung, ein Plädoyer für aufbauende Kulturarbeit und die Errichtung demokratischer, zivilisatorischer Grundlagen schon unter dem alten Regime. Izgoev erblickte folglich in den Semstwo-Organen, d. h. in der ländlichen Selbstverwaltung, die entscheidende Kulturerrungenschaft Rußlands. Über die Semstvos kamen Aufklärung und Kultur auf das weite Land: der Agronom, der Landvermesser, der Lehrer, der Feldscher. „Damit ist die elementarste Schicht angesprochen, von deren Ausbildung Izgoev die Gesamtbewegung einer gesellschaftlichen und politischen Organisation und Artikulierung der Gesellschaft abhängig macht: die Hebung des Kulturniveaus in ihrer unspekulären, alltäglichen Bedeutung“ (S.406).

Solche Konzepte wurden in einer großen Debatte unter der Intelligencija im Jahre 1909 vehement abgelehnt: was konnte diese Arbeit im Kleinen angesichts der Größe der Aufgaben der Revolution und angesichts der Unbeweglichkeit der Macht schon bedeuten? Die Tendenzen der „Prinzipienfestigkeit“, des Rigorismus und Maximalismus obsiegten mit scheinbarer Leichtigkeit in dieser Kontroverse: die aktuellen Verhältnisse schienen ihnen recht zu geben.

Die Probleme stellten sich hinterher ein. Zwar gelang es Lenin, das Versagen der alten Ordnung und die Unreife der zivilen Gesellschaft für den Machtwechsel zu nutzen, doch dann beschäftigte ihn, nachdem der neue Staat errichtet war, nichts mehr als die Sorge, wie ihm ein tragfähiges Fundament geschaffen werden könne, das heißt, wie das allgemeine Kulturniveau in Sowjetrußland gehoben werden könne. Manche seiner Formulierungen gleichen hier denen Izgoevs, gegen den Lenin einst polemisiert hatte: „dringende Kleinarbeit“ sei vonnöten, „um das Niveau eines gewöhnlich-zivilisierten westeuropäischen Staates zu erreichen“.

Aber gerade weil das Sowjetregime alle jene nicht tolerieren konnte, die ihm gegenüber distanziert und autonom blieben, beraubte es sich selbst der Mitarbeiter für die Arbeit der Zivilisation. Die Sowjetmacht schaltete alle unabhängigen Antriebskräfte des Modernisierungsprozesses aus, so daß in der Konsequenz der Staat die Initiative übernehmen mußte. Die begonnene Differenzierung der Gesellschaft wurde für lange Zeit verschüttet.

Unter anderen Bedingungen steht die Sowjetunion heute erneut vor der Aufgabe, die Strukturen des Systems zu modernisieren, und ohne die Anerkennung der Autonomie der Gesellschaft, ohne die Befreiung des gesellschaftlichen Lebens aus der Herrschaft des Staates wird sie ihr Ziel nicht erreichen. Und was für den Gesellschaftskörper gilt, eröffnet auch Chancen für das traditionsreiche Petersburg:

„Der Prozeß der Urbanisierung, der Herausbildung einer spezifischen Stadtkultur, der mit dem Erlöschen Petersburgs aussetzte, muß noch einmal unter veränderten Bedingungen aufgenommen werden. Auch die Sowjetunion wird ohne die Stadt, diese ‚Kulmination einer jeden geschichtlichen Epoche‘, nicht auskommen. Moskau steht noch bevor, was Petersburg bereits an sich erfahren hatte, und Petersburg steht bereit für die Wiederaufnahme eines Prozesses, der abgebrochen wurde, bevor er zur Reife gekommen war“ (S. 64).

Jürgen Baumgarten

## Ist die Frauenforschung zu überblicken?

„Eine Art Momentaufnahme in bilanzierender Absicht“, dies ist die im knappen Vorwort artikuliert Intention der Herausgeber Ursula A.J. Becher und Jörn Rüsen des Sammelbandes „Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive“, 1988 bei Suhrkamp in Frankfurt als Taschenbuch erschienen. Der Blick zurück und die Bestandsaufnahme gelten den Anfängen der Frauenforschung, den neu entwickelten Fragestellungen als Folge der Frauenbewegung in bezug auf die Geschichtlichkeit der Frau. Sich ihrer Geschichtlichkeit bewußt zu werden, war und ist ein fundamentaler Schritt hin zur Identitätsfindung und Subjektivität der Frau. Die Frauenforschung hat hier bislang wesentliche Pionierarbeit geleistet. „Geschlecht“ wird nicht mehr in erster Linie als biologische Kategorie zugrundegelegt, sondern wie die Klassenzugehörigkeit, in einen umgreifenden Zusammenhang gestellt.

---

*Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive, hrsg. v. Ursula A.J. Becher/ Jörn Rüsen, Frankfurt: Suhrkamp, 1988, 549 S., DM 28,-.*

---

Dies ist die Ausgangsposition der 20 Beiträge des Bandes, die, angefangen bei der Altertumforschung über das Früh-, Hoch- und Spätmittelalter zur Neuzeit – für die die Quellenlage erheblich günstiger ist – bis hin zu geschichtstheoretischen Reflexionen über die umstrittene Kategorie Subjektivität im traditionellen Wissenschaftsdiskurs, einen Überblick zum derzeitigen Stand der Frauenforschung bieten wollen. Erklärte Absicht dieser Präsentation ist es, „nationale Beschränkung“ zu vermeiden. Hier allerdings zeichnet sich ein Mangel des versuchten Überblicks ab: Zwar ist der Anspruch nach Internationalität insofern gewahrt, als auch Beiträge von Brasilianerinnen, einer Amerikanerin und einer Engländerin aufgenommen sind, doch in bezug auf den Gegenstand und die Quellenforschung wird

Internationalität mit auffallend wenigen Ausnahmen gemieden. Gravierend scheint mir das weitgehende Ausblenden der Bereiche Frankreich und Italien, wo die Frauenforschung eine maßgebende Entwicklung vollbracht hat (nur zwei Namen, z. B. Luce Irigaray, Rossana Rossanda). Dieser Mangel, geht es doch um ein Vorstellen von Grundproblemen, wird auch nicht dadurch behoben, daß der Sammelband insgesamt der Geschichte als sinngebender Chronologie folgt.

Gewiß sind, wie auch die Herausgeber betonen, über die Erfolge der Frauenforschung nicht die Defizite zu übersehen: doch hat die engagierte Arbeit der Forscherinnen (und wenigen Forscher) so reiche Früchte getragen, daß allein ein repräsentativer Überblick zu deutschen Forschungsergebnissen einen Band gefüllt hätte. In der hier getroffenen Auswahl entsteht allerdings leicht der Eindruck der Beliebigkeit und Zufälligkeit; die Auswahlkriterien werden nicht klar. Eine Fülle interessanter Einzelstudien, interdisziplinär zusammengefügt – Geschichtswissenschaft, Kunstgeschichte, Germanistik, Romanistik –, die jede für sich der Diskussion wert ist, wird hier dargeboten, jedoch kein zusammenhängender Diskurs. Denkbar wäre als Konzeption eines Sammelbandes z. B. gewesen, die verschiedenen historischen Epochen jeweils in einzelne kommentierte Kapitel zusammenzufassen, um die suchenden LeserInnen mit gemeinsamen Grundproblemen zu konfrontieren. In der vorliegenden Konzeption ist der Band eher ein Angebot an die LeserInnen, sich den ein oder anderen vielversprechenden Titel auszusuchen; so wird der Band zu einem Angebot, dessen Zugang in erster Linie einem bereits informierten Lesepublikum möglich ist. Das scheint mir eine vertane Chance zu sein, denn bei aller Genugtuung über die Erfolge der Frauenforschung, darf doch nicht übersehen werden, daß ihre Ergebnisse und Forderungen bislang keineswegs im Wissenschaftskanon verankert worden sind.

Mit dem Sozialhistoriker Bodo von Borries, der 1985 gleichfalls eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse wagte, ist festzustellen, daß „eine eigentliche

Durchsetzungskampagne in der Öffentlichkeit noch gar nicht geführt wurde“; noch immer klammert „die überwältigende Mehrheit der Historiker durch ihre Anthropologie, ihre Sprache, ihre Voraussetzungen, ihr Weltbild die Frau als gleichberechtigtes menschliches Wesen automatisch aus“ (v. Borries). Um so bemerkenswerter ist darum die von dem Historiker Rüsen im letzten Beitrag des Bandes formulierte Forderung nach mehr Parteilichkeit und einem radikaler Bruch mit dem traditionellen Objektivitätsbegriff der Geschichtswissenschaftler, der die Lebenserfahrungen von Frauen als subjektiv abqualifiziert. Die Parteilichkeit männlich geprägter Wissenschaft führt ihre eigenen Argumente gegen die Frauenforschung, so Rüsen, ad absurdum. Jedoch müsse auch der Autonomiebegriff der feministischen Forscherinnen problematisiert werden, wenn ein männliche Wissenschaftler ausschließe und damit weiter eine Separationspolitik zu Lasten eines demokratischen Pluralismus verfechte.

So bietet der Band konsequenterweise auch Beiträge von Wissenschaftlern, von denen es aber nur Rüsen und der Mediävist Werner Affeldt für wichtig halten, ihren Part in diesen: Diskurs um weibliche Geschichtlichkeit zu reflektieren. Vor allem für der Bereich Altertum und Mittelalter scheint es noch vordringliche Aufgabe zu sein, Wissenslücken zu füllen, was zudem durch die Quellenlage, d. h. die männlich geprägte, meist klerikale Berichterstattung, erschwert wird. Erst für die Neuzeit lassen sich zahlreichere Quellen von Frauen erschließen, die weitergehende Interpretationen möglich machen. Aber erst eine radikale Methodenkritik, die eine Herausforderung an die Geschichtswissenschaft darstellt, eine Perspektive, die die Alt-historikerin Beate Wagner-Hasel aufzeigt, ist geeignet, den erstarrten Wissenschaftsbegriff in Frage zu stellen. Im Kontext der in den letzten Jahren sich als immer dringlicher gezeigten Bedeutung der Frauenforschung, nicht nur im akademischen Bereich, ist dieser Sammelband sicher ein Beitrag. Frauenforschung an den Universitäten einen größeren Stellenwert und da-

nit die Voraussetzungen einer Kontinuität zu gewähren, wie das bislang leiler viel zu wenig der Fall war.

Ruth Jung

## La guerre est finie

Der Krieg ist aus. Und zwar endgültig. Jorge Semprun, der heutige Kulturminister Spaniens, hat diesen Krieg an allen Fronten und in allen Positionen miterlebt, als Handelnder und als Erleidender, und es gibt wohl kaum einen zeitgenössischen europäischen Schriftsteller von Rang, der authentischer als er über die Kriege und Bürgerkriege des 20. Jahrhunderts berichten könnte. In gut einem halben Dutzend Romanen – von *Die große Reise über Was für ein schöner Sonntag bis zu Algarabia* – hat Semprun, ein unbestechlicher Augen- und Zeitzeuge, die blutigen Dramen des europäischen Kriegsschauplatzes rapportiert.

In seinem jüngsten Roman, *Netschajew kehrt zurück*, traktiert der französisch schreibende Spanier einen aktuellen Aspekt des Krieges, den internationalen Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre. Das – wie immer bei Semprun höchst kunstvolle – Arrangement des Romans, das den Leser zu großer Konzentration zwingt, konfrontiert uns mit einem Fünfeck aus Personen, die Anfang der siebziger Jahre beschlossen hatten, in den Untergrund zu gehen und den bewaffneten Kampf gegen die bestehende Gesellschaft aufzunehmen. Doch bevor es so richtig losgeht mit den terroristischen Aktivitäten, erkennen vier von den jungen Leuten die Falschheit ihrer gesellschaftlichen Analyse und die Sinnlosigkeit des bewaffneten Kampfes – sie steigen aus und etablieren sich mit einigem Erfolg im bürgerlichen Leben. Nur einer, Daniel Laurençon, der in Reminiszenz an den russischen Anarchisten den nom de guerre Netschajew führt, weigert sich, auszusteigen. Weil er insofern eine Gefahr für seine reumütigen und rückkehrwilligen Genossen darstellt, beschließen diese, Netschajew zu „neutralisieren“, d. h. ihn umbringen zu lassen. Ir-

gendwo in Lateinamerika ereilt ihn, so glauben zumindest die in Paris zurückgebliebenen Genossen, sein tödliches Schicksal.

---

*Jorge Semprun: Netschajew kehrt zurück. Übersetzt von Eva Moldenhauer. Berlin: Rotbuch Verlag, 1989, 350 S., l.n., DM 38,-.*

---

Aber Netschajew ist nicht tot, er kehrt zurück. Diesmal freilich unter verkehrtem Vorzeichen. Nachdem er jahrelang in international operierenden terroristischen Organisationen tätig war, hat schließlich auch er eingesehen, daß der Terrorismus die verblendetste Form ist, die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft aufzulösen. Während einer geheimen Mission in Israel hat er diese Lektion begriffen. In einer Buchhandlung in Tel Aviv entdeckt er zufällig ein Buch von Jean Genet, *Ein verkehrter Gefangener*. „Hell wie ein Blitz des Gedächtnisses und der Erkenntnis“, heißt es bei Semprun, bringt diese Entdeckung einen langen Weg der Bewußtwerdung bei Netschajew zum Abschluß: „Die Tatsache, daß man in Tel Aviv ein Buch kaufen konnte, das wild und leidenschaftlich für die Palästinenser Partei ergreift, . . . diese Tatsache schien Daniel den Erfolg Israels zu symbolisieren, seinen Geist, seinen Unterschied zu allen anderen Ländern der Region.“

Netschajew, alias Daniel Laurençon, kehrt also zurück – in einem doppelten Sinne: als vermeintlich Toter zu den Lebenden und als abtrünniger Terrorist in die begehrte Normalität der bürgerlichen Gesellschaft. Mit seiner von niemandem erwarteten Rückkehr nach Paris setzt er ein turbulentes Verwirrspiel von Verfolgungsjagden, Mordanschlägen und polizeilichen Fahndungsaktivitäten in Gang, dessen Auflösung hier nicht verraten werden soll.

Wie die meisten Romane Sempruns trägt auch dieser autobiographische Züge. In der Figur des Hauptkommisars Marroux, der während der deutschen Besatzung in der Résistance kämpfte und später „aus Liebe zur Philosophie“ Polizist geworden ist, wie in der des Schriftstellers Elie Sil-

berberg, der Terrorist werden wollte, sich dann aber damit begnügt, Bücher über den Terrorismus zu schreiben, porträtiert Semprun ein Stück weit sich selbst. Die „Botschaft“ seines Romans, wenn man so will, ist denkbar simpel: Alle politischen Theorien (und die aus ihnen sich ableitenden Praxisformen), die eine bloß taktische Beziehung zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft unterhalten, die Gewalt als ein legitimes Mittel zur Überwindung dieser Gesellschaft propagieren, verstricken sich in den Widerspruch, daß die politischen Zwecke hinter die Mittel zu ihrer Durchsetzung zurücktreten und durch letztere pervertiert werden. An einer Stelle seines Buches zitiert Semprun den französischen Philosophen Emmanuel Lévinas: „Die Hand, die zur Waffe greift, leidet gewiß an der Gewalt dieser Geste. Das Betäuben dieses Schmerzes bringt den Revolutionär an die Grenze des Faschismus.“

Daß Sempruns Roman nicht ins Klischeehafte und Triviale abrutscht, verdankt sich nicht zuletzt dem Umstand, daß seine Protagonisten – gebildet, wie sie sind – sich mit großem Ernst an jenen Gestalten und Theorien abarbeiten, bei denen es, gewissermaßen in den Fluchtlinien des bolschewistischen Revolutionsmodells (vom eschatologischen Avantgardismus der kommunistischen Parteien bis hin zum blinden Absolutheitsdenken der Stadtguerilla), um die großen linken Themen des 20. Jahrhunderts geht: um Revolution und Reform, um Gewalt und Verrat, um Dazugehörigkeit und Renegatentum. An den zentralen Punkten von *Netschajew kehrt zurück* rasonieren die Romanfiguren über Paul Nizans *Die Verschwörung*, über Marguerite Duras' *Der Schmerz* und über Daniel Cohn-Bendits *Wir haben sie so geliebt, die Revolution*. Semprun läßt keinen Zweifel daran, wem seine Sympathien gehören: dem Revolutionär, der, aus Realismus und Menschlichkeit klug geworden, sich von der „letzten Gewißheit“ verabschiedet hat. „Von allen Überlebenden von '68“, heißt es über Cohn-Bendit, „war er der intelligenteste, derjenige, dem es am besten gelungen war, sich von dem einstigen Wahn zu distanzieren und

dennoch dem rationalen Kern dieses Wahns treu zu bleiben.“

Sicher muß man es nicht so sehen. Daß aber dieser Satz Sempruns nicht bloß politische Folklore ist, hängt mit der Biographie des Mannes zusammen. Semprun hat im Laufe seines Lebens alle Stationen eines kommunistischen Militanten durchlaufen, von der Résistance bis ins deutsche KZ, vom illegalen Kampf gegen den Frankismus bis zu den Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus in den siebziger Jahren. Nur weil er diesen langen Weg selber gegangen ist, mit all seinen Verwicklungen und Widersprüchen – die er in seinen früheren Romanen ziemlich schonungslos, auch gegen sich selbst, geschildert hat –, darf Semprun heute seine Autorität in die Waagschale werfen und deklarieren, der Krieg sei aus. Sein jüngster Roman ist so etwas wie das politische Testament seiner Existenz, die unter den historischen Kommunismus mit seiner Gewaltretorik und -praxis einen endgültigen Strich gezogen hat.

Gleichwohl spürt der Leser bei der Lektüre des Romans, wie schwer es seinem Autor fällt, sich von überkommenen Erfahrungsmustern zu emanzipieren. *Netschajew kehrt zurück* ist ein sehr Semprunsches, ein sehr männliches Buch. Sempruns Faible für alles Klandestine, für Helden, die im Untergrund agieren und mit falschen Pässen reisen, ist ungebrochen – Erbschaft einer Biographie. Männlich verdient der Roman aber auch deshalb genannt zu werden, weil sein weibliches Personal in einer Weise eingeführt wird, die sich nicht anders denn als machistisch charakterisieren läßt. Alle Frauenfiguren bei Semprun sind attraktiv langbeinig, jung und jederzeit bereit, sich für die männlichen Protagonisten hinzulegen. Sie bewirken nichts Eigenes, sondern stehen im Schatten jener (sportlichen) Männer, „die Geschichte machen“. Das ist ebenso peinlich wie langweilig.

Zum Glück ist Sempruns Politkrimi aber ansonsten so gut ausgedacht und in Szene gesetzt, daß man über derlei männliche Eitelkeiten hinweglesen kann.

Hans-Martin Lohmann

## Von der Deutschland-Politik zur DDR-Politik?

Wilhelm Bruns legt – einmal mehr – ein Buch vor, ein Buch mit weiterführenden Gedanken zur staatlich-politischen Entwicklung in Deutschland, ein Buch, das allerdings auch ein konzeptionelles Fundament offenbart und dieses wieder und wieder legitimiert: Die Normalisierung im Verhältnis zur DDR auf staatlicher Ebene hat den Vorrang vor der Einheitsperspektive für die Deutschen. Damit zeigt Bruns auf die politische Handlungsebene, den begrenzten Spielraum für deutsch-deutsche Politik, der exakt Kapitel für Kapitel vorgeführt wird: Präzise, mit wissenschaftlicher Genauigkeit und Sprache, mit Sinn für die historische Dimension der deutschen Nachkriegspolitik von 40 Jahren leitet er uns zu dem Ergebnis, daß im ausgehenden 20. Jahrhundert die deutsche Frage mehr denn je im Interesse der großen Mächte, ein internationales Politikum ist.

Egon Bahr stellte das Buch in Bonn vor und meinte rundheraus, man brauche über deutsch-deutsche Probleme nicht mehr in der Bibliothek zu lesen: das Buch von Bruns genüge! Das Durchblättern der 224 Seiten Text verschafft in der Tat einen bequemen Einblick in den Problemhaushalt der deutsch-deutschen Beziehungen und läßt politikwissenschaftlichen Feinschliff bei der Formulierung von Problemen und eine Begrifflichkeit erkennen, die es im Zuge der Vertragspolitik mit der DDR immer wieder „auf den Punkt zu bringen“ und auch nachzuschlagen gilt: Grundlagenvertrag als „Schlüsseldokument“, Verträge, Gemeinsamkeit der Parteien usw.

Als Wissenschaftler demonstriert Bruns in diesem Buch sein analytisches Bemühen, das – auch an die Adresse anderer Kollegen gerichtet – freilich bald die Grenzen von Wissenschaft gegenüber Politik aufzeigt. Er bemängelt ein Defizit an deutschlandpolitischer Forschung, sieht (als Politologe) nirgendwo eine Theorie der deutsch-deutschen Beziehungen – und scheint dies zu bedauern! Warum je-

doch? Schreibt er doch selbst, daß eine wissenschaftliche Bewertung deutsch-deutscher Beziehungen schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist. Damit ist auch gesagt: Wissenschaft kann informieren, analysieren und sezieren – die Prognose und Szenarien einer Perspektive bleiben schwierig und sind abhängig vom korrespondierenden Umfeld. Fast logisch erscheint uns nun, daß auch Bruns das deutsch-deutsche Verhältnis der letzten Jahre auf Probleme untersucht, die Haltung der DDR-Regierung zu verschiedenen Fragen (Gerärer Forderungen, Nationsbegriff usw.) erläutert und als Anregung zum Nachdenken über die andere Seite zum Teil mit Thesen arbeitet, zum Teil die staatlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands unter bestimmten politikwissenschaftlichen Kriterien (Konfrontation, Konkurrenz, Kooperation usw.) untersucht.

Es überrascht nicht, auch in diesem Buch viele Detailinformationen – für den orientierungssuchenden Leser – zur Verhandlungspolitik mit der DDR, zu den Abkommen, den Spitzentreffen, mit Kommentar und wissenschaftlichen Interpretationen zu finden.

---

Wilhelm Bruns:

*Von der Deutschland-Politik zur  
DDR-Politik?*

Opladen: Verlag Leske + Budrich,  
1989, 280 S., DM 19,80.

---

Als Sozialdemokrat betont Bruns den Konsens, die gemeinsame „Linie“ zwischen der Regierungskoalition und der gegenwärtigen Opposition, übt jedoch – mehr am Rande – Kritik am Grundsatzpapier der CDU zur Deutschlandpolitik und dessen Interpretation der Adenauerschen Politik insoweit, als hier abseits jeder Realanalyse Hoffnungen und Enttäuschungen bei der Bevölkerung im Hinblick auf die Einheit Deutschlands geweckt werden könnten, daß den „vielen und guten Freunden“ auch für die Lösung der deutsch-deutschen Probleme zu viel zugemutet oder -getraut werde. Bruns setzt daher hinter die Formulie-

„Druck der multinationalen Diplomatie“ ein Fragezeichen. Diese wie auch andere kritischen Anmerkungen und Kurzkommentare sind lesenswert, anregend und gedankenreich.

Wie bereits erwähnt, legitimiert das Buch seine Ausgangsthese: Normalisierung mit der DDR (Kontinuität) statt Wiedervereinigung (Diskontinuität) der Politik. Gleichwohl meint Bruns, die Wiedervereinigung sei „auf absehbare Zeit“ nicht erreichbar. Hier stellen sich Fragen über Fragen: Sicher ist, daß es im Sinne der Wiedervereinigung kein „Konzept“ geben kann, so wie Wilhelm Bruns ein solches zutreffend als Wissenschaftler versteht (S. 122: Ein Gesamtplan, Realanalyse, Ziel-/Mittelanalyse). Sicher ist auch, daß Wiedervereinigung nicht „operatives Ziel“ der Deutschlandpolitik der Bundesregierung sein kann. Egon Bahr meinte auch bei der Vorstellung des Buches von Bruns, daß die „Wiedervereinigungslinie“ in der praktischen Politik nicht stattfinden. Mit Recht warnt Bruns vor „Sprüchen“ und falschen Hoffnungen. Offen aber bleibt die Frage, ob pragmatische Politik und „Normalisierung“ als Forderung an die Deutschlandpolitik nun tatsächlich nur das „Entweder“ ist (so Egon Bahr), oder ob es noch ein „Oder“ gibt. Denn mir scheint, daß die „Normalisierung“, wie sie Günter Gaus sieht, die Forderung nach der Respektierung von Staat und System, also eine „starke DDR“, auch eine politische „Geschäftsgrundlage“ hat: den Willen zum Wandel auch in der DDR, die Umsetzung der Forderungen der KSZE auch in diesem deutschen Staat und ein tolerantes Verhältnis von Bevölkerung und Regierung. Jugend- und Sportbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind unbefriedigend, auch das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR (eine weitere Auflage des Buches könnte hierzu Bilanz ziehen!). Gute Nachbarschaft ist trotz Grundlagenvertrag jedoch in vielen Bereichen nicht zu erkennen, manche Vereinbarung mit der SED/DDR erfährt ex post bedauerliche Interpretationen! Freilich – zur „Normalisierung“ gibt es keine Alternative, allerdings auch nicht zur Forderung nach Selbstbestimmung für die Deutschen.

Dem Buch von Wilhelm Bruns ist eine große Leserschaft sicher, eine neue Auflage sollte auch kleine technische Fehler (z. B. im Anmerkungsapparat) vermeiden. Für das Verständnis deutschlandpolitischer Probleme von heute ist dieses Buch eine Fundgrube.

Herbert Güttler

## Versöhnung mit der Natur

Eine Kunsthistorikerin und ein Erziehungswissenschaftler haben Interdisziplinarität im kleinen praktiziert und zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution ein Buch über einen Aspekt dieses Themas publiziert, der bisher vernachlässigt wurde und doch besonders aktuell ist: das Naturbild der Revolution. Haupttitel, Einführung und Klappentext sprechen der Französischen Revolution eine „ökologische“ Naturvorstellung, das Projekt einer „Versöhnung mit der Natur“ zu. Geschieht das zu Recht? Zeigt das Buch tatsächlich, daß die Entfesselung der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wenigstens anfangs mit einer „Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts“ Hand in Hand ging oder daß es sich dabei zumindest um zwei im Konflikt miteinander liegende Tendenzen handelte? Um die Antwort vorwegzunehmen: das Buch belegt dergleichen nicht. Es zeugt vielmehr von der Tendenz zu einer gesteigerten Indienstnahme der Natur sowohl für materielle wie für ideologische Zwecke – eine Indienstnahme, die von einem Sinn für ökologische Zusammenhänge und ökologische Traditionen wenig spüren ließ.

Genau das macht aber das Buch wiederum interessant und verdienstvoll. So irreführend auf positive „ökologische“ Aktualität bedacht der Titel und so trocken die Sprache und Darstellungsweise, so überraschend und faszinierend ist doch der Inhalt. Aus meist unbekanntem Archivmaterial haben die beiden Autoren Diskussionen und Anordnungen des Konvents und des Direktoriums, Briefe und Berichte von Bürgern und Institutionen ans Tageslicht befördert, in denen es

um – in der Regel unrealisiert gebliebene – Projekte republikanischer Naturpolitik, um den republikanischen Umgang mit Natur im Zeichen des Nutzens, der Bildung, der Erholung, des Kults, der politischen Repräsentation ging.

Hans-Christian und Elke Harten:

*Die Versöhnung mit der Natur. Gärten, Freiheitsbäume, republikanische Wälder, heilige Berge und Tugendparks in der Französischen Revolution. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1989, 240 Seiten mit Abbildungen und 16 Seiten Tafeln, DM 98,-.*

An einer Fülle unbekannter Beispiele zeigt sich das vertraute Bild. Die Natur hatte unter Revolutionen stets zu leiden – auch unter der Französischen. War sie doch einerseits – z. B. als Quelle von Wild- und Jagdschäden – Inbegriff asozialer Eigentums- und Machtverhältnisse, andererseits ein verlockendes Objekt kurzsichtiger kompensatorischer Plünderung und rascher Bereicherung. Hinzu kam in der Französischen Revolution – und das wird die beiden Autoren zu ihrer ökologischen Perspektive verführt haben – die ideologische Funktion der Natur als Prinzip einer anti-absolutistischen Moral. Wie ein Leitmotiv zieht sich durch das Buch die These, in der Französischen Revolution sei es um die Verankerung der Brüderlichkeit in den Gesetzen des Universums, um die Wiedereingliederung des Gemeinwesens in die Natur gegangen. Doch gingen wirklich die Befreiung der Individuen von den Zwängen sozialer Hierarchien und Konventionen und die Befreiung der Natur von artifiziellen Verzerrungen und Manipulationen Hand in Hand? Die Autoren betonen gelegentlich selber: der Traum der Naturbeherrschung sei nicht aufgegeben worden, er habe sich nur mit dem Ziel des allgemeinen Wohls verbunden, und was die Verehrung der Natur betraf, so lief sie darauf hinaus, daß die Bilder natürlicher Ordnungsstrukturen den Streit, den Diskurs ersetzen und ersticken.

Ihre ideologische Erhöhung machte denn auch für die Natur nichts besser.

Das wird unter anderem deutlich am Beispiel der Freiheitsbäume:

„Der Freiheitsbaum war also eine politische Umformung des traditionellen Maibaums. Im Mai 1792 wurden in Frankreich, wie Grégoire schreibt, rund 60 000 solcher transformierten, jetzt der Freiheit gewidmeten Bäume in Dörfern und Gemeinden aufgerichtet. Weil man möglichst große Bäume haben wollte, wurden sie oft gefällt – wie dies bei den Maibäumen üblich gewesen war – oder mit der Wurzel ausgehoben und auf einem Platz aufgestellt. Viele Bäume wurden so zerstört oder gingen ein.“

Daß die revolutionären Verwaltungen deshalb zunehmend darauf achteten, daß nur Freiheitsbäume errichtet wurden, die wirklich Wurzeln schlugen, machte den Vorgang nicht ökologischer. In der Praxis lief das darauf hinaus, daß zumeist junge Pappeln als Freiheitsbäume benutzt wurden, weil sie rasch wuchsen und sich ihr schnelles und gerade Wachstum als Allegorie der geradlinigen, reinen, aufwärtsstrebenden Haltung und Dynamik der Revolution interpretieren ließ.

Ob es – um einige der schönen Kapitel-Überschriften des Buches zu zitieren – um „Die Gärten des nützlichen Allgemeinen“, „Die Gärten der

Bildung und der Kindheit“, „Die Gärten des republikanischen Kults“ oder „Die Gärten des Todes“ ging: fast immer verbanden sich Nützlichkeitsdenken, pädagogischer Wahn und Planungsbesessenheit zu einem Syndrom, das von bürgerlich-kapitalistischer Kälte gegenüber der Natur und den Objekten der Regierung und Verwaltung und vom Größenwahn des Wissenschafts- und Fortschrittsoptimismus zeugte, nicht aber von sozial-ökologischem Denken.

Im Schatten dieses Syndroms blieben selbst noch solche Projekte und Forderungen, die von geradezu rührenden utopischen Vorstellungen zeugten, z. B. die Forderungen nach Befreiung der Orangenbäume in den Orangerien aus der Knechtschaft der Kästen und Befreiung der Tiere in den Menagerien des Adels aus der Knechtschaft der Käfige. Pläne für eine neue und neuartige Menagerie sahen vor, daß jedes Tier die Umgebung vorfand, die ihm entsprach. Man glaubte genau zu wissen, was für sie gut war.

„Die ‚revolutionäre‘ Konzeption der Menagerie wird vor allem von Lacépède formuliert, Professor für Zoologie am Naturgeschichtemuseum. In einem 1795 in der ‚Décade‘ veröffentlichten Aufsatz macht er den Frei-

heitsanspruch der Revolution auch für die Tiere geltend . . . Die Menagerie der Republik wird das Bild vom Raubtier korrigieren. Lacépède wirft die Frage auf, ob nicht dieses Bild bereit ein Zerrbild ist, abgezogen von einer nur scheinhaften Wirklichkeit, die die Menagerie des Feudalismus erst geschaffen hat, indem sie die Tiere deformierte: . . . immer aufgeregt, unruhig ungeduldig; . . . von vergeblichen Anstrengungen erschöpft, auf seine Ketten beißend und brüllend vor Zorn zeigt der Löwe nur ein einziges Bild, das der Sklaverei, und ein einziges Verlangen das nach Freiheit. . . . In der republikanischen Menagerie, so Lacépède werden alle Tiere glücklicher sein, als sie es in der freien Natur je wären denn dank der Hilfe des Menschen sind sie hier des Zwangs, sich Nahrung durch das Töten anderer Tiere zu beschaffen, entledigt, ohne deshalb eine entscheidende Einbuße ihrer Bewegungsfreiheit erleiden zu müssen.“

Das Buch – wahrhaft eine Fundgrube – fördert weniger eine verborgene Ökologie der Französischen Revolution zutage als vielmehr die in aufgeklärten und fortschrittlichen Industriegesellschaften drohenden Deformationen und Mißbräuche ökologischen Denkens. *Rolf Wiggershaus*